

Forschungsjournal

Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft

Soziale Bewegungen



WIR UND DIE ANDEREN.
Klärungen und Anwendungen
des Konzepts kollektive Identität

EDITORIAL

- 2 Wir und die Anderen. Klärungen und Anwendungen des Konzepts kollektive Identität

AKTUELLE ANALYSE

- 4 *Gerd Mielke*
„Alternativlos“ in die Sackgasse? Anmerkungen zur politischen Führung der beiden Großparteien

THEMENSCHWERPUNKT

- 13 *Priska Daphi*
Soziale Bewegungen und kollektive Identität – Forschungsstand und Forschungslücken
- 26 *Dieter Rucht*
Lassen sich personale, soziale und kollektive Identität sinnvoll voneinander abgrenzen?
- 30 *Jochen Roose*
Was sind die Rohstoffe zur Herstellung und Erhaltung kollektiver Identität?
Die Aushandlung des Unverhandelbaren
- 33 *Klaus Eder*
Was sind die Rohstoffe zur Herstellung und Erhaltung kollektiver Identität?
Identitäten als narrative Verknüpfungen von Ereignissen
- 36 *Sebastian Haunss*
Was ist der beste methodische Zugang?
Bewegungsdiskurse und Prozesse kollektiver Identität
- 39 *Bernd Simon*
Was ist der beste methodische Zugang?
Nicht über unsere Köpfe hinweg! Kollektive Identität als sozialpsychologisches Konzept
- 41 *Sebastian Haunss*
Kollektive Identität, soziale Bewegungen und Szenen

- 53 *Klaus Eder*
Wie schreiben sich soziale Bewegungen über die Zeit fort? Ein narrativer Ansatz
- 73 *Dieter Rucht*
The Strength of Weak Identities

PULSSCHLAG

- 85 *Rupert Graf Strachwitz*
Einfluss, Unabhängigkeit, Stärke? Die Bedeutung von Netzwerken in der Gesellschaft
- 91 *Anne Pauli/Alban Werner*
Neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit
- 95 *Björn Schulz/Stephanie Storck*
Engagement und Erwerbsarbeit in Europa
- 100 *Frank Jost*
Mehr wissen – mehr wagen – mehr Dialog!

TREIBGUT

- 105 Materialien, Notizen, Hinweise

LITERATUR

- 110 *Albrecht Lüter*
Gerechtigkeitstheorie als Gesellschaftsanalyse: Soziale Freiheit bei Axel Honneth (Honneth, Axel: Das Recht der Freiheit)
- 114 *Rudolf Speth*
Engagement in gemeinnützigen Organisationen – Zwischen Wunsch und Wirklichkeit (Rauschenbach, Thomas/Zimmer, Annette (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement unter Druck?)
- 116 *Felix Kolb*
Die Umweltbewegung als Wegbereiter der Windenergie (Vasi, Ion Bogdan: Winds of Change)

118 ABSTRACTS**122 IMPRESSUM**

Wir und die Anderen

Klärungen und Anwendungen des Konzepts kollektive Identität

Thema und Konzept „kollektive Identität“ haben einen festen Platz in der Bewegungsforschung eingenommen. Als Thema wird es häufig angesprochen, jedoch kaum analytisch durchdrungen. Zentrale Fragen bleiben offen. Mit dem Ziel, Debatten und Antworten zu diesen offenen Fragen anzuregen, fand im

November 2010 ein Workshop am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung statt. Diskutiert wurden Aspekte der konzeptionellen Abgrenzung des Begriffes, seiner verschiedenen analytischen Dimensionen, Fragen des methodischen Zugangs, der ‚Rohstoffe‘ kollektiver Identität und dem Verhältnis von persönlicher und kollektiver Identität. Die Debatte verdeutlichte, wie sehr sich die einzelnen Herangehensweisen unterscheiden. Das vorliegende Themenheft stellt eine Fortsetzung und



Vertiefung dieses Austausches dar. Aufgezeigt werden sollen auch die Entwicklungen der letzten 16 Jahre – seit der Publikation des damaligen Themenheftes dieses Journals zu sozialen Bewegungen und kollektiver Identität.

Die Gliederung des Themenheftes orientiert sich an konkreten Fragen zu umstrittenen Aspekten kollektiver Identität und weicht damit von der üblichen Struktur ab. Der einleitende Beitrag von Priska Daphi liefert einen Überblick über die (jüngere) Literatur zu Bewegungsidentität und arbeitet zentrale Unstimmigkeiten heraus. Auf dieser Grundlage werden im zweiten Teil drei umstrittene Fragen zur Diskussion gestellt und in teilweise kontroversen Kurzbeiträgen beantwortet: 1) Ist eine Unterscheidung zwischen sozialer und kollektiver Identität analytisch sinnvoll?, 2) Was sind die Rohstoffe zur Herstellung und Erhaltung kollektiver Identität? und 3) Was ist der beste methodische Zugang? In einem dritten Teil werden drei Ansätze zum Konzept der Bewegungsidentität ausführlicher erläutert.

Die unterschiedlichen Antworten im zweiten Teil verdeutlichen die Spannbreite verschiedener Perspektiven. Dieter Rucht diskutiert verschiedene Sichten auf das Verhältnis sozialer und kollektiver Identität. Jochen Rooses und Klaus Eder antworten auf die Frage nach den primären Rohstoffen kollektiver Identität unterscheiden sich vor allem hinsichtlich der Rolle, die strategischen Aushandlungen von kollektiver Identität beigemessen wird. Während Jochen Rooses die Rolle interessen geleiteter Aushandlung betont, hebt Klaus Eder die Rolle verschiedener Ereignisse (kognitiv, interaktiv, kontextbezogen) als Bezugspunkte der Emergenz von kollektiver Identität hervor. Auf die Frage nach dem besten methodischen Zugang antwortet Bernd Simon mit einer deutlichen Präferenz für die individuelle Ebene und verortet damit kollektive Identität primär beim Individuum. Sebastian Haunss hingegen verortet kollektive Identität auf der kollektiven Ebene und identifiziert Rituale, Symbole und Selbstverständnisdiskurse als zentrale Quellen.

Im dritten Teil behandeln Sebastian Haunss, Klaus Eder und Dieter Rucht ihre Ansätze zu Bewegungsidentität im Anschluss an neuere Entwicklungen in der Bewegungsliteratur mit Beispielen aus jüngeren Bewegungen. So argumentiert Sebastian Haunss in seinem Beitrag, die Kongruenz des Bewegungsdiskurses und szenenspezifischer Alltagspraxen sei von zentraler Bedeutung für kollektive Identitätskonstruktion und damit für das Fortbestehen einer Bewegung. Er zeigt dies anhand eines Vergleiches der Schwulenbewegung und der Autonomen in Deutschland. Klaus Eder konzeptionalisiert in seinem Beitrag Identität als Ergebnis einer dichten narrativen Organisation von Ereignissen. Am Beispiel des Ausbleibens einer europäischen Bewegung zeigt er, dass das Fehlen einer europäischen „Gegenerzählung“ entscheidend für die Emergenz, bzw. Nicht-Emergenz einer entsprechenden Bewegung ist. Dieter Rucht illustriert am Fall der Kampagne gegen den Castor-Transport vom November 2010 die zunehmende Bedeutung von „weak identities“, die innerhalb eines bewusst offen und flexibel ausgestalteten Aktionsrahmens zur Geltung kommen und mit strategischen Vorteilen für die Protestgruppen verbunden sind.

Mit diesen Diskussionsbeiträgen und Aufsätzen soll die weitere und vertiefende Auseinandersetzung mit dem Konzept kollektiver Identität angeregt werden, das in theoretischer wie empirisch-analytischer Hinsicht noch immer, und trotz eines deutlich gewachsenen Literaturbestandes, als unterentwickelt gelten muss. Noch immer stehen verschiedene Zugänge relativ unverbunden nebeneinander. Und noch immer werden Konzepte durch kursorisch angeführte Beispiele eher illustriert anstatt systematisch und datengestützt angewandt.

Dem Themenschwerpunkt voran geht eine Aktuelle Analyse von Gerd Mielke, der in seinem Beitrag Probleme der beiden großen Volksparteien (SPD und CDU/CSU) mit politischer Führung und ihrem Spitzenpersonal beleuchtet.

Priska Daphi (Berlin), *Dieter Rucht* (Berlin)

Anmerkungen zur politischen Führung der beiden Großparteien

Gerd Mielke

1.

Das Paradigma von der Personalisierung der Politik beherrscht nach wie vor die Mediendemokratie¹. Besonders in Zeiten der Umbrüche fällt deshalb der Blick auf die Akteure in der politischen Arena und bringt die Frage auf, ob denn die aus vielen Nachrichtensendungen vertrauten Figuren auch wirklich die Institutionen und Organisationen lenken, für die sie stehen, und die Aufgaben lösen, vor denen sie stehen. Dies gilt auch jetzt, am Ende einer langen Serie von Landtagswahlen in 2010 und 2011, da nun allmählich die Konstellationen hervortreten, die wohl auch den Bundestagswahlkampf 2013 prägen werden.

In den letzten beiden Jahren haben sich interessante Verschiebungen in den politischen Kräfteverhältnissen ergeben. Das 2009 noch beeindruckend starke Regierungslager aus CDU/CSU und FDP auf Bundesebene ist sowohl in den bundesweiten Umfragen als auch in den Wahlergebnissen der Länder förmlich zusammengebrochen. Dieser Kollaps des Berliner Regierungsbündnisses in den Wahlen und Umfragen geht im Wesentlichen auf den dramatischen Ansehensverlust der FDP zurück, aber nicht nur. Auch die Union hat trotz der vorwiegend ihr zugute kommenden Rückflüsse von „Leihstimmen“ für die Liberalen gegenüber den jeweils vorausgegangenen Landtagswahlen fast überall Verluste zu verzeichnen.

Demgegenüber hat das Oppositionslager im Bund in den Umfragen und bei allen Landtagswahlen deutlich zugelegt. Auch hier entwickeln sich jedoch die Zugewinne asymmetrisch. Es ist eben nicht die SPD als größte Oppositionspartei, die von den landespolitischen Ausläufern der Schwäche der schwarz-

gelben Regierungskoalition profitiert. Lediglich in Hamburg gelingt ihr ein Aufschwung zur absoluten Mehrheit; in allen anderen Ländern stagniert ihr Stimmenanteil oder geht – wie etwa in Rheinland-Pfalz – sogar dramatisch zurück. Die großen Gewinner der letzten beiden Jahre sind die Grünen. Ihre Stimmen- und Wähleranteile wachsen stark an; sie sitzen nun in allen Landtagen und auch bei den Umfragen in diesem Zeitraum legen sie erheblich zu.

Die Linke, bei der Bundestagswahl 2009 noch einer der Gewinner, fällt seit Ende 2010 in Ost- und Westdeutschland deutlich zurück. Ihr letzter spektakulärer Erfolg war der Einzug in den nordrhein-westfälischen Landtag. Nach wie vor prekär ist das Verhältnis zwischen der SPD und der Linken, gerade auch in den neuen Ländern und Berlin. Von den dort insgesamt fünf rechnerisch möglichen Regierungsbündnissen gegen die CDU, bei denen SPD und Linke beteiligt sein könnten, kam es nur in Brandenburg zu einer rot-roten Zusammenarbeit.

Der Einzug der Piraten in das Abgeordnetenhaus von Berlin signalisiert die Möglichkeit einer zusätzlichen Differenzierung des deutschen Parteienspektrums. Hier zeichnen sich die Umrisse einer Partei ab, die sich vor allem über die direkte und transparente politische Teilhabe und den Anti-Establishment-Effekt definiert.

Die hier knapp skizzierten Entwicklungen im Parteiensystem sind durch viele Faktoren beeinflusst worden, unter ihnen gewiss einige, die sich dem Zugriff oder gar der Kontrolle politischer Akteure hierzulande entziehen. Etwa die Katastrophe von Fukushima oder die Krise in der Eurozone und ihre Folgen für den poli-

tischen Wettbewerb in der Bundesrepublik relativieren somit die These von der Personalisierung der Politik. Gleichwohl bleibt es angesichts der ungebrochenen Popularität dieser These interessant zu fragen, mit welchem Politikverständnis und mit welchem Führungsstil die Führungseliten der deutschen Parteien in den letzten beiden Jahren agiert haben, wie dieser Politik- und Führungsstil mit den hier skizzierten Entwicklungen zusammenhängt und was für die Zukunft zu erwarten ist.

Dabei soll hier die Führung von CDU und SPD im Blickfeld stehen. Beide großen Parteien haben zwar in den letzten Jahren viel von ihrer vormaligen Dominanz verloren, aber sie werden auch in ihrer abgemagerten Statur noch eine Weile die Hauptrollen in der deutschen Politik spielen.

2.

Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2009, aber auch die Entwicklung der letzten beiden Jahre offenbaren eine tiefe Krise der beiden großen Parteien. Nicht nur sackten Union und SPD nach ihrem Abwärtstrend bei den vorausgegangenen Bundestagswahlen auf Rekordtiefstände. Auch bei den Landtagswahlen und Umfragen seither gibt es kaum Anzeichen dafür, dass sich CDU oder SPD aus ihrer misslichen Lage herauszuarbeiten vermögen. Nun ist dies keine besonders originelle Feststellung. Vielmehr deckt sie sich mit der seit langem im Umlauf befindlichen These von der Differenzierung der Parteienlandschaft im Zuge der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung moderner – oder auch post-moderner – Gesellschaften, gewissermaßen die sozialwissenschaftliche Variante des Stammtischseufzers: „Früher war alles besser“. Nach dieser These kommen die Erosionen der großen Parteien unaufhaltsamen Naturereignissen gleich, denen man nicht ausweichen kann. Deshalb erfreut sich die Differenzierungsthese auch vor allem im Kreis der Parteieliten von Union und SPD großer Beliebtheit: Sie klingt gelehrt und verschiebt die Verantwortung für das Absacken der großen Parteien auf anonyme Vorkommnisse.

Freilich, nimmt man die Formel von der Personalisierung der Politik ernst, dann entsteht ein anderes Bild von der Parteienkrise. Denn wenn all die Maßnahmen, die zu einer Verbesserung der Wettbewerbssituation der beiden großen Parteien führen könnten, in der einen oder anderen Weise mit dem Handeln oder Nicht-Handeln der Parteiführungen zusammenhängen, deuten beständige Verluste an öffentlichem Zuspruch immer auch auf Fehleinschätzungen und Fehlanpassungen der Parteieliten hin.

Und in der Tat wird diese kleine Fingerübung zur Krise der großen Parteien in dem Hinweis auf Fehlanpassungen der jeweiligen Parteiführungen an die Erfordernisse des Parteienwettbewerbs bestehen. Oder etwas anders formuliert: Sowohl in der CDU als auch in der SPD betreiben die Parteiführungen eine Politik, die das traditionelle Selbstverständnis und die innerparteiliche Legitimation ihrer Parteien untergräbt und sie als Bezugsgrößen für die Wählerschaft entwertet.

3.

Beginnen wir mit einem Blick auf die CDU, die sich, wie seit der frühen Kanzlerschaft Helmut Kohls nicht mehr, wieder in eine Kanzlerpartei zurückverwandelt hat. Seit dem Amtsantritt von Angela Merkel als Parteivorsitzende im April 2000 hat die CDU in mehreren Schüben einen tief greifenden Wandel durchlaufen, in dessen Verlauf einerseits Merkels anfangs durchaus angreifbare Position in beeindruckender Weise gefestigt wurde und sie andererseits mit ihren erstaunlichen programmatischen Schwenks die ideologischen Traditionen der Union schweren Belastungen aussetzte. Dabei durchlief Angela Merkel drei auch politisch deutlich voneinander abzugrenzende Phasen: Als nach der Kohl-Ära dankbar respektierte, von zahlreichen Siegen bei Landtagswahlen getragene Parteivorsitzende bis ins Jahr 2005, als mit präsidialem Habitus amtierende Bundeskanzlerin der Großen Koalition zwischen 2005 und 2009 und schließlich als Kanzlerin der schwarz-gelben, vor allem durch die

FDP wirtschaftsliberal ideologisierten Koalition mit massiven Niederlagen in fast allen Wahlen.

Die Erschütterungen im Unionsgefüge nach der verlorenen Bundestagswahl 1998 durch den Spendenskandal Helmut Kohls, die erst den überraschenden Aufstieg der ostdeutschen Protestantin Angela Merkel aus dem mitglieder-schwachen und innerparteilich unbedeutenden Landesverband Mecklenburg-Vorpommern an die Spitze der CDU an allen Usancen der Auswahl von Parteiführern vorbei möglich machten, sind schon oft erwähnt worden und müssen hier nicht noch einmal ausgebreitet werden.² Immer noch spürbar und wirkungsmächtig ist hingegen die innerparteiliche Durchsetzungsstrategie des kalkulierten Konflikts, mit der Angela Merkel ihren Rivalen aus den traditionell starken süd- und westdeutschen CDU-Landesverbänden beharrlich zusetzte. Die politischen Folgen dieser fortwährenden Konflikte zwischen Merkel und den potentiell gefährlichen Landesfürsten sind zwiespältig. Auf der einen Seite ist mit Friedrich Merz, Günther Oettinger, Roland Koch, Christian Wulff, Jürgen Rüttgers und Peter Müller eine ganze Riege von christdemokratischen Spitzenpolitikern mehr oder minder resigniert aus dem Rennen um die CDU-Führung ausgeschieden; Angela Merkel hat auf absehbare Zeit keine innerparteilichen Rivalen zu fürchten. Auf der anderen Seite haben die Schwächungen auf Landesebene zu einer Verunsicherung der CDU insgesamt geführt. Auch Angela Merkel wird 2013 einmal mehr mit der Einsicht konfrontiert werden, dass Bundestagswahlen für die CDU nur mit starken und selbstbewussten Landesverbänden im Süden und Westen zu gewinnen sind.

Während also im Zuge der innerparteilichen Machtsicherung der Parteivorsitzenden und Bundeskanzlerin die CDU insgesamt schwächer wurde, offenbarte sich seit dem Spätjahr 2010 zudem auch die Problematik des Politikansatzes von Angela Merkel und rief im Verlauf des Sommers 2011 zum Teil massive Kritik von prominenten Ruheständlern in der CDU

wie den vormaligen Ministerpräsidenten Erwin Teufel und Kurt Biedenkopf hervor. Dabei wurde deutlich, dass Angela Merkels Munitio-nierung bei den Überzeugungskämpfen um die Ausrichtung ihrer Politik aus einigen argumentativen Versatzstücken besteht, die ihr taktische und bündnis-strategische Spielräume eröffnen können, die jedoch nur schwer verträglich mit den Traditionsbeständen der CDU sind.

Drei Elemente kennzeichnen bislang Angela Merkels Politikverständnis. Jedoch sind sie zumeist mit dem Hinweis verbunden, sie seien eben nicht Bestandteile eines geschlossenen, sondern eines bewusst weit gefassten, offenen politischen Weltbilds. Dies ist zunächst bis zum Einstieg in die Große Koalition Angela Merkels Hinwendung zu einer sehr deutlichen wirtschaftsliberalen Haltung, die wohl auch zu der aus christdemokratischer Sicht so verhängnisvollen Berufung von Paul Kirchhof zum designierten Finanzminister im Bundestagswahlkampf 2005 führte. Ob die CDU-Vorsitzende Merkel die wirtschaftsliberale Rolle aus Überzeugung oder taktischem Kalkül übernahm, mögen weitere biographische Studien klären. In jedem Fall modifizierte die Bundeskanzlerin Merkel diese radikale Position umgehend, indem sie sich seit 2005 vornehmlich gegenüber traditionellen CDU-Positionen in Stellung brachte und dabei manchen sozialdemokratischen Sichtweisen annäherte. So ist es unter ihrer Kanzlerschaft zu erheblichen Kurskorrekturen in der Frauen- und Familienpolitik, in der Zuwanderungspolitik, bei der Aussetzung der Wehrpflicht und nicht zuletzt beim Ausstieg aus der Atomenergie sowie zu einer vorsichtigen Distanzierung von der katholischen Kirche gekommen. Dies waren allesamt politische Veränderungen, die in der Öffentlichkeit teilweise als überfällige Modernisierung und als raffinierte „Sozialdemokratisierungsstrategie“ diskutiert wurden, die aber auch bei den eher traditionsbewussten Mitgliedern und Wählern der CDU Befremden auslösten und Angela Merkel den Vorwurf einbrachten, die CDU als Partei in die ideologische Beliebig-

keit zu führen. Wie schon während der „liberalen“ Periode bleibt auch in der anschließenden „sozialdemokratischen“ Phase Angela Merkels ungeklärt, wie sich bei diesen programmatischen Schwenks Strategie und Taktik zueinander verhalten.

Als drittes auffälliges Element im Politikverständnis von Angela Merkel tritt im Lauf der Jahre ein Umgang mit politischen Problemen zutage, der in vielen Kommentaren Assoziationen mit (natur)wissenschaftlichen Problemlösungen hervorruft. Etwa die schon angesprochenen Korrekturen bei den Traditionsbeständen, aber auch die Entscheidungen bei der Eurokrise. Sie basieren dieser Interpretation zufolge zunächst auf leidenschaftslosen Analysen, die sodann nur im Blick auf die objektiven Sachzwänge hin geprüfte und durchgeführte Maßnahmen zur Folge haben, die abschließend von der Kanzlerin zumeist mit dem Prägestempel „alternativlos“ dem beeindruckten Publikum präsentiert werden. Dieser Modus einer auf strikte Objektivitätsansprüche ausgerichteten politischen Problemlösung wird oft mit Angela Merkels beruflicher Vergangenheit als Physikerin erklärt. Das klingt plausibel, übersieht jedoch einen wichtigen Aspekt. Abgesehen davon, dass auch in den Naturwissenschaften Objektivitäts- und Wahrheitsansprüche schon lange sehr kritisch gesehen werden, reiht sich Angela Merkel mit ihren Verweisen auf die „Alternativlosigkeit“ politischer Maßnahmen in eine Herrschaftstradition der politischen Immunisierung in Deutschland ein, mit der immer wieder Kritik und Opposition durch den Hinweis auf „wahre“ Tatbestände, „objektive“ und „übergeordnete“ Sachzwänge und „alternativlose“ Lösungen abgelenkt und diffamiert worden ist. Insofern scheint diese Argumentationsfigur in Angela Merkels politischer Rhetorik eher dem habituellen Wunsch zu entspringen, unliebsame Kritik zu unterbinden, als auf eine besonders sorgfältige Art der Problemlösung hinzuweisen.

So wird Angela Merkel zwar einerseits von einem Hauch nüchterner und klarer, dem schnö-

den Interessenhack entrückter Sachlichkeit, ja Wissenschaftlichkeit umweht, eine Imagekomponente, die zusammen mit ihrem wohltuend unpräzisen Auftreten ihre Popularität erklärt. Andererseits jedoch ist das pragmatische Ausmustern und taktische Verschieben des vertrauten politisch-ideologischen Mobiliars in einer großen Partei mit vielen Flügeln, Interessenzusammenschlüssen und regionalen Eigenheiten ein problematisches Unterfangen, bei dem in aller Regel gewachsene Identitäten und emotionale Bindungen verloren gehen. Dies umso mehr, als Angela Merkel in den letzten Jahren in der Regierung und an der Parteispitze immer mehr Vertreter eines ähnlichen Politikstils um sich versammelt hat, so dass die CDU als Partei nunmehr gleich in mehreren Tonlagen und mundartlichen Ausprägungen mit demselben Politikmodell von oben beschallt wird. Die habituelle Unterwerfung von Regierung und Parteispitze unter „die Chefin“ ist, nur der Vollständigkeit halber, keineswegs Angela Merkels Erfindung. Auch zu Helmut Schmidts und Gerhard Schröders Kanzlerzeiten konnte man bei den Sozialdemokraten ähnliche Homogenisierungsprozesse beobachten, die bis auf das Feld der sprachlich-rhetorischen Imitation reichten.

Obschon die unter Angela Merkel angestoßenen Veränderungen für das Selbstverständnis der CDU von großer Tragweite sind, ist es bislang nicht zu einer Grundsatzdebatte über die zukünftigen politisch-programmatischen Perspektiven der Partei gekommen. Überhaupt kann das Prinzip der innerparteilichen Diskursvermeidung als Kennzeichen der Merkelschen Kanzlerjahre gelten. Die Ursache hierfür liegt in der immer längeren Serie von Wahlniederlagen und Stimmenverlusten der CDU im Verlauf von Angela Merkels Amtszeit: Chronische Misserfolge bei Wahlen als strategische Leistung anpreisen zu müssen, ist bekanntlich eine undankbare Aufgabe. Hier machen Angela Merkel und die Führung der CDU nun ähnliche Erfahrungen wie rund ein Jahrzehnt zuvor Gerhard Schröder und Franz Müntefering bei ihrem grandios gescheiterten Versuch, die SPD

zu neuen Ufern zu führen. So bewegt sich die CDU unter Angela Merkel in einer eigentümlichen Verfassung auf die nächste Bundestagswahl zu. Auf der einen Seite hat die Parteivorsitzende und Kanzlerin in immer stärkerem Maße Dominanz und Kontrolle über die CDU erlangt, ein Erfolg, den viele zu Beginn ihrer Amtszeit nicht erwartet hatten. Auf der anderen Seite hat sich die CDU in diesen Jahren systematisch enttraditionalisieren und entpluralisieren lassen: Ihr Profil ist unter Angela Merkel – trotz aller Beschwörungen der „Alternativlosigkeit“ – beliebiger geworden.

4.

Die SPD hat ein Jahrzehnt des dramatischen Abstiegs hinter sich, in dem sie bei der Bundestagswahl 2009 mit 23 Prozent auf ihr mit Abstand schlechtestes Wahlergebnis gefallen ist. Zudem hat sie seit 1990, mit besonderer Beschleunigung in den Jahren der so genannten „Transformation“ unter Gerhard Schröder, fast die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. Schließlich ist sie seit 2005 durch die Linke von einer Konkurrenzpartei bedroht, die in den Wahlen seither Teile ihrer Traditionswähler hat an sich binden können. All diese Krisensymptome haben für die Zeit nach 2009 eine markante Kurskorrektur aus dem Leidensdruck heraus erwarten lassen. Aber bei den Sozialdemokraten haben sich in den letzten beiden Jahren keine tief greifenden, sondern allenfalls behutsame Veränderungen vollzogen, deren Auswirkungen auf die Stellung der SPD am Wählermarkt noch nicht abzuschätzen ist. Somit bleibt die Antwort auf die Frage „Vorwärts oder abwärts?“³ derzeit noch prinzipiell offen.

Nach der Katastrophe von 2009 wurde zwar auf dem Parteitag in Dresden ein neuer Parteivorstand gewählt, aber mit dem Wechsel im Parteivorsitz von Franz Müntefering zu Sigmar Gabriel und von Generalsekretär Hubertus Heil zu Andrea Nahles war weder ein programmatischer Wandel noch ein wirklicher personeller Neubeginn verbunden. Eine kritische Aufarbeitung des Jahrzehnts der sozialdemokratischen Hinwendung zu Gerhard Schrö-

ders Agenda-Politik und ihrer Folgen auf dem Wählermarkt, für den Mitgliederbestand und im Blick auf die Ausbreitung der Linken erfolgte allenfalls am Rande, in jedem Fall von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt.

Dies hat wesentlich damit zu tun, dass der personelle Neubeginn auf der Vorstandsebene auf dem Dresdener Parteitag 2009 dadurch relativiert wurde, dass mit Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück zwei prominente Repräsentanten der Schröder-Ära das personelle Erscheinungsbild der SPD auch weiterhin entscheidend prägen. Steinmeier reklamierte trotz des niederschmetternden Wahlergebnisses erfolgreich noch am Wahlabend das Amt des Fraktionsvorsitzenden im Bundestag für sich. Steinbrück, dessen Niederlage bei der Landtagswahl 2005 in Nordrhein-Westfalen die vorgezogene Bundestagswahl ausgelöst hatte und der danach als Finanzminister der Großen Koalition und Stellvertretender Parteivorsitzender amtierte, zog sich zunächst aus der ersten Reihe auf sein Bundestagsmandat zurück. Er brachte sich jedoch nach knapp eineinhalb Jahren als Finanz- und Wirtschaftsexperte sowie als Buchautor und Rezensent wieder ins Spiel, angefeuert vom Jubel aller Feuilletonredaktionen.

So tritt die SPD derzeit mit einem Führungstrio auf, in dem leicht verwirrende formale Über- und Unterordnungen gelten: In Parteidingen steht Gabriel als Vorsitzender obenan. Bei der parlamentarischen Repräsentation der SPD hingegen liegt die Führung in den Händen von Steinmeier, jedoch gilt der einfache Bundestagsabgeordnete Steinbrück derzeit als klarer Favorit im Wettstreit mit Gabriel und Steinmeier um die sozialdemokratische Kanzlerkandidatur 2013.

Diese Gemengelage ist ein Indiz dafür, dass sich die Sozialdemokraten mit ihrem Spitzenpersonal in einem Grenzbereich zwischen zwei Rekrutierungsmodellen bewegen. Auf der einen Seite ruft die Konstellation mit Gabriel, Steinmeier und Steinbrück Erinnerungen an die höchst labilen Führungsverhältnisse wach, die in der SPD seit dem Rückzug Willy Brandts

an der Tagesordnung waren. Man wird an die endlose Abfolge von Vorsitzenden erinnert – allein zwischen 2005 und 2009 waren es fünf: Müntefering, Platzeck, Beck, Müntefering und schließlich Gabriel – die immer wieder in der durch Intrigen und Putschversuche vernebelten Atmosphäre aus dem Amt gedrängt wurden und immer geringere demokratische Legitimation vorweisen konnten. Peer Steinbrücks salopper Hinweis von diesem Sommer, man werde sich dann im kleinen Kreis schon über einen Kandidaten einigen können, steht für die unseligen Oligarchisierungs- und Warlord-Tendenzen bei der Führungsauslese der Sozialdemokraten, die so vielen Genossen in den letzten Jahren immer wieder die Schamesröte ins Gesicht getrieben hat (dazu Mielke 2009b). Auf der anderen Seite deuten die im Herbst bekannt gewordenen Umriss der Organisationsreformen, die auch die Personalauswahl demokratischer machen wollen, den dringenden Wunsch in weiten Teilen der Partei nach einer längst überfälligen Entfeudalisierung an der Parteispitze an.⁴ Aber nach den Erfahrungen mit den ambitionierten Reformdebatten in den letzten Jahrzehnten unter Björn Engholm, Franz Müntefering und Kurt Beck ist man gut beraten, keine allzu optimistischen Prognosen über die weitere Entwicklung hinsichtlich des sozialdemokratischen Spitzenpersonals abzugeben.

Im Gegensatz also zur CDU, die sich weitgehend zur Merkel-Partei gewandelt hat, lässt sich die Situation der SPD nicht eindeutig bestimmen. Allerdings haben die Sozialdemokraten eben auch den wirklich tiefen Fall schon vollzogen. Für sie und ihr Spitzenpersonal geht es nach wie vor darum, aus der Grube von 2009 wieder herauszukrabbeln. Sie haben es sich jedenfalls fest vorgenommen.

5.

Welche Probleme im Verhältnis zwischen den Spitzen und ihren Parteien werden anhand der hier skizzierten Umstände sichtbar und wie wirken sie sich – vielleicht – auf den Parteienwettbewerb aus?

Zunächst fällt die ziemlich unangreifbare Position von Parteieliten auch bei schweren Wahlniederlagen und langen Abstiegsphasen auf. Dies gilt für Angela Merkel und die CDU, aber und erst recht auch für die Führungsmannschaft der SPD. Die Vorstellung, Parteieliten könnten bei Fehlentwicklungen durch ihre Parteien in Bedrängnis gebracht werden, muss korrigiert werden. Diese weitgehende Unabhängigkeit vom politischen Erfolg ist freilich nur die andere Seite eines oligarchischen Rekrutierungsmodells. Politische Kurskorrekturen, bis hin zum Rückzug aus der Führungselite, sind nicht zu erwarten, wenn der Aufstieg an die Spitze nicht strikt an ein wie auch immer organisiertes Mitglieder- oder Unterstützervotum gebunden ist. Man darf gewiss von den immer wieder diskutierten deutschen Adaptationen der „primaries“, also innerparteilicher Wahlen für die wichtigsten Ämter und Funktionen, keine Wunderdinge erwarten. Aber die Einführung dieser Voten würde in jedem Fall die Parteieliten zu stärkerer Responsivität zwingen. Die Zeiten blasierter und selbstgewisser Arroganz vieler Amtsträger wären ebenso vorbei wie die Zeiten, in denen Hinweise auf die „Alternativlosigkeit“ und die „objektiven Sachzwänge“ den Einfluss sozialer und kultureller Interessen problemlos überspielen könnten.

Beide großen Parteien werden von Führungspersönlichkeiten geprägt, die ein mehr oder minder distanzierteres Verhältnis zu den Traditionsbeständen ihrer Parteien haben und die demzufolge ihre Politik unter dem Anspruch der „Modernisierung“ – so Angela Merkel – oder der „Transformation“ formulieren und vorantreiben. Ein wesentlicher Unterschied besteht jedoch darin, dass die „Modernisierung“ der CDU zeitversetzt, ein knappes Jahrzehnt später als die „Transformation“ der SPD, stattfindet. Dabei versuchen die Bundeskanzlerin ebenso wie ihr sozialdemokratischer Vorgänger, diese „Modernisierung“ aus der Regierung zu betreiben. Dabei müssen sie jedoch jeweils Rücksichten sowohl auf ihre Koalitionspartner als auch auf einen sich immer stärker gegen sie wendenden Bundesrat nehmen. Die „Mo-

denisierung“ aus der Regierung heraus wird somit für die jeweiligen Parteien deshalb mühsamer, weil sie immer durch Koalitions- oder Bundesratseffekte „verfremdet“ und so noch schwerer in die eigenen Traditionen einzugliedern wird.

Die Immunisierung der Reformmaßnahmen gegenüber kritischer innerparteilicher und öffentlicher Opposition wird bei Angela Merkel wie auch zuvor bei den Sozialdemokraten durch den Gebrauch von scheinbar objektivierenden, allein vermeintlichen Sachzwängen unterliegenden Analyse- und Lösungsstrategien betrieben. Angela Merkel bezieht sich auf den Nimbus der Naturwissenschaften, Gerhard Schröder hatte seine „Wirtschaftsweisen“ wie Bert Rürup, mit denen er die „Alternativlosigkeit“ seiner Politik untermauerte. Diese Immunisierungsstrategien offenbaren, wie es scheint, ein Missverständnis hinsichtlich der Reformtoleranz und Reformfähigkeit in modernen Großparteien. „Modernisierer“ wie Angela Merkel oder auch Gerhard Schröder unterstellen ganz offensichtlich den deutschen Großparteien wie der CDU und der SPD, ihren Mitgliedern und Anhängern eine nahezu unbegrenzte ideologische Manövrierfähigkeit, so wie sie der Parteienforscher Otto Kirchheimer zugespitzt in seinem Typus der modernen, unideologischen „catch-all-party“ vermutete und wie sie auch der im deutschen politischen Sprachgebrauch vertrauten „Volkspartei“ unterstellt wurde. Diese Volatilität und Wendigkeit der Bürgerinnen und Bürger fern aller Ideologie ist offensichtlich ein sozial- oder wirtschaftswissenschaftlicher Mythos.

Jedenfalls waren CDU und SPD nie Parteien, die sich in diesem Sinne sinnvoller Weise als „catch-all-parties“ bezeichnen ließen. Dazu waren sie viel zu sehr von Großkonflikten und deren jeweils aktuellen Auswirkungen geprägt, von sozialen und kulturellen Gegensätzen, die natürlich auch in der Gegenwart wirksam sind, auch wenn sie nicht mehr in den ursprünglichen Erscheinungsformen auftreten. Und die Prognose liegt nahe, dass sich etwa zukünftige gesellschaftliche Konflikte in europä-

ischen Gesellschaften⁵ in Kategorien wie „Oben“ gegen „Unten“, „Arm“ gegen „Reich“, „Staat“ gegen „Markt“ klassifizieren lassen und damit diese Großkonflikte fortschreiben, wie dies in den letzten Jahrzehnten – allen anders lautenden Prognosen zum Trotz – immer wieder zu beobachten war.

Was heißt das für die „Modernisierungspolitik“ der beiden großen Parteien? Die CDU unter Angela Merkel wie auch die SPD in der Nachfolge Gerhard Schröders haben es zunehmend schwer, sich in den seit Jahrzehnten prägenden politischen Konflikten in der deutschen Politik zu positionieren und damit ihre Mitglieder und Anhänger zu mobilisieren. Der Gegensatz zwischen den Anhängern eines staatlich gesicherten Wohlfahrtssystems und den Befürwortern eines freien Marktgeschehens ist nach wie vor die zentrale Konfliktlinie hierzulande. Sie wird ergänzt durch einen zweiten, eher kulturellen Gegensatz zwischen aufgeklärt-libertären und traditionell-konservativen Lebensformen, der sich weitgehend mit dem Gegensatz zwischen ökologischen und ökologiekritischen Sichtweisen deckt.

Indem die beiden großen Parteien ihre Rollen als politische Repräsentanten in diesen überaus stabilen Konfliktlagen durch die „Modernisierungspolitiken“ ihrer Führungen zurücknehmen oder gar aufgeben, ziehen sie sich aus den Konfliktfeldern zurück, in deren Konfrontationen die überwiegende Anzahl der Bürgerinnen und Bürger denken und politisch beheimatet sind. Sie schaffen Repräsentationslücken, die neue Parteien wie die Linke oder die Piraten nutzen, trotzige Entfremdung und milde Resignation, wie der Abmarsch unzähliger CDU- und SPD-Wähler in die Wahlenthaltung zeigt. Der Aufstieg der Grünen seit 2009, eingebunden in eine eher kulturelle Auseinandersetzung, aber auch das Aufkommen der Piraten hängt maßgeblich damit zusammen, dass auf der zentralen sozio-ökonomischen Konfliktachse der deutschen Politik die polarisierenden Kampfhandlungen zwischen den Großparteien weitgehend eingestellt worden sind.



Die Diskussion um die „Modernisierung“ mitsamt ihren Immunisierungsstrategien, wie sie Angela Merkel, aber auch Gerhard Schröder gegenüber ihren Parteien betrieben haben, berührt im Übrigen eine aktuelle Kontroverse auch in der politischen Theorie, auf die unter anderem Chantal Mouffe in ihrer Abhandlung „Über das Politische“ hinweist. Mouffe plädiert darin vehement gegen die Vorstellung einer konfliktlosen Politik, die sie bei vielen Theoretikern der Post-Moderne erkennt, und beklagt: „Statt einem Kampf zwischen ‚rechts‘ und ‚links‘ haben wir es mit einem Kampf zwischen ‚richtig‘ und ‚falsch‘ zu tun (...) Der liberale Rationalismus macht den Fehler, die (...) affektive Dimension zu ignorieren.“ (Mouffe 2007: 12) Man muss Mouffes Versuch, parteiliche Gegnerschaft zu rekonstruieren und zu akzentuieren, nicht in allen Aspekten mit vollziehen, aber ihr Argument spiegelt auf der Ebene politischer Theorie das Dilemma, in dem sich die Anhänger der „Modernisierung“ in CDU und SPD bewegen. Umgekehrt zeigen

die langfristig stabilen Konfliktlinien zwischen den Parteien den Weg, wie Leidenschaften und Engagement für demokratische Entwürfe mobilisiert werden können.

Damit kommen wir schließlich auch zu einem erweiterten Verständnis von Personalisierung der Politik. Es geht nicht nur in erster Linie darum, im Blick auf anstehende Wahlen Persönlichkeiten auf die erleuchtete Bühne zu bugsieren, in der Hoffnung, über sie in professionell angelegten und durchgeführten Wahlkämpfen eine positive Medienberichterstattung zu erzielen, die sich dann wiederum in Stimmen für die Partei niederschlägt. Die Befunde der Wahlforschung zeigen, dass dieses Kalkül ebenso gut aufgehen wie fehlschlagen kann. Sinnvoller erscheint ein Verständnis von Personalisierung, das die Spitzenkandidaten an der vorgelagerten und – zugegeben – schwierigen Aufgabe misst, im Diskurs mit ihren Parteien deren politische Traditionen fortzuschreiben und zu aktualisieren. Sowohl Angela Merkel als auch die

drei Prätendenten der SPD sind dieser Aufgabe bislang ausgewichen. Somit spricht einiges dafür, dass sie auch bei der Bundestagswahl 2013 ihre Parteien einmal mehr in die Sackgasse demobilisierender Langeweile führen. Aber – soviel ist heute schon gewiss – sie werden hinterher sagen, ihr Kurs sei alternativlos gewesen.

Dr. Gerd Mielke ist Professor für Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Mail: mielke@politik.uni-mainz.de.

Anmerkungen

- ¹ Siehe hierzu die grundlegende Arbeit von Brettschneider (2002) und neuere Beiträge von Wagner (2011) und Schmitt-Beck (2011).
- ² Zur Biographie Angela Merkels siehe Langguth (2005), zu Merkels Problemen als Wahlkämpferin siehe Mielke (2009c).
- ³ So der Titel der bilanzierenden Darstellung der SPD-Entwicklung in den letzten Jahrzehnten von Franz Walter (Walter 2010). Weitere Beiträge, die in diese Anmerkungen eingehen, sind Mielke (2009a) und (2009b).
- ⁴ Siehe hierzu etwa aktuell Niedermayer (2011) und schon früh Mielke (1997).
- ⁵ Einen guten Überblick zu der breiten Streuung dieser Großkonflikte im Sinne der so genannten Cleavage-Theorie gibt nach wie vor der Sammelband Eith/Mielke (2001).

Literatur

Brettschneider, Frank 2002: Spitzenkandidaten und Wahlerfolg. Personalisierung – Kompetenz – Parteien. Ein internationaler Vergleich. Wiesbaden.

Eith, Ulrich/Mielke, Gerd (Hg.) 2001: Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Wiesbaden.

Langguth, Gerd 2005: Angela Merkel. München.

Mielke, Gerd 1997: Mehr Demokratie wagen! SPD-Führung im partizipatorischen Zeitalter. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 41, Heft 1, 39-47.

Mielke, Gerd 2009a: Endspurt mit schweren Beinen. Zur innerparteilichen Lage der SPD. In: Machnig, M./Raschke, J. (Hg.): Wohin steuert Deutschland? Bundestagswahl 2009. Ein Blick hinter die Kulissen. Hamburg, 229-242.

Mielke, Gerd 2009b: Parteienkrise durch Parteieliten? Anmerkungen zur Diskussion über den Niedergang der deutschen Parteien. In: Kaspar, H./Schoen, H./Schumann, S./Winkler, J. R. (Hg.): Politik – Wissenschaft – Medien. Festschrift für Jürgen W. Falter zum 65. Geburtstag. Wiesbaden, 377-390.

Mielke, Gerd 2009c: The Misfit. Angela Merkel und ihr zweiter Versuch, einen ordentlichen Wahlkampf für die Union zu machen. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 22, Heft 2, 9-19.

Mouffe, Chantal 2007: Über die Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt.

Niedermayer, Oskar 2011: Mehr Demokratie wagen! Die Organisationsreform der SPD. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 6/2011, 15-18.

Schmitt-Beck, Rüdiger 2011: Spitzenkandidaten. In: Rattinger, H./Sigrid Roßteutscher/Schmitt-Beck, R./Wessels, B. u.a.: Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009. Baden-Baden, 205-221.

Wagner, Aiko 2011: Die Personalisierung der Politik: Entscheiden Spitzenkandidaten Wahlen? In: Bytzek, E./Roßteutscher, S. (Hg.): Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen. Frankfurt/New York, 81-96.

Walter, Franz 2010: Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie. Berlin.

Soziale Bewegungen und kollektive Identität

Forschungsstand und Forschungslücken

Priska Daphi

Das Konzept der kollektiven Identität hat seit den frühen 1990er Jahren einen festen Platz in der Bewegungsforschung eingenommen. Inzwischen wird kollektive Identität vom Großteil der Bewegungsforscher als konstitutives Element sozialer Bewegungen verstanden.¹ Allerdings, so wurde in einem vor 16 Jahren publizierten Themenheft dieses Journals zu sozialen Bewegungen und kollektiver Identität deutlich, steht der häufige Gebrauch des Konzepts in starkem Gegensatz zu seiner unzulänglichen konzeptionellen Klärung (vgl. Bader 1995; Hellmann 1995; Rucht 1995; Schmidtke 1995). Was hat sich seither hinsichtlich der konzeptionellen Ausarbeitung und empirischen Erforschung von Bewegungsidentität getan? Dieser Frage soll im Folgenden nachgegangen werden – sowohl hinsichtlich deutscher als auch internationaler Entwicklungen.

In der Bewegungsliteratur gehen so genannte Identitätsansätze aus der Kritik funktionalistischer Theorien hervor. Letztere betonten entgegen der bis in die 1960er Jahre verbreiteten Sicht, soziale Bewegungen seien Ergebnisse irrationaler, sozialpathologischer Massendynamiken, bewusst die Rationalität kollektiver Akteure (z.B. Tilly 1978; Kitschelt 1986; Tarrow 1996). Besonders die Erklärungsmodelle der ‚Resource Mobilisation‘ und ‚Political Opportunity Structures‘ traten hierbei in den Vordergrund. Mit Beginn der 1980er Jahre wurden diese Ansätze jedoch vor dem Hintergrund des ‚cultural turn‘ für ihren rationalistischen Fokus stark kritisiert. Zentraler Kritikpunkt war die unzureichende Erklärung der Entstehung von Kollektiven (vgl. Gamson

1992; Polletta/Jasper 2001). Das in diesem Zusammenhang entstandene Interesse für die Sinnproduktion kollektiver Akteure bildet den Hintergrund für die Forschung zur Bewegungsidentität (vgl. Melucci 1996; Polletta 2008).² Speziell die Literatur zu Neuen Sozialen Bewegungen³ hat hierzu durch ihren Fokus auf Identitätspolitik stark beigetragen.

Der im Folgenden gebotene Literaturüberblick geht zunächst auf die jüngeren Fortschritte der Forschung zu Bewegungsidentität ein. Hierbei stehen drei Aspekte im Vordergrund: 1) die Entstehung von Gruppeninteressen, 2) die Motive kollektiven Handelns und 3) die Mehrdimensionalität kollektiver Identität. Anschließend werden bestehende Lücken in der Literatur dargestellt und zwei zentrale Unstimmigkeiten hervorgehoben: zwischen kollektiver und individueller Verankerung von Identität und zwischen interner und oder externer Identitätsbestimmung.

1 | Erkenntnisse der Identitätsansätze

Das Interesse an kollektiver Identität ist eine Reaktion auf Erklärungslücken der Ansätze von ‚Resource Mobilisation‘ und ‚Political Opportunity Structures‘. Zentral geht es hier um die Fragen, wie kollektive Akteure entstehen, was kollektives Handeln ohne selektive Anreize motiviert und wie strategische Entscheidungen jenseits instrumenteller Rationalität getroffen werden (vgl. Polletta/Jasper 2001). Bezüglich dieser Fragen hat die Literatur zu Bewegungsidentitäten wichtige Einsichten liefern können. So wurde beispielsweise hinsichtlich der Stra-



ategie sozialer Bewegungen gezeigt, dass Entscheidungen vom Gruppenverständnis geprägt werden (z.B. Jasper 1997; Whittier 1995). Damit wird deutlich: Handlungsoptionen und Entscheidungen sind in kollektive Identitätsdefinitionen eingebettet (vgl. Gamson 1992; Polletta/Jasper 2001; Melucci 1989; Fireman/Gamson 1979). Der Identitätsansatz löst auf diese Weise die Trennung zwischen individuellen und kollektiven Interessen bis zu einem gewissen Grad auf und bietet eine Erklärung kollektiven Handelns jenseits von individuellen Gewinnkalkulationen.

Ausgehend vom 1995 erschienenen Themenheft dieses Journals zu sozialen Bewegungen und kollektiver Identität konzentriert sich die folgende Diskussion auf die Publikationen der letzten Jahre. Speziell werden hierbei die Fragen nach 1) der Entstehung von Gruppeninteressen und 2) der Motivationen kollektiven Handelns berücksichtigt. In einem dritten Teil

wird auf eine weitere Entwicklung der Literatur zu Bewegungsidentität eingegangen: die Diversifizierung der analytischen Ansätze.

1.1 | Entstehung von Interessen

Der Identitätsansatz erlaubt es, die Entstehung von kollektiven Interessen zu analysieren. Hierzu hat in den letzten Jahren speziell der Ansatz der Framing-Analyse bedeutende Einsichten beitragen können. Während in Netzwerkanalysen zunächst Interessen auf der Grundlage der Akteurspositionen innerhalb eines Netzwerkes erklärt wurden (z.B. Gould 1995), hebt der Framing-Ansatz die aktiven Bemühungen der Akteure hervor, die Interpretationen der Umwelt und der Gruppe zu ‚rahmen‘.⁴ Der Framing-Ansatz hat theoretisch wie empirisch in der Bewegungsforschung großen Anklang gefunden und stellt den am systematischsten entwickelten Ansatz dar.⁵

Aufbauend auf Erving Goffmans Konzept der Rahmenanalyse (1974) definieren David A. Snow und Robert D. Benford einen ‚frame‘ als „an interpretative schemata that simplifies and condenses the ‚world out there‘ by selectively punctuating and encoding objects, situations, events, experiences, and sequences of actions within one’s present or past environment“ (Snow/Benford 1992: 137). Framing-Analysen zeigen, wie Bewegungsmitglieder Interpretationen von Problemen und ihren Versachern (‚diagnostic framing‘), den zu ergreifenden Gegenmaßnahmen (‚prognostic framing‘) und der Handlungsmotivation (‚motivational framing‘) vornehmen.⁶ Da in diesem Prozess nicht nur die Umwelt, sondern auch die eigene Gruppe (in Abgrenzung zu anderen) umrissen wird, sind Framing und kollektive Identität eng miteinander verbunden (vgl. Hunt et al. 1994).

Seit Mitte der 1990er Jahre folgt die Mehrheit der Studien zu Bewegungsidentität diesem Ansatz (z.B. Andretta et al. 2003; della Porta et al. 2006; Ferree et al. 2002; Haunss 2004; Hunt/Benford 1994). So untersucht zum Beispiel Oliver Schmidtke Bewegungsidentität anhand der Herausbildung konstitutiver kognitiver Codes (Schmidtke 1995). Schmidtke argumentiert, dass diese Codes den Rahmen bilden, in dem politische Ansprüche formuliert und Mitglieder integriert und mobilisiert werden. Er zeigt in seiner Studie zur Lega Lombarda, wie die kollektive Identität der Liga strategisch uminterpretiert wurde, um damit weitere Teile der Bevölkerung mobilisieren zu können.

Der Framing-Ansatz wird auch in Untersuchungen zu transnationalen Bewegungen genutzt, die in den letzten Jahren stark zugenommen haben. Bei diesen Bewegungen wird aufgrund des Zusammenkommens unterschiedlichster Akteure die (bewusste) soziale Konstruktion von gemeinsamen Interessen besonders deutlich. So zeigen Massimiliano Andretta et al. (2003, 2006), wie im Falle der globalisierungskritischen Bewegung sogenannte ‚mobilisation leaders‘ (Gruppen, die trans-

ationale Protestaktionen vorbereiten) die unterschiedlichen Problem- und Lösungsanalysen der einzelnen Gruppen in einem ‚master frame‘ mit gemeinsamer Interpretation des Problems (neoliberale Globalisierung), seinen Versachern (internationale Regierungsorganisationen wie die Weltbank) und gemeinsamen Lösungswegen (darunter die Globalisierung sozialer Rechte) verknüpft wurden.

1.2 | Motive kollektiven Handelns

Zur Frage, was kollektives Handeln motiviert, hat besonders die sozialpsychologische Forschung wichtige Beiträge leisten können. Nachdem psychologische Theorien mit der Ablehnung behavioristischer Ansätze in der Bewegungsforschung in den 1970er Jahren deutlich an Popularität verloren, haben vor allem sozialpsychologische Ansätze mit dem wachsenden Fokus auf Identität wieder an Bedeutung gewonnen (vgl. Hunt/Benford 1994). Dies wird auch im früheren Themenheft dieses Journals zu sozialen Bewegungen und kollektiver Identität deutlich, das zwei sozialpsychologische Beiträge enthält.

So argumentieren Zick und Wagner dort (1995), dass sich besonders der ‚social identity‘-Ansatz zur Erklärung von Ideologisierungsprozessen in sozialen Bewegungen eignet, da er verdeutlicht, dass interpersonale Ähnlichkeiten nicht Voraussetzung von Gruppenbildungsprozessen, sondern Produkt von Kategorisierungen sind. Das bedeutet: Gruppenbildungsprozesse unterliegen der kategorialen Definition der Bewegungsmitglieder als Mitglieder und der Abgrenzung nach außen. Die Selbstinterpretation als Gruppenmitglied ist von Bedeutung für soziale Bewegungen, da sie die Sympathie und Austauschbarkeit unter den Mitgliedern der Gruppe erhöht und damit kollektives Handeln wahrscheinlicher macht. Auch Bernd Simon (1995) hebt den Aspekt der Selbstinterpretation des Individuums als Gruppenmitglied hervor und argumentiert, dass die Frage nach den Bedingungen der individuellen gegenüber der kollektiven Selbstinterpretation

für Mobilisierungs- und Stabilisierungschancen sozialer Bewegungen von zentraler Bedeutung ist. Untersuchungen zu Kategorisierungsprozessen haben ergeben, dass gemeinsame Erfahrungen und Konflikte die Rolle der Selbstinterpretation als Gruppenmitglied erhöhen (vgl. Simon 1995; Zick/Wagner 1995; Turner/Kilian 1987).

In der Bewegungsforschung wurden zunächst von sozialpsychologischen Studien zu anderen Themen Rückschlüsse auf soziale Bewegungen gezogen – ohne soziale Bewegungen direkt zu untersuchen.⁷ Seit Mitte der 1990er Jahre nehmen Studien explizit Bezug auf Bewegungen (z.B. Klandermans 1997; van Stekelenburg/Klandermans 2002; Simon et al. 1998, Stürmer/Simon 2004). Der Frage, inwieweit kollektive Identität kollektives Handeln fördert, wurde hierbei besondere Aufmerksamkeit geschenkt. So untersuchen zum Beispiel Marga de Weerd und Bert Klandermans (2000), ob niederländische Bauern sich mit Bauern aus anderen Ländern identifizieren und wie sich dies auf die Teilnahme an kollektiven Aktionen auswirkt. Die Autoren zeigen, dass Gruppenidentifikation⁸ die Wahrscheinlichkeit der Teilnahme an kollektiven Aktionen deutlich erhöht.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch andere Studien (Simon et al. 1998, Stürmer/Simon 2004). Allerdings wird hierbei auch deutlich, dass nicht die Identifikation mit der Gruppe per se (z.B. Homosexuelle, Senioren), sondern die Identifikation mit der aktiven Bewegung (z.B. Schwulenbewegung, Seniorenbewegung) die Wahrscheinlichkeit von Protestpartizipation erhöht. Vor diesem Hintergrund folgern Bernd Simon und Bert Klandermans (2001), nur *politisierte* kollektive Identität erhöhe die Wahrscheinlichkeit politischen Protests. Diese Politisierung findet ihnen zufolge in drei konsekutiven Schritten statt: In einem ersten Schritt entsteht das Gefühl der Benachteiligung und das Bewusstsein über gemeinsame Belastungen; im zweiten Schritt werden die Belastungen einem gemeinsamen Gegner zugewiesen; der letzte Schritt umfasst

schließlich das Erzwingen einer Stellungnahme dritter Parteien.

1.3 | Mehrdimensionalität

Obwohl weiterhin die Mehrheit der Studien zu Bewegungsidentität die kognitive Dimension der Selbst- und Fremdkategorisierung betrachtet⁹ – vor allem im Rahmen von Framing-Analysen –, werden seit Ende der 1990er Jahre andere Aspekte kollektiver Identitätskonstruktion verstärkt berücksichtigt. Besonders die von Alberto Melucci (1986) betonte dritte Ebene kollektiver Identitätskonstruktion findet damit mehr Berücksichtigung: Emotionen. Dies spiegelt eine generelle Entwicklung in der Bewegungsforschung wider. So resümierten Bewegungsforscher seit Ende der 1990er Jahre, dass der ‚cultural turn‘ zu einem kognitiven Fokus auf Kosten emotionaler Aspekte geführt hat (vgl. Aminzade/McAdam 2001; Goodwin/Pfaff 2001; Jasper 1998). Francesca Polletta und James Jasper konstatieren in ihrem Überblick über die Literatur zu Bewegungsidentität in diesem Sinne: „We know little about the emotions that accompany and shape collective identity“ (2001: 299).

Im Folgenden werden zwei Ansätze vorgestellt, die eine zentrale Rolle in dieser Erweiterung der Literatur zu Bewegungsidentität spielen: narrative und handlungspraktische Ansätze.

1.3.1 | Narrative Ansätze

Narrative Ansätze betonen die Bedeutung von Erzählungen und gemeinsamen Erfahrungen. Die Rolle einer gemeinsamen Vergangenheit wird von verschiedenen Bewegungsforschern betont.¹⁰ Darüber hinaus gehend hat sich jedoch in den letzten Jahren ein systematischer narrativer Ansatz herausgebildet. Der Grundstein hierfür wurde bereits mit Framing-Ansätzen gelegt. So betonten frühe, wegweisende Arbeiten die Rolle von (fiktiven) Narrativen in Identitätsdiskursen (z.B. Snow/Anderson 1987; Hunt/Benford 1994).

Allerdings unterscheiden sich Framing- und narrative Ansätze in einigen Punkten.¹¹ Polletta (1998a) zufolge geben Narrative die Realität auf andere Weise als Frames wieder: Während Frames Sinn durch Analogien und Differenzierung herstellen, entsteht in Narrativen Sinn durch das Anordnen von Ereignissen innerhalb eines ‚plots‘ – das ‚emplotment‘ (ebd.). Zweitens unterscheiden sich Narrative und Frames in der Art und Weise ihrer Rezeption. Im Gegensatz zu Frames überzeugen Narrative nicht durch Klarheit, Genauigkeit und Glaubwürdigkeit, sondern durch die Offenheit für verschiedene Interpretationen und die Möglichkeit, sich mit dem Protagonisten zu identifizieren (ebd.; Fine 1995). Drittens sind Narrative stärker an existierende kulturelle Formen gebunden, um verständlich zu sein, während für Frames aufgrund der Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Ideologien und Werten mehr Gestaltungsfreiraum besteht (Polletta 1998a).

Aufgrund dieser Eigenschaften und aufbauend auf Arbeiten von Margaret Somers (1992, 1994, 1995) werden Narrative als zentrale Grundlage kollektiver Wahrnehmung und damit der Gruppenkohäsion verstanden (Fine 1995; Nepstad 2001; Polletta 1998b, 2006; Eder 2005, 2006). So zeigt zum Beispiel Polletta (1998b, 2006) in ihrer Studie zur US-amerikanischen Studentenbewegung in den 1960er Jahren, wie eine (fiktive) gemeinsame Narration die Konstruktion einer kollektiven Identität gestärkt und damit risikoreiche Aktionen attraktiver gemacht hat. Klaus Eder verdeutlicht in seinem Beitrag in diesem Band die Bedeutung einer dichten narrativen Organisation von Ereignissen für das Ent- und Bestehen sozialer Bewegungen.

1.3.2 | Handlungspraktische Ansätze

Handlungspraktische Ansätze heben hervor, dass gemeinsame Vorstellungen, Kultur und Zielsetzungen allein für die Entstehung kollektiver Identität nicht ausreichen, sondern handlungspraktisch umgesetzt werden müssen.

Physische, insbesondere ritualisierte Handlungen stabilisieren Gemeinschaft und Loyalität effektiver als Diskurs (Jasper 1997, Polletta/Jasper 2001). In diesem Sinne betont Dieter Rucht im Themenheft dieses Journals zu sozialen Bewegungen und kollektiver Identität: „Die Gemeinsamkeit dieser Zielsetzung ist für kollektive Identität nicht hinreichend. (...) Erst wer sich einer Bewegung als einem sozialen Zusammenhang, charakterisiert durch bestimmte Träger sowie bestimmte Handlungs- und namentlich Protestformen, zurechnet und dies möglichst praktisch bezeugt, teilt somit die kollektive Identität einer Bewegung“ (1995: 11).

Studien, die diesem Ansatz folgen, konzentrieren sich einerseits auf außeralltägliche Protesthandlungen (z.B. Jasper 1997; Juris 2008), andererseits auf Alltagshandlungen (z.B. Haunss 2004). Gemeinsam ist ihnen allerdings die auf Durkheim (1965) aufbauende Betonung von ritueller Handlung in physischer Ko-Präsenz als Erzeuger emotionaler Energie und letztendlich kollektiver Identität. So argumentiert Jeffrey Juris (2008) in seiner Studie zu Protesten der globalisierungskritischen Bewegung in Prag (2000) und Barcelona (2002), dass diese Proteste komplexe rituelle Performances darstellen, die aufgrund des Bewusstseins der körperlichen Nähe starke Emotionen auslösen und damit das Engagement der Aktivist:innen aufrechterhalten. Auf ähnliche Weise hebt auch James Jaspers Studie (1997) zu den US-amerikanischen Anti-Atomkraftprotesten in Diabolo Canyon (1981) die Bedeutung der rituellen Protestaktionen für die Entstehung und Erhaltung emotionaler Bindungen der Teilnehmer:innen und damit für das Fortbestehen der Bewegung hervor. Sebastian Haunss' (2004) Ansatz betont hingegen die Rolle von Alltagssprachen, in denen kollektive Identitäten gelebt werden können (s. auch Leach/Haunss 2009). Damit spielen ‚Szenen‘ eine zentrale Rolle in Prozessen kollektiver Identitätskonstruktion: Sie zeichnen sich nicht allein durch geteilte Ansichten und Überzeugungen aus, sondern auch durch gemeinsames Handeln, und unter-

scheiden sich damit von Milieus (vgl. Hellmann 1995) sowie Subkulturen (Haunss 2004). Sebastian Haunss zeigt in seinem Beitrag zu diesem Band in einem Vergleich der Schwulenbewegung und der Autonomen, dass die Rückbindung des Bewegungsdiskurses an szenenspezifische Alltagspraxen von zentraler Bedeutung ist für kollektive Identitätskonstruktion und das Fortbestehen der Bewegung.

2 | Forschungslücken

Trotz der oben genannten Entwicklungen der Literatur zur Bewegungsidentität bleiben einige zentrale Lücken. So argumentierten Francesca Polletta und James Jasper in ihrem Literaturüberblick (2001), das Konzept der kollektiven Identität umfasse so viele Aspekte – Kategorien von Aktivist:innen, die öffentliche Repräsentation dieser Kategorien, die Definition ihrer Lage durch Aktivist:innen, den expressiven Charakter von Handlungen, emotionale Bindungen und Solidarität –, dass zentrale Fragen unbeantwortet blieben: Inwieweit entsteht kollektive Identität durch Protest oder geht kollektivem Handeln voraus? Wie unterscheiden und beeinflussen sich interne und öffentliche Identitäten? Welche Emotionen formen kollektive Identität? Und in welcher Beziehung stehen individuelle und kollektive Identität zueinander (ebd.: 285/299)?

Die skizzierten Befunde der letzten Jahre beantworten einige dieser Fragen. So bieten die narrativen und handlungspraktischen Ansätze Einsichten in die Rolle von Protesten und Emotionen in Prozessen kollektiver Identitätskonstruktion. Sozialpsychologische Untersuchungen zeigen, dass Identifizierung mit der Gruppe eine wichtige Voraussetzung für Protestteilnahme ist. Auch wird hierbei die Beziehung zwischen individueller und kollektiver Identität untersucht, zum Beispiel hinsichtlich der Faktoren, die die Rolle kollektiver Selbstinterpretation erhöhen.

Andere Antworten hingegen bleibt die Forschung bislang schuldig. Zum einen heben narrative und handlungspraktische Ansätze zwar

wichtige Aspekte der kollektiven Identitätskonstruktion hervor; die empirische Forschung hierzu ist allerdings noch spärlich.¹² Auch birgt diese Differenzierung die Gefahr, die ohnehin wenig systematisch verbundene Forschung zur Bewegungsidentität weiter zu zerstreuen. Zum anderen weist die sozialpsychologische Forschung zwar auf die Bedeutung kollektiver Selbstinterpretation für Protestpartizipation hin. Gleichzeitig wurde aber auch gezeigt, dass Proteste ganz ohne vorherige Gemeinschaft entstehen können und kollektive Identitätskonstruktion stark durch Protest geprägt wird (Jasper 1997; Fantasia 1988; Hirsch 1990; Taylor 1995). Unklar bleibt damit das Verhältnis zwischen kollektiver Identität vor und nach Protesthandlungen. Beide Punkte verdeutlichen, dass die systematische Verbindung der verschiedenen Teilaspekte eine zentrale Herausforderung der Forschung zu Bewegungsidentität darstellt.

Die Verbindung der Teilstränge bedarf allerdings einer gemeinsamen konzeptionellen Basis. Damit rücken die konzeptionellen Unstimmigkeiten in den Fokus. Im Folgenden wird auf zwei zentrale konzeptionelle Widersprüche und ihre methodologischen Konsequenzen eingegangen, die in den Kurzbeiträgen dieses Bandes deutlich wiederzuerkennen sind.

2.1 | Individuum vs. Kollektiv

Jüngere Literaturüberblicke zu Bewegungsidentität betonen die unklare Verbindung zwischen der individuellen und kollektiven Ebene kollektiver Identität (Fletcher Fominaya 2010; Hunt/Benford 2008; Polletta/Jasper 2001; Snow/McAdam 2000). Dies ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass Uneinigkeit darüber besteht, wo kollektive Identität anzusiedeln ist. Ist sie primär ein individuelles oder kollektives Attribut? Ansätze der Literatur zu Bewegungsidentität unterscheiden sich hierbei. Dies ist auf unterschiedliche theoretische Traditionen zurückzuführen, auf die sich die Literatur zu Bewegungsidentität stützt: Klassische Theorien von Marx (Marx/Engels 1970),

Durkheim (1965) und Weber (1978) auf der einen Seite, die die strukturell-kulturelle Basis kollektiver Identität betonen, und sozialpsychologische Ansätze auf der anderen Seite, die die Rolle individueller Identifikation mit der Gruppe hervorheben (vgl. Hunt/Benford 2008). Allerdings lassen sich Uneinigkeiten auch innerhalb dieser Ansätze finden.¹³

Auch wenn sozialpsychologische Analysen im Vergleich zu psychologischen Ansätzen den sozialen Beziehungen und Positionen große Bedeutung zuschreiben, liegt doch auch hier der Schwerpunkt auf der individuellen Ebene (vgl. Zick/Wagner 1995: 64; Haunss 2004). In diesem Sinne schreiben Jacquelin van Stekelenburg und Bert Klandermans: „As social psychologists we must emphasise that it is individuals who construct collective identities and stage collective action“ (2002: 161). Folglich wird in sozialpsychologischen Ansätzen kollektive Identität als (erweiterter) Teil individueller Identität definiert und nicht als Identität einer Gruppe ‚sui generis‘ (Simon/Klandermans 2001: 320). Demnach ist kollektive Identität Teil des individuellen Selbstkonzeptes, das gewisse individuelle Bedürfnisse erfüllt, darunter Zugehörigkeit, Respekt und Verständnis (ebd.).

Im Gegensatz hierzu verorten sozio-kulturelle Ansätze kollektive Identität primär auf kollektiver Ebene. In diesem Sinne schreibt William Gamson, „the locus of collective identity is cultural“ (1992: 60). Mit Bezug auf Durkheim (1965) wird kollektive Identität hierbei zum einen als sozialer Tatbestand verstanden, der bewegungsspezifische Handlungen beeinflusst (vgl. Johnston et al. 1994, Eder 2009). Damit geht kollektive Identität über die Summe individueller Identitäten hinaus. Zum anderen wird hier auf Alberto Meluccis Konzeption (1989, 1996) kollektiver Identität Bezug genommen, der die konstante (Re-)Konstruktion kollektiver Identität in sozialer Interaktion betont und damit über strukturalistische Ansätze hinausgeht (vgl. Flesher Fomina-ya 2010).

Entscheidend ist, dass diese beiden Perspektiven unterschiedliche methodologische Kon-

sequenzen haben: Wird kollektive Identität als individuelles Merkmal definiert, so wird es hauptsächlich über die Befragung von Individuen erschlossen. Wird kollektive Identität hingegen als Attribut einer Gruppe konzipiert, rücken kollektive ‚Bewegungsgüter‘ wie Texte, Symbole und Rituale sowie Interaktionsprozesse in den Blickpunkt. Diese unterschiedlichen Ansätze werden in den Kurzbeiträgen von Bernd Simon und Sebastian Haunss deutlich.

2.2 | Intern vs. Extern

Unklarheit besteht weiterhin bezüglich der Frage, inwieweit sich Fremd- und Selbstdefinitionen unterscheiden und gegenseitig beeinflussen (vgl. Polletta/Jasper 2001: 285). Grenzziehungsprozesse zu anderen Gruppen werden zwar mehrheitlich in die Konzeptionalisierung von Bewegungsidentität einbezogen.¹⁴

Allerdings besteht Uneinigkeit darüber, welche Rolle Fremdbilder gegenüber der Selbstdeutung einnehmen. Die Differenzen basieren zum einen auf den im vorherigen Abschnitt besprochenen Unterschieden sozialpsychologischer und sozio-kultureller Ansätze, zum anderen auf verschiedenen theoretischen Einflüssen innerhalb sozio-kultureller Ansätze. Unterschieden werden kann zwischen Ansätzen, die sich auf 1) interne Bewegungsdynamiken, 2) das Wechselspiel zwischen Fremd- und Selbstdefinitionen und 3) die Rolle von Fremdzuschreibungen konzentrieren.

Während sich auch Framing-Analysen oftmals auf bewegungsinterne Diskurse konzentrieren, ist der Fokus auf interne Dynamiken besonders ausgeprägt in Ansätzen, die über kognitive Grenzziehungsprozesse hinausgehen und emotionale Aspekte stärker betonen. So konzentrieren sich vor allem die oben beschriebenen handlungspraktischen Ansätze auf interne Prozesse wie alltägliche Praktiken (Haunss 2004) und Protestrituale (Jasper 1997; Juris 2008). Alberto Meluccis (1989, 1996) prozessuale Definition kollektiver Identität stellt eine zentrale Grundlage dieser Ansätze dar, da sie

den fortlaufenden internen Konstruktionsprozess kollektiver Identität betont. Damit ist kollektive Identität kein von außen zugängliches Produkt (vgl. Flesher Fominaya 2010: 397).

Dagegen betonen sozio-kulturelle Ansätze, die sich stärker auf Alain Touraines Theorie (1973) beziehen, das Wechselspiel zwischen Außenbild und Selbstwahrnehmung (z.B. Bader 1995; Rucht 1995). Da nach Touraine der Konflikt mit einer anderen Gruppe ein konstitutives Merkmal sozialer Bewegungen darstellt, spielt die Benennung des Gegners und die Auseinandersetzung mit diesem (und seiner Perspektive auf die Gruppe) eine wichtige Rolle in kollektiver Identitätskonstruktion. Das Fremdbild fungiert als Prüfstein und Orientierungspunkt des Selbstbildes (Rucht 1995). Narrative Analysen untersuchen sowohl interne Prozesse der Geschichtskonstruktion und -identifikation als auch die Abgrenzungen zu anderen Gruppen, die dadurch ermöglicht wird (Polletta 2006; Nepstad 2001). Die Bedeutung von narrativen Grenzziehungen betont auch Klaus Eder in seinem Beitrag in diesem Band.

Im Unterschied zu diesen beiden Ansätzen wird in der sozialpsychologischen Forschung zu Bewegungsidentität die zentrale Bedeutung von Fremdzuschreibungen unterstrichen. Dies ist zurückzuführen auf den oben beschriebenen Fokus auf individuelle Identifikationsprozesse mit einer bestimmten Gruppe. Die Kategorisierung dieser Gruppe ist dem Individuum dabei von außen vorgegeben – ihre interne Konstruktion ist nicht Gegenstand der Forschung (vgl. Simon et al. 1998; Stürmer/Simon 2004).

3 | Fazit

Dieser Literaturüberblick hat gezeigt, dass in der Forschung zu Bewegungsidentität wichtige Fortschritte gemacht wurden vor allem hinsichtlich der Fragen, wie Gruppeninteressen entstehen und was kollektives Handeln motiviert sowie bezüglich der Berücksichtigung verschiedener Dimensionen kollektiver Identität. Framing-Analysen haben hierbei zentrale

Einsichten in die Entstehung von Gruppeninteressen geliefert, während sozialpsychologische Studien die Bedeutung von Gruppen- bzw. Bewegungsidentifikation für die Teilnahme an Protestaktionen aufgezeigt. Des Weiteren wurde die Erweiterung der Forschung zu Bewegungsidentität vor allem hinsichtlich emotionaler Komponenten in narrativen und handlungspraktischen Ansätzen aufgezeigt.

Zentrale Punkte bleiben jedoch weiterhin unklar – sowohl empirisch als auch konzeptionell. So bieten zwar narrative und handlungspraktische Ansätze neue Einsichten in die Rolle von Protesten und Emotionen und gehen damit zentralerweise über Framing-Analysen hinaus; es bedarf hier allerdings weiterer empirischer Untersuchungen. Auch bleibt trotz der systematischen sozialpsychologischen Studien das Verhältnis zwischen kollektiver Identität vor und nach Protesten unklar. Über zentrale konzeptionelle Aspekte besteht Uneinigkeit. So wird die Frage, ob kollektive Identität primär ein individuelles oder kollektives Attribut ist, unterschiedlich beantwortet. Auch die Rolle von Selbstdefinitionen gegenüber Fremdbildern wird unterschiedlich gewichtet. Hierbei spielen Differenzen zwischen sozialpsychologischen und sozio-kulturellen Ansätzen eine zentrale Rolle, aber es sind auch unterschiedliche Antworten innerhalb der Ansätze zu finden.

Die Verknüpfung der unterschiedlichen Forschungsstränge stellt damit die wichtigste Herausforderung dar. Solch eine Verknüpfung würde die Forschung zu Bewegungsidentität deutlich stärken – nicht durch das Auflösen von Gegensätzen, sondern durch die Ausarbeitung eines gemeinsamen konzeptionellen Ausgangspunkts. Des Weiteren stellen Veränderungen der Mobilisierungsdynamiken – besonders die zunehmende Transnationalisierung – zentrale Annahmen der Literatur in Frage. So widerspricht die fehlende Bindung von Bewegungsidentität an *einen* Ort, wie im Fall der globalisierungskritischen Bewegung, der These, kollektive Identität bedürfe einer räumlich konzentrierten Basis. Dies stellt die Literatur

zu Bewegungsidentität vor die Aufgabe, das Verhältnis von Identität und Raum neu zu bestimmen (vgl. Daphi 2011, 2012 im Erscheinen).

Priska Daphi promoviert an der Berlin Graduate School of Social Sciences (Humboldt-Universität zu Berlin) zu Prozessen kollektiver Identitätskonstruktion in der globalisierungskritischen Bewegung. p.daphi@hu-berlin.de

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Castells 2001; della Porta/Diani 2006; Hunt/Benford 1994; Polletta; Jasper 2001; Melucci 1996, 2004; Snow 2001; Snow/Anderson 1987; Snow/McAdam 2000 und Taylor/Whittier 1992.
- ² Zusätzlich bestand ein langjähriges Interesse für den Zusammenhang zwischen Identität und Mobilisierung (vgl. Roth 1998; Hunt/Benford 2008). Zu den Autoren, die bereits vor den 1990er Jahren Identität mit Bezug auf soziale Bewegungen gehandelt hatten, zählen u.a. Klapp 1969 und Turner/Killian 1987.
- ³ Z.B. Castells 2001; Calhoun 1993; Dalton et al. 1990; Eder 1986; Melucci 1985, 1989; Offe 1985 und Touraine 1981.
- ⁴ Netzwerkanalysen wurden im Zusammenhang mit der Erforschung von Bewegungsidentität stark kritisiert, da sie von einem automatischen Zusammenhang zwischen Netzwerkposition und kollektiver Identität ausgehen. Wie zum Beispiel Solidarität und Vertrauen in Netzwerken entstehen, bleibt dabei unklar (vgl. della Porta 1992; Goodwin et al. 2001; Polletta 1998a; Taylor/Whittier 1992).
- ⁵ Einen guten Überblick hierzu bieten Benford/Snow 2000.
- ⁶ Z.B. Benford 1993; Hunt et al. 1994; Ferree et al. 2002; Gerhards/Rucht 1992; Johnston 1991; Snow et al. 1986; Snow/Benford 1988, 1992; Tarrow 1992.
- ⁷ Mit einigen Ausnahmen z.B. Tajfel 1981; Reicher 1984.

⁸ Gruppenidentifikation wird als Mediator zwischen sozialer und kollektiver Identität definiert und anhand von in Interviews geäußelter Identifikation mit anderen Bauern und zu anderen Gruppen sowie anhand der Mitgliedschaft in Bauernvereinigungen gemessen.

⁹ Vgl. Polletta/Jasper 2001; Jasper 1998; Hunt/Benford 2008.

¹⁰ Z.B. della Porta und Diani 2006; Snow/Anderson 1987; Hunt et al. 1994; Sewell, Jr./McAdam 2001; Kern 2008.

¹¹ Auch unterscheidet sich der narrative Ansatz von Analysen von Lebensgeschichten, da er über einzelbiographische Geschichten hinausgeht.

¹² So bleibt zum Beispiel unklar, wie Emotionen über die Ereignisse hinaus erhalten bleiben und welche Bedingungen ihr Wirken beeinflussen.

¹³ So definieren zum Beispiel Polletta und Jasper (2001) kollektive Identität entgegen der Mehrheit sozio-kultureller Ansätze auf individueller Ebene als die kognitive, moralische und emotionale Verbindung eines Individuums zu einer Gruppe (ebd.: 285).

¹⁴ Z.B. Taylor/Whittier 1992; Haunss 2004; Bader 1995; Rucht 1995; della Porta et al. 2006; Eder/Spohn 2005

Literatur

Aminzade, Ronald/McAdam, Doug 2001: Emotions and Contentious Politics. In: Ronald Aminzade (Hg.): Silence and voice in the study of contentious politics. Cambridge, New York: Cambridge University Press (Cambridge studies in contentious politics), S. 14–50.

Andretta, Massimiliano/della Porta, Donatella/Mosca, Lorenzo/Reiter, Herbert 2003: No Global – New Global. Identität und Strategien der Antiglobalisierungsbewegung. Frankfurt, New York: Campus Verlag.

Bader, Michael V. 1995: Ethnische Identität und ethnische Kultur: Grenzen des Konstruktivismus und der Manipulation. In: For-

schungsjournal Neue Soziale Bewegungen 8 (1), S. 32-45.

Benford, Robert D. 1993: ‚You could be the hundredth monkey‘. Collective action frames and vocabularies of motive within the nuclear disarmament movement. In: *Sociological Quarterly* 34, 34 (2), S. 195-216.

Benford, Robert D./Snow, David A. 2000: Framing Processes and Social Movements. An Overview and Assessment. In: *Annual Review of Sociology* 26 (1), S. 611-639.

Calhoun, Craig 1993: „New Social Movements“ of the Early Nineteenth Century. In: *Social Science History* 17 (3), S. 385-427. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/1171431>.

Castells, Manuel 2001: *The Information Age: Economy, Society and Culture. Volume II: The Power of Identity.* 2. Aufl. Oxford: Blackwell Publishers.

Dalton, Russell J./Kuechler, Manfred/Bürklin, Wilhelm 1990: The Challenge of New Movements. In: R. J. Dalton und M. Kuechler (Hg.): *Challenging the Political Order. New Social and Political Movements in Western Democracies.* New York: Oxford University Press, S. 3-20.

Daphi, Priska 2011: Who are the transnational actors? Pinning down an elusive subject of research. Konferenzbeitrag: How to study transnational social movements. University of Gothenburg, Sweden, 29.09.2011.

Daphi, Priska 2012 (im Erscheinen): Zur Entstehung kollektiver Identität in transnationalen sozialen Bewegungen. Ein räumlicher Ansatz. In: Hans-Georg Soeffner (Hg.): *Transnationale Vergesellschaftungen. Kongressband zum 35. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Frankfurt am Main 2010.*

della Porta, Donatella 1992: Life Histories in the Analysis of Social Movement Activists. In: Mario Diani und R. Eyerman (Hg.): *Studying Collective Action.* London: Sage Publication, S. 168-193.

della Porta, Donatella/Andretta, Massimiliano/Mosca, Lorenzo/Reiter, Herbert 2006: *Globalization from below. Transnational activists and protest networks.* Minneapolis: University of Minnesota Press (Social movements, protest, and contention, 26).

della Porta, Donatella/Diani, Mario 2006: *Social movements. An introduction.* Oxford, Malden Mass.: Blackwell.

Durkheim, Emile 1965: *The Elementary Forms of Religious Life.* New York: Free Press.

Eder, Klaus 1986: Soziale Bewegung und kulturelle Evolution. Überlegungen zur Rolle der neuen sozialen Bewegungen in der kulturellen Evolution der Moderne. In: J. Berger (Hg.): *Die Moderne – Kontinuitäten und Zäsuren.* Göttingen: Schwartz, S. 335-357.

Eder, Klaus 2005: Remembering National Memories Together. The Formation of a Transnational Identity in Europe. In: Klaus Eder und W. Spohn (Hg.): *Collective memory and European identity. The effects of integration and enlargement.* Hants: Ashgate, S. 197-220.

Eder, Klaus 2006: Europe's Borders. The Narrative Construction of the Boundaries of Europe. In: *European Journal of Social Theory* 9 (2), S. 255-271.

Eder, Klaus 2009: A Theory of Collective Identity Making Sense of the Debate on a ‚European Identity‘. In: *European Journal of Social Theory* 12 (4), S. 427-447.

Eder, Klaus/Spohn, Willfried (Hg.) 2005: *Collective memory and European identity. The effects of integration and enlargement.* Hants: Ashgate.

Fantasia, R. 1988: *Cultures of Solidarity.* Berkeley: University of California Press.

Ferree, Myra Marx/Gamson, William/Gerhards, Jürgen/Rucht, Dieter 2002: *Shaping abortion discourse. Democracy and the public sphere in Germany and the United States.* Cambridge: Cambridge University Press (Communication, society, and politics).

Fine, G. A. 1995: Public narration and group culture. Discerning discourse in social movements. In: Hank Johnston und Bert Klandermans (Hg.): *Social Movements and Culture.* Minneapolis: Univ. of Minnesota Press, S. 127-143.

Fireman, B./Gamson, William 1979: *Utilitarian Logic in the Resource Mobilization*

Perspective. In: John D. McCarthy und M. N. Zald (Hg.): *The Dynamics of Social Movements*. Cambridge, MA: Winthrop, S. 8-44.

Flesher Fominaya, Cristina 2010: Collective Identity in Social Movements: Central Concepts and Debates. In: *Sociology Compass* 4 (6), S. 393-404.

Gamson, William 1992: The Social Psychology of Collective Action. In: A. D. Morris und C. M. C. Mueller (Hg.): *Frontiers in Social Movement Theory*. New Haven CT: Yale University Press, S. 53-76.

Gerhards, Jürgen/Rucht, Dieter 1992: Mesomobilization: Organizing and Framing in Two Protest Campaigns in West Germany. In: *The American Journal of Sociology* 98 (3), S. 555-596.

Goffman, Erving 1974: *Frame Analysis. An Essay on the Organization of Experience*. Boston: Northeastern University Press.

Goodwin, Jeff/Jasper, James M./Polletta, Francesca 2001: Why Emotions Matter. In: Jeff Goodwin, James M. Jasper und Francesca Polletta (Hg.): *Passionate politics. Emotions and social movements*. Chicago: University of Chicago Press, S. 1-24.

Goodwin, Jeff/Pfaff, S. 2001: Emotion Work in High-Risk Social Movements. Managing Fear in US and East German Civil Rights Movements. In: Jeff Goodwin, James M. Jasper und Francesca Polletta (Hg.): *Passionate politics. Emotions and social movements*. Chicago: University of Chicago Press, S. 282-302.

Gould, R. V. 1995: *Insurgent Identities: Class Community and Protest in Paris from 1848 to the Commune*. Chicago: Univ. of Chicago Press.

Haunss, Sebastian 2004: Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hellmann, Kai-Uwe 1995: Soziale Bewegungen und Kollektive Identität: Zur Latenz, Krise und Reflexion sozialer Milieus. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 8 (1), S. 68-81.

Hirsch, Eric L. 1990: Sacrifice for the Cause: Group Processes, Recruitment, and Commitment in a Student Social Movement. In: *American Sociological Review* 55 (2), S. 243-254.

Hunt, S. A./Benford, R. D./Snow, David A. 1994: Identity Fields: Framing Processes and the Social Construction of Movement Identities. In: E. Laraña, Hank Johnston und J. R. Gusfield (Hg.): *New Social Movements: From Ideology to Identity*. Philadelphia: Temple University Press.

Hunt, Scott A./Benford, R. D. 2008: Collective Identity, Solidarity, and Commitment. In: David A. Snow, Sarah H. Soule und Hanspeter Kriesi (Hg.): *The Blackwell Companion to Social Movements*. 2. Aufl. Malden etc., MA: Blackwell, S. 433-457.

Hunt, Scott A./Benford, Robert D. 1994: Identity Talk in the Peace and Justice Movement. In: *Journal of Contemporary Ethnography* 22 (4), S. 488-517.

Jasper, James M. 1997: *The Art of Moral Protest. Culture, Biography, and Creativity in Social Movements*. Chicago: Univ. of Chicago Press.

Jasper, James M. 1998: The emotions of protest. The affective and reactive emotions in and around social movements. In: *Sociological Forum* 13 (3), S. 397-424.

Johnston, Hank 1991: *Tales of Nationalism. Catalonia, 1939-1979*. New Brunswick: Rutgers University Press.

Johnston, Hank/Laraña, E./Gusfield, J. R. 1994: Identities, Grievances, and New Social Movements. In: E. Laraña, Hank Johnston und J. R. Gusfield (Hg.): *New Social Movements: From Ideology to Identity*. Philadelphia: Temple University Press, S. 3-35.

Juris, Jeffrey S. 2008: Performing politics: Image, embodiment, and affective solidarity during anti-corporate globalization protests. In: *Ethnography* 9 (1), S. 61-97.

Kern, Thomas 2008: *Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kitschelt, Herbert P. 1986: *Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-*

Nuclear Movements in Four Democracies. In: *British Journal of Political Science* 16 (1), S. 57-85.

Klandermans, Bert 1997: *The Social Psychology of Protest*. Oxford: Blackwell Pub.

Klandermans, Bert/Weerd, M. de 2000: *Group Identification and Political Protest*. In: Sheldon Stryker, T. J. Owens und R. W. White (Hg.): *Self, Identity, and Social Movements*. Minneapolis: Univ. of Minnesota Press.

Clapp, O. E. 1969: *Collective Search for Identity*. New York: Holt, Rinehart & Winston.

Leach, Darcy K./Haunss, Sebastian 2009: *Scenes and Social Movements*. In: Hank Johnston (Hg.): *Culture, social movements, and protest*. Aldershot Hants England, Burlington VT: Ashgate, S. 255-276.

Marx, K./Engels, F. 1970: *The German Ideology*. New York: International.

Melucci, Alberto 1985: The symbolic challenge of contemporary movements. In: *Social Research* 52, S. 789-816.

Melucci, Alberto 1989: *Nomads of the Present. Social Movements and Individual Needs in Contemporary Society*. Philadelphia PA: Temple University Press.

Melucci, Alberto 1996: *Challenging Codes: Collective Action in the Information Age*. New York: Cambridge University Press.

Melucci, Alberto 2004: *The Process of Collective Identity*. In: Hank Johnston und Bert Klandermans (Hg.): *Social Movements and Culture*. 3rd pr. Minneapolis: Univ. of Minnesota Press, S. 41-63.

Nepstad, S. E. 2001: *Creating Transnational Solidarity. The Use of Narrative in the U.S.-Central America Peace Movement*. In: *Mobilization: An International Journal* 6 (1), S. 21-36.

Offe, Claus 1985: *New Social Movements. Challenging the boundaries of institutional politics*. In: *Social Research* 52, S. 817-868.

Polletta, Francesca 1998a: *Contending stories. narrative in social movements*. In: *Qualitative Sociology* 21, S. 419-446.

Polletta, Francesca 1998b: „It was like a Fever ...“. *Narrative and Identity in Social Protest*. In: *Social Problems* 45 (2), S. 137-159.

Polletta, Francesca 2006: *It was like a fever. Storytelling in protest and politics*. Chicago: University of Chicago Press.

Polletta, Francesca 2008: *Culture and Movements*. In: *The Annals of the American Academy* 619, S. 78-96.

Polletta, Francesca/Jasper, James M. 2001: *Collective Identity and Social Movements*. In: *Annual Review of Sociology* 27, S. 283-305.

Reicher, S. D. 1984: The St. Pauls riot: an explanation of the limits of crowd action in terms of a social identity model. In: *European Journal of Experimental Social Psychology* 14 (1), S. 1-21.

Roth, Roland 1998: *Patch-Work. Kollektive Identitäten neuer sozialer Bewegungen*. In: K. U. Hellmann und Ruud Koopmans (Hg.): *Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus*. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 51-68.

Rucht, Dieter 1995: *Kollektive Identität. Konzeptionelle Überlegungen zu einem Desiderat der Bewegungsforschung*. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 8 (1), S. 9-23.

Schmidtke, Oliver 1995: *Kollektive Identität in der politischen Mobilisierung territorialer Bewegungen: Eine analytische Perspektive*. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 8 (1), S. 24-31.

Sewell, William H., JR./McAdam, Doug 2001: *It's About Time. Temporality in the Study of Social Movements and Revolutions*. In: Ronald Aminzade (Hg.): *Silence and voice in the study of contentious politics*. Cambridge, New York: Cambridge University Press (Cambridge studies in contentious politics), S. 89-125.

Simon, Bernd/Klandermans, Bert 2001: *Politicized collective identity. A social psychological analysis*. In: *American Psychologist* 56 (4), S. 319-331.

Simon, Bernd/Loewy, M./Stürmer, Stefan/Weber, U./Freytag, P./Habig, C./Kampmeier, C./Spahlinger, P. 1998: *Collective Identification and Social Movement Participation*.

In: *Journal of Personal and Social Psychology* 74 (3), S. 646–658.

Simon, Bernd 1995: Individuelles und kollektives Selbst: Sozialpsychologische Grundlagen sozialer Bewegungen am Beispiel schwuler Männer. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 8 (1), S. 46–55.

Snow, David A. 2001: *Collective Identity and Expressive Forms*. UC Irvine: Center for the Study of Democracy. <http://www.escholarship.org/uc/item/2zn1t7bj> (Paper 01-07).

Snow, David A./Anderson, L. 1987: Identity Work among the Homeless. The Verbal Construction and Avowal of Personal Identities. In: *American Journal of Sociology* 92 (6), S. 1336–1371.

Snow, David A./McAdam, Doug 2000: Identity Work Processes in the Context of Social Movements. Clarifying the Identity/Movement Nexus. In: *Sheldon Stryker, T. J. Owens und R. W. White (Hg.): Self, Identity, and Social Movements*. Minneapolis: Univ. of Minnesota Press.

Snow, David A./Rochefford, E. B./Benford, Robert D. 1986: Frame alignment processes, micromobilization, and movement participation. In: *American Sociological Review* 51, S. 464–481.

Snow, David A./Benford, R. D. 1988: Ideology, frame resonance, and participant mobilization. *Int. Soc. Mov. Res.* In: *International Social Movement Research* 1, S. 197–218.

Snow, David A./Benford, R. D. 1992: Master Frames and Cycles of Protest. In: *A. D. Morris und C. M. C. Mueller (Hg.): Frontiers in Social Movement Theory*. New Haven CT: Yale University Press, S. 133–155.

Somers, Margaret R. 1992: Narrativity, Narrative Identity, and Social Action: Rethinking English Working-Class Formation. In: *Social Science History* 16 (4), S. 591–630.

Somers, Margaret R. 1994: The narrative constitution of identity. A relational and network approach. In: *Theory and Society* 23, S. 605–649.

Somers, Margaret R. 1995: Narrating and Naturalizing Civil Society and Citizenship Theory: The Place of Political Culture and the Public Sphere. In: *Sociological Theory* 13 (3), S. 229–274.

Stürmer, Stefan/Simon, Bernd 2004: The Role of Collective Identification in Social Movement Participation: A Panel Study in the Context of the German Gay Movement. In: *Personality and Social Psychology Bulletin* 30 (3), S. 263–277.

Tajfel, Henri 1981: *Human groups and social categories*. Studies in social psychology. Cambridge: Cambridge University Press.

Tarrow, Sidney 1992: Mentalities, Political Cultures, and Collective Action Frames. Constructing Meanings through Action. In: *A. D. Morris und C. M. C. Mueller (Hg.): Frontiers in Social Movement Theory*. New Haven CT: Yale University Press, S. 174–202.

Tarrow, Sidney 1996: States and Opportunities. The Political Structuring of Social Movements. In: *D. McAdam, J. D. McCarthy und M. N. Zald (Hg.): Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures and Cultural Framings*. Cambridge: Cambridge University Press.

Taylor, V. 1995: Watching for Vibes. Bringing Emotions in the Study of Feminist Organizations. In: *M. M. Ferree und P. Y. Martin (Hg.): Feminist Organizations. Harvest of the New Women's Movement*. Philadelphia PA: Temple University Press.

Taylor, V./Whittier, Nancy 1992: Collective Identity in Social Movement Communities. Lesbian Feminist Mobilization. In: *A. D. Morris und C. M. C. Mueller (Hg.): Frontiers in Social Movement Theory*. New Haven CT: Yale University Press.

Tilly, Charles 1978: *From Mobilization to Revolution*. Chicago: Univ. of Chicago Press.

Touraine, Alain 1981: *The Voice and the Eye. An Analysis of Social Movements*. Cambridge: Cambridge University Press.

Turner, J. H./Killian, L.M. 1987: *Collective Behavior*. Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall.

van Stekelenburg, J./Klandermans, Bert 2002: Individuals in Movements. A Social Psychology of Contention. In: Bert Klandermans und Suzanne Staggenborg (Hg.): Methods of social movement research. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Weber, M. 1978: Economy and Society. Berkeley: University of California Press.

Whittier, Nancy 1995: Feminist Generations: The Persistence of the Radical Women's Movement. Philadelphia: Temple University Press.

Zick, Andreas/Wagner, Ulrich 1995: Soziale Identität und Gruppenverhalten: Sozialpsychologische Beiträge zur Analyse soziale Bewegungen. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 8 (1), S. 56-67.

Lassen sich personale, soziale und kollektive Identität sinnvoll voneinander abgrenzen?

Dieter Rucht

Das in der Sozialpsychologie dominierende Identitätskonzept von Tajfel und Turner (1979) unterscheidet zwischen personaler Identität und sozialer (bzw. kollektiver) Identität. Dagegen werden soziale und kollektive Identität nicht systematisch getrennt, teilweise sogar synonym verwendet. Bernd Simon (in diesem Heft) knüpft an diese Linie an. Allerdings vermeidet er das Adjektiv „sozial“ und operiert mit dem Begriffspaar individuelle und kollektive Identität. Damit wird die falsche Assoziation vermieden, bei der individuellen Identität handele es sich um eine „weniger soziale oder gar ‚a-soziale‘ Variante von Identität“. Dieser Hinweis ist berechtigt. Gleichwohl erscheint auch diese binäre Identitätskonzeption unterkomplex. Deshalb wird eine weitere Differenzierung vorgeschlagen:

a) Physische Identität verweist auf die Unverwechselbarkeit einer Person, die sich zwei Merkmalsgruppen verdankt: erstens der einzigartigen Kombination körperlicher Eigenschaften, die es erlaubt, diese Person anhand von Genen, Gesichtsform, Iris, Fingerabdrücken, Narben, Muttermalen etc. durch visuelle Inspektion, biometrische oder sonstige Zugänge zu erken-

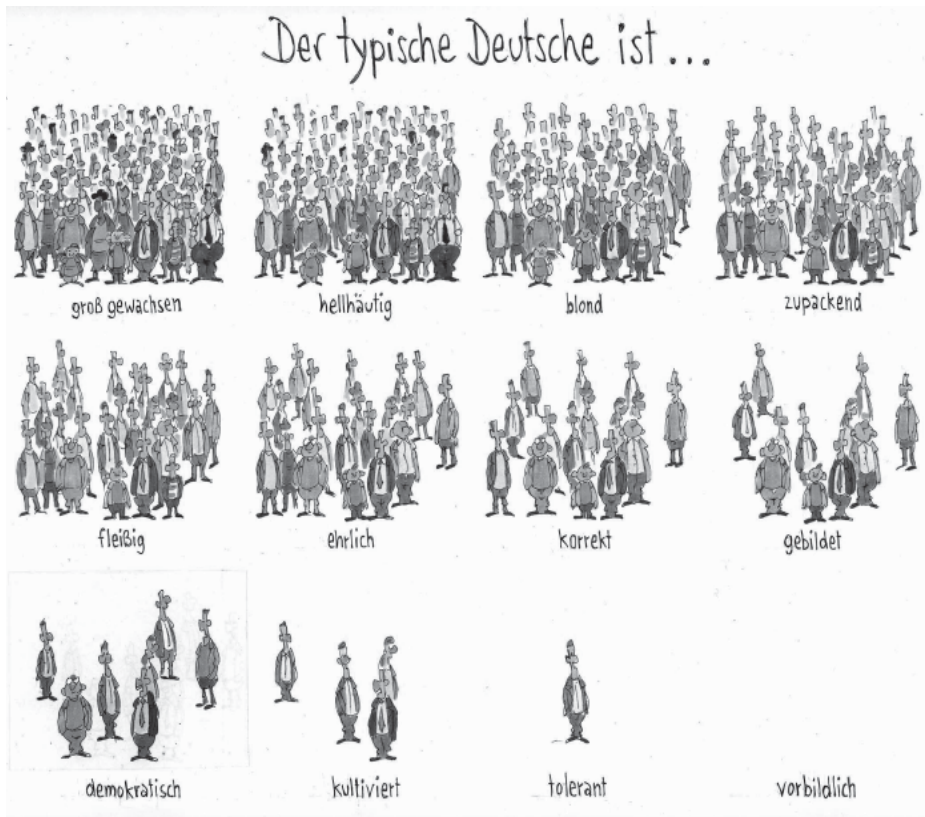
nen und von allen anderen Personen zu unterscheiden. Die Referenzpunkte, die dem Erkennen dienen, sind nicht-sozialer Art, sofern sie nicht, wie etwa Tattoos, eine verkörperlichte Botschaft an die Umwelt enthalten.

b) Rollenidentität ergibt sich aus der je spezifischen Verknüpfung, vor allem aber der je spezifischen Konkretisierung bestimmter sozialer Rollen (z.B. als Vater, Berufstätiger, Staatsbürger, freiwillig Engagierter, Intellektueller) sowie Zugehörigkeiten bzw. Vollzügen in Funktionssystemen (z.B. als Mitglied einer Zwangsvereinigung, Angehöriger einer Firma, eines Staates oder eines Vereins wie dem ADAC). Auch wenn diese Merkmalskombination in der Regel nicht von anderen Personen als Orientierungskriterium zur Identifikation einer bestimmten Person gezielt genutzt wird, so ist sie doch für die Konstruktion eines individuellen Selbst von elementarer Bedeutung. Sie ist zudem auch für andere Menschen von Belang, wenn etwa Kinder anfangen zu vergleichen, wie der eigene Vater seine Vaterrolle in Relation zu anderen Vätern „ausfüllt“.

- c) Organisationsidentität beruht auf den je besonderen Merkmalen formalisierter Gebilde (Staat, Anstalt, Betrieb, Kirche, Partei, Verband, Verein, Stiftung usw.). Für die Identität einer Organisation können sehr unterschiedliche Merkmalskombinationen von Belang sein, etwa Zielsetzung, Struktur, Organisationskultur und Image. Aufgrund ihrer formalen Struktur, welche u. a. eine Regelung der Mitgliedschaft beinhaltet, weisen Organisationen relativ klare Außengrenzen auf. In Interaktionen mit ihrer Umwelt werden Organisationen in der Regel durch autorisierte Instanzen (Chefs, Gremien, Sprecher) vertreten.
- d) Kollektive Identität bezieht sich auf soziale Gruppen jedweder Größe (von Cliquen über soziale Bewegungen bis hin zu Nationen und Religionen), deren Angehörige

sich der jeweiligen Gruppe per Willenskundgebung (aktiver Identifikation) zurechnen und grundlegende Aspekte dieser Gruppe – Ziele, Werte, Praktiken, Lebensstile usw. – wertschätzen und handlungspraktisch bekräftigen. Im Unterschied zu Organisationen haben soziale Gruppen und insbesondere soziale Bewegungen keine klaren Außengrenzen und keine formal autorisierten Repräsentanten. Insofern ist ihre Identität voraussetzungsvoller und prekärer als die von Organisationen.

Die drei letztgenannten Identitäten besitzen ein genuin soziales Substrat. Dies gilt auch für die Rollenidentität, als deren Träger ein Individuum auftritt. Insofern sind alle drei Formen Gegenstand der Sozialwissenschaften einschließlich der Sozialpsychologie. Sozial sind



diese Identitäten in dem Sinne, dass sie sinnhaft konstruiert, kodiert und dekodiert werden. Dies geschieht in einem iterativen Prozess der Selbst- und Fremdwahrnehmung, in welchem Zurechnungen zwischen dem Identischen und Nicht-Identischen vorgenommen, bekräftigt, zurückgewiesen oder auch abgewandelt werden. Deshalb ist die verbreitete Rede von einer sozialen Identität zwar sachlich korrekt, aber sowohl irreführend (siehe oben) als auch semantisch unscharf; sie verdeckt die jeweiligen Spezifika sozialer Identitäten. Der Begriff der sozialen Identität ist also nicht neben, sondern gleichsam unterhalb dem der kollektiven Identität anzusiedeln.

Soziale Identitäten sind keine feststehenden Eigenschaften von Personen bzw. Organisationen und Gruppen, sondern bedürfen einer fortlaufenden Stabilisierung und (Neu-)Justierung. Dies gilt insbesondere für die subjektive Performanz von Rollenidentität wie die gemeinschaftliche Performanz von kollektiver Identität. Dagegen ist die Organisationsidentität aufgrund ihrer formalisierten Abstützung weniger von internen wie externen Störungen bedroht.

Die in unserem Zusammenhang besonders interessierende kollektive Identität wird prinzipiell, also auch im Falle sozialer Bewegungen, in einem Prozess des doppelten Vergleichs konstruiert und als solche erkennbar und interpretierbar. Zum einen ist es der diachrone Vergleich: Trotz aller Wandlungen der „Erscheinung“ wird ein wie auch immer verstandenes „Wesen“ auf der Achse von der Vergangenheit zur Gegenwart (und besonders im Falle von sozialen Bewegungen auch projektierten Zukunft) als konstant wahrgenommen. So kann sich eine vormals dezidiert antimokratische Bewegung nicht in eine prodemokratische Bewegung verwandeln, ohne als etwas (ganz) anderes wahrgenommen zu werden. Kontinuitätsbehauptungen, wie sie auf individueller Ebene politische Konvertiten von Schläge eines Horst Mahler vorgetragen wurden, müssen auch im Falle sozialer Bewegungen eine gewisse Evidenz besitzen, um sich

nicht lächerlich zu machen. Dies schließt nicht aus, dass Fiktionen und Mythen mit ins Spiel kommen.

Zum anderen ist es der synchrone Vergleich: Soziale Bewegungen entwickeln ein Profil, das sie allemal von ihren aktuellen Antagonisten, aber auch von ko-existenten anderen sozialen Bewegungen unterscheidbar macht. Als solche müssen sie, bei bewusst oder unbewusst unscharf gehaltenen Rändern, einen unverwechselbaren Bewegungskern aufweisen oder zumindest imaginieren – ein Kern, dem sich Ziele, Strukturen, Anhänger und Handlungen zurechnen lassen. Kollektive Identität beruht also auf der sozialen Konstruktion von Grenzziehungen (Eisenstadt/Gießen 1995: 74).

Da soziale Bewegungen, im Unterschied zu einer als Handlungseinheit klar erkennbaren Person und Organisation, lediglich als ein lockeres Gefüge diverser kollektiver Handlungsträger, eben als Netzwerke von Personen, Gruppen und Organisationen, auftreten und über keine autorisierte Repräsentanz verfügen, bedürfen sie in besonderer Weise einer handlungspraktischen und symbolisch gestützten Außendarstellung. In deren Zentrum steht die Sequenz öffentlicher und kollektiver Proteste zur Präsentation einer politisierten kollektiven Identität (Simon/Klandermans 2001). Protest ist aber ebenso ein Medium der Konstruktion und Identitätsbehauptung nach innen, ein Ritual der identifikatorischen Selbstvergewisserung, mit dem sich die Beteiligten wechselseitig versichern, worin ihre Gemeinsamkeit besteht.

Die verbreitete Rede vom „Aushandeln“ kollektiver (bzw. sozialer) Identität verweist zwar auf den prozessualen Charakter der Identitätskonstruktion, ist aber in anderer Hinsicht irreführend. Anders als beim Tausch von Geld gegen Ware oder bei Tarifvereinbarungen werden keine Kompromisse fixiert. Vielmehr werden in einem iterativen Verfahren bestimmte Bilder bzw. Fiktionen über den Sinn und die Modalitäten sozialer Gebilde generiert, stabilisiert und modifiziert. Hierfür erscheinen die

Begriffe der sozialen Konstruktion von Identität bzw. der Identitätsarbeit (Snow/McAdam 2000) angemessener als der des Aushandelns. Gerade im Protesthandeln sozialer Bewegungen steht die performative und oft schroff vorgetragene Identitätsbehauptung im Vordergrund, die, wie Roose (in diesem Heft) argumentiert, einen unverhandelbaren Kern aufweist.

Kollektive Identitäten können einen sehr unterschiedlichen Festigkeitsgrad annehmen. Eine flüchtige Form kollektiver Identität mag aus einer Menge von Zugreisenden entstehen, die angesichts einer gravierenden Verspätung intensiv zu kommunizieren beginnen, eine Art von Sprecher anerkennen und, wie ich es erlebt habe, sich kollektiv gegen die Zumutung zur Wehr setzen, zu später Stunde an einem anderen als dem vorgesehenen Bahnhof anzu-kommen, ohne dass die Modalitäten der Weiterfahrt zum Zielbahnhof geklärt worden wären. Zu schwach ausgebildete kollektive Identitäten führen zur Profillosigkeit und schließlich zum Zerfall der Gruppe. Zu stark ausgebildete kollektive Identitäten können, wie im Falle einer Sekte, sozialautistischen Charakter annehmen und ihre Anschlussfähigkeit verlieren, indem sie realitätsnahe Fremdbilder rigoros abwehren. Vor diesem Hintergrund stellt sich die kollektive Identität sozialer Bewegungen als ein fortlaufender Balanceakt zwischen den Polen der Fragmentierung und der Sektenbildung dar (Rucht 1995). Balancen sind aber auch hinsichtlich anderer Dimensionen erforderlich: der Mischung von affektiven und kognitiven Elementen, von utopischer Emphase und der Anerkennung von Handlungszwängen, von der Rücksicht auf Befindlichkeiten

der Anhänger einerseits und der Fähigkeit zu strategischer Intervention in der Auseinandersetzung mit Gegenspielern andererseits.

Dieter Rucht ist Honorarprofessor für Soziologie an der Freien Universität Berlin. Bis 2011 war er Ko-Leiter für Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), rucht@wzb.eu.

Literatur

Eisenstadt, Shmuel/Giesen, Bernhard 1995: The construction of collective identity. In: *Archive européenne de sociologie*, Jg. 36, 72-102.

Rucht, Dieter 1995: Kollektive Identität. Konzeptionelle Überlegungen zu einem Desiderat der Bewegungsforschung. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 8, Heft 1, 9-23.

Simon, Bernd/Klandermans, Bert 2001: Politicized collective identity. A social psychological analysis. In: *American Psychologist*, Jg. 56, Heft 4, 319-331.

Snow, David/McAdam, John 2000: Identity Work Processes in the Context of Social Movements: Clarifying the Identity/Movement Nexus. In: Stryker, Sheldon/Owens, Timothy J./White, Robert W. (Hg.): *Self, Identity, and Social Movements*. Minneapolis: University of Minnesota Press, 41-67.

Tajfel, Henri/Turner, Jonathan H. 1979: An Integrative Theory of Intergroup Conflict. In: Austin, William G.; Worchel, Stephen (Hg.): *The Social Psychology of Intergroup Relations*. Chicago: Nelson-Hall, 33-47.

Was sind die Rohstoffe zur Herstellung und Erhaltung kollektiver Identität?

Die Aushandlung des Unverhandelbaren

Jochen Roose

Soziale Bewegungen sind schwer zu fassen. Wer dazugehört und wer nicht, bleibt weitgehend ungeklärt, definierte Ziele gibt es nicht. Da die Beantwortung dieser Fragen den Kern einer Wesensbestimmung, einer Identität ausmacht, liegt auf der Hand, dass die Frage nach der Identität einer Bewegung große Schwierigkeiten aufwirft. Diese Schwierigkeiten gelten wohlgerne nicht allein für wissenschaftliche Beobachter, sie stellen sich für die Bewegungsmittglieder in gleicher Weise.

Nun ließe sich vermuten, etwas so Schwammiges wie Bewegungsidentität kann kaum bedeutsam sein, doch das Gegenteil ist der Fall. Die Identifikation mit einer Bewegung, also eine Selbstzurechnung zu einer Bewegung, und auch die inhaltliche Füllung dieser Bewegungsidentität ist sehr bedeutsam für die Teilnahmemotivation an Aktivitäten der Bewegung und ihrer inhaltlichen Gestaltung (Klandermans 1997, Simon 2004: 156ff, Roose 2003). Warum sich Menschen mit sozialen Bewegungen identifizieren und womit sie sich in diesem Fall identifizieren, ist daher eine wesentliche Frage der Bewegungsforschung. Zu dieser komplexen und in der Forschung umstrittenen Frage möchte ich hier kurz eine Position skizzieren, indem ich zunächst darlege, was ich unter Bewegungsidentität verstehe und wie individuelle zu kollektiver Identität stehen. Auf eine Diskussion dieser Fragen verzichte ich, weil dies an anderer Stelle geschehen ist (Roose 2007). Stattdessen konzentriere ich mich auf die kollektive Identität, d.h. was zu einer kollektiven Identität gehört und welche Aspekte eine Chance haben, den Identitätskern einer Bewegung auszumachen.

1 | Bewegung und Identität

Das Konzept Identität ist schon kompliziert, ohne dass Bewegungen ins Spiel kommen (De-schamps/Devos 1998: 1). Identität soll das über Zeit und Situationen hinweg Konstante einer Person beschreiben (z. B. Frey/Haußer 1987: 6). Mein Verständnis von Identität fußt auf der Social Identity Theory von Tajfel und Kollegen (1971, Mummendey 1985). Demnach besteht das Selbstkonzept einer Person, also die Identität in den eigenen Augen der Person, aus zwei Teilen, der personalen Identität und der sozialen Identität. Während die personale Identität die Aspekte versammelt, die auf ganz persönliche, ideosynkratische Eigenschaften zurückgehen, bezeichnet die soziale Identität die Aspekte des Selbstkonzeptes, die sich aus der Zugehörigkeit zu sozialen Einheiten ergibt. So führe ich manche Aspekte meines Selbstkonzeptes darauf zurück, dass ich Soziologe bin, andere darauf, dass ich Norddeutscher bin. Der Einschluss von Aspekten dieser Kategorienzugehörigkeit in mein Selbstkonzept ist aber nicht naturgegeben. Es ist nicht die Tatsache einer Geburt an einem bestimmten Ort, die für das Selbstkonzept relevant wird, sondern die Identifikation mit dieser Kategorie, also die Selbstzurechnung zu dieser sozialen Einheit, und die Ansicht, typische Eigenschaften der Kategorie selbst aufzuweisen. Erst die Identifikation macht aus einer (vermeintlich) tatsächlichen Zugehörigkeit zu einer Kategorie eine identitär relevante Zugehörigkeit. Und die Stärke der Identifikation ist relevant für die Prägekraft dieser Zugehörigkeit.¹

Die kollektive Identität bleibt nach dieser Vorstellung zunächst weitgehend unbestimmt. Die Individuen haben jeweils Vorstellungen über

Eigenschaften einer sozialen Einheit, die sie dann mehr oder weniger in ihr Selbstkonzept integrieren. Welche Eigenschaften aber übernommen werden (können), wie das Verständnis der kollektiven Identität entsteht, darüber sagt die Social Identity Theory nichts. Sie konzentriert sich auf die Folgen und den experimentellen Nachweis, dass auch Gruppenzugehörigkeiten ohne jegliche faktische Substanz im Handeln der Akteure im Sinne einer Eigengruppenpräferenz wirksam werden (Tajfel/ Turner 1979).

2 | Material von Bewegungsidentität

Die kollektive Identität einer Bewegung ergibt sich nach dem Grundverständnis dieses Ansatzes ebenso als Konstruktion wie die individuelle Identität. Entsprechend umfasst die Bewegungsidentität jene Eigenschaften und Charakteristika einer sozialen Bewegung, die nach Ansicht des Kollektivs über Zeit und Situationen konstant sind und der Bewegung Kohärenz geben. Objektive Konstanz oder Einheitlichkeit können dabei hilfreich sein, sind aber nicht notwendig.

Die Instanz zur Definition von kollektiver Identität ist auf der Ebene des Kollektivs zu suchen. Entsprechend handelt es sich um die Ergebnisse eines Diskurses, die explizit oder unausgesprochen geteilten Hintergrundannahmen. Dabei ist wohlgemerkt nicht alles Konsensuelle auch Teil der Identität. Identitätsbestandteil ist nur das, was im Diskurs als wesentlich, als Kernmerkmal markiert wird. Zur Identität gehört all jenes, das im Falle eines Wegfalls die Kontinuität und Kohärenz der Bewegung in Frage stellen würde. Was in der Aushandlung als „unverhandelbar“ markiert oder auch impliziert wird, macht die kollektive Identität aus.

Was zur Bewegungsidentität gehört, ergibt sich im (bzw. aus dem) Prozess der kollektiven Aushandlung. Dabei kann praktisch alles als unverhandelbar markiert werden. Ziele der Bewegung, Aktionsformen, die

Definition von und der Umgang mit Bewegungsmitgliedern, ein bestimmtes Verständnis der Welt – all dies und noch vieles mehr kann sich als identitätsbestimmend erweisen. Das entscheidende Kriterium ist allein die sich im Diskurs abzeichnende Definition der Akteure selbst, es handle sich um einen wesentlichen und damit unverhandelbaren Aspekt der Bewegung.

Es wäre eine empirische Frage, ob bestimmte Aspekte mit höherer Wahrscheinlichkeit in eine Identitätskonstruktion eingebunden werden als andere. Eine Möglichkeit wären historische Ereignisse mit einer Signalwirkung für die weitere Bewegung. Doch die These der „Invention of Tradition“ (Hobsbawm 1983) warnt uns hier vor einer naiven Übernahme von Selbstbeschreibungen. Hobsbawm hatte argumentiert, dass sich Traditionen eben nicht durch ihre geschichtliche Konstanz ergeben, sondern sie werden von Akteuren der Gegenwart interessenabhängig als Tradition und damit als identitätsstiftend interpretiert, „erfunden“. Dieser These folgend wäre der Definitionsprozess von Bewegungsidentität eher in Abhängigkeit der Interessen einflussreicher Akteure zu suchen. Ein weiterer wesentlicher, aber eben nicht determinierender Einfluss müsste, ähnlich wie bei der individuellen Identität, die Fremdwahrnehmung sein. Die Auseinandersetzung zumindest mit einer dominanten Fremdwahrnehmung wird für ein Kollektiv weitgehend unvermeidlich sein und einen Diskurs produzieren, in dem durch Übernahme und Ablehnung eigene Identitätsbestandteile ausgehandelt werden. Schließlich müssten in der Bewegungsidentität solche Aspekte vermutet werden, die für die Individuen von großer Bedeutung sind. Wenn eine Person einen Aspekt der Bewegung als Teil der sozialen Identität in ihr Selbstkonzept eingewoben hat, so wird die Person auch ein verstärktes Interesse daran entwickeln, dass dieser Aspekt im Kollektiv als identitär verstanden wird. Im Extremfall kann bei einer Umdefinition der Bewegungsidentität das

Selbstwertgefühl einer Person oder ihre Rolle in der Bewegung in Frage stehen. Dies zu vermeiden dürfte ein wichtiges Anliegen sein.

Für das Verständnis einer solchen kollektiven Bewegungsidentität ist schließlich im Auge zu behalten, dass sie keineswegs statisch oder konsensuell ist. Was als „unverhandelbar“ gilt, wird eben nicht einmal und dann verbindlich für alle ausgehandelt. Stattdessen befindet sich dieses Verständnis oftmals und auch immer wieder in der Diskussion. Es gibt abweichende Meinungen, Verschiebungen oder Umdefinitionen. Vieles bleibt latent, weil zufällig oder auch durch Vermeidungsstrategien keine Anlässe entstehen, Verständnisse auszuhandeln. So mögen manche etwas als Teil der Identität ansehen, was anderen weitgehend gleichgültig bleibt.

Das hier skizzierte Verständnis von Bewegungsidentität ist einfach und komplex zugleich. Einfach ist das klare schlichte Kriterium: Was als unverhandelbar gilt, ist Teil der Bewegungsidentität. Komplex ist das daraus resultierende Phänomen und seine empirische Erfassung. Wir sollten von der Bewegungsidentität nicht zu viel Kohärenz und konsensuelle Verbreitung erwarten. Das Phänomen selbst ist in sich widersprüchlich, überlagert von unterschiedlichen Auffassungen und bleibt in wesentlichen Teilen latent. Doch solche Schwierigkeiten sind in den Sozialwissenschaften nicht selten und sollten empirische Forschung nicht abschrecken.

PD Dr. Jochen Roose ist Juniorprofessor für Soziologie Europäischer Gesellschaften am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin mit den Schwerpunkten Politische Soziologie, Kultursociologie und Methoden empirischer Sozialforschung.

Anmerkung

¹ Damit wird nicht behauptet, dass die Identifikation mit einer sozialen Einheit frei wähl-

bar ist. Sie ist aber Resultat eines sozialen (und psychischen) Prozesses und nicht objektiv gegeben.

Literatur

Deschamps, Jean-Claude/Devos, Thierry 1998: Regarding the Relationship Between Social Identity and Personal Identity. In: Worchel, Stephen et al. (Hg.): *Social Identity*. London u.a.: Sage, 1-12.

Frey, Hans-Peter/Haufser, Karl 1987: *Identität*. Stuttgart: Enke.

Hobsbawm, Eric J. 1983: Introduction: Inventing Traditions. In: Hobsbawm, Eric J./Ranger, Terence (Hg.): *The Invention of Tradition*. Cambridge, New York: University of Cambridge, 1-14.

Klandermans, Bert 1997: *The Social Psychology of Protest*. Cambridge, Mass.: Blackwell.

Mummendey, Amélie 1985: Verhalten zwischen sozialen Gruppen. In: Frey, Dieter/Irle, Martin (Hg.): *Theorien der Sozialpsychologie*, Band 2. Bern: Huber, 185-216.

Roose, Jochen 2003: *Die Europäisierung von Umweltorganisationen*. Wiesbaden: Westdeutscher.

Roose, Jochen 2007: Die Identifikation der Bürger mit der EU und ihre Wirkung für die Akzeptanz von Entscheidungen. In: Nida-Rümelin, Julian/Weidenfeld, Werner (Hg.): *Europäische Identität*. Baden-Baden: Nomos, 123-149.

Simon, Bernd 2004: *Identity in Modern Society*. Malden u.a.: Blackwell.

Tajfel, Henri et al. 1971: Social categorization and intergroup behaviour. In: *European Journal of Social Psychology*, Jg. 1, Heft 1, 149-177.

Tajfel, Henri/Turner, Jonathan H. 1979: *An Integrative Theory of Intergroup Conflict*. In: Austin, William G./Worchel, Stephen (Hg.): *The Social Psychology of Intergroup Relations*. Chicago: Nelson-Hall, 33-47.

Was sind die Rohstoffe zur Herstellung und Erhaltung kollektiver Identität?

Identitäten als narrative Verknüpfungen von Ereignissen

Klaus Eder

Die Metapher „Rohstoffe“ entstammt den Materialwissenschaften und stellt die Welt als zusammengesetzt aus Rohstoffen vor, die dann in ein Anderes transformiert werden, in der Regel in ein höherwertiges Gut. Diese Metapher ist hilfreich, kommt es doch darauf an, die einzelnen Teile in einer bestimmten Quantität und Mischung zusammenzusetzen, um bestimmte Effekte zu erreichen.

Das verweist aber auch schon auf die Grenzen dieser Metapher: es gibt keine Zustände, die wir in der Welt des Sozialen „herstellen“ können. Die Rohstoffe verbinden sich selbst nach Regeln, die nachzukonstruieren das Geschäft der Sozialwissenschaften sind.

Soziale Bewegungen sind ein besonderer Fall eines genuin sozialen Phänomens: sie sind Ereignisse, in denen Rohstoffe selektiv benutzt und zusammengesetzt werden. Dabei lassen sich drei Rohstoffarten unterscheiden:

- kognitive Ereignisse (Motive, Interessen, Einstellungen, Wahrnehmungen)
- Interaktionsereignisse (Begegnungen, Konflikte, Stigmatisierung, Anerkennung)
- Kontextereignisse (Krieg, Mord usw.)

Diese Rohstoffarten lassen sich dann weiter differenzieren. So können Motive als emotionale, rationale oder normative Motive bestimmt werden. Emotionale Motive sichern den Anschlag von sozialen Prozessen, ein Thema, das in jüngerer Zeit eine besondere Aufmerksamkeit gerade in der Bewegungsforschung, aber nicht nur dort erfahren hat. Instrumentelle Motive sichern die Kontinuität von Handlungsketten zumindest kurzfristig, im idealen Fall auch langfristig. Moralische Motive erklären und rechtfertigen Handlungen und sichern die Reziprozität instrumentell motivierter Handlungen und kanalisieren so auch die Dynamik

emotional motivierter Handlungen. Diese handlungstheoretisch konzipierten Rohstoffe lassen sich in recht unterschiedlicher Weise (je nach Handlungstheorie, der man anhängt) sortieren und damit unterschiedliche Hierarchisierungen konstruieren.

Interaktionsereignisse folgen typischen Interaktionssequenzen, die sich aus der Konstellation von Ego, Alter und dem beobachtenden Dritten ergeben (eine Ausarbeitung dieser Idee findet sich in Eder et al. 2002). Ein für Identitätsbildungsprozesse typische Interaktionssituation ist gegeben, wenn Ego mit dem „Ausländer“ als virtuellem „Alter“ unter der Beobachtung eines Beifall zollenden Publikums (des Dritten) „interagiert“. Diese Situationen erklären nicht die Emergenz von Identitätsformationen, also die Emergenz von sich voneinander unterscheidenden Gruppen sozialer Akteure; sie liefern emergente nicht-psychische Strukturen, die solche Identitäten zur Folge haben können, aber nicht müssen. In diesem Sinne sind solche situativen Strukturen („Rohstoff Nr. 2“) notwendige, aber nicht zureichende Bedingungen für die Emergenz von Identitäten, die soziale Einheiten voneinander unterscheidbar macht.

Schließlich kommen Kontingenzen ins Spiel, die mit jenen Ereignissen zu tun haben, die nicht alltäglich sind und als solche in das soziale Leben intervenieren. Das reicht von Erdbeben über Kriege und Paniken bis hin zu tödlichen Unfällen von nahestehenden Personen. Die Abgrenzung zu Interaktionssituationen ist hier manchmal schwierig. Wenn Erdbeben regelmäßig stattzufinden pflegen, wie in manchen Gegenden der Erde, dann haben sich auch typische Muster des Umgangs damit herausgebildet. Die Kontingenzzreduzierung variiert also je nach Erwartbarkeit von Ereignissen. In den

„Risikogesellschaften“ werden solche Kontingenzen weitgehend normalisiert in Form von Vorsorgemaßnahmen unterschiedlichster Art – Vorsorge gegen atomare Strahlenbelastung, gegen Chemie im Essen. Kontingenzen und der Umgang mit ihnen sind, wie diese Beispiele zeigen, ein weiterer „Rohstoff“ für die Emergenz von sozialen Strukturen.

Diese drei Rohstoffe reichen aus, um die Emergenz von Identitäten (verstanden als etwas, das eine soziale Einheit, ein Individuum oder eine Gruppe von einer anderen unterscheidbar macht) zu fassen. Identitäten sind in diesem Sinne keine Rohstoffe, sondern ein Ergebnis, das aus der Zusammensetzung dieser Rohstoffe entstehen kann. Das können individuelle Identitäten sein, die einen Akteur für die anderen Akteure als Person identifizierbar macht. Und das können kollektive Identitäten sein, die Gruppen von Akteuren für andere identifizierbar machen. Diese Identifizierungsfunktion ist von zentraler Bedeutung für die Herstellung und das Auf-Dauer-Stellen sozialer Beziehungen.

Insofern als Identitäten (auf individueller wie auf kollektiver Ebene) die symbolische Schließung sozialer Prozesse sicherstellen, erweisen sich diese als ein Schlüssel zum Verständnis ihrer Stabilität bzw. Instabilität. Identitäten, verstanden als Ergebnis der Verkettung von kognitiven Ereignissen, Interaktionsereignissen und Kontextereignissen von Individuen (= individuelle Identität) oder Gruppen (= Gruppenidentität) variieren also im Grad ihrer Offenheit bzw. Geschlossenheit. Allgemein lassen sich dann Hypothesen formulieren, die Zusammenhänge zwischen zu viel Offenheit/zu viel Geschlossenheit oder zu wenig Offenheit/zu wenig Geschlossenheit behaupten.

Diese theoretische Perspektive lässt sich gerade an sozialen Bewegungen gut testen, da sie relativ offene Gruppenidentitäten sind, die sich über Zeit immer wieder rekonstituieren und damit auch für die empirische Forschung zu Identitätskonstruktionen ein variationsreiches Beobachtungsmaterial liefern. Das Kommen und Gehen von Protest gehört zu den Charakteristika, die gerade soziale Bewegungen zu einem

Schlüssel sozialer Prozesse machen. Obwohl sie immer wieder aufhören, kehren sie immer wieder zurück. Sie mutieren und kontinuierieren so eine besondere Form von Sozialität. Das ist anders mit Familien oder Staaten, deren kontinuierliche Präsenz zur Normalität des Phänomens gehört.

Soziale Bewegungen gründen – wie andere soziale Formen – in kognitiven Ereignissen (die Erfahrung von Ungerechtigkeit, Zerstörung der Umwelt usw.), basieren auf Interaktionsereignissen (man trifft Gleichgesinnte, streitet sich mit den Urhebern dieser Negativerfahrungen) und sind in besonderem Maße von kontingenten Ereignissen (Großunfällen, Selbstverbrennungen o.ä.) abhängig. Der entscheidende Schritt nach der Sichtung von Rohstoffen ist, wie diese Rohstoffe zu spezifischen sozialen Formen (oder Strukturen) zusammengesetzt werden. Auch hier hilft die Metapher der Rohstoffe: aus Rohstoffen kann man Maschinen bauen, neue Arzneimittel herstellen, biologische Arten verändern (etwa Virenstämme) oder auch soziale Formen erzeugen. Irreführend bleibt die Idee einer Kraft, die das zusammensetzt. Die Idee einer Autopoiesis, die Luhmann aus den Lebenswissenschaften entnommen und auf soziale Systeme angewandt hat, bietet einen Ausweg aus der Unterstellung einer kreativen Kraft, die alles erzeugt (von Gott bis hin zum homo faber).

Wenn man die Idee einer Selbstorganisation der Rohstoffe ernst nimmt, dann stellt sich die Frage nach den Regeln dieses Zusammensetzens. Die Sozialwissenschaften kennen hier einen Königsweg: die Aggregation von psychischen Ereignissen in Abhängigkeit von Kontext (historisch kontingente Interaktionskontexte und deren institutionelle Objektivierung). Die Regeln zur Zusammensetzung dieser Rohstoffe sind Wahrscheinlichkeitsregeln ihres Vorkommens in verschiedenen Situationen. Diese Form der Selbstorganisation funktioniert so lange, wie die Bedingungen der Gleichwertigkeit der psychischen Ereignisse unabhängig von Raum (kulturell invariant) und Zeit (Wiederholbarkeit) gegeben sind. Das funktioniert gut in Kontexten wie Wahlen oder (in Grenzen) Marktverhalten.

Das funktioniert auch noch in der Analyse sozialer Bewegungen, solange wir eine genügend große Population haben, aus der sich die an einer Bewegung Teilnehmenden rekrutieren.

Die Aggregationsregel erfasst aber einen kleinen Teil möglicher Phänomene der Selbstorganisation des Sozialen (siehe dazu Rueschemeyer 2009). Eine andere Aggregationsregel findet sich in spieltheoretischen Modellen, die die Selbstorganisation rational handelnder Akteure modellieren und Erklärungen für deren Stabilität in der Zeit liefern. Diese Modelle rationaler Koordination des Handelns lassen sich situationsspezifisch variieren und spezifizieren, so dass sie einen gegenüber Aggregationsmodellen weiteren Phänomenbereich erfassen können. In der Bewegungsforschung haben diese Modelle Erklärungen für die Frage, wie viel intrinsische Motivation nötig ist, um eine kollektive Aktion in Gang zu setzen, geliefert (Opp 2009; Marwell/Oliver 1993). Ein weitergehender Schritt ist, die emergenten Interdependenzbeziehungen zwischen Akteuren, wie sie in spieltheoretischen Modellen sichtbar werden, als komplexe Netzwerkbeziehungen zu interpretieren und die Selbstorganisation von „Rohstoffen“ auf Prozesse sozialer Relationierung (emergenter Interdependenzketten) zu beziehen (Oliver/Myers 2003). Damit werden Strukturen sichtbar, die das Erklärungspotential der Beschreibung steigern. Zugleich wird das Problem der Simplifizierung der Modellierung kollektiven Handelns unterlaufen und es werden neue Möglichkeiten der Modellierung von Mechanismen der Selbstorganisation von Motiven, Situationen und Kontingenzen eröffnet (Oliver/Myers 2002). Kollektive Identitäten wie Bewegungsidentitäten sind dann nichts anderes als der Outcome einer Rekombination von „Rohstoffen“, die die Kontinuierung einer Form (hier einer Gruppe) erklären kann.

Was noch fehlt, ist die Berücksichtigung der Restriktionen, denen die Rekombination von Rohstoffen unterliegt. Denn Rekombinationen sind nicht beliebig, sondern in eine Sequenz eingebunden, die Möglichkeitshorizonte einschränkt. Denn jede Relationierung von kogni-

tiven Ereignissen, Interaktionsereignissen und Kontextereignissen erzeugt wiederum ein Ereignis, das in eine Kette von Ereignissen eingefügt wird, eine Story erzählt, die in die Selbstorganisation von Identitäten permanent interveniert. Dieser Mechanismus ist nicht nur konstitutiv für Individuen und ihre individuellen Geschichten, sondern auch für die Emergenz von Gruppen mit Außengrenzen und Binnenstrukturen wie Nationen oder Dorfgemeinschaften. Er ist besonders relevant im Fall von sozialen Bewegungen, die ja ein Fall von offenen, fluiden Konstruktionen von Sozialität sind, die – obwohl sie bisweilen als „kollektiver Akteur“ nicht handeln und nicht präsent sind, dennoch „weiterleben“ – eben als eine Tradition, an die Akteure anknüpfen können. Für die Bestimmung dieses Mechanismus der Selbstorganisation bieten sich der Begriff der narrativen Verknüpfung und die Beschreibung sozialer Formen wie etwa sozialer Bewegungen als narrative Netzwerke an.

Klaus Eder ist seit 1994 Professor für vergleichende Strukturanalyse am Institut für Sozialwissenschaften der HU-Berlin und seit 2008 Sprecher der Berlin Graduate School of Social Sciences. Schwerpunkt seiner aktuellen Arbeiten sind theoretische und methodologische Fragen des Identitätsbegriffs. keder@cms.hu-berlin.de

Literaturverzeichnis

Eder, Klaus/Giesen, Bernhard/Schmidtke, Oliver/Tambini, Damian 2002: *Collective Identities in Action. A sociological approach to ethnicity*. Aldershot: Ashgate.

Marwell, Gerald/Oliver, Pamela E. 1993: *The Critical Mass in Collective Action. A Micro-Social Theory*. Cambridge: Cambridge University Press.

Oliver, Pamela E./Myers, Daniel J. 2002: Formal models in the study of collective action and social movements. In: Bernd Klandermands und S. Staggenborg (Hg.): *Methods of Social Movement Research*. Minneapolis: University of Minnesota Press, 32-61.

Oliver, Pamela E./Myers, Daniel J. 2003: Networks, diffusion, and cycles of collective action. In: Mario Diani und Doug McAdam (Hg.): Social Movements and Networks. Relational Approaches to Collective Action. Oxford: Oxford University Press, 173-203.

Opp, Karl-Dieter 2009: Explaining contentious politics: a case study of a failed theory development and a proposal for a rational

choice alternative. In: Mohamed Cherkaoui und Peter Hamilton (Hg.): Raymond Boudon: A Life in Sociology – Essays in Honour of Raymond Boudon. Oxford: The Bardwell Press, 303-317.

Rueschemeyer, Dietrich 2009: Usable Theory. Analytic tools for social and political research. Princeton: Princeton University Press.

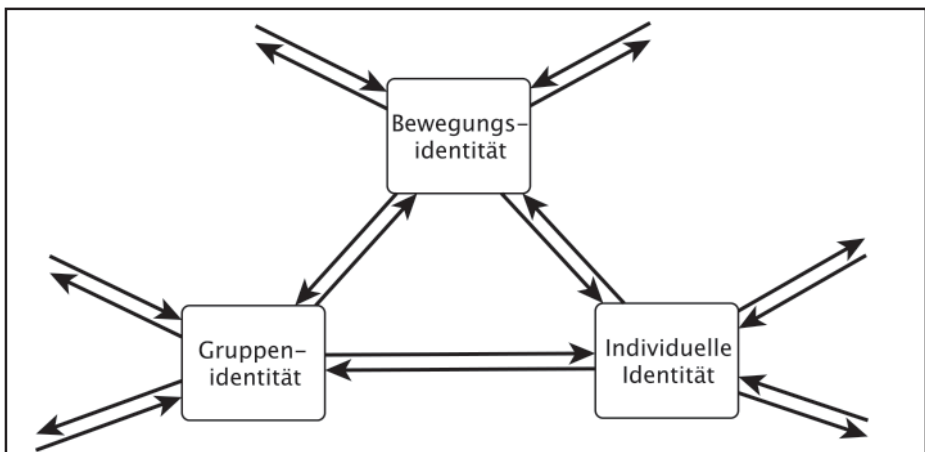
Was ist der beste methodische Zugang?

Bewegungsdiskurse und Prozesse kollektiver Identität

Sebastian Haunss

Kollektive Identitäten sind der Kitt, der soziale Bewegungen zusammenhält (Haunss 2001: 260). In der Praxis sozialer Bewegungen werden sie diskursiv und durch gemeinsames Handeln und Erleben hergestellt – und auf diesen Ebenen auch immer wieder aufs Neue in Frage gestellt. Sie sind „interactive and shared definition[s] produced by a number of individuals (or groups at a more complex level) concerning the orientations of their action and

the field of opportunities and constraints in which such action is to take place“ (Melucci 1996: 70). Kollektive Identitäten auf der Ebene sozialer Bewegungen – oder Bewegungsidentitäten – interagieren dabei auf komplexe Weise mit den individuellen Identitäten der BewegungsaktivistInnen und den kollektiven Identitäten der Gruppen und Organisationen, aus denen sich soziale Bewegungen zusammensetzen.



Das Verhältnis der drei Identitätsebenen lässt sich in Form eines Dreiecks symbolisieren (Abb. 1), in dem die drei Ecken für Bewegungsidentität, Gruppenidentität und individuelle Identität stehen und jeweils in wechselseitigen Beziehungen zueinander stehen. Dieses Dreieck ist wiederum eingebettet in den Kontext anderer Bewegungen, sozialer Strukturen und Individuen, die ebenfalls Einfluss auf die Struktur der kollektiven und individuellen Identitäten haben. Die kollektive Identität einer Bewegung lässt sich nicht einfach durch das Aufsummieren der individuellen Identitäten ihrer AktivistInnen bestimmen. Sie bildet sich auch nicht aus der Summe der Gruppenidentitäten der an einer Bewegung beteiligten informellen Netzwerke und stärker formalisierten Organisationen. Und umgekehrt lässt sich aus kollektiven Identitäten einer Bewegung auch nicht unmittelbar auf die individuellen und Gruppenidentitäten schließen.

Da es sich bei kollektiver Identität um einen kollektiven Prozess handelt, muss die Analyse auch auf der kollektiven Ebene ansetzen. Als Ausgangspunkt können Rituale, von einer Bewegung hervorgebrachte politische und kulturelle Symbole und Selbstverständnisdiskurse der Bewegung dienen. Letztere sind eine besonders ergiebige Quelle, weil sie erstens in großem Umfang verfügbar sind und zweitens nicht nur den jeweils aktuellen Status Quo abbilden, sondern auch den in der Regel konfliktiven Prozess der Hervorbringung, Infragestellung und Veränderung von Elementen kollektiver Identität nachvollziehen lassen. Sie decken allerdings in erster Linie nur die kognitive Ebene kollektiver Identität ab.

Um aus Bewegungsdiskursen, wie sie beispielsweise in Bewegungszeitschriften oder in jüngerer Zeit auch Blogs und Internetseiten abgebildet sind, etwas über die Prozesse kollektiver Identität sozialer Bewegungen zu erfahren, ist eine diachrone Analyse notwendig. Da soziale Bewegungen als informelle Netzwerke ihre Zugehörigkeitsgrenzen und inhaltlichen Positionierungen immer wieder aufs Neue bestimmen müssen, produzieren sie beständig

Diskurse über sich selbst, über ihre Ziele, ihre Strategien und Vorstellungen. Über einen längeren Zeitraum hinweg kann davon ausgegangen werden, dass kaum ein wichtiges Element ihrer kollektiven Identität dabei unangetastet bleibt, da die Wahrscheinlichkeit sehr hoch ist, dass es zumindest von einzelnen AktivistInnen oder Gruppen innerhalb der Bewegung infrage gestellt wird. Selbst wenn im Ergebnis dann an diesem Element kollektiver Identität festgehalten wird, so spiegelt sich die Infragestellung doch in den Bewegungsdiskursen wider. Die Intensität, mit der andere AktivistInnen auf die Infragestellung einzelner Elemente der Bewegungsidentität reagieren, kann dabei als grober Indikator für die Wichtigkeit dieses Elements im Entwicklungsprozess kollektiver Identität der Bewegung dienen.

Zur Analyse der Bewegungsdiskurse bieten sich die verschiedenen Verfahren der Diskursanalyse (Bublitz et al. 1999) an, von der klassischen qualitativen Textanalyse (Titscher et al. 1998) über die kritische Diskursanalyse (Jäger 2001; Wodak/Meyer 2009) bis hin zu stärker quantitativen Verfahren der Diskursnetzwerkanalyse (Leifeld 2009; Leifeld/Haunss 2011). In Kombination mit dem in der Bewegungsforschung auch in anderen Kontexten weit verbreiteten Framing-Ansatz (Snow 2004; Snow/Benford 1992) lassen sich diejenigen Collective-Action-Frames identifizieren, die als Master-Frames (Gerhards/Rucht 1992) oder Bridging-Frames unterschiedliche Teile der Bewegung zusammenhalten und damit einen Beitrag zur Herausbildung der kollektiven Identität einer Bewegung leisten.

Im Prinzip lassen sich diese Analysemethoden auch auf die in und von sozialen Bewegungen produzierten Symbole übertragen. Eine besonders ergiebige Quelle sind hier politische Poster, da sie sich – wie Texte – auch retrospektiv analysieren lassen und neben der Bildinformation oft auch Angaben über Orte und Zeiten enthalten. Ähnlich wie bei der Frame-Analyse von Bewegungstexten lassen sich hier wiederkehrende und sich verändernde visuelle Framing-Strategien analysieren, was allerdings

in der existierenden Literatur bisher nur in Ansätzen und nicht systematisch gemacht wurde (hks13 1999; Kämpfer 1985; McQuiston 1993). Zur Analyse von Ritualen eignen sich dagegen eher ethnographische Methoden, die eine große Detailtiefe für das einzelne Ereignis (beispielsweise Demonstrationen, Rucht 2003) liefern, für eine diachrone Analyse aber einen enormen Forschungsaufwand bedeuten würden.

Sebastian Haunss ist Politikwissenschaftler an der Universität Konstanz. Seine aktuellen Arbeitsschwerpunkte sind Konflikte der Wissensgesellschaft, Diskursnetzwerke und visuelle Formen der Bewegungsmobilisierung. sebastian.haunss@uni-konstanz.de

Literatur

- Bublitz, Hannelore/Bührmann, Andrea D./Hanke, Christine/Seier, Andrea* 1999: Diskursanalyse – (k)eine Methode? Eine Einleitung. In: Bublitz, Hannelore/Bührmann, Andrea D./Hanke, Christine/Seier, Andrea (Hg.): Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults.
- Gerhards, Jürgen/Rucht, Dieter* 1992: Mesomobilization: Organizing and Framing in Two Protest Campaigns in West Germany. In: *American Journal of Sociology*, Jg. 98, Heft 3, 555-596.
- Haunss, Sebastian* 2001: Was in aller Welt ist „kollektive Identität“? Bemerkungen und Vorschläge zu Identität und kollektivem Handeln. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Jg. 05/2001, 256-267.
- hks13, ed.* 1999: hoch die kampf dem. 20 Jahre Plakate autonomer Bewegungen. Hamburg – Berlin – Göttingen: Libertäre Assoziati-on, Schwarze Risse, Rote Straße.
- Jäger, Siegfried* 2001: Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: *Keller/Hirsland/Schneider/Viehöver* (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursana-lyse. Band 1, Theorien und Methoden. Opla-den: Leske + Budrich, 81-112.
- Kämpfer, Frank* 1985: „Der Rote Keil“. Das Politische Plakat, Theorie und Geschich-te. Berlin: Gebr. Mann.
- Leifeld, Philip* 2009: Die Untersuchung von Diskursnetzwerken mit dem Discourse Net-work Analyzer (DNA). In: *Schneider, Volker/Janning, Frank/Leifeld, Philip/Malang, Thomas* (Hg.): Politiknetzwerke. Modelle, Anwen-dungen und Visualisierungen. Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 391-404.
- Leifeld, Philip/Haunss, Sebastian* 2011: Political Discourse Networks and the Conflict over Software Patents in Europe. In: *European Journal of Political Research*, Jg. published online: 8 Jul 2011.
- McQuiston, Liz* 1993: Graphic Agitation: Social and Political Graphics Since the Six-ties. London & New York: Phaidon.
- Melucci, Alberto* 1996: Challenging Co-des. Collective Action in the Information Age. Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Rucht, Dieter* (Hg.) 2003: Berlin, 1. Mai 2002 – Politische Demonstrationsrituale. Le-verkusen: Leske + Budrich.
- Snow, David A.* 2004: Framing Processes, Ideology, and Discursive Fields. In: *Snow, David A.; Soule, Sarah Anne; Kriesi, Hansper-ter* (Hg.): The Blackwell companion to social movements. Blackwell companions to sociolo-gy, Oxford: Blackwell, 380-412.
- Snow, David A./Benford, Robert D.* 1992: Master Frames and Cycles of Protest. In: *Mor-ris, Adlon D./Mueller, Carol McClurg* (Hg.): *Frontiers in social movement theory*. New Haven, CT: Yale University, 133-155.
- Titscher, Stefan/Wodak, Ruth/Meyer, Mi-chael/Vetter, Eva* 1998: Methoden der Text-analyse: Leitfaden und Überblick. Oplanden: Westdeutscher Verlag.
- Wodak, Ruth/Meyer, Michael* (Hg.) 2009: *Methods for Critical Discourse Analysis*. Lon-don: Sage.

Was ist der beste methodische Zugang?

Nicht über unsere Köpfe hinweg! Kollektive Identität als sozialpsychologisches Konzept

Bernd Simon

Sozialpsychologie ist die Wissenschaft vom menschlichen Erleben und Verhalten im Kontext sozialer Interaktionen zwischen Individuen sowie zwischen und innerhalb von Gruppen. Die Meso-Ebene der sozialen Interaktionssituation stellt damit die analytische Domäne der Sozialpsychologie dar. Gleichzeitig ist Sozialpsychologie eine zentrale Brückendisziplin, die die Einbeziehung derjenigen Einflussgrößen und Auswirkungen menschlichen Erlebens und Verhaltens erfordert und gestattet, die analytisch der gesellschaftlichen Makro-Ebene – der Domäne der (anderen) Sozialwissenschaften – oder der individuellen Mikro-Ebene – der Domäne der Psychologie – zuzuordnen sind (vgl. Neidhardt/Rucht 1993).

Identität verstanden als variables Ergebnis der Selbst-Interpretation einer Person in Auseinandersetzung mit ihrer sozialen Umwelt ist ein zentraler Forschungsgegenstand der Sozialpsychologie. Identität findet dabei sowohl als ein erklärendes Konstrukt (Explanans), welches Vorhersagen über nachfolgende Phänomene erlaubt, als auch als ein zu erklärendes Konstrukt (Explanandum), welches selbst durch vielfältige Faktoren beeinflusst wird, Beachtung. Im Sinne einer prozessorientierten Sichtweise fungiert Identität somit als vermittelnder Prozess (Mediator) zwischen verschiedenen Vorbedingungen und Konsequenzen. Zentraler Schauplatz dieser Vermittlungsfunktion ist die soziale Interaktionssituation (Meso-Ebene), in der Identität als Folge sozialer Interaktion Gestalt annimmt und Wirkungen auf nachfolgende Interaktionen ausübt. Zu dieser horizontalen Dimension der Vermittlung tritt die vertikale. Soziale Interaktionen sind stets eingebettet in übergeordnete soziale Strukturen (Makro-Ebene), die ihrerseits Identitäten und soziale Interaktionen prägen (Meso-Ebene) und

dadurch schließlich ihren Niederschlag im Verhalten wie auch in den Wahrnehmungen, Emotionen, Kognitionen, Bedürfnissen und Motivationen der beteiligten Individuen finden (Mikro-Ebene). Neben diese Top-down-Variante der vertikalen Vermittlung tritt die Bottom-up-Variante. Auch die individuelle Psyche (z.B. unterschiedliche Temperamente und Prädispositionen) beeinflusst die Identitätsbildung von Personen und deren sozialen Interaktionen, die ihrerseits dann bei entsprechender Aggregation oder Konfiguration Auswirkungen auf die sozialen Strukturen zeitigen können. Kurzum: Makro trifft Mikro in Meso, wo Identität als Ergebnis und Bedingung sozialer Interaktion Gestalt annimmt und weder Gesellschaft noch Individuum unberührt lässt.

Aus der dargelegten Perspektive ist ersichtlich, dass Identität in ihrem Ursprung, ihrer Funktion und ihrer Wirkung notwendigerweise sozial ist. Dennoch ist es sinnvoll Identitäten nach der Art der sozialen Beziehungen bzw. Interaktionen, denen sie entspringen und die sie reflektieren, reproduzieren und regulieren, zu unterscheiden. In diesem Sinne haben Turner et al. (1987) im Zuge ihrer Weiterentwicklung der social identity theory von Tajfel und Turner (1979) eine Unterscheidung zwischen personaler und sozialer Identität vorgeschlagen. Personale Identität basiert demnach auf der kognitiven Zuordnung der eigenen Person zu einer höchst exklusiven Kategorie, der nur die eigene Person („Ich“) mit ihren je nach Zeitpunkt und Situation unterschiedlichen Erscheinungsformen angehört und die von anderen Einpersonen-Kategorien („Du“) abgegrenzt, gleichzeitig aber auch mit diesen verglichen wird. Soziale Identität basiert auf einer umfassenderen kognitiven Zuordnung der eigenen Person sowie der Mitglieder einer bestimmten

Eigengruppe (z.B. aller Angehörigen der eigenen Nation) zu einer gemeinsamen Kategorie („Wir“) in Abgrenzung zu und unter Heranziehung von Vergleichen mit einer Kontrastkategorie oder Fremdgruppe („Ihr“ bzw. „die Anderen“). Diese Unterscheidung habe ich aus der Perspektive eines Selbst-Aspekt-Modells der Identität als Unterscheidung zwischen individueller und kollektiver Identität aufgegriffen (Simon 2004). Die terminologische Modifikation ist in erster Linie dem Umstand geschuldet, dass die Gegenüberstellung „personal vs. sozial“ allzu leicht, aber eindeutig entgegen der eigentlichen Intention von Turner et al., suggeriert, bei personaler Identität handele es sich um eine weniger soziale oder gar „a-soziale“ Variante von Identität. Kollektive Identität meint die Zentrierung der Selbst-Verständnisses um einen als sozial geteilt erlebten Selbst-Aspekt, wodurch die Ähnlichkeit bzw. Austauschbarkeit der eigenen Person mit bzw. durch Personen, mit denen man den dominanten Selbst-Aspekt zu teilen glaubt, in den psychologischen Vordergrund rückt. Individuelle Identität meint, dass sich das Selbst-Verständnis auf eine umfangreichere Menge oder Konfiguration von unterschiedlichen Selbst-Aspekten stützt, wodurch die Einzigartigkeit und Unabhängigkeit der eigenen Person in den psychologischen Vordergrund rückt. Diese Perspektive verdeutlicht in Abgrenzung zu essentialistischen Ansätzen, dass der gleiche Selbst-Aspekt (z.B. Sozialpsychologe) durchaus einmal als Bestandteil der individuellen Identität fungieren kann („Ich bin Sozialpsychologe, aber auch männlich, Brillenträger, Vegetarier etc.), unter anderen Umständen aber auch eine kollektive Identität definieren kann („Wir Sozialpsychologen!“). Entscheidend ist, ob der betreffende Selbst-Aspekt im Rahmen der durch gesellschaftliche und individuelle Einflüsse geprägten sozialen Interaktion als ein individuelles Personenmerkmal unter anderen interpretiert wird oder sich im Sinne einer umfassenderen sozialen Kategorie entfaltet. Aber sowohl individuelle als auch kollektive Identität sind

soziale Identitäten. Individuelle Identität entspringt und wirkt zurück auf soziale Beziehungen zwischen einzelnen Individuen, kollektive Identität ist in analoger Weise in soziale Beziehungen zwischen und innerhalb von Gruppen eingebettet.

So wie individueller Identität nicht in psychologischer Weise „A-Sozialität“ attestiert werden darf, so wenig sinnvoll wäre es umgekehrt, kollektive Identität in soziologischer Weise nur überindividuellen Kollektiven (etwa der Nation oder anderen sozio- bzw. ethno-kulturellen Gruppen) zuzusprechen und vollends aus dem Individuum und seiner Psychologie auszulagern. Dem „Ich im Wir“ (Honneth 2010) entspricht das „Wir im Ich“, sodass das „Wir“ durch unsere Köpfe hindurch und nicht lediglich über diese hinweg wirkt. Damit wird die Wirkmächtigkeit des überindividuell Sozialen nicht geschmälert oder gar geleugnet. Das Soziale schlägt nicht spektakulär wie ein Blitz ins Individuelle ein, sondern energetisiert dieses immer schon und kontinuierlich. Die anspruchsvolle sozialpsychologische Aufgabe im Konzert der Disziplinen besteht darin, die verantwortlichen Vermittlungsprozesse und Transmissionsriemen empirisch aufzudecken und analytisch zu begreifen. Die primäre Informationsquelle ist das Individuum, dessen Erlebnisse und Verhalten mit Hilfe einer Vielzahl sich ergänzender Methoden (z.B. physiologische Messungen, qualitative Interviews, quantitative Befragungen, direkte Beobachtungen) sowohl unter natürlichen als auch unter experimentell kontrollierten Bedingungen registriert und anschließend im Lichte bewährter sozialpsychologischer Theorien interpretiert werden können.

Diesen erfolgreichen Weg beschreitet auch die neuere sozialpsychologische Forschung zu kollektiver Identität. Exemplarisch sei auf die Forschungen zur vermittelnden Rolle kollektiver Identität bei sozialer Mobilisierung und Politisierung verwiesen. Hier konnte kollektive Identität als wichtiges Scharnier zwischen den Einflussgrößen der Makro-, Meso- und Mikro-Ebene identifiziert werden: Kollektive

Identitäten (z.B. als Frau oder Migrant) spiegeln die gesellschaftlichen Mehrheits-, Status- und Machtverhältnisse sowie Gelegenheitsstrukturen wider, importieren diese in konkrete Interaktionssituationen und übersetzen sie so insbesondere auf der Seite der Unterlegenen in sozial geteilte Erfahrungen von Diskriminierung, Missachtung und Unterdrückung oder unter günstigen Bedingungen auch in sozial geteilte Erfahrungen von Solidarität, Stärke und Hoffnung mit Auswirkungen auf das Erleben und Verhalten jedes einzelnen Betroffenen. Gleichzeitig hat die sozialpsychologische Forschung wichtige Erkenntnisse darüber gewinnen können, wie solche Erfahrungen auf die entsprechenden kollektiven Identitäten rückwirken und diese als eigenständigen Motor sozialer Mobilisierung und Politisierung in Gang setzen oder blockieren (Azzi et al. 2011; Simon 2004).

Bernd Simon ist Professor für Sozialpsychologie und Politische Psychologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel mit Arbeitsschwerpunkt Identitäts- und Intergruppenforschung. simon@psychologie.uni-kiel.de

Literatur

Azzi, Assaad/Chrysoschoou, Xenia/Klandermans, Bert/Simon, Bernd (Eds.) 2011: Identity and participation in culturally diverse societies: A multidisciplinary perspective. Oxford: Wiley-Blackwell.

Honneth, Axel 2010: Das Ich im Wir. Studien zur Anerkennungstheorie. Berlin: Suhrkamp.

Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter 1993: Auf dem Weg in die „Bewegungsgesellschaft“? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen. *Soziale Welt*, 44, 305-326.

Simon, Bernd 2004: Identity in modern society: A social psychological perspective. Oxford, UK: Blackwell.

Tajfel, Henri/Turner, John 1979: An integrative theory of intergroup conflict. In: Austin, William; Worchel, Stephen (Eds.): The social psychology of intergroup relations (pp. 33-47). Monterey, CA: Brooks; Cole.

Turner, John/Hogg, Michael/Oakes, Penelope/Reicher, Stephen/Wetherell, Margaret 1987: Rediscovering the social group. A self-categorization theory. Oxford, UK: Basil Blackwell.

Kollektive Identität, soziale Bewegungen und Szenen

Sebastian Haunss

Kollektive Identitäten sozialer Bewegungen beeinflussen nicht nur die Weltsicht der BewegungsaktivistInnen, sondern auch deren alltägliche Lebenspraxen. Daher können sich kollektive Identitäten nicht nur dann verändern, wenn sich in diskursiven Prozessen alternative Deutungen und Interpretationen durchsetzen, sondern auch dadurch, dass sich im Alltag der AktivistInnen neue Lebenspraxen durchsetzen. Diese komplexe Interaktion zwischen kollektiver Identität und Alltagspraxen ist bisher in

der Bewegungsforschung kaum beachtet worden. Dort wird zwar inzwischen in der Regel davon ausgegangen, dass kollektive Identität ein wichtiges Konzept (Einwohner et al. 2008) – oder sogar ein „pivotal concept“ (Snow/McAdam 2000: 41) – zum Verständnis der Dynamiken sozialen Bewegungen ist, das inzwischen in einer Vielzahl von Forschungsarbeiten aufgegriffen und diskutiert worden ist (für einen Überblick siehe Flesher Fominaya 2010). Auf der anderen Seite wurde erkannt,

dass bewegungsnahe Infrastrukturen eine wichtige Bedeutung für die Alltagspraxen der BewegungsaktivistInnen haben (Fantasia/Hirsch 1995; Haunss/Leach 2007; Morris 1986; Polletta 1999; Taylor 1989; Taylor/Rupp 1993). Aber dass Szenen nicht nur eine Infrastruktur bereit stellen, sondern auch für Prozesse kollektiver Identität relevant sind, wurde bisher kaum beachtet (Leach/Haunss 2009).

Ich werde im Folgenden einige zentrale Aspekte dieser komplexen Interaktion anhand zweier Bewegungen beispielhaft diskutieren. Meine Annahme ist, dass es besonders in präfigurativen Bewegungen eine starke Kongruenz zwischen Bewegungsidentitäten – d.h. Prozesse kollektiver Identität auf der Ebene sozialer Bewegungen – und den alltäglichen Lebenspraxen der AktivistInnen geben muss. Präfigurative Bewegungen erheben den Anspruch, die von ihnen angestrebten, weitgehenden gesellschaftlichen Veränderungen bereits im eigenen Handeln, in den Bewegungs- und Alltagspraxen der AktivistInnen, vorweg zu nehmen. Elemente präfigurativer Politik lassen sich in fast

allen Bewegungen finden, weil zumindest für die radikaleren Flügel gilt, dass radikale Forderungen ohne den Versuch die propagierten Werte auch selbst zu leben schnell zu Scheinheiligkeit verkommen (Epstein 1991: 122). Bewegungen, die als Advocacy-Netzwerke vor allem auf das Wohl Dritter zielen oder die nur sehr konkrete und beschränkte Policy-Ziele verfolgen, können dagegen ihre Forderungen glaubwürdig auch ohne präfigurative Elemente vertreten. In solchen Bewegungen müssen Lebenspraxen der AktivistInnen und Bewegungshandeln bestimmende Collective Action-Frames nicht eng miteinander verbunden sein. Wenn aber in präfigurativen Bewegungen beide Ebenen dauerhaft auseinanderfallen, verlieren diese ihr Mobilisierungspotenzial.

1 | Bewegungen, Szenen und kollektive Identität

In Prozessen kollektiver Identität bestimmen soziale Bewegungen ihr Handlungsfeld und ihre Grenzen als kollektiver Akteur, legen die Zie-



le und Wege ihres gemeinsamen Handelns fest und geben Kriterien an, die erfüllt sein müssen, damit Individuen und Gruppen als Teil der Bewegung gelten.

Das stärkste Argument, warum es notwendig ist, Prozesse kollektiver Identität in sozialen Bewegungen zu untersuchen, hat aus einer theoretischen Perspektive Alberto Melucci formuliert (Melucci 1988, 1989, 1995, 1996): Er argumentiert, dass soziale Bewegungen, weil sie keine „natürlichen“ oder gegebenen Akteure sind, die gemeinsamen Grundlagen ihres Handelns immer erst in sozialen Prozessen bestimmen müssen. Sie entstehen als kollektive Akteure überhaupt erst in dem Moment, in dem sie eine gemeinsame Handlungsorientierung herausbilden und damit ein „Wir“ der Bewegung konstruieren. Kollektive Identität bezeichnet genau diese Wir-Bestimmung: sie ist die „interactive and shared definition produced by a number of individuals (or groups at a more complex level) concerning the orientations of their action and the field of opportunities and constraints in which such action is to take place“ (Melucci 1996: 70).

Problematisch an Meluccis Definition kollektiver Identität ist, dass diese vordergründig nur die kognitive Ebene umfasst, auch wenn er an anderer Stelle die Wichtigkeit beispielsweise emotionaler Prozesse betont. In der Bewegungsforschung wurden dann auch Prozesse kollektiver Identität häufig als Framing-Prozesse konzeptualisiert (Hunt/Benford 2004; Hunt et al. 1994), wobei Frames interpretative Schemata sind, die eine bestimmte Deutung der Welt anbieten (Snow/Benford 1992: 137).

In präfigurativen sozialen Bewegungen ist davon auszugehen, dass, neben diskursiv ausgehandelten Einschätzungen und Überzeugungen, alltägliche Lebenspraxen der AktivistInnen ein weiteres wichtiges Element in Prozessen kollektiver Identität sind. Dabei will ich hier nicht einer strikten Trennung von kognitiv/diskursiv vs. affektiv/handelnd das Wort reden. Mein Argument ist nur, dass alltägliche Lebenspraxen eine Eigendynamik entwickeln, die nur zu einem gewissen Grade diskursiven

Aushandlungsprozessen zugänglich sind, und dass dadurch Prozesse kollektiver Identität nicht nur als Ergebnis kognitiver Aushandlungsprozesse, sondern auch als Ergebnis geteilter Lebensweisen verstanden werden sollten, und beides – Lebensweisen und Frames – wiederum beeinflussen.

Bewegungsidentitäten strukturieren so zu einem gewissen Grad die Überzeugungen und Interpretationen der BewegungsaktivistInnen. Beide sind nie vollständig kongruent, weil individuelle Überzeugungen immer durch eine Vielzahl von Faktoren bestimmt sind, von denen die Bewegungsidentität nur einer ist. Aber man kann davon ausgehen, dass BewegungsaktivistInnen im Grunde mit den Deutungsangeboten der Bewegung übereinstimmen – sonst würden sie sich kaum im Rahmen der Bewegung engagieren.

Wie bereits oben angedeutet, beeinflussen Bewegungsidentitäten aber nicht nur die kognitive Ebene, also das Framing, der AktivistInnen. Viele Bewegungen, wie z.B. die Frauenbewegung, die Ökologiebewegung, die Schwulenbewegung oder auch die Autonomen, formulieren den Anspruch, ihre Ideale nicht nur politisch zu fordern, sondern auch bereits im Alltag – zumindest teilweise – vorweg zu nehmen. In diesen präfigurativen Bewegungen bestimmt damit die Bewegungsidentität nicht nur die Überzeugungen der AktivistInnen, sondern auch deren alltägliches Handeln. Ein Öko-Aktivist, der einen S-Klasse Mercedes fährt oder eine Feministin, die für einen Hungerlohn eine Hausangestellte beschäftigt, hat ein Glaubwürdigkeitsproblem – nicht nur gegenüber anderen BewegungsaktivistInnen, sondern auch in der eigenen Selbstkonzeption. Präfigurative Bewegungen verlangen von ihren AktivistInnen, dass ihr Alltagshandeln und in einem umfassenderen Verständnis ihre Lebenspraxen nicht im Widerspruch zu den politischen Idealen der Bewegung stehen oder dass zumindest dieser Widerspruch möglichst gering gehalten wird.

Nun kann man davon ausgehen, dass das Alltagshandeln von BewegungsaktivistInnen –

wie auch deren Überzeugungen – auch von anderen Faktoren beeinflusst wird. Persönlichkeit, Erziehung, Peer-Group, Familie und andere soziale und individuelle Einflussfaktoren spielen hier ebenfalls eine Rolle. Dies führt dazu, dass es sowohl bei den Überzeugungen als auch bei den Lebenspraxen immer eine gewisse Bandbreite gibt, es also in der Regel nur eine begrenzte Kongruenz zwischen Bewegungs- und individueller Identität geben wird. Aus der Sicht einer sozialen Bewegung ist diese nur teilweise Überlappung so lange unproblematisch, wie es nicht zu einem systematischen Widerspruch zwischen Lebenspraxen einer größeren Gruppe von AktivistInnen und Bewegungsidentität kommt. An dieser Stelle spielen Szenen eine besondere Rolle, weil sie als gesellschaftliche Großstrukturen ebenfalls das Potenzial haben, das Handeln einer größeren Zahl von Individuen zu beeinflussen.

Szenen sind gleichzeitig Netzwerke von Personen, die eine gemeinsame (Gruppen-) Identität und ein gemeinsames Set sub- oder gegenkultureller Überzeugungen, Werte und Normen teilen, und sie sind ein Netzwerk von Orten, an denen sich diese Personen treffen (Leach/Haunss 2009: 259). Szenen bilden sich also durch Lebenspraxen, während Milieus nicht in erster Linie performativ, sondern durch die gleiche Position im sozialen Raum (Vester et al. 2001: 24 f.), d.h. durch gemeinsame Lebenslagen bestimmt sind. Roland Hitzler und seine Kollegen sehen Szene allgemein als eine spezifische posttraditionale Form der Gemeinschaftsbildung, die in ganz verschiedenen Ausprägungen beispielsweise als „Graffiti-Szene“, „Skater-Szene“ oder „Drogen-Szene“ existiert (Hitzler et al. 2001). Darcy Leach und ich haben argumentiert, dass Szenen häufig auch im Kontext sozialer Bewegungen existieren, als Alternativszene, Frauenszene, Schwulenszene, Hausbesetzerszene etc. (Haunss/Leach 2007; Leach/Haunss 2009). Dort erfüllen sie unter anderem die Funktion, einen Raum für die Realisierung alternativer oder auch nur von der gesellschaftlichen Norm abweichender Lebensweisen zu bieten. Szenen sind stärker als

Bewegungen erfahrungsorientiert und weniger durch diskursive Aushandlungsprozesse strukturiert. Sie bestimmen damit stärker die Alltagspraxen als die Überzeugungen ihrer TeilnehmerInnen.

Das Verhältnis von Bewegung und Szene kann man sich – grob vereinfacht – als zwei teilweise überlappende Kreise vorstellen. In deren Überlappungsbereich stimmen die Ideale und Anforderungen der Bewegung mit den Lebenspraxen der Szeneangehörigen weitgehend überein. So bildeten sich in den 1970er Jahren z.B. in vielen deutschen Städten Frauenszenen heraus: Netzwerke von Selbsterfahrungsgruppen, feministischen Buchläden, Frauenzentren, Frauen-Cafés und -Kneipen, Selbstverteidigungsgruppen, etc. bildeten ein Netz von Orten und Personen, das Freiräume bot, in denen Alternativen zu den patriarchalen Strukturen der Gesellschaft gelebt werden konnten. Oftmals waren die Grenzen zwischen Lesben- und Frauenszene fließend. An den Rändern dieser Szene etablierten sich beispielsweise Frauen-Reisebüros und -Finanzdienstleistungen, die mit den Positionen und Forderungen der Frauenbewegung nur noch sehr entfernt etwas zu tun hatten.

Generell können solche bewegungsnahen Szenen als Mobilisierungspool für soziale Bewegungen dienen, da die Wahrscheinlichkeit hoch ist, hier Personen zu finden, die mit den Zielen der Bewegung sympathisieren. Umgekehrt können Szenen auch als Rückzugsräume für BewegungsaktivistInnen dienen, die noch eine Nähe zur Bewegung wahren wollen, ihr Engagement aber (temporär) reduzieren wollen (Leach/Haunss 2009: 270 ff.).

Problematisch wird es, wenn sich Szenen und Bewegungen auseinander entwickeln, wenn also die in den Szenen gelebten Alltagspraxen sich immer deutlicher von den Ansprüchen der Bewegung an ihre AktivistInnen unterscheiden. Dann kann diese Differenz demobilisierend für die Bewegung wirken, weil es ihr dann nicht mehr gelingt, eine kollektive Identität zu entwickeln, die das Framing und die Lebenspraxen der AktivistInnen in Einklang bringt.

Im Folgenden werde ich anhand einer Analyse der Prozesse kollektiver Identität der zweiten deutschen Schwulenbewegung und der Autonomen zeigen, wie wichtig diese Interaktion von in der Szene geprägten Lebenspraxen und in der Bewegung geprägten Framing-Prozessen für die Prozesse kollektiver Identität beider Bewegungen war. Diese beiden Bewegungen wurden ausgewählt, weil es sich bei beiden um präfigurative Bewegungen handelt, die über einen Zeitraum von jeweils gut 20 Jahren existiert haben bzw. noch existieren und die jeweils eng und immer konflikthaft mit einer Szene verbunden sind.

2 | Prozesse kollektiver Identität in der Schwulenbewegung und bei den Autonomen

Die „neue“ oder zweite deutsche Schwulenbewegung entstand Anfang der 1970er Jahre aus einem durch die 1968er-Proteste geprägten studentischen Milieu und positionierte sich in doppelter Abgrenzung gegen die bis dato existierenden liberalen bis konservativen Homosexuellenorganisationen und die auf die Organisation von Sexualkontakten reduzierte Schwulenszene (Dobler/Rimlele 2008; Haunss 2004: Kap. 8; Holy 1991; Salmen/Eckert 1988, 1989). Ihre zentrale politische Forderung war die Abschaffung des Strafgesetzbuchparagraphen 175, der homosexuelle sexuelle Beziehungen gegenüber heterosexuellen diskriminierte und kriminalisierte. Sie trug das Thema Homosexualität in die Öffentlichkeit und kämpfte für die gesellschaftliche Akzeptanz homosexueller Lebensweisen. Die zweite Schwulenbewegung erlebte 1979 ihren Mobilisierungshöhepunkt und verschwand Mitte der 1990er Jahre als Bewegung von der Bildfläche. Erst Ende der 1990er, Anfang der 2000er Jahre wurde wieder eine Schwulenbewegung sichtbar, die sich allerdings sowohl personell als auch thematisch deutlich von der zweiten Schwulenbewegung abhebt, so dass ich ab diesem Zeitpunkt von einer dritten Schwulenbewegung in Deutschland sprechen würde.

Die Autonomen entstanden Mitte der 1970er Jahre als militanter Flügel der Anti-AKW-Bewegung und im Kontext der Hausbesetzerbewegung 1980/81 (Geronimo 1990, 1997, 2002; Haunss 2008). Die Autonomen sind eine linksradikale Bewegung, die im Laufe ihrer Existenz immer wieder verschiedenen Themenkonjunkturen folgte, wobei sich stadtteilpolitische Interventionen gegen Gentrifizierung, Anti-AKW-Politik und Antifaschismus als immer wiederkehrende und dauerhafteste Themenbereiche erwiesen haben. Die Bewegung ist nicht auf ein spezifisches Politikziel zu reduzieren, wird aber zusammengehalten von einer präfigurativen „Politik der ersten Person“, die die Forderung nach grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen mit dem Anspruch, diese im eigenen Handeln vorwegzunehmen, verbindet.

In beiden Fällen dienen mir als Ausgangsmaterial für die Analyse der Framing-Prozesse, in denen die Konturen der jeweiligen Bewegungsidentitäten herausgebildet und stetig verändert werden, die in Bewegungszeitschriften veröffentlichten Selbstverständnisdiskussionen der beiden Bewegungen. Ich gehe dabei davon aus, dass die prinzipielle Instabilität kollektiver Identität in sozialen Bewegungen dazu führt, dass über einen längeren Zeitraum hinweg wesentliche Elemente der Bewegungsidentität immer wieder infrage gestellt werden. Dies geschieht aufgrund der Größe der Bewegungen, die keine unmittelbare Kommunikation zwischen allen AktivistInnen erlaubt, in der Regel in Form von Positions- und Diskussionspapieren, die als Flugblätter und Broschüren, aber vor allem als Beiträge in Bewegungszeitschriften veröffentlicht werden, und auf die dann andere AktivistInnen oder Gruppen von AktivistInnen antworten.

In beiden Bewegungen habe ich jeweils Bewegungszeitschriften als Quelle für die Bewegungsdiskurse ausgewählt, die über einen längeren Zeitraum als überregionales Diskussionsorgan gedient haben. Für die Schwulenbewegung war dies für die Zeit zwischen 1979 und 1989 der Rosa Flieder (65 Ausgaben) und in der autonomen Bewegung im Zeitraum von

1988–2001 die Interim (540 Ausgaben). Für die Diskursanalyse habe ich aus beiden Zeitschriften alle Texte, die im weitesten Sinne als Beiträge zum Selbstverständnis der beiden Bewegungen verstanden werden können (Rosa Flieder: 126 Artikel, Interim 1.245 Artikel), im Rahmen einer quantitativen und qualitativen Inhaltsanalyse auf die verwendeten Begründungs- und Argumentationsmuster hin untersucht, um die zentralen argumentativen Frames der Bewegungsdebatten zu erfassen. Dabei wurden thematisch und zeitlich zusammenhängende Diskussionsbeiträge – sogenannte Diskursstränge – identifiziert (für eine ausführliche Diskussion der Analysemethode siehe Haunss 2004: 91 ff.; Titscher et al. 1998). In einer weitergehenden Analyse dieser Diskursstränge ließen sich dann zentrale Collective Action-Frames (Snow/Benford 1992) identifizieren, die handlungsleitende Interpretationen und Motivationen für das kollektive Handeln der Bewegungen und damit zentrale Bausteine für die Bewegungsidentitäten liefern. Für die Schwulenbewegung ist hier vor allem der Sexuelle-Befreiungs-Frame zu nennen und für die Autonomen das Konzept der Politik der ersten Person.

Tabelle 1 gibt einen Überblick über die jeweils fünf wichtigsten Themen in beiden Bewegungen. Dabei fällt auf, dass in beiden Bewegungen allgemeine Perspektiv- und Organisationsdebatten an erster Stelle stehen. Dies ist aufgrund der Tatsache, dass soziale Bewegungen informelle Netzwerke ohne feste Struktur sind, nicht weiter verwunderlich. Daneben geht es in den Bewegungsdiskursen prominent um Fragen, die den Lebensalltag der AktivistInnen berühren, und erst an dritter Stelle um inhaltliche Fragen, die mit konkreten politischen Forderungen verknüpft sind. Schon in dieser Auflistung lässt sich erahnen, wie wichtig die Ebene individueller Lebenspraxen und damit das Verhältnis individueller und kollektiver Identität für die beiden Bewegungen sind. Ich habe an anderer Stelle den Verlauf der verschiedenen Diskursstränge in beiden Bewegungen ausführlich analysiert (Haunss 2004). Hier werde ich mich auf die jeweils beispielhafte Diskussion einzelner Diskursstränge beschränken, anhand derer sich die Notwendigkeit, eine Kongruenz zwischen in der Szene praktizierten alltäglichen Lebenspraxen und Bewegungsidentität herzustellen, am deutlichsten zeigen lässt.

Tabelle 1: Top 5 Themen der Debattenbeiträge (Anteil in Prozent)

Schwulenbewegung	%	Autonome	%
Allgemeine Perspektiven der Schwulenbewegung	43,7	Allgemeine Organisations- und Selbstverständnissedebatten	29,8
Pädophilie	32,5	Geschlechterverhältnisse & Sexualität	27,4
AIDS	20,6	Militanz	24,7
Verhältnis zu den Parteien	19,8	1. Mai	14,5
§ 175	10,3	Internationalismus	8,4

Anmerkung: Einzelne Artikel können mehreren Kategorien zugeordnet sein, wenn z.B. in einem Beitrag im Rosa Flieder Aussagen über das Verhältnis zu den Parteien im Angesicht der AIDS-Epidemie gemacht wurden. Die Summe der prozentualen Anteile der einzelnen Themen ist daher größer 100.

3 | Das Scheitern der Schwulenbewegung an der AIDS-Politik

Die Schwulenbewegung hatte sich ursprünglich in starker Abgrenzung zu den in der Schwulenszene der 1960er Jahre verbreiteten Alltagspraxen herausgebildet. Der von Rosa von Praunheim und Martin Dannecker 1970 gedrehte Film „Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt“, in dem die Autoren eine äußerst scharfe Kritik an der anonymen Sex-Fixiertheit der schwulen Subkultur formulieren, war ein wichtiger Kristallisationspunkt der zweiten Schwulenbewegung (Holy 1991: 140; Rimmel 1993: 29; Salmen/Eckert 1988: 23 f.). Im Laufe der 1970er Jahre etablierte sich dann in vielen Großstädten eine neue, alternative Schwulenszene mit eigenen Treffpunkten, Bars, Cafés, Buchläden und Zentren, die stark von den politischen Vorstellungen der Bewegung geprägt war. Im Kern stand dabei die Forderung, das Schwulsein nicht länger zu verstecken, sondern in seinen vielfältigen Facetten öffentlich zu leben. Der Propagierung einer offen schwulen Lebensweise zugrunde lag die Konstruktion eines Sexuelle-Befreiungs-Frames, in dem in umfassender Weise das ungehinderte Ausleben sexueller Begierde mit dem Anspruch auf gesellschaftliche Veränderung verknüpft wurde (Haunss 2004: 226 ff.). Der Sexuelle-Befreiungs-Frame war ein Kernbestandteil der schwulen Bewegungsidentität und bestimmte auf dem Mobilisierungshöhepunkt der zweiten Schwulenbewegung Ende der 1970er Jahre sowohl die politische Analyse der Bewegung als auch die Alltagspraxis vieler ihrer Aktivisten, die ihr Schwulsein in der Öffentlichkeit lebten. Er strukturierte den Kampf gegen Repression und Intoleranz und für die Entstigmatisierung „perverser“ sexueller Praktiken – insbesondere des Sado-Masochismus und bis Mitte der 1980er auch der Pädophilie.

Dieser Sexuelle-Befreiungs-Frame gerät durch die AIDS-Epidemie in eine Krise. Die Bewegung reagiert erstaunlich spät auf die gesundheitliche Bedrohung durch HIV/AIDS.

Erst im August 1983 erscheinen im Rosa Flieder die ersten längeren Artikel dazu, nachdem in den bürgerlichen Medien bereits ausführlich darüber berichtet worden war. Die ersten Artikel dienen einerseits der Aufklärung über den Stand des medizinischen Wissens über die Krankheit und andererseits der Positionsbestimmung in der Schwulenbewegung. Dabei wird die Gefahr einer neuen Stigmatisierung der Schwulen als zentrales Problem identifiziert (Rosa Flieder 31). In der ersten Zeit nach Entdeckung der Krankheit herrscht eine Tendenz vor, die Bedrohung durch AIDS herunterzuspielen und mit dem bekannten Instrumentarium schwulenpolitischer Argumentation zu reagieren, das den Schwerpunkt vor allem auf die Thematisierung von Repression und Ausgrenzung legt. Gegen eine solche Interpretation wenden sich allerdings auch schon früh einzelne Autoren wie beispielsweise Matthias Frings, der fordert, die Schwulen sollten als Konsequenz der Bedrohung durch AIDS besser ihr auf schnelle Sexualkontakte fixiertes Sozialverhalten überdenken (Rosa Flieder 32).

In der Summe lassen die im Rosa Flieder veröffentlichten Beiträge nicht erkennen, dass die Schwulenbewegung eine eigene Strategie des Umgangs mit AIDS entwickelt hätte. Allerdings werden zunehmend Ratgeber-Texte der Aids-Selbsthilfegruppen veröffentlicht. Diese Selbsthilfegruppen, die im Jahr 1985 in vielen westdeutschen Städten gegründet wurden, sind in der Regel nicht aus bereits bestehenden Schwulengruppen hervorgegangen (Holy 1991: 157 f.). Sie fokussieren ihre Aktivitäten schnell auf Aufklärungsarbeit und Präventionsmöglichkeiten sowie auf die Versorgung und Betreuung Aidskranker. Im Rosa Flieder schläft die Diskussion über Aids und seine Konsequenzen Ende 1987 ein. Die Positionen sind offensichtlich ausgetauscht, und auf der praktischen Ebene hat die Institutionalisierung der Aids-Hilfeeinrichtungen und deren enge Einbindung in die staatliche AIDS-Politik dazu geführt, dass sich deren Präventions- und Hilfsansatz gegenüber Positionen, die eine stärkere Politisierung fordern, durchgesetzt hat.

Letztlich hat damit die Schwulenbewegung mit ihren politischen Schwulengruppen und der 1986 gegründeten Dachorganisation Bundesverband Homosexualität (BVH) kaum Einfluss auf die Bearbeitung und Positionierung zum Thema AIDS in Deutschland gehabt. Viel einflussreicher waren die neu gegründeten Aidshilfen-Gruppen und -Initiativen.

Dieser geringe Einfluss hängt unmittelbar mit einer Differenz zwischen Bewegungsidentität und Alltagspraxis der Schwulen zusammen. Die Etablierung der Aidshilfen als Parallelstruktur zu den politischen Schwulengruppen ist ein deutlicher Indikator dafür, dass der Versuch, AIDS mit Hilfe des Sexuelle-Befreiungs-Frames vor allem als politisches Problem der Bedrohung schwuler Freiheiten zu interpretieren, kaum Unterstützung fand. Gegen diese äußere Bedrohung sollte nach der Vorstellung der Bewegungsaktivisten ein starkes und geschlossenes „Wir“ der Schwulen mobilisiert werden, die eine Zurückdrängung ihrer mittlerweile erreichten Freiheiten nicht hinnehmen sollten. Im Unterschied hierzu setzten die Aidshilfen darauf, in der Schwulenbewegung Beziehungs- und sexuelle Verhaltensmuster zu etablieren, die stärker der allgemeinen gesellschaftlichen Norm entsprachen und gesellschaftliche Solidarität mit den von AIDS betroffenen Schwulen einzufordern, gerade weil diese nicht eine besondere gesellschaftliche Gruppe seien.

Dabei ist es gewissermaßen ein Treppenzwisch der Schwulenbewegung, dass sich die Normalisierungsstrategie der Aidshilfen aus der schwulen Subkultur gegen den Sexuelle-Befreiungs-Frame der Bewegungsaktivisten durchgesetzt hat, wo doch in den 1970er Jahren die scharfe Kritik an der nur auf anonyme Sexkontakte ausgerichteten schwulen Subkultur ein zentraler Gründungsimpuls der zweiten Schwulenbewegung war. Und nun waren es in den 1980er Jahren gerade die Bewegungsaktivisten, die am stärksten an der Möglichkeit einer uneingeschränkten, promiskuen Sexualität als Ausdruck schwulen Selbstverständnisses festhielten.

Die Etablierung und Ausdifferenzierung der Schwulenszene hatte dagegen zumindest in den größeren Städten zu einer relativen Normalisierung schwuler Lebensweisen beigetragen, indem sie Räume schuf, in denen vielfältige schwule Lebensentwürfe ohne permanente Repressions- und/oder Diskriminierungsdrohung gelebt werden konnten. Diese größere Pluralität der Lebensstile findet keinen Einzug in die Konstruktion kollektiver Identität auf Bewegungsebene. Damit verliert die Schwulenbewegung die für sie konstitutive enge Verbindung zwischen politischem Projekt und Lebensstil.

Besonders folgenreich war das Auseinanderfallen beider Ebenen im Kontext von AIDS. Die Ausbreitung der Krankheit führte zu einer radikalen Infragestellung des politisch dominanten Sexuelle-Befreiungs-Frames. Eine ungezügelter, nicht angepasste Sexualität konnte nicht länger als Idealbild, das auch politisch vertreten wurde, dienen. Der neue, durch AIDS erzwungene Lebensstil rekurriert auf Verantwortung und Treue und unterscheidet sich letztlich nur noch hinsichtlich des Geschlechts des Sexualpartners von der heterosexuellen Norm.

In der Bewegung wird die Infragestellung des Sexuelle-Befreiungs-Frames aber lange abgewehrt. Ein Resultat dieser Abwehr ist, dass auf der organisatorischen Ebene mit den Aidshilfen eine Struktur entsteht, die von der Bewegung kaum noch beeinflusst ist. Und gleichzeitig gelingt es nicht mehr eine neue Bewegungsidentität zu konstruieren, die den veränderten Lebensweisen der Aktivisten Rechnung trägt.

Statt als Mobilisierungspool für die Bewegung zu dienen, entwickelte sich die alternative Schwulenszene in den 1980er Jahren als Alternative auch zur Bewegung. Die in der Szene praktizierten Lebensweisen waren nicht länger kompatibel mit der etablierten kollektiven Identität der Schwulenbewegung, die dadurch ihre Mobilisierungsfähigkeit einbüßte und sich 1996 in einen grünnennamen Verband auflöste. Aus der al-

ternativen Schwulenszene entwickelten sich schließlich Ende der 1990er Jahre wieder Ansätze zu einer neuen, dritten deutschen Schwulenbewegung, die anders als die zweite Schwulenbewegung sowohl thematisch als auch organisatorisch den Kontakt zu Lesben- und Frauenbewegung sucht, durch eine intensive Rezeption feministischer und queerer Theorie geprägt ist und damit einen neuen Entwurf kollektiver Identität vorlegt, der sich deutlich von dem der zweiten Schwulenbewegung unterscheidet.

4 | Die Autonomen und die „Politik der ersten Person“

Anders als in der Schwulenbewegung ist es bei den Autonomen nie zu einem nachhaltigen Bruch zwischen in der Szene praktizierten Lebensweisen und Bewegungsidentität gekommen. Hierin liegt eine spezifische Stärke der Autonomen, die auch dafür verantwortlich ist, dass es die oft als Jugendbewegung bezeichnete Bewegung nach inzwischen über 30 Jahren immer noch gibt.

Der Grund für die kontinuierlich enge Verzahnung von Alltagspraxen und Bewegungsidentität bei den Autonomen ist in einem Kernelement der kollektiven Identität der Autonomen zu suchen: der „Politik der ersten Person“. Politik der ersten Person meint, die eigene Politik nicht aus scheinbar objektiven „Notwendigkeiten“, „Sachzwängen“ oder gesellschaftstheoretischen Prämissen abzuleiten, sondern von den individuellen und kollektiven Erfahrungen und Bedürfnissen der AktivistInnen auszugehen. Ein solcher Politikansatz wurde in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren von der Frauen- und Alternativbewegung gegen die organisatorischen Verknöcherungen der K-Gruppen propagiert (Brand et al. 1983; Epstein 1991; Jasper 1997). Zentrale Elemente der Politik der ersten Person sind eine Politisierung des Privaten, ein radikaler Subjektivismus und ein sehr stark ausgeprägter präfigurativer Anspruch, die eigenen Ideale im Alltag zu leben.

In den in der Interim dokumentierten Bewegungsdebatten wurde dieses Kernelement kollektiver Identität der Autonomen immer wieder infrage gestellt. Ich will hier kurz skizzieren, wie diese Debatten in zwei der drei wichtigsten Themenfelder autonomer Selbstverständnisdebatten verlaufen sind (Organisations- und Milizdebatten) und zu welchen Ergebnissen sie geführt haben. Im dritten Themenfeld, den Debatten um Geschlechterverhältnisse, Sexualität und Feminismus, wurde die enge Verbindung von Alltagshandeln und politischer Analyse nie infrage gestellt. Dies zeigt sich unter anderem daran, dass es in den in der Interim abgedruckten Texten von BewegungsaktivistInnen, die den Anspruch erhoben haben, Beiträge zur Debatte um Geschlechterverhältnisse und Feminismus zu sein, bis auf wenige Ausnahmen immer um Beziehungsmuster und Sexualität ging – die subjektive Erfahrung also immer den Dreh- und Angelpunkt der Debatten bildete.

Im Kontext verschiedener Organisationsdebatten wurde die Prämisse der „Politik der ersten Person“ regelmäßig in Phasen auslaufen der Mobilisierungswellen infrage gestellt. Tenor der periodisch wiederkehrenden Organisationsdebatten war die Kritik an der Kampagnenförmigkeit autonomer Politik – dem schnellen Aufgreifen und dann wieder Fallenlassen aktueller Themen – und die Forderung nach einer größeren Verbindlichkeit autonomer Strukturen (z.B. Interim 162, 27.9.91; „Wir sind doch kein Kampagnen-heinz!“). Anstatt durch subjektive Betroffenheit solle sich autonome Politik aus der theoriegeleiteten Analyse gesellschaftlicher Widersprüche begründen. Transparente Organisationsstrukturen sollten an Stelle der Plena und Kleingruppen mit wechselnder Beteiligung und unklarer Kompetenz treten.

Gegen die Forderungen nach stärkerer Formalisierung autonomer Strukturen wurde regelmäßig von Gegnern dieser Organisationsmodelle das autoritäre Scheitern der K-Gruppen in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik und die schon von Robert Michels

(1911) konstatierte Eigendynamik der Bürokratisierung formaler Organisationen ins Feld geführt. Im Ergebnis blieben die Organisationsdebatten entweder folgenlos oder sie führten zu Ausgründungen, die allerdings nur im Antifa-Bereich eine relevante Mobilisierungsfähigkeit entfalten konnten. Dort spielen stärker formalisierte Organisationsmodelle, wie sie 1991 die Göttinger "Antifa (M)" in der Interim gefordert hatte (Interim 161, 19.9.91), bis heute eine wichtige Rolle.

In der Summe führten die Organisationsdebatten damit nicht zu einer grundlegenden Infragestellung des subjektivistischen, an den jeweils eigenen Erfahrungen ansetzenden autonomen Politikstils. Die enge Verbindung zwischen Collective Action-Frames und in der Szene realisiertem Alltagshandeln blieb erhalten.

Auch in den Militanzdebatten wurde die Prämisse der Politik der ersten Person immer wieder infrage gestellt. Ähnlich wie die Organisationsdebatten folgten die Militanzdebatten bei den Autonomen oft abflauenden Mobilisierungswellen. Noch stärker als erstere zeichnen sie sich durch eine hohe Zyklizität aus, d.h. mehr oder minder dieselben Argumente werden im Abstand weniger Jahre immer wieder aufs Neue diskutiert, ohne dass eine deutliche Weiterentwicklung der Bewegungspraxis und der Debatte zu beobachten wäre (Haunss 2004: 169 ff.).

In den Diskussionsbeiträgen treten zwei grundlegend unterschiedliche Verständnisse von Militanz zutage: Der Bewegungsmilitanz-Frame begreift die Autonomen als besonders entschlossene, radikale Teile anderer sozialer Bewegungen (Anti-AKW-Bewegung, Stadtteilinitiativen, Antifaschismus, Antirassismus etc.), die sich in ihren Aktionsformen nicht durch den Rahmen der Legalität einschränken lassen wollen. Militantes Handeln wird aus dieser Perspektive immer im Kontext konkreter politischer Kampagnen als eine Aktionsform unter anderen diskutiert (Leach/Haunss 2010).

Dagegen überhöht der Revolutions-Frame Militanz als Wert an sich. Aus dieser Perspek-

tive wird Militanz eine Avantgardefunktion zugesprochen. Das eigene (militante) Handeln wird in den Kontext weltweiter revolutionärer Bewegungen gestellt, und die klandestine, militante Kleingruppe wird als Organisationsform propagiert. Mit seiner Forderung nach Organisierung klandestiner, militanter Kleingruppen stellt dieser Frame die in der Politik der ersten Person enthaltene Forderung nach einer Kongruenz von alltäglicher Lebenspraxis und politischer Analyse infrage.

Der Bewegungsmilitanz-Frame ist mit einer großen Bandbreite individueller Handlungsformen kompatibel. Zwar formuliert auch er einen gewissen Avantgardeanspruch militanter Politik, fordert aber von den BewegungsaktivistInnen keine Veränderung ihrer alltäglichen Lebenspraxen. Der Revolutions-Frame macht dagegen Militanz zum Dreh- und Angelpunkt autonomer Politik. Als Collective-Action-Frame blieb er weitgehend marginal und führte nie in einem relevanten Umfang zu einer Änderung der subjektivistischen Politikbegründung der Autonomen. Auch hier blieb also der Kongruenzbereich zwischen in der Szene gelebten Alltagspraxen und Bewegungsidenti-tät erhalten.

5 | Szenen, kollektive Identität und Alltagshandeln

Der Vergleich der Bewegungsdiskurse der Schwulenbewegung und der Autonomen, in denen beide Bewegungen immer wieder Kernelemente ihrer kollektiven Identität infrage und zur Diskussion gestellt haben, fördert deutliche Unterschiede zutage, die – neben anderen Faktoren – einen Erklärungsansatz dafür bieten, warum sich die Schwulenbewegung als Bewegung Ende der 1980er Jahre aufgelöst hat, während die Autonomen bis heute weiter bestehen. Dabei unterscheiden sich die beiden Bewegungen hinsichtlich der für die jeweilige Konstruktion kollektiver Identität zentralen Themenfelder überraschend wenig. Organisationsdebatten standen in beiden Stellen an der Spitze der Aufmerksamkeit, gefolgt von De-

batten, die die Sexualität der AktivistInnen zum Thema hatten.

Der wichtigste Unterschied der Bewegungsdebatten beider Bewegungen besteht darin, dass bei den Autonomen in allen Debatten immer auf das Alltagshandeln und die Lebenspraxen der AktivistInnen rekurriert wurde. Nie wurde dort eine Position hegemonial, die das zentrale Element autonomer kollektiver Identität, die subjektivistische Politik der ersten Person, infrage gestellt hätte. Verschiebungen im Prozess kollektiver Identität blieben immer eng an die in der Szene realisierten Lebenspraxen der AktivistInnen gekoppelt.

Diese Rückbindung der Bewegungsdiskurse an die Alltagspraxen gab es in der Schwulenbewegung kaum. In der AIDS-Debatte aber auch in der bewegungsinternen Auseinandersetzung mit den Pädophilen entwickelten sich dadurch Bewegungsdiskurse und Alltagshandeln der AktivistInnen so weit auseinander, dass schließlich keine konsistente Verbindung zwischen beiden mehr möglich war. Als Konsequenz daraus entwickelten sich in der alternativen Schwulenszene Lebenspraxen, die mit der Bewegungsidentität nicht mehr kompatibel waren. Die Szene trat damit in Konkurrenz zur Bewegung. Statt ein Mobilisierungsreservoir für die Bewegung zu bieten, wurde sie zum zunehmend von der Bewegung getrennten Rückzugsraum ehemaliger AktivistInnen, in der sich mit den Aidshilfen auch politisch relevante Parallelstrukturen zu den politischen Schwulengruppen und Bewegungsorganisationen herausbildeten.

Für die Autonomen dagegen blieb die Mobilisierungsfunktion der Szene erhalten. Weil der Kongruenzbereich von Szene und Bewegung groß genug geblieben ist, ist es vor allem für Jugendliche möglich, über die Szene in die Bewegung einzusteigen, weil die in der Szene herausgebildete subkulturell geprägte individuelle Identität schon einen großen Überschneidungsbereich mit der kollektiven Identität der autonomen Bewegung aufweist.

Offensichtlich spielten für den Niedergang der zweiten Schwulenbewegung und für das

Weiterbestehen der Autonomen auch noch andere Gründe eine Rolle. Anders als bei den Schwulen gab es für die Autonomen nie die Option der systemkonformen Integration in das bestehende Institutionensystem. Aber das Wiederaufleben bewegungsförmiger Protestmobilisierung schwuler AktivistInnen in den späten 1990er Jahren ist auch ein Indiz dafür, dass sich die Bewegungsdynamiken auch nicht alleine aus den politischen Gelegenheitsstrukturen erklären lassen. Eine Verbindung beider Perspektiven, die dann auch noch im Idealfall den jeweiligen Anteil von Prozessen kollektiver Identität und anderen Faktoren für die Dynamiken sozialer Bewegungen angeben könnte, wäre sicherlich die Methode der Wahl.

Sebastian Haunss ist Politikwissenschaftler an der Universität Konstanz. Seine aktuellen Arbeitsschwerpunkte sind Konflikte der Wissensgesellschaft, Diskursnetzwerke und visuelle Formen der Bewegungsmobilisierung. sebastian.haunss@uni-konstanz.de

Literatur

Brand, Karl-Werner/Büsser, Detlef/Rucht, Dieter (Hg.) 1983: Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik. Frankfurt; New York: Campus.

Dobler, Jens/Rimmele, Harald 2008: Schwulenbewegung. In: Roth, Roland; Rucht, Dieter (Hg.): Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt; Main: Campus Verlag, 541-556.

Einwohner, Rachel L./Rager, Jo/Myers, Daniel J. 2008: Identity Work, Sameness, and Difference in Social Movements. In: Rager, Jo/Myers, Daniel J./Einwohner, Rachel L. (Hg.): Identity Work in Social Movements. Minneapolis, MN: Univ Of Minnesota Press, 1-17.

Epstein, Barbara 1991: Political Protest and Cultural Revolution: Nonviolent Direct Action in the 1970s and 1980s. Berkeley: University of California Press.

Fantasia, Rick/Hirsch, Eric 1995: Culture in Rebellion: The Appropriation and Transformation of the Veil in the Algerian Revolution. In: Davenport, Christian; Johnston, Hank; Mueller, Carol (Hg.): *Repression and Mobilization*. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Flesher Fominaya, Cristina 2010: Collective Identity in Social Movements: Central Concepts and Debates. In: *Sociology Compass*, Jg. 4, Heft 6, 393-404.

Geronimo 1990: Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen. Amsterdam: Edition ID-Archiv im IISG.

Geronimo 1997: Glut & Asche. Reflexionen zur Politik der autonomen Bewegung. Münster: Unrast-Verlag.

Geronimo 2002: 2nd Feuer und Flamme: zur Geschichte der Autonomen. Berlin: ID Verlag.

Haunss, Sebastian 2004: Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Haunss, Sebastian 2008: Antiimperialismus und Autonomie – Linksradikalismus seit der Studentenbewegung. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): *Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*. Frankfurt; Main: Campus Verlag, 447-473.

Haunss, Sebastian/Leach, Darcy K. 2007: Social Movements and Scenes. Infrastructures of Opposition in Civil Society. In: Purdue, Derrick (Ed.): *Civil Societies and Social Movements. Potentials and Problems*. London: Routledge, 71-87.

Hitzler, Ronald/Bucher, Thomas/Niederbacher, Arne 2001: *Leben in Szenen. Formen jugendlicher Vergemeinschaftung heute*. Opladen: Leske + Budrich.

Holy, Michael 1991: Historischer Abriss der zweiten deutschen Schwulenbewegung 1969-1989. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn, 138-160.

Hunt, Scott A./Benford, Robert D. 2004: Collective Identity, Solidarity, and Commit-

ment. In: Snow, David A./Soule, Sarah A.; Kriesi, Hanspeter (Hg.): *The Blackwell Companion to Social Movements*. Malden, MA: Blackwell, 433-457.

Hunt, Scott A./Benford, Robert D./Snow, David A. 1994: Identity Fields: Framing Processes and the Social Construction of Movement Identities. In: Gusfield, Joseph R. (Ed.): *New Social Movements: From Ideology to Identity*. Philadelphia: Temple University Press, 368 p.

Jasper, James M. 1997: *The Art of Moral Protest. Culture, Biography, and Creativity in Social Movements*. Chicago – London: University of Chicago Press.

Leach, Darcy K./Haunss, Sebastian 2009: Scenes and Social Movements. In: Johnston, Hank (Ed.): *Culture, Social Movements, and Protest*. Burlington, VT and Aldershot UK: Ashgate Publishers, 255-276.

Leach, Darcy K./Haunss, Sebastian 2010: „Wichtig ist der Widerstand“: Rituals of Taming and Tolerance in Movement Responses to the Violence Question. In: Heßdörfer, Florian/Pabst, Andrea/Ullrich, Peter (Hg.): *Prevent and Tame. Protest under (Self-)Control*. Berlin: Dietz, 73-98.

Melucci, Alberto 1988: Getting Involved: Identity and Mobilization in Social Movements. In: Klandermans, Bert/Kriesi, Hanspeter/Tarrow, Sidney (Hg.): *International Social Movements Research. 1*: JAI Press, 329-348.

Melucci, Alberto 1989: Nomads of the Present. Social Movements and Individual Needs in Contemporary Society. London: Hutchinson.

Melucci, Alberto 1995: The Process of Collective Identity. In: Johnston, Hank; Klandermans, Bert (Hg.): *Social Movements and Culture*. London: Routledge, 41-64.

Melucci, Alberto 1996: *Challenging Codes. Collective Action in the Information Age*. Cambridge: Cambridge Univ. Press.

Michels, Robert 1911: *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*. Leipzig: W. Klinkhardt.

Morris, Aldon 1986: Origins of the Civil Rights Movements: Black Communities Organizing for Change. New York: Free Press.

Polletta, Francesca 1999: „Free Spaces“ in Collective Action. In: *Theory and Society*, Jg. 28, 1-38.

Rimmele, Harald 1993: Schwule Biedermänner? Die Karriere der „schwulen Ehe“ als Forderung der Schwulenbewegung – Eine politikwissenschaftliche Untersuchung. Hamburg: MännerschwarmSkript.

Salmen, Andreas/Eckert, Albert 1988: Die neue Schwulenbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1971 und 1987. Verlauf und Themen. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 2, Heft 3, 25-32.

Salmen, Andreas/Eckert, Albert 1989: 20 Jahre bundesdeutsche Schwulenbewegung 1969-1989. Köln: BVH Materialien.

Snow, David A./Benford, Robert D. 1992: Master Frames and Cycles of Protest. In: *Morris, Adlon D.; Mueller, Carol McClurg* (Hg.): *Frontiers in social movement theory*. New Haven, CT: Yale University, 133-155.

Snow, David A./McAdam, Doug 2000: Identity Work Processes in the Context of Social Movements: Clarifying the Identity; Movement Nexus. In: *Stryker, Sheldon/Owens, Timothy J./White, Robert W.* (Hg.): *Self, Identity, and Social Movements*. Minneapolis, MN: University of Minnesota Press, 41-67.

Taylor, Verta 1989: Social Movement Continuity: The Women's Movement in Abeyance. In: *American Sociological Review*, Jg. 54, Heft 5, 761-775.

Taylor, Verta/Rupp, Leila J. 1993: Women's Culture and Lesbian feminis Activism: A Reconsideration of Cultural Feminism. In: *Signs*, Jg. 19, Heft 1, 32-61.

Titscher, Stefan/Wodak, Ruth/Meyer, Michael/Vetter, Eva 1998: Methoden der Textanalyse: Leitfaden und Überblick. Oplanden: Westdeutscher Verlag.

Vester, Michael/Oertzen, Peter/Herrmann, Thomas/Müller, Dagmar/Geiling, Heiko (Hg.) 2001: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. Köln: Bund-Verl.

Wie schreiben sich soziale Bewegungen über die Zeit fort?

Ein narrativer Ansatz

Klaus Eder

1 | Problemstellung

Soziale Bewegungen existieren in diskontinuierlichen Zeiträumen. Sie kommen und gehen. Erst der Name, der einer kollektiven Aktion gegeben wird, macht aus den vielen kollektiven Aktionen eine soziale Bewegung. Eine Arbeiterbewegung gibt es, auch wenn sie gerade nicht handelt. Diese Beobachtung verweist darauf, dass die Existenz sozialer Phänomene nicht notwendig an tatsächliches Handeln, an Verhaltensweisen gebunden ist, sondern auch

an die Vorstellung von Handeln. Repräsentationen von Handlungen werden akkumuliert, objektiviert und sichern das „Weiterleben“ einer sozialen Bewegung, auch wenn sie gerade nicht handelt.

Dieses Phänomen ist längst beobachtet worden, doch theoretisch ist es auf die Frage reduziert worden, ob es Akteuren gelingt, eine Repräsentation ihrer selbst, also eine „Identität“ herzustellen. Identität ist also eine Art Geburtshilfe für soziale Bewegungen, die dann handeln. Damit kollidiert allerdings die weite-

re Beobachtung, dass diese Identität sich verändert und permanenten Rekonstruktionen ausgesetzt ist. Identitäten haben nicht nur die kurzfristige Funktion, den Akteuren eine Stütze für die Vorstellung ihres kollektiven Daseins zu liefern, Hebamme ihres Handelns zu sein. Sie haben eine viel weitergehende Funktion, nämlich langfristig Präsenz auch während der Zeit des Nichthandelns sicherzustellen.

Selbst so stabile soziale Formen wie Staaten, die mit dem Anspruch auf das Monopol der Gewalt ein evolutionär erfolgreiches Muster hervorgebracht haben, brauchen neben der alltäglichen Präsentation staatlicher Macht und Autorität auch jene Konstrukte, die den Staat über seine unmittelbaren Aufgaben der Aufrechterhaltung einer Ordnung hinaus als soziale Realität zu reproduzieren erlauben. Im Fall des Staates erfüllen diese Funktion Konstruktionen einer Nation, also die Transformation der Mitglieder eines staatlichen Herrschaftsverbands in eine „höhere“ Form der Gemeinsamkeit, einer die Mitglieder repräsentierenden kollektiven Identität, die dann selbst zum Gegenstand der nichtalltäglichen Bearbeitung und Pflege wird. Diese Konstruktionen sind funktional auf die Konstruktion einer Gruppe von Akteuren bezogen, indem sie Modelle für Grenzziehungen liefern, die eine lange Geschichte haben, die sie im Akt ihrer permanenten Bestätigung (und evtl. Modifikation) permanent weiter spinnen. Identitätskonstruktionen basieren auf Geschichten, die beschreiben und erklären, warum die Welt derer, die zusammen handeln, so und nicht anders ist und damit Anschlussmöglichkeiten für das Handeln von Akteuren (und Ausschlussmöglichkeiten für das Handeln anderer Akteure) liefern. Soziale Bewegungen sind formal gesehen nur eine Variante desselben strukturellen Phänomens: eine Geschichte, die im Handeln weitergesponnen wird und Anschlussmöglichkeiten für weiteres Handeln bietet.

Im Folgenden wird dieser Identitätsbegriff expliziert und der Grad der narrativen Dichte als empirisch variable Größe von „Identität“ bestimmt, die nicht nur Hinweise zur

Stärke bzw. Schwäche sozialer Bewegungen liefert, sondern auch die Bedingungen sichtbar macht, die das Entstehen einer sozialen Bewegung fördern oder verhindern. Damit wird über die klassische Diskussion zur Opportunitätsstruktur sozialer Bewegungen hinausgegangen, die ja die Reaktion sozialer Bewegungen auf solche Opportunitätsstrukturen zu einer black box macht. Statt mit Hilfskonstrukten wie „rationale Antwort“ auf Opportunitäten zu arbeiten, wird vorgeschlagen, die narrative Organisation von Ereignissen (einschließlich der Ereignisse, die Opportunitätsstrukturen zugeordnet werden) als Schlüssel zur Beschreibung und Erklärung des Entstehens bzw. Nichtentstehens von sozialen Bewegungen heranzuziehen. Dieser analytische Bezugsrahmen rückt dann ein Phänomen ins Blickfeld, das sich der Bewegungsforschung bislang eher versperrte: die Frage nach der Emergenz bzw. Nichtemergenz sozialer Bewegungen jenseits des Nationalstaats im Kontext transnationaler Vergesellschaftung, die der europäische Integrationsprozess seit der Mitte des letzten Jahrhunderts in Gang gesetzt hat. Die These lautet, dass die fehlende narrative Organisation von relevanten Ereignissen in Europa ein zentraler Faktor für das Ausbleiben einer „Gegenerzählung“ ist, die aus immer wieder stattfindenden transnationalen Protesten in Europa eine transnationale Bewegung herzustellen in der Lage wäre.

2 | Theoretische Klärungen eines sozialwissenschaftlichen Identitätsbegriffs

2.1 | Die Funktion des Begriffs der Identität

Identität ist die Inszenierung einer Einheit. Dies gilt für Individuen wie für soziale Gruppen. Wir würden nicht von der Identität einer Löwenfamilie reden, wie sehr sie auch durch Rollenverteilung, Arbeitsteilung und koordiniertes Handeln beim Jagen gekennzeichnet sein mag. Identität ist eine symbolische Form, die Sozialität extrem flexibel macht, ohne dabei

die Leistungen von Sozialität zu unterlaufen: Identität ist die Voraussetzung dafür, dass Sozialität unabhängig von objektiven Vorgaben (unabhängig von „Natur“) erzeugt und auf Dauer gestellt werden kann.

Identitäten ermöglichen das Spielen mit Grenzen. Soziale Gruppen sind nicht fixierte Einheiten mit klarer Binnenstruktur, sondern Einheiten, deren Außengrenzen und Binnenstruktur variabel sind. Identitäten erlauben Grenzüberschreitungen oder Grenzunterschreitungen, sie sind – im Gegensatz zu der alltagsprachlichen Unterstellung – die Bedingung der Möglichkeit permanenter Konstruktionen sozialer Beziehungsnetzwerke. Identitäten machen das Soziale erfahrbar, obwohl es sich permanent ändert. Nationen, um ein Beispiel zu geben, sind Einheiten, deren Mitglieder immer wieder andere Personen sind, deren Regeln des Zusammenlebens sich ändern und deren Zusammengehörigkeitsgefühl variiert. Dennoch dient die Unterstellung einer Nation der Strukturierung von Kommunikationsprozessen, inklusive der Privilegierung einer besonderen Sprache („Hochsprache“), die sich ihrerseits wieder ändert, in Vokabular, Orthographie, Grammatik und Semantik.

Diese Identitäten sind nicht einfach beliebige Konstruktionen, im Gegenteil: sie sind hochernste Dinge. Der Ernst mit der Identität zeigt sich etwa an der Aufforderung an das Individuum: „beweise, dass du dazugehörst“. Identitäten adressieren also zu allererst Individuen. Das Individuum kann sich darauf einstellen: es kann so tun, als ob es dazugehört, oder es kann so tun, als ob es nicht dazugehört. Solche Täuschungsmanöver und Ausweichmanöver machen die bekannte Geschichte des braven Soldaten Schweijk aus. Die Identität des Schweijk besteht in der selektiven Organisation von Identitätszumutungen, die mit Situationen variieren. Institutionelle Verfestigungen von solchen Identitäten (etwa ein braver Untertan zu sein) existieren und erzeugen eine Bandbreite möglicher individuumbezogener Identitäten. Dieser Identitätsbegriff kann an Goffman anschließen, der die Konstruktion individueller Identitäten im Kontext unterschiedlicher

sozialer Zumutungen (inklusive deren pathologischer Varianten als „beschädigte Identitäten“, Goffman 1998) analysiert hat.

Dieser Identitätsbegriff abstrahiert vom gängigen psychologischen und sozialpsychologischen Identitätsbegriff (Lilli/Diehl 1999), der Identität als ein Aggregat von Einstellungen und Gefühlen beschreibt, das sich auf sich selbst oder auf die Relation Ich-Außenwelt bezieht. Diesem statischen Identitätsbegriff, der immer Gefahr läuft, Identität zu reifizieren, wird ein dynamischer Identitätsbegriff entgegengesetzt, der den Prozess der Abgrenzung eines Innen von einem Außen zentral stellt, Grenzziehung als konstitutiven Prozess identifiziert und die Herstellung von Identität als einen unabschließbaren Prozess bestimmt. Die im Identitätsbegriff unterstellte und oft reifizierte Einheit ist kein konstitutives Merkmal, sondern ein empirisches Phänomen, das unter bestimmten Bedingungen und meist mit hohen Kosten im Hinblick auf die Handlungsfähigkeit von Akteuren oder Gruppen verbunden ist. So ist nationale Identität nicht ein Ausdruck von Identität, sondern Ausdruck des Versuchs, eine bestimmte Relation von Innen und Außen exklusiv zu setzen, sie als „normal“ oder „ideal“ oder „alternativlos“ zu propagieren und damit im praktischen Handeln zu reifizieren. Identität als „Variable“ kann dann nur mehr messen, inwieweit diese Reifizierung gelingt oder nicht.

Diese Reifizierungsfigur findet sich in der empirischen Forschung zu individuellen Identitäten ebenso wie in der Forschung zu kollektiven Identitäten. Nationale Identität als ein Fall kollektiver Identität wird aus diesem Forschungsblick verstanden als ein Bündel von Einstellungen und Gefühlen gegenüber einem Bezugsobjekt, also einer sozialen Gruppe. Individuelle Identität wird analog konzipiert als ein Bündel von Einstellungen und Gefühlen gegenüber dem Bezugsobjekt des Selbst. Dass zur Herstellung dieser individuellen Selbstbezüglichkeit auch soziale Referenzen genutzt werden, ermöglicht dann die Konstruktion eines Hybrids, des Hybrids „soziale Identität“ in der Theorie sozialer Identität (Tajfel 1982).

Die Beobachtung, dass Identitäten dauernd im Fluss sind und dass sich ihre Dynamik nur unter besonderen Bedingungen blockieren lässt, öffnet den Identitätsbegriff in zwei Richtungen für die empirische Forschung. Die erste Öffnung verweist auf die Prozesshaftigkeit von Identität: Identität ist der Versuch, im Fluss der Zeit Anschlussmöglichkeiten des laufenden Handelns an vorhergehendes Handeln zu finden. So versuchen Individuen, das was sie tun, im Rückgriff auf Vergangenes mit Sinn zu füllen und sich diesen Sinn zuzuschreiben. Meine Identität als Akteur besteht in der sinnvollen Verknüpfung von dem, was ich als das auswähle, was ich vorher gemacht habe, mit dem, was ich jetzt tue und mit dem, was ich in Zukunft tun möchte. Analoges gilt für soziale Gruppen (unabhängig von der Größe der Gruppe). Die zweite Öffnung des Identitätsbegriffs betrifft die Frage, unter welchen Bedingungen es gelingt, die Zukunft und Gegenwart im Schreiben einer Identität zu blockieren und

damit festzuschreiben. Das hängt von Kontexten ab, von sozialen Bedingungen, die solches Blockieren fördern, zu erzwingen suchen oder zunichte machen.

Im Kontext der Bewegungsforschung, die ja mit einem besonders offenen Fall von sozialer Realität zu tun hat, liefert ein solcher Identitätsbegriff die konzeptuellen Mittel, um die Dynamik von Identitätskonstruktionen empirisch zu fassen und diese Empirie zugleich für die Theoriekonstruktion fruchtbar zu machen. Anstatt permanent die individuellen Identitätskonstrukte von Bewegungsakteuren zu aggregieren und der Hypostasierung einer kollektiven Identität einer sozialen Bewegung hinterherzurrennen, wird ein radikaler Bruch mit dieser Forschung vorgeschlagen. Kollektive Identität wird als eine kontextabhängige Kategorie bestimmt, die sich in der narrativen Verknüpfung vergangener Ereignisse mit gegenwärtigen und zukünftigen Ereignissen herstellt. Identität



ist nicht die Übereinstimmung von Identifizierungen mit einem Innen in Abgrenzung gegen ein Außen in einer Population von Individuen; Identität ist vielmehr das (temporäre) Ergebnis eines Prozesses, in dem eine sequentielle Organisation von kognitiver Reflexion, von Interaktionserfahrungen und Kontexteffekten das, was das Gemeinsame ist, von dem abgrenzt, was nicht dazugehört. Die Identität einer sozialen Bewegung besteht also nicht darin, dass viele sich mit den gleichen Zielen oder Ideen identifizieren, sondern darin, dass die Definition einer konkreten Handlungssituation als Ergebnis einer Geschichte interpretiert wird, in der die einzelnen Akteure nicht durch gleiche Identifizierungen, sondern durch ein plausibles Plot, eine überzeugende und narrativ plausible Geschichte miteinander verbunden werden, die zugleich eine mögliche gemeinsame Zukunft, die Fortsetzung der „Geschichte“ (die Fortsetzung der Story) zu entwerfen erlaubt. In diesem Sinne sind Identitäten auch immer teleologische Entwürfe, die eine Vergangenheit mit einer Zukunft verknüpfen.

Diese Form der Verknüpfung von Ereignissen in der Vergangenheit und die Emergenz von Identitäten, die die Fortsetzung dieser Vergangenheit in eine Zukunft sicherstellen, kann netzwerkanalytisch dargestellt werden. Denn Geschichten sind nichts anderes als Relationierungen von Ereignissen über die Zeit, die eine Struktur (der Plot der Geschichte) hervorbringen. In diesem Sinne lassen sich Geschichten als narrative Netzwerke und Identitäten als temporäre Blockierungen der Entfaltung narrativer Netzwerke lesen. Identitäten sind Unterbrecher von Geschichten; das gilt für Individuen, die, je älter sie werden, umso mehr ihre eigene Geschichte als Biographie festlegen; das gilt für Gruppen, die, je mehr sie Identitäten institutionalisieren, umso mehr die Geschichte aufzuhalten suchen. Das mag manchmal über einige Generationen gelten, wird jedoch dann, wie die Erinnerungsforschung zeigt, schwieriger, sobald das kom-

munikative Gedächtnis verschwindet und durch ein kulturell objektiviertes Gedächtnis ersetzt werden muss.

2.2 | Identität als kontextabhängige Kategorie

Identitäten sind kontextabhängig in dem Sinne, dass wir sie dann am besten sehen können, wenn Kontexte den Identitätsprozess blockiert haben. Diese Zustände können dann, je nach normativem Geschmack, positiv oder negativ beurteilt werden. So mag mancher das „eine nationale Identität haben“ für gut befinden, Andere für weniger gut. Manche mögen solches Haben gar als funktional für die Erhaltung einer sozialen Ordnung deuten. Im Bereich der Bewegungsforschung ist diese Verführung immer wieder zu beobachten: Identitäten werden als funktional für die Herstellung und das auf Dauerstellen von sozialen Bewegungen gesehen. Allerdings ist diese „Funktionalität“ eine normative Forderung, deren Fehlen dann als Grund für das Bestehen einer Bewegung oder deren Nichtbestehen gewertet wird. Diese Unklarheit und Offenheit des Identitätsarguments hat die Bewegungsforschung wenig vorangebracht. Es bleibt beim gesunden Menschenverstand: wenn man eine Identität hat, dann kann man besser handeln, allein oder mit Anderen. Warum das so ist und warum das viel komplexer ist als es diese Annahme insinuiert, soll kurz in einer Kontrastierung strukturell typischer Kontexte oder Situationen gezeigt werden.

Identitäten sind funktional für mich alleine als Person. Diese monologische Mikrosituation ist ein theoretischer Grenzfall, der anspruchsvolle Mikrosituationen voraussetzt: die Möglichkeit, mich im Hinblick auf den Anderen als einen Besonderen zu bestimmen, jemanden mit eigener Identität. Sie wird empirisch greifbar in einer besonderen Form der Reflexion des Akteurs auf sich selbst, etwa in biographischen Erzählungen (in den Sozialwissenschaften meist erzeugt durch biographische Interviews, die qualitativ im Sinne einer hohen Sen-

sibilität für die Besonderheit der Situation sein müssen und kein einfaches Abfragen erlauben). Für die Bewegungsforschung heißt das, zu untersuchen, inwieweit solche individuellen Identitäten für die Entstehung und Perpetuierung einer sozialen Bewegung funktional sind. Wenn ein Akteur entdeckt, dass er eigentlich ein Grüner ist, dann ist das funktional für grüne Bewegungen.¹

Eine Weiterung der Situation ist die Einführung der Ich-versus-Du-Beziehung, also eine dialogische Mikrosituation. Wir beide (etwa in Freundschaften oder Ehen bzw. Feindschaften oder tiefer Abneigung) teilen etwas, was uns als Einheit zugeschrieben werden kann, eine besondere Identität, die auf weitgehenden Konsensunterstellungen über das aufbaut, was uns eint oder trennt, also über Grenzen aufbaut. Zwei individuelle Identitäten werden gekoppelt und erzeugen eine über die monologische Mikrosituation hinausgehende Dynamik sozialer Beziehungen (im monologischen Fall entsteht Dynamik durch irritierende Wahrnehmung durch die Anderen oder irritierte Wahrnehmung der Anderen). Diese Konstellation ist bislang kaum im Rahmen der Bewegungsforschung analysiert worden, obwohl Feindschaften und Freundschaften hier sicherlich auch eine wichtige Funktion für das Auf-Dauer-Stellen von Bewegungen spielen dürften.

In der Bewegungsforschung spielen allerdings eher Identitäten auf einer kollektiven Ebene eine Rolle, also Wir-Identitäten. Auch hier lässt sich eine Makrosituation I „wir alleine für uns“ ausmachen, die Situation einer Gruppe, die eine Wir-Identität sucht. Das ist schwieriger zu beobachten, da es ja schwerlich möglich ist, gruppenbiographische Interviews zu führen (auch wenn das Fokusgruppensign eine solche Situation fingiert). Was wir beobachten können, sind Geschichten, die Gruppen über sich selbst in Form von typischen, sich wiederholenden narrativen Mustern erzählen, die gerade nicht als eine besondere individuelle Geschichte, sondern als eine besondere kollektive Geschichte konstruiert und präsent

tiert wird. Für Gruppen zählen nicht individuelle Geschichten, etwa Erweckungsgeschichten, sondern Erzählungen über Ereignisse, die eine überindividuelle Einheit zu inszenieren suchen. Ein besonders gutes Beispiel für gegenwärtige Gesellschaften ist die Selbstdarstellung einer Gruppe als eine „Ethnie“, als ein besonderer kultureller Abstammungszusammenhang. Dorfgemeinschaften oder „alternative“ Gruppen, die sich u.U. als Teil einer Bewegung sehen, liefern weitere Beispiele für solche Wir-Identitäten.

Gruppen interagieren untereinander als Gruppen und damit werden gruppenübergreifende Identitäten beobachtbar. Es gibt die klassischen soziologischen Beispiele für dieses Phänomen: Gesellschaften, die sich aus unterschiedlichen, voneinander abgegrenzten Klassen zusammensetzen, Stände in traditionellen Gesellschaften, Parteien in modernen demokratischen Gesellschaften. Hier entstehen Identitäten, die Wir-Identitäten koppeln, also Identitäten aus der reziproken Kopplung von Wir und Ihr erzeugen. Soziale Bewegungen können ebenso als solche Einheiten von miteinander mehr oder weniger freundschaftlich gekoppelten Gruppen gesehen werden, die sich in ihrer kollektiven Besonderheit von Nichtbewegungen, also institutionalisierten Gruppen (in staatliche oder ökonomische Institutionen integrierte Gruppen wie Lobbygruppen oder staatlich finanzierte Bürgervereine) abgrenzen und eine Einheit zu konstruieren suchen, eine Identität, die sie von den Anderen unterscheidbar macht.

Am schwierigsten zu konzeptualisieren sind unter identitätstheoretischen Gesichtspunkten jene Gruppen, die ein universales Wir reklamieren. Dies sind Identitäten, die sich als kosmopolitische Identitäten verstehen (Lutz-Bachmann 2010) und in einer Situation entstehen, in der wir von „wir alle“ sprechen, also von der „Gesellschaft“ (Weltgesellschaft wäre ein Pleonasmus, weil Gesellschaft ja nicht an nationalen oder lokalen Grenzen aufhört) (Stichweh 2001). Hier gibt es kein Gegenüber mehr, kein Ihr, von dem man sich abgrenzen könnte. In dieser weltgesellschaftlichen Identität ist das Wir auf-

gehoben in einer Einheit, die wieder nach Differenz sucht, sei es die Differenz des individuellen Besonderen, sei es die Differenz des Geschlechts, sei es die Differenz kultureller Besonderheit. Soziale Bewegungen mit universalistischem Anspruch erleben diese Form der Partikularisierung im Kontext der Hypostasierung einer universalistisch gedachten Identität (der „Menschen“). Solche universalistischen Identitätskonstruktionen haben eine besondere Funktion: nicht mehr die Funktion der Stabilisierung durch Grenzziehung, sondern die Funktion der Mobilisierung von internen Grenzen und partikularen Identitäten in einer globalen Welt.

2.3 | Identitäten als Konstruktionen

Identitäten lassen sich also in einem sozialwissenschaftlichen Sinne auf mehreren Ebenen konzeptualisieren, von der individuellen bis zur weltgesellschaftlichen Ebene. Immer geht es dabei um die Konstruktion eines Werdens, das sich in der sozialen Welt behaupten will, sei es als Individuum, sei es als Gruppe. Es geht dabei immer um Wir-Identität in dem Sinne, dass sich ein Individuum oder Kollektive von Individuen gegenüber dem Wir der Anderen behaupten. Wie diese Ebenen begrifflich benannt werden, ist strittig und lässt sich angesichts der hohen Beliebigkeit, mit der Adjektive mit dem Wort Identität verknüpft werden, nur schwer festlegen (Risse 2010). Die im Folgenden benutzte Konvention ist, Identität als kollektive Identität zu verstehen und diese Konstruktion auf individueller, interaktiver und gesellschaftlicher Ebene zu analysieren. Tajfels Begriff sozialer Identität (Tajfel 1982) lässt sich dann als individuelle Repräsentanz sozialer Kategorien konzeptualisieren, was der individuellen Ebene kollektiver Identitätskonstrukte entsprechen würde. Das bedeutet aber nicht, dass kollektive Identitäten erst dann wirkungsmächtig werden, wenn sie auf individueller Ebene geglaubt werden. Das ist nur eine Form der Verarbeitung kollektiver Identitätskonstrukte und keine exklusive. Auf Gruppenebene werden solche Identitäten ebenso hergestellt,

symbolisch repräsentiert, ohne dass sie in den Gehirnen einer genügend großen Gruppe von (wie vielen?) Akteuren verortet sein müssen.²

Damit werden folgende Ebenen der Konstruktion von Identitäten unterschieden, deren Grenzfälle das radikal monologisch gedachte Ich und das radikal differenzfreie Wir der Menschen, also die Weltgesellschaft sind. Diese beiden Grenzfälle sind einmal Gegenstand der psychotherapeutischen und zum anderen Gegenstand der philosophischen Betrachtung; sie spielen in der Sozialwissenschaft eine geringe empirische Rolle, sind aber für theoretische Überlegungen von zentraler Bedeutung. Zwischen diesen beiden Grenzfällen sind jene Formen von Identität zu verorten, die den Gegenstand empirischer Sozialforschung ausmachen: die Emergenz von Identitäten in der Interaktion zwischen Personen und die Emergenz von Identitäten in der Interaktion von sozialen Gruppen.³

Ebene 1: ein Individuum konstituiert eine Relation zu sich selbst (Extremfall A: der soziale Akteur als autonomes Individuum),

Ebene 2: ein Individuum stellt eine Beziehung zu einem anderen Individuum her (Intersubjektive Relationen),

Ebene 3: ein Individuum stellt eine Beziehung zu einem Wir her (Intra-Gruppen-Relationen),

Ebene 4: ein Wir stellt eine Beziehung zu einem anderen Wir her (Inter-Gruppen-Relationen),

Ebene 5: ein Wir konstituiert eine Relation zu sich selbst (Extremfall B: die sozialen Akteure als die Menschheit).

Diese analytischen Unterscheidungen zeigen nur, wo kollektive Identitäten emergieren, aber beantworten nicht die Frage, wie sie auf diesen Ebenen emergieren und aufeinander aufbauen. Dass kollektive Identitätskonstruktionen instabil sind, wurde anfangs bereits betont. Sie sind aber keineswegs beliebig. Identitäten sind das, was zu einem bestimmten Zeitpunkt als Ergebnis einer sinnhaften Verknüpfung vergangener Ereignisse (im Leben von

Individuen oder Gruppen) gesehen wird. Identitäten sind letztlich Konstruktionen einer systematischen Verknüpfung vergangener Ereignisse, oder wie man sagen könnte: eines Werdens (eines „becoming“ – Bearman et al. 1999; Bearman/Stovel 2000).

Wie entsteht „Identität“? Identität ist ein Ergebnis von laufenden Prozessen einer sinnvollen Organisation vergangener Ereignisse. Diese Identität muss neue Ereignisse dann assimilieren, wenn diese die Geschichte, die das Vergangene bislang sinnvoll organisiert hat, irritiert. Identität ist also der Versuch, neue Ereignisse im Lichte alter Ereignisse zu assimilieren und an die Strukturlogik dieser Geschichte zu akkommodieren, sie also strukturkonform zu halten. Individuen tun das, indem sie Ereignisse wie Scheidung, Tod, gescheiterte berufliche Absichten, Nachrede von Anderen oder was es immer sein mag, in eine Geschichte des Ichs integrieren. Die diese Identität begründende Geschichte muss von den Anderen nachvollzogen werden können – eine private Geschichte für sich erscheint für die Anderen als eine „verrückte“ Geschichte, eine Ich-Identität, die in der Abkopplung vom Anderen sich fortspinnt. Die meisten Geschichten von Personen sind aber nicht Ich-zentriert: sie haben jene Komponente des Bezugs zum Anderen, der jede Identitätskonstruktion als einen dialogischen Prozess verstehbar macht. Dabei entstehen bereits Elemente einer gemeinsamen Geschichte, die Hahn (1983) am Beispiel von jungen Ehen als „Konsensfiktionen“ beschrieben hat. Wenn sich Gruppenphänomene, also intersubjektiv geteilte Muster der Wahrnehmung der Anderen (im Plural) im Gegensatz zum Wir der Interaktionsteilnehmer, als symbolische Formen, als erzählbare und verstehbare Geschichten verfestigt haben, dann sprechen wir von kollektiven Identitäten von Gruppen (im Gegensatz zu kollektiven Identitäten von Personen). Wenn sich Gruppen voneinander unterscheiden (ganz im Sinne von Bourdieu 1982), dann entsteht zugleich ein Rahmen, in dem diese Gruppen als Teil eines anderen Ganzen identifiziert werden können. Um es mit

Bourdieu zu paraphrasieren: die Gruppen spielen auf Feldern, die unterschiedliche Gruppen zu gemeinsamem Handeln zwingen, und diese Felder sind wiederum in einem sozialen Raum aufeinander bezogen, der eine weitere emergente Identitätsoption eröffnet, seien es nationale Identitäten, seien es transnationale Identitäten (von Mexikanern, Jemeniten oder Chinesen). So werden (Fußball-)Identitäten zu nationalen Identitäten oder gar transnationalen Identitäten erweitert, die Grenzen auf der Ebene von Gesellschaften herzustellen erlauben.

Diese Analyse zeigt, wie wir die Emergenz von Identitätskonstruktionen bis hin zur Ebene der „Gesellschaft“ analysieren können. Soziale Bewegungen sind nun aber gerade keine Gesellschaften (auch wenn Touraine (1977) einst die Idee hatte, dass moderne Gesellschaften zu „Bewegungsgesellschaften“ werden). Sie sind eher Anti-Gesellschaften, meist auf die nationale Gesellschaft, inzwischen auch auf transnationale oder gar supranationale Gesellschaften wie die EU bezogen. Sie konstituieren sich aus Gruppen, produzieren Gruppenkonkurrenzen und fügen Gruppen zu einer sozialen Bewegung zusammen, die sich gegen die vom Staat geschützte Gesellschaft wendet. Diese Differenz von Gesellschaft und sozialer Bewegung verschwindet in der Identität des Einzelindividuums und in der kosmopolitisch gedachten Welt, was den methodologischen Individualismus ebenso wie den kosmopolitischen Normativismus als angemessene theoretische Konstruktionen kollektiver Identitäten ausschließt. Soziale Bewegungen sind auf Identitätskonstrukte angewiesen, die auf einen „Gegner“ verweisen – und der fehlt der kosmopolitischen Welt autonomer Individuen. Soziale Bewegungen konstituieren sich als Identitäten in der Interaktion von sozialen Akteuren und sozialen Gruppen, in der Konstruktion einer Differenz zur etablierten Gesellschaft oder zur Gruppe der unpolitischen Individuen (den Bourgeois).

Dennoch ist beiden, den staatlich organisierten Gesellschaften wie den sozialen Bewegungen, eines gemeinsam: soziale Bewegungen

gründen ebenso wie staatlich organisierte Gesellschaften auf einer Fiktion: auf einer geglaubten Gemeinsamkeit, die auf einer gelingenden Erzählung ihrer Emergenz beruht, eben auf einer Identität.

2.4 | Was ist nun Identität in einem sozialwissenschaftlichen Sinne?

Identität ist definiert als ein Punkt in einer Geschichte, der als ein Netzwerk relevanter Ereignisse konzeptualisiert wird. Insofern sind Identitäten eine Zustandsform „narrativer Netzwerke“ (Eder 2008; Eder 2009a). Aus der Beobachterperspektive sind Identitäten vergangene oder gegenwärtige Outcomes der narrativen Organisation von Ereignissen und die Leistung des Beobachters besteht darin, jene Momente zu identifizieren, in denen sich solche Identitäten temporär verfestigen und den Lauf der Geschichte „blockieren“. Diese Beobachterperspektive kann sich gleichermaßen auf Individuen wie auf Gruppen richten. Ein Individuum hat eine Identität, indem es eine verstehbare Geschichte für sich erzählt, an die andere anschließen können. Eine Gruppe setzt individuelle Identitäten zusammen und macht daraus die Geschichte einer Gruppe (einer Familie, einer Protestgruppe in xy). Eine soziale Bewegung besteht aus Individuen und Gruppen (eine notwendige Bedingung) – aber eine Bewegung entsteht erst in der Konstruktion einer Bedeutung, die diesen Individuen und Gruppen gemeinsam ist.

Man kann dieses Gemeinsame auf rationale Gründe zurückführen. Was eine Bewegung ausmacht, ist, dass sie mit besseren Gründen für eine bessere Welt kämpft – als der normativ wie kognitiv bessere Teil der Welt. Diese Konzeptualisierung ist weit verbreitet, insbesondere in den Techniken, die Identität als Zustimmung zu politischen Verfassungen, zum Management von Problembereichen oder zu Modellen einer Gesellschaft (liberal, wohlfahrtstaatlich) operationalisiert. Die andere Operationalisierung ist die Identifikation mit dem Anderen: Wie oft redet man mit dem Anderen? Wer wird adres-

siert, wer nicht? All dies sind notwendige Ereignisse, doch aus ihnen entsteht noch keine Identität, weder auf individueller noch auf Gruppenebene. Man könnte auch vorgegebene kollektive Identitäten wie Nation heranziehen und dann nur noch nach der individuellen Anerkennung dieser Konstruktion fragen: die vorausgesetzte Identität wird dann aber mit der Internalisierung der schon existierenden Identität erklärt, ein Verfahren, das das Explanandum bereits in seinen Prämissen enthält.

Die Idee, dass kognitive Einstellungen, soziale Ereignisse und die Existenz bestehender Identitätszumutungen gleichermaßen wichtig und Material für Identitätskonstruktionen sind, wird im Modell „narrativer Netzwerke“ aufgenommen, zugleich aber durch einen besonderen Mechanismus ergänzt: den der narrativen Relationierung dieser Elemente. Dieser Mechanismus ersetzt die klassische Strategie, die kollektive Geltung von Identität aus der Aggregation von Einzelereignissen zu erklären, meist in Form einer probabilistischen Verteilung von solchen Ereignissen. Das theoretische Argument, das diesem Mechanismus zugrundeliegt, ist das der narrativen Organisation des sozialen Lebens, in das soziale Ereignisse, kognitive Ereignisse und die Erfahrung der Gesellschaft eingebaut und „akkommodiert“ werden (Eder 2009b).

Drei Elemente: soziale (interaktive) Ereignisse, kognitive Ereignisse und die Kontingenz der Verhältnisse (Krisen, Erdbeben, Pleiten usw.) liefern den Stoff für Identitätskonstruktionen. Kollektive Identitäten sind also Netzwerke von sozialen und kognitiven Ereignissen und kontingenten Kontextereignissen. Die Relationierung dieser Elemente findet in Form von Geschichten statt, die aus der Menge solcher Ereignisse jene herausziehen, die für das Handeln (der Individuen oder Gruppen) Bedeutung haben. Diese Verknüpfung relevanter Ereignisse konstituiert Identität, einen Bezugspunkt, der das eigene Handeln kognitiv nachvollziehbar, als kontextangemessen und zugleich als sozial sinnvoll darzustellen erlaubt.

Der Begriff der Relationierung hat in diesem Zusammenhang eine Doppelbedeutung.

Relationierung kann heißen: die Koordination von Akteuren und deren Handlungen. Dies ist der genuin soziale Outcome: ein Netzwerk strukturierter sozialer Beziehungen. Dieses Netzwerk ist aber nicht mehr nur auf Handlungsprogramme aufgebaut, die den Akteuren qua Natur und imitativen Lernens die Herstellung sozialer Beziehungssysteme ermöglicht (dies ist die Beschränkung hochorganisierter Sozialsysteme im nicht-humanen Bereich), sondern auf symbolischen Konstruktionen einer sozialen Welt, die Voraussetzung für die Herstellung von sozialen Beziehungssystemen ist, Voraussetzung der Konstruktion komplexer sozialer Beziehungsnetzwerke, wie sie sich unter menschlichen Akteuren entwickelt haben. Diese symbolischen Konstruktionen sind narrative Konstruktionen, in denen Erfahrungen mit dem Anderen, mit sich Selbst und der realen sozialen Welt in einen interpretationsfähigen und für andere dechiffrierbaren in Zusammenhang gebracht werden. Diese narrative Konstruktion der Welt ist also eine notwendige Bedingung sozialer Beziehungen, die sich dann in konkreten Handlungskontexten als offene Sozialsysteme formieren. Der Verfügbarkeit narrativer Netzwerke ist also die Bedingung der Möglichkeit sozialer Netzwerke, die sich ablesen lassen am Individuum (Fuhse 2009), an interagierenden Individuen, an Gruppen und an Gruppenbeziehungen.⁴

2.5 Wie misst man kollektive Identität?

Was folgt daraus für das Beobachten und Messen von „Identitäten“? Identitäten werden beobachtbar gleichermaßen in dem, was man sieht, wenn Akteure handeln, und in dem, was man hört, wenn sie handeln. Es geht also um beobachtbare kommunikative Handlungen und um symbolische Gehalte, die in diesen kommunikativen Handlungen prozessiert werden.

Visuelle Indikatoren sind der verlässlichste Indikator für das, was Akteure wirklich tun. Ethnographische Beschreibung ist nichts anderes als Objektivierung (in Form von Texten oder Bildern) visueller Eindrücke. Diese Indikatoren sind

allerdings erst in jüngerer Zeit in den Sozialwissenschaften methodisch wieder hoffähig geworden.⁵ Sprachliche Indikatoren (Kategorisierungen und Adjektive, Pronomen und Namen, aber auch verwendete Bilder) liefern das Material für die Rekonstruktion der narrativen Netzwerke, in denen soziale Akteure ihre sozialen Beziehungen herstellen und Grenzen zum Anderen herstellen. Hier kommen dann Verfahren wie die der formalen Diskursanalyse (Wodak/Krzyzanowski 2008) oder der quantitativen narrativen Analyse (Franzosi 2009) zum Zuge.

Der entscheidende Schritt über die Erhebung visueller und textueller Beobachtungsdaten ist die Auswertung, d.h. die Relationierung der Einheiten. Man könnte versuchen, die Relevanz sozialer Ereignisse im Kontext kognitiver Ereignisse und von Makroereignissen zu messen, also statistische Verfahren anzuwenden, was bei der Menge an Ereignissen, die in Texten anfallen können, von der schieren Quantität her kein Problem sein sollte. Allerdings fällt der Erkenntniswert solcher Verfahren recht gering aus.⁶ Denn was interessiert, sind die Kombinationen von Ereignissen, die die Kommunikation eines gemeinsamen Verständnisses der Welt ermöglichen und auf Dauer stellen. Narrative Strukturen – so die Annahme – sind Ordnungsregeln für die Verknüpfung von Ereignissen, die sich als erzählbare Ereignisse einmal zur sequentiellen Ordnung dieser Ereignisse eignen, zum Anderen zugleich dank der Struktur des narrativen Plots die Erkennbarkeit und Wiedererkennbarkeit für soziale Akteure sicherstellen.⁷

Die interne Organisation und Verknüpfung vergangener Ereignisse ist gebunden an die Kommunizierbarkeit dessen, was eine Person oder eine Gruppe ausmacht. Sie ist also an Strukturen gebunden, die dem Akteur oder der Gruppe nicht frei zur Verfügung stehen. Diese Strukturen haben sowohl einen allgemeinen wie einen besonderen Aspekt: sie sind Regeln, die in die Sprache eingelassen sind und die sprachliche Kommunizierbarkeit sicherstellen. Hier trennen sich philosophische Ansätze, die diese Kommunizierbarkeit in der empiri-

schen Wahrnehmbarkeit der (Eigen-)Interessen des Anderen, in der Vernunft als transzendentaler Bedingung der Möglichkeit des Denkens und Handelns (Kant) oder der in die Sprache eingelassenen quasi-transzendentalen Bedingungen der Möglichkeit kommunikativer Verständigung (Habermas 1981) suchen. Die damit verbundenen Annahmen über argumentativ verteidigte Rechtfertigung von Behauptungen und Handlungen unterschätzen aber eine vor allem von Sozialanthropologen und Ethnologen immer wieder gemachte Erfahrung, dass Kommunikation dann, wenn wegen kultureller Differenzen gemeinsam geteilte Standards nicht thematisiert werden können, der Rückgriff auf das Erzählen von Geschichten beginnt.⁸ Das Erzählen von Geschichten, das einer nachvollziehbaren Logik nicht der Überprüfung von Geltungsansprüchen, sondern der Logik einer gut erzählten Story folgt (wie immer falsch oder wahr sie ist), wird deshalb als jene Ebene der Analyse herangezogen, die Aufschluss über die Herstellung von Identität als gelingender Geschichten geben, die Personen über sich oder als Gruppenmitglied über Gruppen erzählen. Narrative Netzwerke sind also jenes Medium, in dem soziale Akteure und soziale Gruppen emergieren. Methodisch folgt daraus, die besondere Logik der Verknüpfung von Ereignissen zu rekonstruieren und deren Funktion für die Konstruktion der Identität von Individuen und Gruppen zu bestimmen.

3 | Das konzeptuelle Problem – diskutiert am Fall einer nichtentstehenden Bewegung

3.1 | Auf der Suche nach einer sozialen Bewegung

Analytische Modelle wie das oben vorgeschlagene Modell einer narrativen Konstruktion von Bewegungsidentität bewähren sich daran, dass sie einen über den gesunden Menschenverstand hinausgehenden Tatsachenblick einzuüben erlauben. Sie helfen dem sozialwissenschaftlichen Beobachter oder der sozialwissenschaftlichen Beobachterin sozialer Bewegungen bei der

Beantwortung der Frage, wann er oder sie es mit einer Bewegung zu tun hat. In der Beobachtung sehen wir Bewegungen, die kommen, vergehen, in der Latenz bleiben und vielleicht wiederkommen. Wann aber wissen wir, dass es sich bei dem, was wir beobachten, um eine soziale Bewegung am Anfang, am Ende, am Wiederbeginn handelt?

Einen interessanten Fall zur Beantwortung dieser Frage liefert die wissenschaftliche Beschäftigung mit der vermuteten Europäisierung sozialer Bewegungen im Zuge der Entwicklung der EU. Mit der Formierung dieses zugleich supranationalen wie transnationalen politischen Verbands nationaler Gesellschaften entstand die Erwartung, dass dieses neue Gebilde auch entsprechende Formen europäisierter Protest, und europäisierter sozialer Bewegungen hervorbringen würde⁹. Die Suche nach diesen Bewegungen ist ein Testfall zur Beantwortung der Frage nach dem, was eine soziale Bewegung von einer Nicht-Bewegung unterscheidet, oder formuliert im narrationsanalytischen Rahmen: ein Testfall für die Beantwortung der Frage nach dem Vorhandensein einer Bewegungsidentität.

Die 1990er Jahre bildeten in der Tat eine günstige Gelegenheitsstruktur für soziale Bewegungen in Europa: ein räumlich konzentrierter Akteur, die Kommission in Brüssel, fehlende Möglichkeiten polizeilicher Kontrolle auf europäischer Ebene, die Forcierung strittiger Themen in diversen Politikfeldern, von der Umweltpolitik/Energiepolitik über die Gleichstellungspolitik bis hin zur Migrationspolitik. Auch wenn diese Bereiche in unterschiedlichem Maße „europäisiert“ waren, so boten sie doch Opportunitäten, die aber nicht ausreichten, um mehr als sich wiederholende Ereignisse zu sein. Es kommt zu keinem teleologisch angelegten Plot, sondern zu einer zyklischen Zeitstruktur von Protestereignissen, die zwar einzelne Gruppenidentitäten (insbesondere intellektuelle) herzustellen vermag, (wie etwa die „Euro-marches“), die sich aber nicht zu einer identitären Schließung einer Protestgeschichte eignen.

Wie lässt sich nun das Phänomen einer nicht-entstehenden Bewegung fassen und welche analytischen Elemente eignen sich dazu, dieses Nichtentstehen erklären zu können? Drei konzeptuelle Wege und daraus resultierende Fragestellungen lassen sich ausmachen. Der erste ist der der klassischen Bewegungsforschung der 1980er und 1990er Jahre: Gibt es Netzwerke und passend motivierte Akteure, die eine soziale Bewegung tragen? Der zweite ist der der Verortung von Bewegungsakteuren in diskursiven Welten: Gelingt es ihnen, Diskurspositionen zu besetzen, also diskursive Machtpositionen einzunehmen, und damit Institutionen unter Druck zu setzen? Der dritte ist der der narrativen Schließung von Protestereignissen, die Akteure und Gruppen in einer besonderen Geschichte verortet und eine Identität jenseits von (guten) Motiven und Interessen hervorbringt.

Der Fall Europa erlaubt es, empirisch offen zeigen, wie die ersten beiden Wege der Erklärung am Phänomen des Nichtentstehens einer Bewegung systematisch vorbeisehen. Dies liefert die Folie für das Argument, soziale Bewegungen als Netzwerke zu sehen, die gemeinsame Geschichten zu zirkulieren erlauben. Bewegungen werden dann für Andere sichtbar, wenn sie als anders wahrgenommen werden, also eine Identität haben. Eine Identität haben heißt, den narrativen Fluss des Erzählens zu brechen. Identität ist dann beschreibbar als identitäre Schließung narrativer Netzwerke. Dort, wo diese Brechung bzw. Schließung nicht gelingt, bleiben soziale Bewegungen schlichte Netzwerke von Akteuren, die etwas zusammen tun, ohne dass der besondere Sinn für Andere, Teilnehmer wie Beobachter, sichtbar wird. Warum solche Schließungen nicht stattfinden, hängt damit zusammen, dass Ereignisse fehlen, die narrative Netzwerke verdichten und damit narrative Schließungen ermöglichen. Die Ereignisse, die fehlen, haben mit Europa zu tun: es sind nicht fehlende kognitive Ereignisse, wie die permanente Kongresskultur, auf der Europa kritisiert wird, zeigt. Was fehlt, sind soziale Interaktionsereignisse, die Europa als Gegner greifbar machen. Es gibt nichts zu erzählen,

wenn man sich mit Europa auseinandersetzt. Kontextereignisse, große Krisen, sind bislang ausgeblieben (das mag sich angesichts der Finanzkrise in Europa ändern, die ja neue narrative Elemente bereithält, die identitäre Schließungen von Bewegungen in Europa ermöglichen könnten). Vor allem aber: Europa selbst bietet keine narrative Identität, die die identitäre Schließung von sozialen Bewegungen provozieren könnte.

Die These ist, dass das Fehlen „europäisierter“ narrativer Netzwerke die Formierung und das Auf-Dauer-Stellen europäisierter Bewegungen nicht genügend Ereignisse produziert, die narrativ bearbeitet werden könnten. Die Zusatzthese lautet, dass auch der Mechanismus der narrativen Konkurrenz fehlt, der die identitäre Schließung von Bewegungsnarrativen auslösen könnte.

3.2 | Woran erkennen wir eine soziale Bewegung? Strategie I

Jenseits des einfachen Erklärungsmodells sozialer Bewegungen, das in der Verknüpfung von Rational-Choice-Modellen rational handelnder Akteure mit der Emergenz von „kritischer Masse“ in Bewegungsereignissen argumentierte (Opp 2009), hat sich die Analyse der Verbreitung von Handlungsmotiven durch Netzwerke als Erklärungsmodell herausgebildet.¹⁰ Soziale Bewegungen sind Netzwerke, die selektiv bestimmte Motive anziehen und zugleich die Koordination dieser Motive leisten.

Eine verfeinerte Variante ist das Blockmodelling: Akteure, die einer gleichen Kategorie zugehören und sich durch ihre Position in einem Kategoriensystem von anderen Kategorien von Akteuren unterscheiden, sind potentielle Gruppen, die eine Identität in dem Maße ausbilden, wie Kommunikationskanäle sich zwischen diesen kategorial bestimmten Akteuren öffnen. Das ist die alte Marxsche Idee von Klassen als objektiver Lagen, die durch Relationierung der Akteure zu einem Bewusstsein ihrer selbst kommen, oder modern gesprochen: die eine Identität von sich als Gruppe herstellen.

Soziale Bewegungen setzen sich dann aus zwei Teilen zusammen: sie sind kategorisierte Akteure = CAT. Akteure beziehen sich auf andere Akteure, mit denen sie zusammen handeln, sie bilden Netzwerke = NET. Bewegungen sind dann CATNETs, etwa Bauern, Stahlarbeiter, Lastwagenfahrer, Frauen, Kriegsdienstverweigerer, Antirassisten, die als Kategorien von Akteuren miteinander mehr oder weniger vernetzt sind. Soziale Bewegungen sind also abhängig von der Verfügbarkeit von Kategorien (wie viele Lastwagenfahrer im Vergleich zu anderen Gruppen und welche funktionale Bedeutung diese Kategorien für eine Gesellschaft) haben und von der Dichte, verstanden als kommunikative Durchlässigkeit der Netzwerke dieser Kategorien.

Warum sind europäisierte Bewegungen schwach ausgebildet, bzw. warum bleiben Bewegungen zu europäischen Themen entweder national oder werden global? Kategorien von Betroffenen finden sich quer zu den nationalen Grenzen in der Europäischen Union. Offensichtlich fehlt die kommunikative Durchlässigkeit. Allerdings kollidiert mit dieser Annahme das Phänomen der Durchsetzung globaler Bewegungen (Menschenrechtsbewegungen, Global Justice Movement). Die Diffusion durch Netzwerke ist prinzipiell möglich, aber in Europa ohne größere Wirkungseffekte.

Die Diffundierbarkeit bleibt also eine black box in der Erklärung. Was muss passieren, damit durch vorhandene Netzwerke Kommunikationen wirklich hindurch laufen? Der bislang angedeutete Lösungsweg liefert also eine notwendige, aber noch keine zureichende Bedingung für die schwache Präsenz europäisierter sozialer Bewegungen. Das schließt nicht aus, dass es parallel stattfindende soziale Bewegungen auf europäischer Ebene gibt, etwa rechtsnationale Bewegungen, die in Reaktion auf Europa in den Mitgliedsländern der EU (und nicht nur dort) eine Konjunktur erleben. Sie adressieren aber nationale, nicht europäische Institutionen.

3.3 | Woran erkennen wir eine soziale Bewegung? Strategie II

Um eine soziale Bewegungen erkennen zu können, braucht es also weitere Bedingungen, die mit der Diffundierbarkeit von Kommunikationen in Netzwerken zu tun haben. Die Bewegungsforschung hat hier mit der Einführung des „Framing“-Konzepts eine Variable identifiziert, die mit der Kommunizierbarkeit von Interessen und Motiven zu tun hat: nämlich geteilte kognitive Interpretationen von Problemen (und in letzter Instanz der Welt als solcher). Rahmungen sind kollektiv geteilte Interpretationsschemata, die es den Akteuren erlauben, die Unsicherheit in der Kommunikation mit den Anderen zu reduzieren. Als kollektiv geteilte Interpretationsschemata liefern sie eine Gemeinsamkeit, die zwar nicht die Identität einer Gruppe garantiert, aber doch eine Festlegung auf ein gleichermaßen für relevant gehaltenes Problem impliziert.

Solche Frames werden in öffentlichen Debatten fixiert, in der Regel als Opposition zu vorherrschenden Interpretationen von Problemen. So ist die Rahmung von Umweltproblemen zunächst eine Gegenrahmung gegen eine dominante ökonomische Sicht der Welt gewesen, die sich dann intern weiter differenzierte und die emergenten Gruppen neu positionierte, sei es als radikale und fundamentalistische Fraktion, sei es als Lobbygruppe, sei es als public interest group mit hohen partizipatorischen Ansprüchen (Eder 1996). Diese Differenzierung findet entlang unterschiedlicher Rahmungen sozialer und politischer Probleme statt und strukturiert gleichermaßen Umweltgruppen, Antirassismusgruppen oder antikapitalistische Gruppen.¹¹ Mit solchen Frames besetzen Akteure einen symbolischen Raum, der durch argumentative Diskurse, durch Rechtfertigungsmodalitäten bestimmt ist – Akteure positionieren sich über Rahmungen in diesem Raum. Damit werden Diskurspositionen sichtbar, die die Emergenz von sozialen Bewegungen beeinflussen: es kommt nicht nur darauf an, auf ein CATNET zurückgreifen zu kön-

nen; es kommt auch darauf an, sich im Hinblick auf mögliche Rahmungen von Problemen positionieren zu können und damit Machtressourcen zu mobilisieren, die latente Motive in einer Gruppe „einfangen“ können.

In der Forschung zu europäisierten sozialen Bewegungen ist dieser „Framing“-Ansatz ausgiebig getestet worden. Auf der einen Seite bietet das europäische Institutionensystem klare politische Streitfragen, die nicht nur nationale Regierungen in Gegensatz zueinander bringen, sondern auch die Öffentlichkeit affizieren, wo sie als „Strittiges“ verhandelt und diskutiert werden. Diese Opportunitätsstruktur ließe also erwarten, dass es zu einer Zunahme von sozialen Bewegungen in den Feldern kommen müsste, in denen Probleme als besonders strittig wahrgenommen und diskutiert werden (etwa im Umweltbereich).¹² Jedoch ist außer wohlorganisierter Lobbyarbeit nichts Vergleichbares zu dem zu sehen, was an sozialen Bewegungen auf nationaler und globaler Ebene beobachtbar ist. Offensichtlich reicht auch eine diskursive Opportunitätsstruktur, die die Kommunikation von Streitfragen zur Mobilisierung von Netzwerken nutzt, nicht aus, um Ereignisse zu erzeugen, die wir einer sozialen Bewegung zuschreiben könnten. Es fehlt jener Faktor, der Kommunikation in Netzwerken forciert, die unabhängig von angebotenen und eingenommenen Diskurspositionen in öffentlichen Debatten sind. Die These lautet, dass es nicht genügend Identität gibt, die den kommunikativen Fluss in Bewegungsnetzwerken in Gang setzen könnte.

3.4 | Woran erkennen wir eine soziale Bewegung? Strategie III

Damit Ereignisse in Bewegungsnetzwerken kommuniziert werden können, müssen diese Ereignisse selbst erst kommunikationsfähig gemacht werden. Sie müssen eine Form haben, die kommunikative Erreichbarkeit maximiert. Das tun soziale Ereignisse als solche nicht. Das Wissen, dass es viele Andere in einer Gruppe gibt (etwa in der Gruppe ökonomisch

ausgebeuteter Lastwagenfahrer), führt noch nicht zu kommunikativer Verdichtung von Netzwerken. Auch das Wissen, dass die Anderen falsche und moralisch illegitime Rahmungen von Problemen haben, leistet nicht diese Verdichtung. Es führt eher zur Ausdifferenzierung von Spezialisten, die sich in bestimmten Öffentlichkeiten profilieren und dann Politik für Andere machen. Dann entsteht das, was man Zivilgesellschaft nennt, die Formierung eines Bereichs sozialen Handelns, in dem Akteure das Wort für die Anderen ergreifen und gegen die politisch handeln, die konkurrierende Vertretungsansprüche des „Volkes“ reklamieren.¹³

Unter welchen Bedingungen aber entstehen soziale Bewegungen? Bewegungen sind voraussetzungsvolle Phänomene; sie gelingen deswegen selten und sie dauern begrenzte Zeiten. Was Bewegungen brauchen, ist Identität. Diese Idee ist keineswegs neu. Bereits Touraine hat in seinen theoretischen und empirischen Arbeiten zu den neuen sozialen Bewegungen auf diesen Faktor hingewiesen: eine Identität, die sich von einem klaren Anderen, nämlich institutionellen Identitäten unterscheiden lässt (Touraine 1977). Diese Unterscheidung trifft sich nicht selbst, sie kann auch nicht als Resultat der Einsicht in valides Wissen gedeutet werden. Was fehlt, ist die interpretative Deutung des Zusammenhangs, in dem alle diese sozialen, kognitiven und objektiven Ereignisse einen Sinn erhalten. Ereignisse werden von den beteiligten Akteuren in einen zeitlichen Zusammenhang gebracht – man konstruiert eine „Tradition“, eine Erzählung, die die Ereignisse in einen Verlaufszusammenhang bringt, der erzählbar ist, der eine Geschichte ist. Es ist die narrative Verknüpfung der Ereignisse, die Erzählbarkeit und damit den narrativen Fluss von Kommunikation in Gang setzt.

Soziale Bewegungen tun mehr als nur zu diskutieren und Betroffenheit konkreten Gruppen zuzuschreiben. Sie inszenieren sich selbst als eine Geschichte, die vor allem auch emotionale Motive mobilisiert und diese mit kognitivem Wissen und sozialen Erfahrungen vermittelt. Emotionen werden so aus ihrer Natürlich-

keit herausgelöst und „vergesellschaftet“. Das tun nationale Gesellschaften, indem sie emotionale Motive der Identifikation mit „Nation“ durch entsprechende Geschichten zu mobilisieren wissen. Soziale Bewegungen leben in diesem Kontext von der Umidentifikation: sie inszenieren einen Zusammenhang, der eine alternative Geschichte zu erzählen weiß. Das Narrativ der Arbeiterbewegung hat das versucht und das Narrativ der neuen sozialen Bewegungen hat das weitergeschrieben. Was hinzukommt, um politisch aktive Gruppen in soziale Bewegungen zu transformieren, sind Geschichten, die Engagement provozieren und auf Dauer stellen. Deswegen ist die Konzeptualisierung von Charles Tilly von sozialen Bewegungen als „clusters of political performances“ (Tilly 1994) treffend. Bewegungen inszenieren eine Geschichte und zwar eine Geschichte, die eine dominante Geschichte zu unterminieren sucht.¹⁴

Es gibt keine europäischen Bewegungen, weil es keine Identität Europas gibt, die sich zu einer erzählbaren Geschichte verdichten ließe, was eine zentrale Voraussetzung sozialer Bewegungen entfallen lässt: nämlich eine andere Identität gegen eine herrschende Identität zu setzen. Für die Geschichten, die man über Europa erzählt, gibt es keine guten Gegengeschichten. Das kann sich ändern, wenn es Europa gelingen sollte, solche guten Geschichten zu haben (Ash 2007). Die neuen sozialen Bewegungen hatten ein klares Gegenüber, das selbst eine Identität hatte und eine Geschichte zu erzählen wusste: die Geschichte vom nationalen Wohlfahrtsstaat für alle. Gegen diese Identität konnten Gegenidentitäten aufgebaut werden: Geschichten, die den Kampf um eine noch bessere Welt – Umwelt, Demokratie, Gerechtigkeit – thematisierten und damit Anschlüsse für ein Weiterspinnen dieser Geschichten lieferten. Dieser Adressat lieferte die Formeln für Gegenidentitäten, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die politische Entwicklung beeinflusst haben.

An die Stelle der Anti-Nation, die die neuen sozialen Bewegungen kennzeichnete, tritt zunehmend ein anderes Narrativ, das die emer-

gente globale Welt, die den Reichtum und die Wohlfahrt aller fördern soll, mit der Idee einer „Anderen Welt“ konfrontiert, ein Narrativ, das globale Bewegungen, etwa das Global Justice Movement, antreibt. Europa hat diese Identität nicht zu bieten – es verharrt in einer prä-narrativen Phase – und soziale Bewegungen finden woanders statt. Europa liefert sozialen Bewegungen keine Opportunität zur Ausbildung einer Identität, die – solange nicht weitere Bedingungen identifiziert werden – als zureichende Bedingung zur Erklärung der Entstehung und Stabilisierung sozialer Bewegungen gelten kann.

4 | Identitätsbildung in sozialen Bewegungen – ein narrationstheoretischer Ansatz

Soziale Bewegungen sind nicht Ausdruck des „Kribbelns und Krabbelns“ in der Gesellschaft, wie es Dahrendorf einmal formulierte (Dahrendorf 1989); sie sind Gegenerzählungen gegen dominante Stories über den Staat, den Markt, das Volk usw. Gegenerzählungen sichern die Kontinuität von sozialen Bewegungen auch gegen die sozialen Bewegungen inhärente Instabilität. Bewegungen mögen als soziale Ereignisse kommen und gehen; sie existieren aber auch unabhängig von ihrer permanenten sozialen Inszenierung, nicht nur als beliebige Erinnerung, sondern als eine Geschichte, an die jederzeit neue Protestereignisse anknüpfen können. Diese Form der Kontinuierung ist allerdings an Voraussetzungen geknüpft, deren empirische Explikation bislang aussteht, deren allgemeine theoretische Form aber als Plotstrukturen oder als mythologische Strukturen an den Rändern der Sozialwissenschaften immer wieder zum Thema gemacht worden sind.

Dass soziale Bewegungen mehr als ein irrationales oder dysfunktionales Randphänomen oder ein Element der Immunabwehr einer Gesellschaft (Luhmann 1986) sind, hat Touraine in den 1970er Jahren bereits thematisiert.¹⁵ Diese These war noch in der Tradition des Fortschrittsglaubens gedacht, der die Sozi-

ologie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kennzeichnete. Wenn man dieses Element wegnimmt, bleibt die Idee einer die etablierte Gesellschaft immer begleitenden „Anti-Gesellschaft“, deren empirische Indikatoren die Soziologie an der Emergenz sozialer Bewegungen studieren kann. Analytisch gesehen heißt das, dass wir für beide, Gesellschaft und Anti-Gesellschaft, dieselben analytischen Mittel ansetzen können, um die Gesellschaft und ihren Gegenentwurf in Theorie und Praxis beobachten zu können.

Gesellschaften sind kommunikative Netzwerke, die über diskursive Auseinandersetzungen, deren Vermachtungsgrad hoch variabel ist, sich selbst beobachten und eine Identität ihrer selbst besitzen, wobei Identität als ein narrativ organisierter Zusammenhang vergangener und laufender Ereignisse bestimmt ist. Diese analytische Bestimmung von Gesellschaft läuft parallel zur analytischen Bestimmung von sozialen Bewegungen: sie sind ein CATNET, das in einem *diskursiven Raum von Rechtfertigungen* positioniert und als Teil einer besonderen Geschichte, einer *narrativen Tradition* repräsentiert wird.¹⁶ In dieser Entsprechung von Gesellschaft und ihrem Gegenentwurf lassen sich die gegenseitigen Konstitutionsbedingungen ausmachen. Gesellschaften entstehen bisweilen aus Bewegungen und umgekehrt. Die Analyse der sozialen Strukturen dieser Formen gehören zur Standardanalyse sozialer Phänomene: Machtstrukturen und Ungleichheitsstrukturen in sozialen, über sprachliche Kommunikation konstituierten Netzwerken sozialer Beziehungen. Dass kognitive Einsichten (Wissen und Moral) in diese Welt intervenieren und Richtungsänderungen gesellschaftlicher Prozesse bewirken können, ist vielfach gezeigt worden (Sewell, Jr. 1996; Eder 1985). Dass Identitäten noch stärker als Kognitionen sind, stellt die große Irritation für das aus der Aufklärung kommende soziologische Denken dar. Denn es zwingt dazu, selbst den aufklärerischen Gedanken noch einmal in der Geschichte zu verorten, aus der die Aufklärung kommt. Dass erst die postkoloniale Gesellschaft diesen

naheliegenden Gedanken in die Reflexion der Beobachtung der Gesellschaft einbauen konnte, liegt an dem Bruch, den die moderne Gesellschaft in dem Moment erfahren hat, als klar wurde, dass ihre Erzählung keine universale, sondern eine partikulare neben anderen war.

In der Bewegungstheorie ist diese Einsicht vor allem mit dem Scheitern der Leninistisch gedachten sozialistischen Bewegung verbunden: es gibt keine Heilsgeschichte, auf die sich soziale Bewegungen verlassen könnten. Sie sind permanent am Konstruieren und Rekonstruieren ihrer Geschichte und sie werden folgenreich dort, wo diese Geschichte eine etablierte Geschichte provoziert und in Frage stellt. Die neuen sozialen Bewegungen wurden in ihrer Identitätsarbeit immer wieder von den Bewegungen der Dritten Welt unterlaufen und gebrochen. In den gegenwärtigen transnationalen Bewegungen geht diese Identitätsarbeit weiter – und kann sich zugleich an einer identitären Vergewisserung der modernen postnationalen Gesellschaft orientieren: jenen Formen der Selbstzuschreibung einer kosmopolitischen Identität, die dem emergenten Institutionengefüge einer Weltgesellschaft attribuiert wird (Meyer et al. 2005). Europa sitzt, sowohl was seine „Gesellschaftlichkeit“ wie seine Gegenentwürfe in darauf bezogenen Bewegungen anbelangt, zwischen den Stühlen einer kosmopolitischen Kultur, die über Europa hinausgeht, und einer nationalen Kultur, die für Europa zu eng ist. Soziale Bewegungen können auf beiden Ebenen Identitätsentwürfe konstruieren und folgenreich in die Praxis umsetzen. Historisch spannender ist zu beobachten, wie die emergente Welt transnationaler Vergesellschaftung und supranationaler Institutionenbildung von sozialen Bewegungen in Frage gestellt wird und welche Gegenentwürfe (neben Diagnosen und Rezepten zur Verbesserung der Welt¹⁷) die Idee einer postnationalen „kosmopolitischen“ Identität irritieren und zeigen, dass es nicht nur eine kosmopolitische Identität gibt, sondern auch diese eine Geschichte darstellt, die auch anders weitererzählt werden könnte und

ihr implizites Telos entzaubert. In diesem Sinne sind soziale Bewegungen jene Orte, wo „Geschichte gemacht wird“.

Klaus Eder ist seit 1994 Professor für vergleichende Strukturanalyse am Institut für Sozialwissenschaften der HU Berlin und seit 2008 Sprecher der Berlin Graduate School of Social Sciences. Schwerpunkt seiner aktuellen Arbeiten sind theoretische und methodologische Fragen des Identitätsbegriffs. keder@cms.hu-berlin.de

Anmerkungen

¹ Dies gilt für alle, für linke wie rechte Bewegungen. Siehe zur Funktion individueller Identitäten für die nationalsozialistische Bewegung Bearman/Stovel 2000.

² Die sozialpsychologische Identitätsforschung ist seit Tajfel einen weiten Schritt hin zur interaktiven Konstruktion von Identitäten gegangen. Siehe dazu Bodenhausen 2010.

³ Wenn man will, kann man diese beiden Ebenen als sozialpsychologische und als soziologische Ebene benennen. Diese Benennung hat aber den fatalen Effekt einer disziplinären Besonderung der Ebenen. Denn Gruppenphänomene (Homans 1974; Rueschemeyer 2009: 123-134) und Interaktionssituationen (Goffman 1983; Collins 2004) sind genuine Bestandteile der Soziologie als Disziplin.

⁴ Diese Version einer netzwerktheoretischen Perspektive steht in der Tradition jener Netzwerktheorie, die die symbolische Komponente sozialer Netzwerke ins Zentrum stellt. Dazu das klassische Statement von White 2007 und White 2008. In dieser Tradition hat sich dann die kulturelle Netzwerkanalyse formiert. Dazu die Beiträge in Fuhse und Mützel 2010.

⁵ Man spricht zwar vom „visual turn“ – aber es handelt sich eher um einen „visual return“. Davon zu trennen ist die Visualisierung der wissenschaftlichen Darstellung von Analyseergebnissen. Eine methodisch strenge Analyse visueller Symbole findet sich bereits seit den

80er und 90er Jahren bei Cerulo 1992. Für weiterführende Literatur dazu siehe Burri 2008. In der Netzwerkanalyse sind visuelle Darstellungstechniken normales Handwerkszeug.

⁶ Das ist das Grundproblem der quantitativen Inhaltsanalyse, die zwar die Verteilung von Schlüsselbegriffen, evtl. auch die von Pronomen oder anderen Wortarten untersucht, aber wenig zur Aufklärung über den kommunizierten Sinn beiträgt. Erst die Arbeiten von Franzosi (2003) haben hier mit Hilfe des Modells des Triplets (Akteure, Aktion, Objekt) die Inhaltsanalyse in eine Form gebracht, die den Sinngenerierungsprozess datentechnisch erfassen kann. Die Medienanalyse öffentlicher Kommunikation hat diese Idee praktisch gewendet, u.a. als political claims analysis (Koopmans/Statham 1999).

⁷ Eine frühe und klare Exposition dieser Problematik findet sich in Schudson 1989.

⁸ Das macht etwa die Faszination aus, mit der Claude Lévi-Strauss die mythologischen Geschichten der südamerikanischen Indianer nachgezeichnet und analysiert hat (Lévi-Strauss 1975).

⁹ Zu dieser Debatte siehe Rucht 2000, Imig/Tarrow 1997, Imig/Tarrow 1999, Eder 2004, della Porta 2007, della Porta/Caiani 2006, Tarrow 1995, Tarrow 2001, Marks/McAdam 1996, Marks et al. 1996 und Hooghe/Marks 1999.

¹⁰ Das kommt inzwischen als empirisches Ergebnis auch in diesen Modellen an. Vgl. Opp/Kittel 2010.

¹¹ Es ist zu vermuten, dass sich diese Differenzierung entlang konkurrierenden Rahmungen mit dieser Dreierfigur erschöpfend fassen lässt. Bourdieu benutzte die Unterscheidung von Doxa, Heterodoxie und Orthodoxie (Bourdieu 1982). In der politischen Ideengeschichte entspricht dies der Differenzierung politischer Strömungen in rechte (konservative), liberale und republikanisch-demokratische (linke) Strömungen, die sich seit dem 18. Jahrhundert herausgebildet hat (Valjavec 1978). Zwar hat die Frage „what is left“ diese Dreiteilung in Frage gestellt,

doch die „linke Position“ wurde immer wieder besetzt. Und immer findet sich auch die Frage nach dem „dritten Weg“ zwischen links und rechts, was die Variabilität „liberaler“ Positionen erklärt. Das Boltanski/Thévenot-Modell der sieben (sic!) Begründungsstrategien liefert eine alternatives und weitergehendes Modell (Boltanski/Thévenot 1999), das letztlich auf die Dreifaltigkeit der klassischen Ansätze reduziert werden könnte.

¹²Die Forschung zur Europäisierung politischer Öffentlichkeit bietet inzwischen genügend Evidenz zum Thematisierungsgrad von „policy issues“ und dem kontroversen „claims-making“ von sozialen Akteuren (Koopmans 2007; Koopmans/Statham 2010; Trenz 2009).

¹³Dass sich im Kontext der politischen Soziologie Europas eher das Thema Zivilgesellschaft denn das Thema soziale Bewegungen durchgesetzt hat, zeigt ein Blick in die entsprechende Literatur. Zum Überblick siehe etwa die Beiträge in Liebert/Trenz 2009.

¹⁴Hier ist auch theoretische Bedeutung der Literatur zur Rolle von Emotionen in sozialen Bewegungen zu suchen (Polletta 1998; Goodwin/Jasper 2004; Polletta 2006). Über Emotionen argumentiert man nicht, man erzählt über sie und zeigt sie den anderen.

¹⁵Die radikale These war, dass es zu einem Ende der Gesellschaft als einem institutionell geregelten Zusammenhang kommen würde (Touraine 1981). In abgemilderter Form hat Touraine die gesellschaftstheoretische Pointe der Zentralstellung sozialer Bewegungen vor kurzem noch einmal auf den Punkt gebracht (Touraine 2007).

¹⁶Ob dieses analytische Modell aus der Beobachtung der Gesellschaft oder aus der Beobachtung sozialer Bewegungen gewonnen wurde, tut hier nur sekundär zur Sache. Es scheint aber so zu sein, dass soziale Bewegungen einen Gegenstand konstituieren, der den Beobachtungsblick leichter zu objektivieren hilft als der Blick auf die Gesellschaft, der sich von dieser Gesellschaft nur mit ungleich höheren Anstrengungen distanzieren kann.

¹⁷Die in der Regel scheitern. Siehe Eder 1999.

Literatur

Ash, Timothy Garton 2007: Europe's true stories. In: Prospect Magazine, Heft 131.

Bearman, Peter S./Faris, Robert/Moody, James 1999: Blocking the future. New solutions for old problems in historical social science. In: Social Science History, Jg. 23, 501-533.

Bearman, Peter S./Stovel, Katherine 2000: Becoming a Nazi: A model for narrative networks. In: Poetics, Jg. 27, 69-90.

Bodenhausen, Galen V. 2010: Diversity in the person, diversity in the group: Challenges of identity complexity for social perception and social interaction. In: Eur. J. Soc. Psychol, Jg. 40, Heft 1, 1-16.

Boltanski, Luc/Thévenot, Laurent 1999: The sociology of critical capacity. In: European Journal of Social Theory, Jg. 2, Heft 3, 359-377.

Bourdieu, Pierre 1982: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt/Main: Suhrkamp

Burri, Regula Valérie 2008: Bilder als soziale Praxis: Grundlegungen einer Soziologie des Visuellen. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 37, Heft 4, 342-358.

Cerulo, Karen A. 1992: Putting it together. Measuring the syntax of aural and visual symbols. In: Wuthnow, Robert (Hg.): Vocabularies of Public Life. Empirical Essays in Symbolic Structure. London: Routledge, 111-129.

Collins, Randall 2004: Interaction Ritual Chains. Princeton: Princeton University Press.

Dahrendorf, Ralf 1989: Einführung in die Soziologie. In: Soziale Welt. Jg. 40, 2-10.

della Porta, Donatella 2007: The Europeanisation of protest: a typology and empirical evidence. In: Kohler-Koch, Beate; Rittberger, Volker (Hg.): Debating the democratic legitimacy of the European Union, Lanham: Rowman & Littlefield, 189-208.

della Porta, Donatella/Caiani, Manuela 2006: Quale Europa? Europeizzazione, identità e conflitti. Bologna: Il Mulino.

Eder, Klaus 1985: Geschichte als Lernprozeß? Zur Pathogenese politischer Modernität in Deutschland. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Eder, Klaus 1996: The Social Construction of Nature. A Sociology of Ecological Enlightenment. London: Sage.

Eder, Klaus 1999: Societies learn and yet the world is hard to change. In: *European Journal of Social Theory*, Jg. 2, 195-215.

Eder, Klaus 2004: From the Common Market to the Political Union. The shifting opportunity structure of contentious politics in Europe. In: Tilly, Charles;/Kousis, Maria (Hg.): Threats and Opportunities in Contentious Politics. Boulder: Paradigm Publishers, 99-113.

Eder, Klaus 2008: Kollektive Identitäten als Netzwerke. Der Fall Europa. In: Junge, Kay; Suber, Daniel/Gerber, Gerold (Hg.): Erleben, Erleiden, Erfahren. Die Konstitution sozialen Sinns jenseits instrumenteller Vernunft. Bielefeld: transcript, 433-463.

Eder, Klaus 2009a: Communicative action and the narrative structure of social life. The social embeddedness of discourse and market - a theoretical essay. In: O'Tuama, Seamus (Hg.): Critical Turns in Critical Theory: New Directions in Social and Political Thought. New Directions in Social and Political Thought. London: Tauris Academic Studies, 63-79.

Eder, Klaus 2009b: A theory of collective identity. Making sense of the debate on a „European identity“. In: *European Journal of Social Theory*, Jg. 12, Heft 4, 1-21.

Franzosi, Roberto 2003: From Words to Numbers. A Journey in the Methodology of Social Science. Cambridge: Cambridge University Press.

Franzosi, Roberto 2009: Quantitative narrative analysis. London: Sage.

Fuhse, Jan 2009: Die kommunikative Konstruktion von Akteuren in Netzwerken. In: *Soziale Systeme*, Jg. 15, Heft 2, 288-316.

Fuhse, Jan/Mützel, Sophie (Hg.) 2010: Relationale Soziologie. Zur kulturellen Wende der Netzwerkforschung. Wiesbaden: VS Verlag.

Goffman, Ervin 1983: The interaction order. In: *American Sociological Review*, Jg. 48, 1-17.

Goffman, Ervin 1998: Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Goodwin, Jeff/Jasper, James M. 2004: Rethinking social movements. Structure meaning and emotion. Lanham: Rowman & Littlefield.

Habermas, Jürgen 1981: Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Hahn, Alois 1983: Konsensfaktionen in Kleingruppen. Dargestellt am Beispiel von jungen Ehen. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Gruppensoziologie. Perspektiven und Materialien (Sonderband 25/1983 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Opladen: Westdeutscher Verlag, 210-232.

Homans, George C. 1974: Social Behavior. Its Elementary Forms. New York: Hartcourt.

Imig, Doug/Tarrow, Sidney G. 1997: From strike to eurostrike The europeanization of social movements and the development of a euro-polity. Cambridge: WCFIA.

Imig, Doug/Tarrow, Sidney G. 1999: The Europeanization of movements? A new approach to transnational contention. In: della Porta, Donatella/Kriesi, Hanspeter; Rucht, Dieter (Hg.): Social Movements in a Globalizing World. London: Macmillan, 112-133.

Koopmans, Ruud 2007: Who inhabits the European public sphere? Winners and losers, supporters and opponents in Europeanised political debates. In: *European Journal of Political Research*, Jg. 46, Heft 2, 183-210.

Koopmans, Ruud/Statham, Paul 1999: Political claims analysis. Integrating protest event and political discourse approaches. In: *Mobilization*, Jg. 4, 203-222.

Koopmans, Ruud/Statham, Paul (Hg.) 2010: The making of a European public sphere. Media discourse and political contention. Cambridge: Cambridge University Press.

Lévi-Strauss, Claude 1975: Mythologica IV. Der nackte Mensch (2 Bände), Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Liebert, Ulrike/Trenz, Hans-Jörg 2009: Civil society and the reconstitution of demo-

cracy in Europe: Introducing a new research field. In: *Policy and Society*, Jg. 28, 1-9.

Lilli, Wolfgang/Diehl, Michael 1999: *Measuring National Identity*. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Sozialforschung.

Luhmann, Niklas 1986: *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Lutz-Bachmann, Matthias 2010: *Kosmopolitanismus. Zur Geschichte und Zukunft eines umstrittenen Ideals*. Weilerswist: Velbrück.

Marks, Gary/McAdam, Doug 1996: *Social movements and the changing structure of political opportunity in the European Union*. In: *West European Politics*, Jg. 19, 249-278.

Marks, Gary/Nielsen, François/Ray, L./Salk, J. 1996: *Competencies, cracks and conflicts. Regional mobilization in the European Union*. In: *Marks, Gary/Scharpf, Fritz W./Schmitter, Philippe C./Streeck, Wolfgang* (Hg.): *Governance in the European Union*. London: Sage, 40-63.

Marks, Gary/Scharpf, Fritz W./Schmitter, Philippe C./Streeck, Wolfgang (Hg.) 1996: *Governance in the European Union*. London: Sage.

Meyer, John W./Krücken, Georg/Kuchler, Barbara (Hg.) 2005: *Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Opp, Karl-Dieter 2009: *Explaining contentious politics: a case study of a failed theory development and a proposal for a rational choice alternative*. In: *Cherkaoui, Mohamed/Hamilton, Peter* (Hg.): *Raymond Boudon: A Life in Sociology - Essays in Honour of Raymond Boudon*. Oxford: Bardwell Press, 303-317.

Opp, Karl-Dieter; Kittel, Bernhard 2010: *The Dynamics of Political Protest: Feedback Effects and Interdependence in the Explanation of Protest Participation*. In: *European Sociological Review*, Jg. 26, 1, 97-109.

Polletta, Francesca 1998: „It was like a fever ...“. Narrative and identity in social protest. In: *Social Problems*, Jg. 45, Heft 2, 137-159.

Polletta, Francesca 2006: *It was Like a Fever. Storytelling in Protest and Politics*. Chicago: University of Chicago Press.

Risse, Thomas 2010: *A community of Europeans? Transnational identities and public spheres*. Ithaca: Cornell University Press.

Rucht, Dieter 2000: *Zur Europäisierung politischer Mobilisierung*. In: *Berliner Journal für Soziologie*, Jg. 10, 185-202.

Rueschemeyer, Dietrich 2009: *Usable Theory. Analytic tools for social and political research*. Princeton: Princeton University Press.

Schudson, Michael 1989: *How culture works. Perspectives from media studies in the efficacy of symbols*. In: *Theory and Society*, Jg. 18, 153-180.

Sewell, William H., Jr. 1996: *Historical events as transformations of structures: inventing revolution at the Bastille*. In: *Theory and Society*, Jg. 25, 841-881.

Stichweh, Rudolf 2001: *Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Tajfel, Henri 1982: *Human Groups and Social Categories. Studies in Social Psychology*. Cambridge: Cambridge University Press.

Tarrow, Sidney G. 1995: *The Europeanisation of conflict. Reflections from a social movement perspective*. In: *West European Politics*, Jg. 18, 223-251.

Tarrow, Sidney G. 2001: *Contentious politics in a composite polity*. In: *Imig, Doug/Tarrow, Sidney G.* (Hg.): *Contentious Europeans. Protest and politics in an emerging polity*. Lanham: Rowman & Littlefield, 233-251.

Tilly, Charles 1994: *Social movements as historically specific clusters of political performances*. In: *Berkeley Journal of Sociology*, Jg. 38, 1-30.

Touraine, Alain 1977: *The Self-Production of Society*. Chicago: University of Chicago Press.

Touraine, Alain 1981: *The Voice and the Eye*. Cambridge: Cambridge University Press.

Touraine, Alain 2007: *Sociology after Sociology*. In: *European Journal of Social Theory*, Jg. 10, Heft 2, 184-193.

Trenz, Hans-Jörg 2009: European civil society: between participation, representation and discourse. In: *Policy and Society*, Jg. 28, 35-46.

Valjavec, Fritz 1978: Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770-1815 (Original 1951). Düsseldorf: Droste.

White, Harrison C. 2007: Instituting society, our mirage. In: *European Journal of Social Theory*, Jg. 10, Heft 2, 194-199.

White, Harrison C. 2008: Identity and control. How social formations emerge. Princeton: Princeton University Press.

Wodak, Ruth/Krzyzanowski, Michal (Hg.) 2008: *Qualitative Discourse Analysis in the Social Sciences*. New York: Palgrave Macmillan.

The Strength of Weak Identities

Dieter Rucht

1 | Das Argument

In Alltagstheorien, aber auch in der Bewegungsliteratur findet sich die Auffassung, je ausgeprägter und fester die kollektive Identität einer sozialen Bewegung, desto stärker – *ceteris paribus* – erweise sich die Bewegung in der politischen Auseinandersetzung. Eine starke Identität begünstige die Identifikation der Aktivisten mit den Zielen und sozialen Trägern der Bewegung, festige deren inneren Zusammenhalt, verleihe ihr klare Konturen in der Außendarstellung und eine ebenso klare Stoßrichtung.

Gegen diese zunächst plausibel erscheinende Annahme vertrete ich in Analogie zur Theorie von *The Strength of Weak Ties* (Granovetter 1973, 1983) eine andere These: Schwache Identitäten von sozialen Bewegungen sind Ausdruck grundlegender historischer Wandlungen; darüber hinaus bieten sie Vorteile im Zuge heutiger Protestmobilisierung. Diese Position soll zunächst skizziert, dann anhand empirischer Hinweise plausibilisiert und am Schluss nochmals diskutierend und resümierend aufgenommen werden.

Die klassische Vorstellung der Stärke von starker Identität unterstellt erstens eine

bereits vorab bestehende, in ihrem Gehalt gleichsam eingefrorene kollektive Identität als Voraussetzung erfolgreicher Mobilisierung. Diese Überlegung hatte eine gewisse Berechtigung im 19. und frühen 20. Jahrhundert, als sich die Gesellschaft aus vier relativ stabilen „sozial-moralischen Milieus“ (Lepsius 1996) zusammensetzte. Kompakte Milieus bildeten den Nährboden für daraus erwachsende soziale Bewegungen. Kollektive Identität war durch die jeweilige Zugehörigkeit zu einem bestimmten Milieu bzw. einer bestimmten Klasse (vor-)geformt und gefestigt. Die jeweiligen kollektiven Interessen als Bauern, Arbeiter, Kleinbürger, Großbürger etc. waren eng an bestimmte soziale Lagen gekoppelt. Unter diesen Bedingungen war die Identitätsarbeit im Rahmen von konkreten Mobilisierungsprozessen zwar nicht obsolet. Schon immer bedurfte es überzeugender Problemdeutungen, warum hier und jetzt zu einem konkreten Thema Proteste stattfinden sollten. Aber diese Mobilisierungen konnten an einer stabilen, lebensweltlich und mental fest verankerten kollektiven Identität anknüpfen. Identitätsarbeit war somit in Relation zur eher technischen Organisationsarbeit weniger auf-

wändig als heute; sie war insbesondere als soziale Konstruktion weniger anspruchsvoll als in Mobilisierungsprozessen der Gegenwart. Heute werden in vielen Fällen relativ kleinteilige soziale Milieus und Szenen in einen Mobilisierungsprozess eingebunden, in dem – gruppen- und organisationsübergreifend – funktional geradezu zwingend lediglich schwache Bewegungsidentitäten vorausgesetzt werden bzw. hervorgehen. Starke kollektive Identitäten bestehen allenfalls noch auf der Ebene einzelner Gruppen und Organisationen, insbesondere an den äußersten Rändern des politischen Links-Rechts-Spektrums. Solche identitätsstarken Gruppen, deren Ziele, Formen und strategischen Präferenzen intern kaum in Frage gestellt werden können, sind nur schwer in den Rahmen eines größeren Verbunds integrierbar. Und sie sind es nur dann, wenn dieser übergreifende Rahmen locker ausgestaltet wird und mit keinen oder nur schwachen Konformitätszwängen verbunden ist.

Zum Zweiten scheint sich auch auf der Ebene von bewegungsnahen oder bewegungszugehörigen Gruppen, Organisationen und Szenen ein langfristiger Trend zu schwachen Identitäten abzuzeichnen. Dieser Trend ist im Kontext von allgemeineren gesellschaftlichen Wandlungen zu sehen: Dazu gehören langfristige Entwicklungen: (1) die Individualisierung, Variabilität von Biografien und Milieuzugehörigkeiten sowie die erhöhte räumliche Mobilität in modernen Gesellschaften, (2) der Bedeutungsverlust fixer Orientierungs- und Glaubenssysteme in einer zunehmend komplexen und interdependenten Welt, schließlich (3) die Neigung vor allem junger Generationen zu einem „situativen“ anstelle eines lebenslangen politischen bzw. sozialen Engagement (Paris 1989).

Zum Dritten ergeben sich aus schwachen Identitäten bestimmte strategische und auch taktische Vorteile in der konkreten Auseinandersetzung mit politischen Gegnern und mit polizeilichen Kontrollapparaten, vor allem auch im Umgang mit den Massenmedien, deren Aufmerksamkeit und möglichst auch Zustim-

mung es immer aufs Neue zu erringen gilt. Dagegen konnten frühere Bewegungen als Teil eines größeren Milieus darauf bauen, dass ihnen der Teil der Presse, der diesem Milieu zugewandt oder direkt zugehörig war, auch den obligaten Beifall zollen würde. In den Auseinandersetzungen des 19. Jahrhunderts waren, zugespitzt formuliert, die jeweiligen Rekrutierungsfelder und Frontverläufe von vornherein klar. Im Unterschied dazu sortiert sich das heutige Akteursgefüge zu einem erheblichen Teil erst im Zuge von thematisch und zeitlich begrenzten Kampagnen, ohne dass sich daraus starke Bindungswirkungen und Strukturierungsleistungen für künftige Kampagnen oder Bewegungen ergäben. Als ein paradigmatischer Fall für eine Kampagne mit schwacher kollektiver Identität soll hier zunächst der Anti-Castor-Protest vom November 2010 beschrieben werden.

2 | Fallbeispiel Anti-Castor-Protest

Meist einmal pro Jahr werden aus deutschen Atomkraftwerken stammende Brennstäbe in sogenannten Castor-Behältern von der Wiederaufarbeitungsanlage in Frankreich nach Gorleben im Landkreis Lüchow-Dannenberg (Wendland) transportiert. Dieser Vorgang bildet einen wiederkehrenden Anlass für verschiedenste Protestaktionen, die sich vor allem im Wendland abspielen. Bisher haben die Proteste zu Verzögerungen, aber nicht zur Verhinderung des Transports und der Lagerung von Castoren im Zwischenlager Gorleben geführt. So war es auch im November 2010 – trotz der bislang größten und wohl auch intensivsten Proteste zu diesem Anlass. Sie sollen hier nicht im Detail¹, sondern lediglich im Hinblick auf die Bandbreite von Gruppen und Aktionen sowie dem damit verbundenen Aspekt der kollektiven Identität der Protestbewegung behandelt werden.

Seit den im Jahr 1977 bekannt gewordenen Plänen, bei Gorleben ein „integriertes Entsorgungszentrum“ mit den Hauptkomponenten einer Wiederaufarbeitung für Kern-

brennstoffe² und einem Endlager für hochradioaktiven Müll zu errichten, entwickelte sich das Wendland zu *der* Hochburg des antiatomaren Protests in Deutschland. Die Castor-Transporte enden somit in einer Region, deren Bewohner bezüglich der Atomfrage hochsensibilisiert und politisiert sind. Die dortigen antiatomaren Gruppen haben im Verlauf der Jahrzehnte vielfältige Erfahrungen mit Protest gesammelt; darüber hinaus konnten sie immer wieder auf die Unterstützung von Gleichgesinnten aus vielen Teilen der (alten) Bundesrepublik bauen. Diese Verbindung von Protestgruppen innerhalb und außerhalb des Wendlands zeigte sich erneut bei der Anti-Castor-Kampagne im Jahr 2010.

Die Castor-Transporte nach Gorleben werden von den Behörden vorher angekündigt. Vor allem auf den letzten Streckenabschnitten kommen umfangreiche Sicherungsmaßnahmen zum Einsatz, wodurch der gesamte Landkreis in ein regelrechtes Heerlager von Polizeikräften verwandelt wird. Die Transporte erfolgen zunächst per Bahn zur deutsch-französischen Grenze und weiter über Lüneburg nach Dannenberg. Die letzte Schienenstrecke ab Lüneburg umfasst 52 km. Auf dem weiträumig abgeschirmten Bahnhofsgelände in Dannenberg werden die schweren Stahlbehälter, in der Regel etwa ein Dutzend, auf große LKWs umgeladen, um über eine direkte Straßenverbindung bis zum 19 km entfernten Zwischenlager in Gorleben zu gelangen.

An den Protesten beteiligt sich eine Vielzahl von Gruppen und Organisationen, die hier unvollständig und in eher typologischer Absicht aufgelistet werden. Dazu gehören:

- die regionale Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg als die größte und beständigste antiatomare Gruppierung im Wendland mit knapp 1.000 Mitgliedern in verschiedenen örtlichen Gruppen,
- die bäuerliche Notgemeinschaft mit einer eigenen lockeren Struktur, die zuweilen mit Treckern und anderem Gerät sowohl an Protestzügen als auch an Straßenblockaden beteiligt ist,
- eine Fülle weiterer, meist informeller Gruppen aus dem Wendland, darunter Singkreise von Kirchengemeinden, Pastoren, Rentner, Frauengruppen, Lehrer, Schüler, Ärzte, Nachbarschaften, Landkommunen, alternative Bildungszentren und Künstlerkreise,
- Teile oder ganze Sektionen von lokalen bzw. regionalen Parteien, insbesondere von den Grünen und der SPD, teilweise auch unterstützt von einzelnen Landes- und Bundespolitikern,
- kleine aktionsorientierte Zirkel mit basisdemokratischer Ausrichtung, die vor allem auf überraschende Stör- und Blockadeaktionen spezialisiert sind (z.B. Anketten an Gleisen, Behinderung des Transports durch Abseilen von Brücken),
- Teile von bundesweiten kleineren oder größeren Umweltverbänden, darunter Robin Wood, Greenpeace und Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland,
- regional tätige antiatomare Netzwerke (*X-tausendmal quer*) sowie das sich damit teilweise organisatorisch und personell überschneidende bundesweite Netzwerk namens *ausgestrahlt*,
- linke politische Gruppen, insbesondere aus Großstädten und Universitätsstädten, darunter auch studentische Organisationen oder lose Gruppen von Studierenden,
- Anti-AKW-Gruppen aus verschiedenen Teilen der Republik, insbesondere solche, die mit nuklearen Anlagen konfrontiert sind,
- unorganisierte Kleingruppen bzw. Einzelpersonen, die als Atomkraftgegner teils schon in den 70er und 80er Jahren aktiv waren, sich teils erst im Laufe der vergangenen Jahre oder erstmals 2010 speziell gegen die Castor-Transporte bzw. die Einrichtungen bzw. Pläne der Zwischen- und Endlagerung gestellt haben,
- junge Leute aus der städtischen Raver-Szene mit Lautsprecherwagen, DJ etc.

Wie und warum lassen sich all diese verschiedenen Gruppen in den Rahmen einer mehrtä-

gigen Protestkampagne integrieren? Dabei handelt es sich um eine Kampagne, die aus teils eher spontanen, überwiegend aber aus geplanten und öffentlich angekündigten Aktivitäten besteht. Manches davon wird über Wochen und Monate vorbereitet. Beispielsweise erfordert die Übernachtung und Verpflegung von tausenden von Menschen ebenso wie die Durchführung einer Großdemonstration mit rund 40.000 Teilnehmern entsprechende infrastrukturelle Vorkehrungen und Leistungen. Gleichwohl gibt es keine Gruppe oder Organisation, die für all dies verantwortlich zeichnen oder zumindest die Koordinationsarbeit übernehmen würde. Nur ein Teil der Fäden läuft bei der regionalen Bürgerinitiative zusammen.

Wären Bewegungsorganisatoren der ferneren Vergangenheit vor die Aufgabe gestellt, eine mehrtägige Protestkampagne dieser Größenordnung durchzuführen, so hätten sie vermutlich versucht, bereits im Vorfeld eine gruppen- und strömungsübergreifende Bewegungsorganisation zu schaffen, die typischerweise durch einen Führer, Vorsitzenden oder Sprecher repräsentiert wird. Zumindest hätten die Organisatoren die Einrichtung eines Koordinationsgremiums angestrebt, in das insbesondere die Vertreter von ressourcen- und mobilisierungsstarken Gruppen einzubinden wären. Damit, so die konventionelle Weisheit, könne die gebotene Verständigung über gemeinsame Slogans, Flugblätter, Aufrufe und Aktionsformen erzielt werden, um dem Protest Richtung und Schlagkraft zu verleihen. Aber bereits die Erfahrung der Anti-Atomkraftbewegung der 70er und 80er Jahre hatte gelehrt, dass es keineswegs einer solchen Vereinheitlichung der Kräfte bedarf, um Massen zu bewegen und politischen Druck zu entfalten. Stattdessen beschränkte sich das Gros der beteiligten Gruppen auf gelegentliche und grobe Absprachen, sei es qua informeller Kontakte von organisatorisch verankerten oder aber frei schwebenden Drehpunktpersonen, sei es im Rahmen der meist ein bis zweimal pro Jahr stattfindenden Atomkonferenzen (später phasenweise auch Atom-

müllkonferenzen), die ohne irgendwelche Formalien auskamen.

In Fortsetzung und Zuspitzung dieser Linie fehlte bei den Anti-Castor-Protesten jegliche gruppenübergreifende Koordination. Gleichwohl gelang eine massenhafte Mobilisierung mit einem zumindest symbolischen Erfolg: die Behinderung und Verzögerung des Transports der Castorbehälter trotz des Aufgebots von rund 20.000 Polizeibeamten samt einer aufwändigen Infrastruktur, bestehend aus Hubschraubern, Nachtsichtgeräten, Wasserwerfern, Gefangenensammelstellen etc.

Der Verzicht auf eine übergreifende Koordination oder gar Vereinheitlichung der Kampagne war ein wichtiger Faktor für die Breite und Vielfalt der Protestaktionen. Einen weiteren, speziell für diesen Konflikt geltenden Faktor bildeten die Gegebenheiten des Transports der Castoren, der in seiner Streckenführung und Zeitplanung, vor allem auf den letzten Abschnitten, für die Protestierenden weitgehend kalkulierbar war, ohne dass die Ordnungskräfte in allen Einzelfällen wussten, mit welcher Art von Protesten wo zu rechnen sei. Während ein Marsch einer großen Menschenmenge auf ein bestimmtes Ziel, etwa ein Ministerium, ein Konferenzgebäude oder ein zentraler Platz, relativ leicht durch den raum-zeitlich konzentrierten Einsatz von Sicherheitskräften kanalisiert und notfalls auch unterbunden werden kann, bietet der Castor-Transport eine Fülle von Einsatzstellen für den Protest. Dabei müssen sich die beteiligten Akteure nicht oder allenfalls grob abstimmen. Der Handlungsrahmen ist somit hinsichtlich seiner räumlichen Ausdehnung wie seiner protesttaktischen Kalküle weitgehend offen. Zum einen bietet das Wendland Platz und Rückhalt für symbolische Protestaktionen, die nicht in unmittelbarer Nähe der Transportstrecke stattfinden müssen. Dies gilt für die Großdemonstration auf einem Feld nahe der Stadt Dannenberg ebenso wie für die in vielen stömmen Zeichen des Widerstands, z.B. die X-förmigen Holzkreuze oder die Feuer in Blechtonnen, die an den Straßenrändern kleiner Siedlungen brennen.

Zum anderen bietet die quer durch den Landkreis verlaufende Transportstrecke mit ihren Brücken, Bahnübergängen, Einschnitten und Waldgebieten eine Fülle von wie auf einer Perlschnur aufgereihten Einsatzpunkten, um den Castortransport zu stören und zu behindern. Immerhin muss der Transport ab Lüneburg 71 km zurücklegen, um nach Gorleben zu gelangen. Eine Strecke dieser Länge ist nur mit enormem Aufwand zu überwachen, zumal der Castor-Zug teilweise auch nachts unterwegs ist.

Von dieser Fülle an Einsatzpunkten entlang der Strecke wurde reger Gebrauch gemacht. Neben wenigen Behinderungen durch Kleingruppen, die teilweise bereits auf der Bahnstrecke weit vor Lüneburg stattfanden, wurden auf der west-östlichen Streckenführung im Wendland folgende größere bzw. bemerkenswerte Aktionen durchgeführt:

- Behinderung mehrerer Zufahrtswege zur eigentlichen Transportstrecke durch den Einsatz von Treckern und ähnlichem Gerät (Einzelpersonen oder Kleingruppen mit genauer Ortskenntnis),
- Versuche der Unterhöhlung von Bahngleisen durch das Entfernen von Schotter aus dem Gleisbett, das sogenannte „Schottern“ (etwa 2.000 Aktivisten, meist ohne Ortskenntnisse),
- relativ kurzzeitige Blockade der Straße zwischen Dannenberg und Gorleben durch eine größere Herde von Schafen und Ziegen (Aktion einer Einzelperson),
- Straßenblockade durch Aktivisten von Greenpeace, mittels eines LKWs, der als Lieferfahrzeug für Getränke getarnt war und auf dem Asphalt fixiert wurde,
- kleinere Straßenblockaden durch das Netzwerk von X-tausendmal quer (mehrere Hundert Aktivisten) auf der Straße zwischen Dannenberg und Gorleben,
- zweitägige Sitzblockade auf der Straße nahe dem Zwischenlager Gorleben (etwa 3.000 Aktivisten, primär organisiert durch die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, X-tausendmal quer und ausgestrahlt),
- abendliche Raver-Party in unmittelbarer Nachbarschaft der Sitzblockade beim Zwischenlager (etwa 250 Personen).

Während ein Teil dieser Aktionen lange vorher angekündigt war und dementsprechend auch von der Polizei überwacht, geduldet, eingeschränkt oder, wie im Falle des „Schotterns“, effektiv verhindert wurde, erfolgten andere Aktionen (Schafherde, Greenpeace) als Überraschungscoup. Letztlich gelangten die Castor-Behälter erst mit einer rund 44-stündigen Verspätung an ihren Bestimmungsort im Zwischenlager, was die Atomkraftgegner, neben der schier Zahl der Protestierenden, in Relation zu früheren Behinderungen als Erfolg bewerteten. Hierbei ist festzuhalten, dass aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit Castor-Transporten seit 1995 niemand damit gerechnet hat, die Einlagerung der Behälter im Zwischenlager könne durch die Proteste grundsätzlich verhindert werden.

Worin besteht das einigende Band der Protestbeteiligten und damit auch eine wesentliche Komponente ihrer kollektiven Identität? Eine grundlegende, wenngleich nicht hinreichende Voraussetzung im Sinne eines kleinsten gemeinsamen Nenners ist sicherlich die Ablehnung der Atomenergie. Diese Haltung teilt jedoch die Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung; sie begründet noch keine Beteiligung am konkreten Protest. Es bedarf also der weiter reichen Überzeugung, dass der kollektive Protest gegen den Castor-Transport ein legitimes und sachgerechtes Mittel sei, um die grundsätzliche Ablehnung der Atomenergie zum Ausdruck zu bringen; vielleicht auch um gezielter Stellung zu beziehen gegen die nukleare Wiederaufarbeitung, die damit verbundenen Atomtransporte und die politischen wie technischen Modalitäten der Zwischen- und Endlagerung. Aber auch damit wird zunächst lediglich ein Akt erfolgreicher Konsensusmobilisierung im Sinne von Klantersmans (1988) beschrieben, aber noch nicht die tatsächliche Protestbeteiligung so vieler und so verschiedener Gruppen erklärt.

Erleichtert wurde die Beteiligung im konkreten Fall dadurch, dass der Protest nicht auf

eine vordefinierte Einzelaktion beschränkt blieb, sondern eine Fülle von zudem variablen Beteiligungsmöglichkeiten bot, die teilweise auch miteinander kombinierbar sind. Unterstützer konnten Dienstleistungen erbringen, etwa die Bereitstellung und Vermittlung von Schlafplätzen, die Mithilfe in einer Suppenküche oder der „Dienst“ im „alternativen“ Pressezentrum. Sie konnten aber auch zwischen solchen Funktionen und der Protestteilnahme pendeln. Andere Aktivisten, die sich unmittelbar und vielleicht ausschließlich an Protestaktionen beteiligen wollten, wechselten ihre Einsatzorte in Abhängigkeit vom Fahrplan des Castor-Transports: beginnend mit der Großkundgebung in Dannenberg, noch ein oder zwei Tage bevor der Transport das Wendland erreichte; dann zu den Schottern oder einer anderen Aktionsgruppe; um schließlich an der Straßenblockade auf dem letzten Teilstück kurz vor dem Zwischenlager teilzunehmen. Wiederum andere konzentrierten sich ganz auf „ihre“ Gruppe und die dafür charakteristischen Aktionsformen, sei es aufgrund praktischer Restriktionen (Zeitmangel, körperliche Einschränkungen), sei aus der Scheu vor Risiken (insbesondere bei illegalen Handlungen), sei es aus ideologischen oder taktischen Erwägungen. Ein Beispiel dafür ist der „Stuhlgang“ der Rentner, die mit ihren transportablen Sitzmöbeln zu ihrer eigenen Protestaktion aufgebrochen waren.

Über alle beteiligten Gruppen und mit ihnen verbundenen besonderen Aktionsformen hinweg besteht eine grundsätzliche Wertschätzung von ideologischer Pluralität und Handlungsautonomie von Individuen und Gruppen. Zwar gibt es interne Debatten darüber, wie weit ziviler Ungehorsam gehen darf und ob bestimmte illegale Handlungen, etwa das Schottern, gerechtfertigt sind. Aber es gibt Grenzen. Meines Wissens hat niemand – weder im internen Gespräch noch in öffentlicher Rede und Schrift – Gewalt gegen Personen befürwortet. Auch auf niedrigerer Schwelle steht Gewaltfreiheit hoch im Kurs. Fast alle Protestierende sind darum bemüht, sich im internen

Streit der Meinungen, vor allem aber in konkreten Auseinandersetzungen mit der Polizei deeskalierend zu verhalten. Letzteres wurde eindrucksvoll bei der Räumung der Sitzblockade vor dem Zwischenlager sichtbar, die teils aufgrund expliziter Absprachen, teils aufgrund der Einhaltung impliziter Regeln auf beiden Seiten geordnet und absolut friedlich verlief.

Alle beteiligten Protestgruppen respektieren einen sicherlich vage bleibenden Grundkonsens. Er bezieht sich auf bestimmte Grenzen des Protesthandelns, den Verzicht auf eine Vereinheitlichung der Gruppen und Aktionsformen, die Zurückhaltung gegenüber der Versuchung, andere Gruppen über das richtige Denken und Tun zu belehren. Nur unter diesen Bedingungen kann trotz durchaus konturierter Gruppenidentitäten eine übergreifende Kampagnenidentität entstehen, die eine aktive Selbstzurechnung zur Anti-Castor-Kampagne insgesamt erlaubt. Während in vielen anderen Protestbewegungen über den „einzig wahren“ Kurs erbittert gestritten wird, es teilweise auch zu scharfen Rivalitäten zwischen einzelnen Organisation oder gar zu Abspaltungen kommt, kennzeichnet die Anti-Castor-Kampagne ein relativ reibungsarmes Neben- und Miteinander. Dem würde eine starke Identität im Wege stehen.

Dieses relativ unideologische Profil der Kampagne, die keine hegemoniale Organisation und keine Leitung kennt, ist in Verbindung mit der konsensualen Beschränkung des Aktionsrepertoires auf symbolische Formen des Protests der entscheidende Faktor dafür, dass die Proteste von weiten Teilen der politischen Öffentlichkeit passiv oder billigend hingenommen werden. Anders verhält es sich bei etlichen anderen Fällen eines Regeln verletzenden Massenprotests. Die Organisatoren der Anti-Castor-Proteste, einschließlich der Initiatoren der Schottern-Aktion, wissen um die Bedeutung ihres Auftritts. Sie traten nach innen wie nach außen argumentierend und werbend, aber nicht belehrend oder gar ausgrenzend auf. Somit erwies sich die schwache Identität auch im Hinblick auf die Außenwahrnehmung als

Vorteil. Sie ließ den Protest weithin als legitim, verständlich und relativ diszipliniert erscheinen, obgleich die Oberfläche der Konfliktkonstellation – Tausende von Blockierern gegen Tausende von Polizeibeamten – die ganz andere Deutung nahelegen könnte, hier würden es „Radikale“ darauf anlegen, „den Staat“ herauszufordern.

3 | Anti-Castor-Protest – ein Einzelfall?

Die einleitende Gegenüberstellung von „früher“ und „heute“ mit der entsprechenden Kontrastierung von eher starken mit eher schwachen Bewegungsidentitäten birgt zwangsläufig die Gefahr von Stilisierungen und Überzeichnungen. Zu fragen wäre einerseits, ob die Bewegungen der Vergangenheit tatsächlich mit relativ starken und festen Identitäten verbunden waren. Mit Blick auf nationalistische Bewegungen wie auch sozialistische Bewegungen kann das vermutet werden. Aber ob dies auch für andere Bewegungen, insbesondere die Sekundärbewegungen der „industriellen Phase“ (Raschke 1985) zutrifft, wäre näher zu prüfen.

Ebenso wäre zu prüfen, ob der Anti-Castor-Protest als Regelfall oder Ausnahmefall zu betrachten ist. Ersteres erscheint plausibler. Ähnliche Muster eines bewusst lose gestalteten kampagnenförmigen Aktionsrahmens finden sich gehäuft in der jüngeren Vergangenheit. Erinnert sei an die Proteste gegen die WTO in Seattle 1999, als sehr verschiedene Gruppen – von Anti-Imperialisten über große US-Gewerkschaften bis hin zu christlichen Kreisen – in einer Art impliziter Arbeitsteilung ihre je eigenen Aktionen vor Ort durchführten, teilweise auch zu gemeinsamen Protesten zusammenfanden. Bemerkenswert ist auch das relativ offene identitäre Profil der Kampagne gegen die in Prag stattfindende Tagung von IWF und Weltbank im Jahr 2000. Hier formierten sich zum Kulminationspunkt des Protests drei separate Demonstrationzüge, denen sich die Globalisierungskritiker gemäß ihren unterschiedlichen ideologischen, taktischen und

expressiven Vorlieben zuordnen konnten. Als Orientierungshilfe diente die Kennzeichnung jedes Zuges mit einer bestimmten Farbe: pink/silver, blau oder gelb (Chesters/Welsh 2004). Abwandlungen dieses Musters waren auch bei einigen nachfolgenden Kampagnen globalisierungskritischer Gruppen zu beobachten. Dabei ist festzuhalten, dass es in Prag und anderswo nicht, wie bei militärischen Operationen, darum ging, eine große Gruppe mit der Absicht aufzuteilen, die Gegenseite zu irritieren und eine Aufteilung von deren Kräften zu erzwingen, wie es bei der sog. Fünf-Finger-Taktik in Heiligendamm im Jahr 2007 zu beobachten war.³

Entscheidender und unter dem Blickwinkel schwacher Identitätsbildung aussagekräftiger ist vielmehr der Sachverhalt, dass im Zuge eines langen Vorbereitungsprozesses und der eigentlichen Protestaktivitäten vor Ort auf eine organisatorische Vereinheitlichung der Protestbewegung, auf die übergreifende Festlegung von Aktionsformen und Taktiken, auf eine logistische Gesamtplanung verzichtet und gerade dadurch eine breite Beteiligung unterschiedlicher Spektren und Gruppen ermöglicht wurde (Teune 2008).

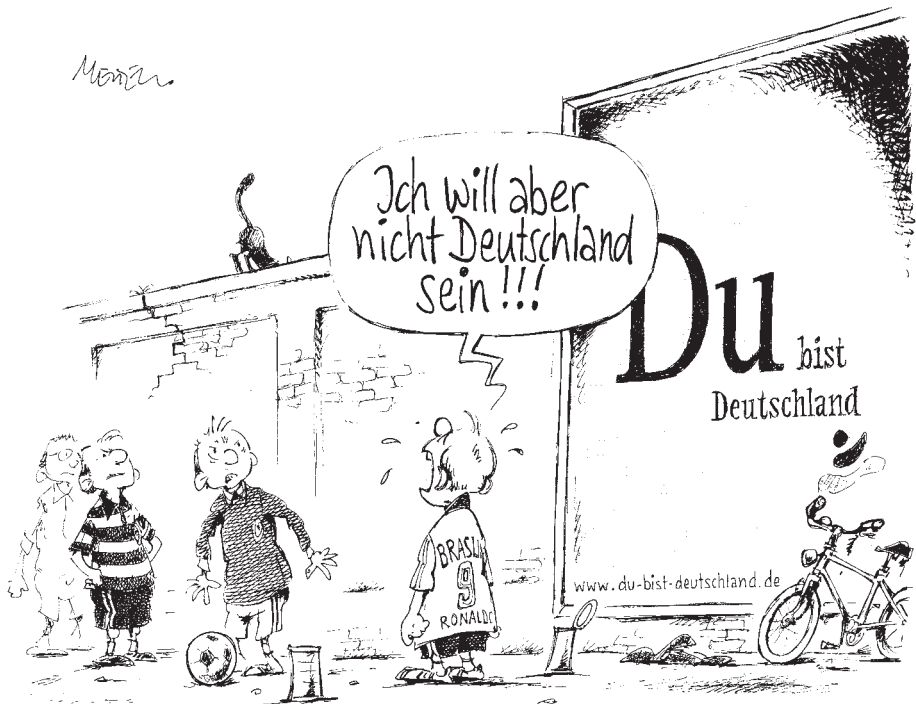
Ein anderes Beispiel für einen ähnlichen Sachverhalt bieten die Aktionen und Veranstaltungen zum 1. Mai in Berlin. Am Vormittag des 1. Mai 2002 hielten vor dem Roten Rathaus die Gewerkschaften ihre traditionelle Mai-Kundgebung ab, während die PDS eine eigene Mai-Veranstaltung durchführte. Bemerkenswert daran ist zweierlei. Zum Ersten wählte die PDS als Ort ihrer Veranstaltung den Alexanderplatz in unmittelbarer Nachbarschaft zum Roten Rathaus. Zum Zweiten war das Zeitfenster der PDS-Kundgebung so gestaltet, dass es sich nur teilweise mit dem der gewerkschaftlichen Veranstaltung überlappte. Dies ermöglichte ein Hin- und Herwandern zwischen beiden Veranstaltungen. Diese Platzierung der PDS-Kundgebung kann so interpretiert werden, dass eine starke Identitätsbehauptung vermieden werden sollte. Sie hätte die Demonstranten vor die Alternative eines

Entweder-Oder gestellt, wie sie für die Mai-Umzüge der KPD und SPD in der Weimarer Ära charakteristisch war. Bezeichnend ist auch, dass selbst innerhalb der Mai-Umzüge und Kundgebungen der Gewerkschaften im heutigen Berlin linksradikale Gruppen bzw. Blöcke geduldet werden, die als scharfe Kritiker der Gewerkschaften auftreten. Dagegen wurden kommunistische Demonstranten auf Gewerkschaftskundgebungen der 50er und frühen 60er Jahre von anders denkenden Gewerkschaften abgedrängt oder gar verprügelt.

Selbst innerhalb des Lagers der radikalen Linken, die sich in den vergangenen Jahren in Berlin in meist zwei oder drei „revolutionären“ Mai-Demonstrationen gruppierten, sind kaum wechselseitige Ausgrenzungen erkennbar, wie sie die radikale Linke der frühen 70er Jahre pflegte. Diese heutige Entspanntheit zeigt sich auch daran, dass viele der Aktivisten, die sich entweder am ersten oder zweiten Demonstrationszug am Nachmittag beteiligen, wie selbstverständlich der „revolutionären“ 18-Uhr-

Demonstration anschließen, welcher fast regelmäßig Krawalle zu später Stunde folgen. Zudem mischen sich verschiedene politische Spektren, ergänzt durch eine große Zahl von primär spaß- und erlebnisorientierten Menschen, im Rahmen des nachmittäglichen und abendlichen Mai-Festes in Berlin-Kreuzberg. Auch dieses steht in deutlichem Kontrast zu den klassischen Mai-Veranstaltungen in der Ära des Kaiserreichs und der Weimarer Republik. Damals war der politische Teil („Kampftag“, in der Regel am Vormittag) vom geselligen Teil („Feier- bzw. Festtag“, am Nachmittag und Abend,) des 1. Mai nicht nur zeitlich, sondern auch räumlich geschieden.

Auch in ganz anders gelagerten Konfliktfällen, etwa den Auseinandersetzungen um Stuttgart 21, findet sich das Muster einer aus heterogenen Gruppen zusammengesetzten Allianz mit zwangsläufig schwacher Identitätsbehauptung. Das insgesamt eher gemäßigte Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 schließt die offensiver vorgehenden und teils auf eigene



Rechnung agierenden Parkschützer ein, zu denen man sich wiederum, qua Klick auf der Webseite, in drei unterschiedlichen Intensitätsstufen bekennen kann. Diese Zusammenarbeit ist nur möglich, weil ein relativ offener und vager Grundkonsens formuliert wird und ein Aktionsrahmen vorgesehen ist, der es erlaubt, dass sich die jeweiligen Gruppen mit ihren je eigenen Vorstellungen – teils räumlich und zeitlich getrennt – beteiligen, ohne sich deshalb als Separatisten zu verstehen oder von anderen als solche wahrgenommen zu werden. Vor diesem Hintergrund gab es zwar Spannungen, aber keinen Eklat, als die Parkschützer von Anfang an dem von Heiner Geißler moderierten und beherrschten „Schlichtungsverfahren“ fernblieben, während sich der große Rest des Aktionsbündnisses auf die Prozedur einließ und sich folgerichtig auch in Fallstricken der „Legitimation durch Verfahren“ (Niklas Luhmann) verding.

Abzuschwächen scheinen sich nicht nur die Ansprüche und Möglichkeiten einer starken Identitätsbehauptung von Netzwerken, Allianzen und übergreifenden sozialen Bewegungen, sondern auch die Identität spezifischer Gruppierungen und Strömungen. Harte und bittere Grabenkämpfe, wie sie insbesondere die K-Gruppen im Gefolge der außerparlamentarischen Opposition der späten 60er Jahre charakterisierten, sind in den linken bzw. progressiven Spektrum der Bewegungen von heute selten geworden. Formalisierte Zugehörigkeiten und Mitgliedschaften, denen womöglich eine Phase der Anwartschaft und sonstige Treuebekennnisse vorgeschaltet waren, wirken deplatziert. Stattdessen gehen Gruppen und Organisationen im Bewegungssektor zunehmend dazu über, Eintritts- und Austrittsschwellen niedrig zu halten, sogar Mitsprache und Mitwirkungsmöglichkeiten denen zu ermöglichen, die einfach nur neugierig sind, ohne sich binden zu wollen.

Ein prägnantes Beispiel für ein organisatorisch wie ideologisch flach und schwach gehaltenes Profil bietet Attac, in dem sich die Merkmale von Organisation, Netzwerk und Bewe-

gung vermischen. An den jährlichen „Ratschlägen“, dem Äquivalent zur herkömmlichen Jahreshauptversammlung eines klassischen Vereins, können alle Interessierten teilnehmen. Unabhängig vom Kriterium formaler Mitgliedschaft sind alle Anwesenden auch stimmberechtigt.

Attac ist lediglich ein Beispiel für das Phänomen einer relativ losen Bewegungsstruktur mit bewusst unscharf gehaltenen Außengrenzen und schwacher Identität, wie sie im Rahmen globalisierungskritischer Bewegungen häufig anzutreffen ist. „Horizontalität“, eng verbunden mit einer schwachen kollektiven Identität, „becomes a means and a goal“ (Nunes 2005: 297). Genannt seien hier lediglich Peoples' Global Action (Maiba 2005) sowie die European Preparatory Assemblies (Haug/Rucht 2012). Sie kennen keine expliziten und dauerhaften Funktionsrollen, geschweige denn Statuten. Personaler Status und politischer Einfluss innerhalb der Gruppierungen beruht auf den Ressourcen von Erfahrung und zeitlicher Investition, fallweise auch auf dem Rückhalt bei einer nachgelagerten Gruppe oder Organisation.

Allerdings ist schwache Bewegungsidentität kein Novum, sondern tritt lediglich häufiger und deutlicher als in der Vergangenheit in Erscheinung. Der Typus lockerer und dezentraler Bewegungsstruktur, freilich ohne ausdrücklichen Bezug zur Frage kollektiver Identität, wurde bereits vor Jahrzehnten identifiziert und mit der Formel SPIN (segmented, polycephalous interaction networks) auf einen Nenner gebracht (Gerlach/Hine 1970). Später, mit Blick auf neue soziale Bewegungen, hat Roth (1998) auf die Verbindung zwischen lockeren Organisationsformen und „Patch-Work-Identitäten“ hingewiesen. In der Diskussion um die dezentrale Struktur der neuen sozialen Bewegungen ist zudem argumentiert worden, dass damit nicht ein Merkmal dieses Bewegungstypus, sondern vielmehr ein Frühstadium von Bewegungen schlechthin indiziert würde (Calhoun 1993). Und schließlich hat Gould (1991) in seiner Analyse der Pariser Commune von 1871 gezeigt, dass auch dort die Interaktions-

effekte von formellen und informellen Netzwerken eine zentrale Rolle für Mobilisierungsprozesse gespielt haben.

4 | Fazit

Schwache Identitäten sind unter den heutigen Randbedingungen bewegungsförmiger politischer Mobilisierung nicht Ausdruck eines Defizits, das es tunlichst zu beheben gelte. Schwache Identitäten sind vielmehr von den meisten Unterstützern, Aktivisten und Organisatoren gewollt; sie erweisen sich im Mobilisierungsprozess als funktional und vorteilhaft.

Eine erste Stärke schwacher Identitäten besteht darin, dass sie den Erwartungen und Bedürfnissen insbesondere jugendlicher Sympathisanten und Aktivisten entsprechen. Sie kommen deren Bereitschaft zu situativem Engagement entgegen. Viele der heutigen Aktivisten wollen sich nicht in vorfabrizierte organisatorische Räderwerke und ideologische Konstrukte einpassen, sondern suchend, erprobend und gestaltend in politischen Zusammenhängen wirken. Diese Kontexte müssen ihnen als offen, flexibel und anpassungsfähig erscheinen. Abschreckend wirken dagegen selbstbezoglicher Organisationspatriotismus, ideologische Fixierungen und Grabenkämpfe, Ochsentouren zur Erlangung von organisationsinterner Reputation und Ämtern, durch Satzungs-vorschriften und Geschäftsordnungen gerahmte Diskussionen und eine uniform gestaltete Symbolik und Außendarstellung.

Ein zweiter Vorteil schwacher Identitäten ist die besondere Leistung des *bridging* im Unterschied zum *bonding*. Kraft ihrer *weak ties*, die mit schwachen Identitäten korrespondieren, erlangen solche Gruppen und Netzwerke eine höhere kommunikative Reichweite als sozial und ideologisch homogene Zirkel. Damit verbessern sie die Chance, bestehende Mobilisierungspotentiale sowohl zu einem höheren Grad für konkrete Proteste auszuschöpfen als auch neue Mobilisierungspotentiale, zumindest aber Potentiale der Konsensbildung, proaktiv zu schaffen.

Eine dritte Stärke schwacher Identitäten besteht darin, dass sie es in einer Welt sehr verschiedenartiger, teilweise auch horizontal gelagerter sozialer Milieus ermöglichen, lockere Netzwerke sowie sachlich und zeitlich meist begrenzte Bündnisse mit einer ausgeprägten Kampagnenorientierung zu bilden. Voraussetzung dafür ist einerseits, dass die teilnehmenden Gruppen nicht so hochgradig ideologisiert sind, dass die mögliche Zusammenarbeit mit anders Denkenden als Verrat an der eigenen Sache empfunden und deshalb abgewehrt wird. Voraussetzung auf der Seite gruppenübergreifender Netzwerke und Bündnisse ist wiederum, dass auf dieser Ebene scharfe Profilbildung sowie zentralistische Tendenzen oder gar Versuche einer ideologischen Homogenisierung bzw. Hegemonialisierung vermieden werden, also die relative Autonomie aller Beteiligten gewahrt bleibt. Ausdruck von solchen „tolerant identities“ (della Porta 2005) sind (1) relativ vage Slogans und Zielbeschreibungen (z.B. „Eine andere Welt ist möglich“), (2) die Vermeidung von repräsentativen Organen bzw. Koordinationsausschüssen mit geregelter Mitgliedschaft und Sitzverteilung (wie z.B. der in der Friedensbewegung der 1980er Jahre existierende Koordinationsausschuss), (3) die weitgehende Vermeidung von Abstimmungen per Mehrheitsentscheid sowie von Kompromisszwängen, die sich aus Verhandlungen ergeben, schließlich (4) die Bevorzugung eines losen Aktionsrahmens, der allen Beteiligten die Wahl ihrer konkreten Zielsetzungen, Taktiken und Begründungen (bis hin zum Verzicht auf explizite Begründungen) überlässt. Erst unter diesen Voraussetzungen können die sachlich, sozial und kulturell weit gespannten Bündnisse der globalisierungskritischen Bewegungen zustande kommen. Am Ende könnte sogar die Idee einer „Bewegung der Bewegungen“ ein Stück weit Realität werden, während das historische Projekt der sozialistischen „Internationale“ nicht zuletzt an starken Identitäten, die sich wechselseitig ausschlossen, stets aufs Neue gescheitert ist.

Eine vierte Stärke schwacher Identitäten besteht darin, dass sich, über die bewegungsinternen Bündnisse hinausgehend, kommunikative Anschlüsse nach außen erlauben, insbesondere im Hinblick auf das allgemeine und vielleicht in der Sache noch abwartende Publikum. Eine identitär schwache Bewegung ist sozial, kognitiv und ideologisch leichter zugänglich als eine politische Gruppe von *true believers* (Hoffer 1951), denen ein starkes, teilweise bedingungsloses Bekenntnis abverlangt wird. Anders als starke Identitäten provozieren schwache Identitäten weniger heftige Abwehrbewegungen beim Publikum. Das heißt im Falle medialer Berichterstattung, dass Gruppen mit schwacher Identität auch eher mit professioneller Distanz begegnet wird. Damit entsteht Raum für sachliche Information anstelle starker Wertungen und der Fixierung auf Exzentrisches.

Schwache Identitäten haben schließlich den weiteren Vorteil, dass sie eine flexible Anpassung an neue interne und vor allem externe Bedingungen und Problemlagen erlauben. Eine solche Anpassung ist in Zeiten einer immer kurzatmigeren Politik, sich rasch verändernden Kräftekonstellationen, volatiler Meinungsbildung und entsprechendem Wählerverhalten eine notwendige Voraussetzung, um sich als gesellschaftliche und politische Kraft behaupten zu können. Dagegen wären feste, eingefrorene Identitäten wohl nur um den Preis aufrecht zu erhalten, dass die Fahne der Tradition oder ewigen Wahrheit zwar weiterhin, aber von immer weniger Beteiligten hochgehalten wird.

Abschließend und einschränkend sei auf dreierlei hingewiesen: Zum Ersten sollte klar sein, dass schwache Identitäten nicht per se das Überleben oder gar die politische Stärke einer Kampagne oder Bewegung gewährleisten. Dazu bedarf es einer Reihe weiterer, hier ungenannter Faktoren, über deren Zusammenspiel wir wenig wissen. Zum Zweiten dürfen auch schwache Identitäten nicht zu schwach ausgebildet sein. Ist dies der Fall, so kommt entweder eine entstehende Bewegung gar nicht

auf die Beine (dies könnte das Problem der aktuellen Occupy-Bewegung sein) oder eine traditionsreiche Bewegung wird allmählich unkenntlich, zerfasert und zerfällt. Es bleibt also eine dauerhafte Aufgabe, jeweils eine der Zeit und Situation angemessene Balance zwischen identitärer Schließung (mit dem Endpunkt der Sektenbildung) und Profillosigkeit (mit dem Endpunkt des Identitätszerfalls) zu wahren (Rucht 1995). Zum Dritten ist zu betonen, dass die Wertschätzung schwacher Identitäten keineswegs für alle Protestgruppen gilt. Insbesondere rechtsradikale Zirkel und Organisationen setzen auf starke und reflexionsarme Identitätsbildung. Dies hat freilich seinen Preis. Starke Identitäten auf der Ebene von Gruppen begünstigen Stammesrivalitäten und schaffen so notorisch Probleme einer dauerhaften und die Gruppen übergreifenden Zusammenarbeit.

Dieter Rucht ist Honorarprofessor für Soziologie an der Freien Universität Berlin. Bis 2011 war er Ko-Leiter für Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), rucht@wzb.eu.

Anmerkungen

- ¹ Eine nähere Fallbeschreibung und Interpretation im Hinblick auf andere Aspekte findet sich bei Rucht 2012.
- ² Das Projekt einer atomaren Wiederaufarbeitungsanlage wurde zunächst im Wendland (1979) und zuletzt im bayerischen Wackersdorf (1989) aufgegeben. Geblieben ist jedoch das Vorhaben einer Endlagerung im Gorleben Salzstock (derzeit offiziell noch im Versuchsstadium). Realisiert wurde zudem das in unmittelbarer Nähe des geplanten Endlagers befindliche Zwischenlager für die Castor-Behälter.
- ³ Die relativ spontan eingesetzte Fünf-Finger-Taktik diene dem Zweck, möglichst viele Demonstranten an die Umzäunung der Sperrzone gelangen zu lassen. Dazu spalteten sich

die Beteiligten in fünf voneinander unabhängige Kolonnen auf, um quer über Wiesen und Felder zum Zaun vorzudringen. Dieses Vorhaben gelang im Wesentlichen.

Literatur

- Calhoun, Craig* 1993: „New Social Movements“ of the Early Nineteenth Century. In: *Social Science History*, Jg. 17, Heft 3, 385-427.
- Chesters, Graeme/Welsh, Jan* 2004: The Rebel Colours of S26: Social Movement: ‚Frame-work‘ during the Prague IMF/WB protests. In: *Sociological Review*, Jg. 52, Heft 3, 314-335.
- della Porta, Donatella* 2005: Multiple Belongings, tolerant identities, and the construction of another politics. In: Donatella della Porta; Sidney Tarrow (Hg.): *Transnational protest and global activism*. Lanham: Rowman & Littlefield, 175-202.
- Gerlach, Luther P./Hine, Virginia P.* 1970: *People, Power, Change: Movements of Social Transformation*. Indianapolis: Bobbs-Merrill.
- Gold, Roger* 1991: Multiple Networks and Mobilization in the Paris Commune, 1871. In: *American Sociological Review*, Jg. 56, Heft 6, 716-729.
- Granovetter, Mark* 1973: The Strength of Weak Ties. In: *American Journal of Sociology*, Jg. 78, Heft 6, 1360-1390.
- Granovetter, Mark* 1983: The Strength of Weak Ties: A Network Theory Revised. In: Randall Collins (Hg.): *Sociological Theory*. San Francisco: Jossey-Bass, 201-233.
- Haug, Christoph/Rucht, Dieter* 2012. Structurelessness: An Evil or Asset? In: Donatella della Porta; Dieter Rucht (Hg.): *Meeting Democracy: Power and Deliberation in Global Justice Movements*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hoffer, Eric* 1951: *The True Believer: Thoughts on the Nature of Mass Movements*. New York: The American Library.
- Klandermans, Bert* 1988: The Formation and Mobilization of Consensus. In: *International Social Movement Research*, Jg. 1, 173-196.
- Lepsius, Rainer M.* 1966: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: Wilhelm Abel et al. (Hg.): *Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte, Festschrift zum 65. Geburtstag von F. Lütge*. Stuttgart: G. Fischer, 371-393.
- Nunes, Rodrigo* 2005: Networks, Open Spaces, Horizontality: Instantiations. In: *ephemera. theory & politics in organization*, Jg. 5, Heft 2, 297-318.
- Paris, Rainer* 1989: Situative Bewegung, Moderne Protestmentalität und politisches Engagement. In: *Leviathan*, Jg. 17, Heft 3, 322-336.
- Raschke, Joachim* 1985: *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß*. Frankfurt/New York: Campus.
- Roth, Roland* 1998: Patch-Work. Kollektive Identitäten neuer sozialer Bewegungen. In: Kai-Uwe Hellmann und Ruud Koopmans (Hg.): *Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 51-68.
- Rucht, Dieter* 1995: Kollektive Identität. Konzeptionelle Überlegungen zu einem Desiderat der Bewegungsforschung. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 8, Heft 1, 9-23.
- Rucht, Dieter* 2012: Social Movement Structures in Action: Conceptual Propositions and Empirical Illustrations. In: Jacquelin Van Stekelenburg; Conny M. Roggeband; Bert Klandermans (Hg.): *The Changing Dynamics of Contention*. Minnesota: University of Minnesota Press.
- Teune, Simon* 2008. Gegen Zaun, Gipfel und Käfighaltung. Eine Chronik des Protestes gegen das G8-Treffen in Heiligendamm. In: Dieter Rucht; Simon Teune (Hg.): *Nur Clowns und Chaoten? Die G8-Proteste in Heiligendamm im Spiegel der Massenmedien*. Frankfurt/M.: Campus, 17-29.

ANALYSE

Einfluss, Unabhängigkeit, Stärke?

Die Bedeutung von Netzwerken in der Gesellschaft

Vor einigen Jahren nahm ich einmal an einer Stadtführung in Meersburg am Bodensee teil. Dabei kamen wir an einem Haus vorbei, an dem ein recht unscheinbares Messingschild mit der Aufschrift ‚Die Meersburger 101‘ zu sehen war. Meine Prädisposition für zivilgesellschaftliche Organismen ließ mich die Dame, die uns führte, fragen, was es damit auf sich habe. Die Antwort lautete, das Haus gehöre einem Netzwerk, genauer einer seit dem 15. Jahrhundert bestehenden bürgerschaftlichen Vereinigung; die Zahl der Mitglieder ergebe sich aus dem Namen. Diese rekrutierten sich über alle Partei-, Konfessions- und sonstigen Grenzen hinweg aus Meersburger Bürgerinnen und Bürgern mit hoher Reputation, und hier würde de facto die Stadtpolitik gemacht. Die Nachfrage eines anderen aus der Gruppe, ob das nicht die Aufgabe des Gemeinderats sei, wurde nur mit einem Lächeln quittiert. Ähnliches ließe sich aus anderen deutschen Städten und in großem Umfang auch aus Italien berichten, wo im Mittelalter gegründete Bruderschaften mit sozialen Zielen bis heute einflussreiche Akteure in der Lokalpolitik bilden.

Dieser Qualifizierung eines zivilgesellschaftlichen Netzwerks steht eine andere diametral gegenüber. „Networking is Not-working“, so charakterisierte George Soros einst die Qualität von Netzwerken – und wurde in den 1990er Jahren zu einem der größten Förderer von Zivilgesellschaft und Netzwerkarbeit weltweit. Es wäre schwierig, sich vorzustellen, dass Soros dies getan hätte, um den, wie Wolfgang Seibel das 1994 in seinem berühmten Buchtitel nannte (Seibel 1994), funktionalen Dilettantismus der Zivilgesellschaft zu fördern und diese dadurch bewusst schwach zu halten. Solche Gedankengänge mögen Beamte des Bundes beflügeln, aber wohl kaum einen so rational

und strategisch denkenden Menschen wie Soros.

Es scheint jedenfalls durchaus etwas Ambivalenz in dem Begriff des Netzwerks zu liegen, den wir in der zivilgesellschaftlichen Aktionsforschung gern als Merkmal von Zivilgesellschaft in Abgrenzung von Staat oder Markt herausstellen. Darüber will ich mit Ihnen kurz nachdenken. Während aus der Kritik von Soros vor allem der Zweifel an der Effektivität von netzwerkorientiertem Handeln durchscheint, richtet sich eine andere, viel häufiger gehörte Kritik gegen die demokratietheoretische Legitimität von Netzwerken. Diese dienen nämlich, so heißt es, der Abkapselung von Eliten gegen partizipatorische Prozesse. Netzwerke von Absolventen elitärer Internate und ‚Alte Herren‘ von studentischen Korporationen, im englischen mit eindeutig negativer Assoziation *old boys networks* genannt, verhinderten ebenso wie Rotary-, Golf- oder Tennis-Clubs die Chancengleichheit von Bürgerinnen und Bürgern beim Durchsetzen von Ideen ebenso wie beim Erlangen von geschäftlichen Aufträgen oder gesellschaftlicher Reputation. Ganz besonders, füge ich in einer gewissen persönlichen Betroffenheit hinzu, wird dieser Vorwurf fast 100 Jahre nach Ausrufung der deutschen Republik gegen den historischen Adel erhoben, der nach Auffassung vieler nach wie vor eine Kaste bildet, in die man nicht eindringen kann, deren Mitglieder untereinander heiraten, sich gegenseitig zum Erfolg verhelfen und die einen – natürlich ungerechtfertigten – Einfluss auf die Gesellschaft insgesamt ausüben. Ich kann Ihnen versichern, gerade dieses Netzwerk ist außerordentlich weitmaschig und wenig wirkungsvoll. Ähnlichen Vorwürfen sahen und sehen sich übrigens auch andere als homogen und abgeschlossen angesehene Gruppierungen, etwa Freimaurer, oder religiöse oder ethnische Minderheiten ausgesetzt, gelegentlich mit einer gewissen Berechtigung, überwiegend aber ohne diese und zumal dann, wenn Mitglieder solcher Gruppen als im Leben erfolgreich wahrgenommen wurden oder werden.

Solche Vorwürfe mögen berechtigt sein oder nicht und nicht immer die Begrifflichkeit als *terminus technicus* widerspiegeln. In jedem Fall untermauern sie die Beobachtung, dass Netzwerk nicht unbedingt ein positiv konnotierter Begriff ist, und dies ist Anlass zu einem umfassenderen Blick auf die Bedeutung von Netzwerken in der Gesellschaft (siehe hierzu Häußling/Stegbauer 2010). Dass Netzwerke nicht erst erschaffen werden müssen, sondern in vielen Kontexten aus dem Zusammenleben von Menschen heraus entstehen, hat sich auch im politischen Raum noch nicht genug herumgesprochen (siehe hierzu Olmerod 2010). Dennoch will ich darauf nicht eingehen, sondern mich auf einige, im Zusammenhang der Tagung m.E. wichtige Aspekte beschränken.

Zur Ambivalenz von Netzwerken

Ein kritischer Blick auf Netzwerke erscheint mir freilich gerade auch im zivilgesellschaftlichen Kontext notwendig. Dies sei durch den Verweis auf das immer wieder formulierte Desiderat angedeutet, etwa die Netzwerkbildung im Stiftungswesen und zwischen diesem und wirtschaftlichen und politischen Eliten durch eine empirische Analyse der Verflechtungen unter ehrenamtlichen Führungskräften in den Blick zu nehmen. Welche Folgen hat es, so wäre in diesem Zusammenhang zu fragen, wenn die Mitglieder von Organen großer Stiftungen zum einen in mehreren Stiftungen, zum anderen gleichzeitig oder zeitversetzt in Industrieunternehmen oder -verbänden oder in Politik und öffentlicher Verwaltung Führungspositionen innehaben? Beeinflusst dies ihre Meinungsbildung, oder wird die Mitgliedschaft gar nicht um der Sache willen, sondern um der Nutzung für andere Zwecke willen erstrebt? Sind solche Netzwerke letztlich, so der weitestgehende Vorwurf, das ebenso subtil angelegte wie effektive Instrument, um einem politisch-administrativ-wirtschaftlichen System die Macht zu sichern? Gefährden sie dadurch nicht aus theoretischer wie aus pragmatischer Perspektive das Überleben und schon gar die Entwicklung einer demokratisch bestimmten Ge-

sellschaftsordnung? Sind sie also, auf einen kurzen Nenner gebracht, allzu einflussreich und gerade deswegen nicht zu tolerieren?

Diesem Generalverdacht tritt Robert Putnam mit seiner These entgegen, informelle Netzwerke seien geradezu eine Gelingensbedingung einer modernen Demokratie. ‚Making Democracy Work‘ lautet der Titel des, als er es 1994 vorlegte, aufsehenerregenden Buches (Putnam 1994), in dem er als Ergebnis seiner empirischen Langzeit-Untersuchungen in Italien die Theorie des sozialen Kapitals entwickelte. Nur dort, wo ein Geflecht informeller sozialer Netzwerke eine hierarchiearme Kommunikation und die freie Entwicklung von Vertrautheit und Vertrauen ermögliche, kann, so Putnam, eine freiheitliche Gesellschaft überhaupt bestehen. Die Tocquevillesche Tradition, ein Eckpfeiler US-amerikanischen Selbstverständnisses, scheint hier unübersehbar durch. Auch von mir wird die Legitimation einer Zivilgesellschaft als dritter Arena kollektiven gemeinschaftsorientierten Gestaltens und Handelns nicht zuletzt mit dem sogenannten zivilgesellschaftlichen Mehrwert und unter dieser Überschrift mit der singulären Fähigkeit begründet, dieses soziale Kapital zu bilden. Der im Staat trotz parlamentarischer Kontrolle extremen, aber auch in der Wirtschaft vorherrschenden Handlungslogik der Hierarchiebildung wird hier eine hierachiefreie oder jedenfalls hierarchiearme Handlungslogik gegenübergestellt, die auf dem Prinzip der Instabilität und Volatilität aufbaut und diesem die primäre Voraussetzung von Kreativität zumsist. Insoweit gründet sich die Unabhängigkeit der Zivilgesellschaft als Arena autonomer Akteure darauf, dass sich diese zu Netzwerken verbinden (und wieder auseinander gehen), jedenfalls nicht wie der *citoyen* im ersten republikanischen Staatsmodell Frankreichs allein im Staat ihre Kollektivität finden.

Dabei wird freilich gerne übersehen, dass es auch in der Zivilgesellschaft durchaus die Notwendigkeit der Hierarchiebildung gibt. Ich selbst habe beispielsweise lange haupt- und ehrenamtlich in einer mit Katastrophenschutz

und Rettungswesen befassten Organisation gearbeitet. Dort kann im Großeinsatz mit Hunderten von eingesetzten freiwilligen Helfern unabhängig davon, dass es hier nur über Akzeptanz und Partizipation und nicht wie dort auch über hoheitliche Gewalt durchgesetzt werden kann, nur das geradezu militärische Prinzip von Befehl und Gehorsam zum Erfolg führen. Etwas allgemeiner gesagt, jede assoziativ aufgebaute zivilgesellschaftliche Organisation, die im weitesten Sinn Dienstleistungen erbringt (das ist die Mehrheit), kennt das Problem, das zwischen notwendigem Direktionsrecht, insbesondere, aber nicht nur gegenüber hauptamtlichen Mitarbeitern, und ebenso unabdingbarer Partizipation schwere Konflikte entstehen können. Das in kirchlichen Wohlfahrtsverbänden als Lösungsansatz entwickelte Modell der Dienstgemeinschaft, gewissermaßen eines Dienstnetzwerks, in Abgrenzung vom üblichen Arbeitsrecht scheint bei Lichte besehen nicht sonderlich wirkmächtig zu sein. Um noch eins draufzusetzen: Nicht netzwerkmäßig aufgebaute zivilgesellschaftliche Organisationen, etwa ein Großteil der Stiftungen, sind sowohl legal – es gilt die verfassungsrechtliche Unterscheidung zwischen *forma externa* und *forma interna* – als auch legitim – es gilt das Autonomieprinzip. Selbst in globalisierungskritischen Bewegungen stehen „die Anhänger informeller und dezentraler Strukturen den Befürwortern formeller straff geführter Organisationen gegenüber.“ (Roth/Rucht 2008: 507)

Wir befinden uns also, so scheint es, in einem außerordentlich komplexen Dilemma, das wie so oft dadurch noch akzentuiert wird, dass wir intuitiv den uns sympathischen Teil, also die Hierarchiearmut, das heißt einen jedenfalls angeblich herrschaftsfreien Raum, die Veränderungskomponente und natürlich die Kreativität für uns reklamieren, den weniger sympathischen, also die Verfestigung von Parallelstrukturen, dagegen ausblenden. Die Empirie des bürgerschaftlichen Engagements bestätigt dies als Trend. Die Lebenserfahrung lehrt aber, dass auch hier im Marxschen Sinne

das Sein das Bewusstsein prägen kann. Wer ins Leben aufbricht und sich möglicherweise von bestehenden Netzwerken beeinträchtigt fühlt, jedenfalls ihnen nicht angehört, wird anders über sie urteilen als der, der in eines oder mehrere eingebunden ist – gleich ob es sich dabei um den Lyons-Club oder eine Attac-Initiative handelt. ‚Stuttgart 21‘ hat uns drastisch vor Augen geführt, dass auch ältere Menschen durchaus bereit und in der Lage sind, neue Netzwerke zu bilden und sich aus alten zu lösen – und zwar nicht deswegen, weil, wie unsinnigerweise und mit diffamierender Absicht behauptet wird, diese in die Jahre gekommene Revoluzzer von 1968 oder Egoisten seien, die das Instrument missbrauchen, sondern weil sie die Veränderungen dieser Welt und der in ihr virulenten Handlungslogiken bewusst miterlebt und daraus für sich zu gegebener Zeit die notwendigen Schlüsse gezogen haben. Mit Blick in die übrige Welt ist es daher nicht zu verstehen, dass Autoren wie Gerhard Matzig (Matzig 2011) oder Dirk Kurbjuweit (Kurbjuweit 2010) die die Diffamierung der sogenannten Wutbürger betreiben, in den Printmedien breitesten Raum erhalten, während das durchaus konstruktive bürgerschaftliche Gemeinschaftsgefühl, das sich beispielsweise in Stuttgart aus den Wutbürgernetzwerken entwickelt hat, unterschlagen wird.

Nutzen und Schaden von Netzwerken

Dennoch bleibt die Frage, wie das Dilemma aufzulösen ist, das sich zwischen der demokratiefördernden Wirkung von Netzwerken (nach Putnam) und der schädigenden in der Form von Parallelkulturen abzuzeichnen scheint. Auf letztere zu schauen, ist im Übrigen auch deshalb von Bedeutung, weil sie zum Standardrepertoire von Verschwörungstheorien gehören. Bevor ich aber darauf eingehe, will ich einen kleinen Exkurs machen, den ich dem von mir sehr verehrten Physiker und Gesellschaftstheoretiker Hans-Peter Dürr verdanke (siehe hierzu Dürr 1998; Dürr 2009): Wir sind daran gewöhnt, hierarchische Ordnungen als stabil, netzwerkartige dagegen als instabil zu sehen.

Nicht zuletzt diese Instabilität ist, so auch Dürr, der Grund für das höhere Kreativitätspotential unhierarchischer Strukturen. Letzten Endes aber, so die naturwissenschaftliche Erkenntnis, die er vermittelt, führt Hierarchie gerade nicht zu langfristiger Stabilität. Vielmehr ist sie verwundbar und bei entsprechend geführtem Angriff auch rasch zerstörbar. Netzwerke dagegen sind bei aller Volatilität in den Einzelheiten insgesamt beständiger, weil Angriffe gegen sie vergleichsweise wirkungsarm bleiben. Der rasche Zusammenbruch der DDR und anderer sozialistischer Systeme um 1990 ist dafür ein gutes Beispiel. Daher ist die Heranbildung von Jugendlichen zu Einordnung in Hierarchien, wie sie bis heute als Effekt des deutschen Bildungssystems nachgewiesen werden kann, nicht nur normativ defizitär, sondern auch unvernünftig, weil sie die Fähigkeit zur flexiblen Anpassung an neue Lebensumstände massiv beeinträchtigt. Angesichts der Komplexität und Entwicklungsdynamik der Welt des 21. Jahrhunderts erscheint dies unverantwortlich.

Nun aber zurück zu dem geschilderten Dilemma! Im Folgenden sollen einige Lösungsansätze ganz knapp vorgestellt werden. Zum einen könnte es hilfreich sein, zwischen persönlichen und institutionalen Netzwerken zu unterscheiden. Demokratieverträglich könnten also Netzwerke sein, die eine Struktur mit formalisierten Meinungsbildungsprozessen und öffentlicher Verantwortlichkeit aufweisen, nicht jedoch rein persönlich gebildete Netzwerke, die meist intransparent erscheinen. Diese Abschichtung klingt idealtypisch zunächst plausibel, scheitert aber m. E. an zwei entscheidenden Einwänden. Erstens wird dadurch einer korporativen Institutionalisierung zu Lasten spontaner kreativer Aktion das Wort geredet, da bei letzterer das personale Element überwiegt und kaum von dem institutionalen zu trennen ist. Zweitens blendet diese Unterscheidung die Erfahrung aus, dass besonders große institutionale Netzwerke regelmäßig erheblich größeren Einfluss, wenn nicht gar Druck auf allgemeine Meinungsbildungs- und Entschei-

dungsprozesse ausüben. Der inzwischen eher berüchtigte traditionelle deutsche Korporatismus wäre dadurch legitimiert, das unmittelbare bürgerschaftliche Engagement dagegen diskreditiert.

In Anlehnung an Putnam ließe sich zum zweiten eine Lösung anhand des durch die Netzwerke produzierten sozialen Kapitals suchen. Putnam unterscheidet zwischen bonding und bridging social capital, also zwischen dem Sozialkapital, das bestehende Gruppen immer enger zusammenführt und von anderen abhebt und dem, das durch aktive Öffnung gegenüber Fremden integrativ wirkt. Das Ethos der guten Zivilgesellschaft würde sich schnell für das letztere entscheiden können, doch wird dieses nicht immer der Realität gerecht und qualifiziert vorschnell Akteure ab. So kann es gut sein, dass eher traditionelle Netzwerke homogener Gruppierungen mehr zu dem sogenannten sozialen Kitt einer Gesellschaft beitragen als solche, die sich wohlmeinend auf Integration unterschiedlicher Teilnehmer konzentrieren, darüber hinaus aber wenig Einfluss haben.

Zum dritten könnte gerade im Hinblick auf deren Einfluss überlegt werden, ob zwischen institutionellen und funktionalen Netzwerken unterschieden werden sollte. Zu den ersteren gehören beispielsweise Brauchtumsverbände, die nicht primär dafür bestehen, dass sie bestimmte Ziele in die Gesellschaft hinein tragen, sondern eher Gleichgesinnte zusammenbringen wollen. In ihnen wird, das haben Untersuchungen gezeigt, zivilgesellschaftlicher Mehrwert in sehr viel höherem Maße produziert, ihre gesellschaftsbildende Bedeutung ist also größer als in solchen Netzwerken, die von vornherein ein in der Gesellschaft durchzusetzendes Ziel verfolgen. Sehr befriedigend ist allerdings auch diese Unterteilung nicht, denn die Grenzen sind schwer auszumachen; Binnensicht und Außensicht klaffen wohl auch zum Teil erheblich auseinander. Wer normativ besser beurteilt wird, ist ungewiss.

Wir bleiben also auf eine Unterscheidung zurückgeworfen, die systematisch gesehen

ebenso unbefriedigend ist. Letztlich beurteilen wir Netzwerke danach, ob sie uns im Einzelfall „in den Kram passen“ oder nicht. Zumindest müssen wir festhalten, dass ein Netzwerk keine intrinsische normative Qualität zum Ausdruck bringt, sondern sich positiv oder problematisch darstellen kann. Allerdings haben die Stärken von Netzwerken, d.h. insbesondere ihre größere Flexibilität und ihre kreativitätsfördernde Wirkung, sie angesichts des Vertrauensverlusts in hierarchische Strukturen zu einem, mag sein gelegentlich überschätzten, aber jedenfalls ernsthaften strukturellen Wettbewerber heranreifen lassen. Es ist kein Zufall, dass sie in den 1990er Jahren besondere Aufmerksamkeit erfahren haben. Ebenso wenig kann es überraschen, dass heute Gegenbewegungen derer, die von den alten Hierarchien profitiert haben, gegen diese neue Strukturen zu konstatieren sind. So hat beispielsweise der Kampf des Bundesfamilienministeriums gegen das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement seine Ursachen gewiss nicht in der angespannten Haushaltslage, sondern in dem Versuch, die Machtfrage zugunsten überkommener hierarchischer Gefüge zu klären.

Ein neuer Blick

Es ist nicht zu übersehen, dass auch Versuche dieser Art an der Realität des 21. Jahrhunderts vorbeigehen. Vielmehr müssen Stärke und Einfluss von Netzwerken aus ihrer tatsächlichen Leistung und Wirkung erklärt werden, die sich in den letzten 20 Jahren grundlegend verändert hat. Inzwischen hat sich hierzu eine umfangreiche Literatur entwickelt, die das Netzwerk als alternatives Organisationsmodell ernst nimmt, seine Besonderheiten herausarbeitet (siehe hierzu Sydow 1992; Sydow 2008) und die Governance-Strukturen analysiert (vgl. Strachwitz 2010).

So merkt etwa der, nota bene 1930 (!) geborene, deutsche Kulturwissenschaftler und Soziologe Friedrich Fürstenberg in einer 2011 vorgelegten Untersuchung an, „Konzept und Realität der Bürgergesellschaft sind eng mit

einem globalen Strukturwandel verbunden, der herkömmliche Vorstellungen von gesellschaftlichen Zusammenhängen fragwürdig erscheinen lässt“ (Fürstenberg 2011: 148). Im Anschluß an Manuel Castells, der ganz generell von einer Netzwerkgesellschaft spricht (Castells 2001), fordert Fürstenberg die „Einbindung von Netzwerken in einen umfassenden Institutionalisierungsprozess global relevanten Handelns unterschiedlichster Akteure“ (Fürstenberg 2011: 149) ein. Fürstenberg vertritt den Mainstream aktueller politischer Ordnungskonzepte. Selbst die Europäische Kommission hat schon 1996 die EU-Institutionen aufgefordert, „hochgradige Interaktion und Vernetzung zwischen den Institutionen (...), Nichtregierungsorganisationen, der Wirtschaft und Unternehmen, Erziehungsorganisationen, Forschungsinstitutionen und einer Vielzahl von Benutzergruppen“ herzustellen (zitiert nach Rifkin 2004: 243). Jeremy Rifkin fasst dies in den Begriff der „polyzentrischen Regierungsform“ (Rifkin 2004: 244) und führt dazu aus: „Für den polyzentrischen Regierungsstil sind der kontinuierliche Dialog und Verhandlungen zwischen allen Mitwirkenden in den vielen, stets sich ändernden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Netzwerken charakteristisch. Der neue Politikertyp ist eher ein Vermittler als ein Befehlshaber. An die Stelle von Kommandos tritt die Koordination.“ (Rifkin 2004: 244) Rifkin knüpft, daran sei hier erinnert, mit dem Begriff des Befehlshabers nicht etwa an militärische Terminologie, sondern an die Kants an, das heißt, an eine 200-jährige deutsche Tradition des politischen Denkens.

Diese scheint, so fasse ich meine Überlegungen zusammen, an ihr Ende gekommen zu sein; die eingangs gestellten Fragen waren also falsch gestellt. Die IT-gestützten sozialen Netzwerke moderner Prägung, auf die ich trotz ihrer unzweifelhaft sehr großen Bedeutung hier nicht eingehe, um den Rahmen nicht zu sprengen, bestätigen dies eindrucksvoll. Wenn der politische Romantiker gewiß unverdächtige ‚Economist‘ berichtet, der ebenso unverdächtige Premierminister Cameron verfolge das Ziel, den

„Leviathan des modernen britischen Staates in einen Mechanismus zu verwandeln, der eher die Verteilung als die Erhaltung von Macht betreibt“¹ (The Economist 2011: 34), dann verdeutlicht dies nicht nur den Trend der Entstaatlichung von Politik, sondern auch deren ‚Vernetzwerkung‘. Indem sich polyzentrische politische Gestaltungsformen herausbilden, kann nicht, wie noch vor wenigen Jahren üblich, die strukturelle Angleichung nicht-staatlicher Akteure an staatliche unterstellt oder verlangt werden. Wie so oft bei solchen Herausforderungen, hat Deutschland hier einiges nachzuholen. Alle Akteure werden sich auf die andersartige Handlungslogik der jeweils anderen und auf multiple Einflussnahmen einzustellen haben. „Die Globalisierung wird“, so stellt der Einflussreiche amerikanische Politikberater Parag Khanna nüchtern fest, „nicht von einer globalen Verfassung eingerahmt“ (Khanna 2011: 41) und folgert daraus: „Wir stehen am Anfang einer neuen Ära, in der jedes Individuum und jedes Kollektiv in der Lage sein wird, seine eigenen Ziele zu verfolgen. Die Revolution in der Informationstechnologie befähigt Menschen zu eigenmächtigem Handeln, und dies wird uns in eine Welt wechselseitiger Beziehungen zwischen zahllosen Gemeinschaften unterschiedlicher Größe führen. (...) Unordnung beziehungsweise Komplexität ist das, was dauerhaft unseren Alltag bestimmt.“ (Khanna 2011: 291)

Von der Argumentation, mit der ich begonnen habe, sind wir da weit entfernt. Es geht angesichts der realen Welt, in der wir leben, nicht um abstrakte demokratietheoretische Überlegungen, sondern um die pragmatische Erörterung der Interaktion von Menschen, pragmatisch in diesem Zusammenhang als philosophischer Pragmatismus verstanden. „Die Dotgov-, Dotcom- und Dotorg-Welten“ also in meiner Begrifflichkeit die drei Arenen kollektiven Handelns, „näher sich“, sagt Khanna, „diesem Pragmatismus immer weiter an. Woran werden wir ablesen können, ob wir erfolgreich gewesen sind? An der Zahl der Menschenleben, die gerettet wurden, der Zahl der Men-

schen, denen es besser geht, den abgewendeten Krisen und den Netzwerken, die aufgebaut wurden.“ (Khanna 2011: 293) Die in Deutschland so beliebte Frage „Dürfen die denn das?“ klingt da, so meine ich, doch etwas verstaubt.

Rupert Graf Strachwitz ist Politikwissenschaftler und leitet das Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt Universität zu Berlin. Kontakt und Information: www.strachwitz.info, www.maecenata.eu.

Anmerkung

¹ The Economist, 15. Oktober 2011, 34 (Übers. d. Verf.).

Literatur

Castells, Manuel 2001: Bausteine einer Theorie der Netzwerkgesellschaft. In: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 11, Heft 4, 423-439.

Dürr, Hans-Peter 1998: Das Ziel der Zivilgesellschaft. In: Rupert Graf Strachwitz: Dritter Sektor – Dritte Kraft. Stuttgart: Raabe, 583-600.

Dürr, Hans-Peter 2009: Warum es ums Ganze geht. Neues Denken für eine Welt im Umbruch. München: Oekom.

Fürstenberg, Friedrich 2011: Die Bürgergesellschaft im Strukturwandel. Problemfelder und Entwicklungschancen. Berlin: LIT-Verlag.

Häußling, Roger/Stegbauer, Christian (Hg.) 2010: Handbuch Netzwerkforschung. Wiesbaden: VS-Verlag.

Khanna, Parag 2011: Wie man die Welt regiert. Berlin: Berlin Verlag.

Kurbjuweit, Dirk 2010: Der Wutbürger. In: Der Spiegel, Nr. 41, 11. Oktober 2010, 26-27.

Matzig, Gerhard 2011: Einfach nur dagegen: Wie wir unseren Kindern die Zukunft verbauen. München: Goldmann.

Olmerod, Paul 2010: N Squared, Public Policy and the Power of Networks. RSA Essay 3, August 2010 (download: www.theRSA.org).

Putnam, Robert 1994: Making Democracy Work – Civic Traditions in Modern Italy. Princeton: Princeton University Press.

Rifkin, Jeremy 2004: Der europäische Traum. Frankfurt a.M.: Campus.

Roth, Roland/Rucht, Dieter 2008: Globalisierungskritische Netzwerke, Kampagnen und Bewegungen. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Frankfurt a.M.: Campus.

Seibel, Wolfgang 1994: Funktionaler Dilettantismus: Erfolgreich scheiternde Organisationen im ‚Dritten Sektor‘ zwischen Markt und Staat. Baden-Baden: Nomos.

Strachwitz, Alexander 2010: Erfolgskritische Governancestruktur in Netzwerken. Berlin: Maecenata-Institut, Opusculum Nr. 45.

Sydow, Jörg 1992: Strategische Netzwerke, Evolution und Organisation. Wiesbaden: Gabler.

Sydow, Jörg 2008: Die Evaluationsperspektive in der Netzwerkforschung. In: Aulinger, Andreas (Hg.): Netzwerk-Evaluation – Herausforderung und Praktiken für Verbundnetzwerke. Stuttgart: Kohlhammer.

TAGUNGSBERICHT

Neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit

Bericht zum dritten Dreiländerkongress der Deutschen, Österreichischen und Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie

In seiner seit langem zum Standardwerk avancierten Habilitationsschrift von 1962 analysiert Jürgen Habermas eine nicht-staatliche, weitgehend von sozialen Konflikten verschonte Sphäre, die sich in bürgerlichen Kaffeehäusern, Salons und im Zeitungswesen materialisiert. Die

bürgerliche Öffentlichkeit beschrieb er als sozialen Ort des „Räsonierens“; hier war rationaler Austausch über gemeinschaftliche Belange nötig, und die öffentliche Gewalt wurde bisweilen scharfer Kritik unterworfen. Allerdings verwandelten Durchsetzung massendemokratischer Verhältnisse und kommerzielle Medien, Wohlfahrtsstaatlichkeit und die interessengetriebene Politik von Verbänden die Struktur der Öffentlichkeit nachhaltig.

Ob heutzutage ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit anstehe angesichts der Krise gedruckter Medien einerseits und dem Siegeszug von Berichterstattung über digitale Medien andererseits, angesichts des weithin beklagten Demokratiedefizits der Europäischen Union, das sich vor allem dem Fehlen einer genuin europäischen Öffentlichkeit verdankt, sowie angesichts der Macht von Akteurinnen der Zivilgesellschaft wie NGOs oder Denkfabriken, deren demokratische Qualität unklar bleibt – diese Fragen zu verhandeln hatten sich die Fachverbände von SoziologInnen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz vorgenommen. Über 700 Interessierte waren dazu zwischen dem 29. September und dem 1. Oktober 2011 der Einladung in die wunderschöne Tiroler Landeshauptstadt Innsbruck gefolgt.

Einen gelungenen Auftakt zum Kongress bot Craig Calhouns Keynote Speech zur „Public Sphere“, in der der Gründer des New York Institute for Public Knowledge weder Habermas, das gastgebende Fach der Soziologie noch die europäischen Eliten von Kritik verschont ließ. Dass die Fragmentierung einer einheitlichen konsensorientierten Öffentlichkeit ein neues Phänomen darstelle, wurde genauso hinterfragt wie die These, dass diese Fragmentierung einen Verfall oder gar eine Korruption der Öffentlichkeit bedeute. Vielmehr sei in historischer Betrachtung Fragmentierung von Öffentlichkeit ein Normalfall, da die „offizielle“ Öffentlichkeit ihre Einheitlichkeit nur durch Ausschluss oder Ausweisung erzielt habe. Es existierte traditionell eine Vielfalt von „Gegen-Öffentlichkeiten“, die die „offizielle“ Variante der Öffentlichkeit herausforderten. Am Beispiel

des keimenden Rechtspopulismus in Europa verwies Calhoun im Anschluss an Habermas auf die Wichtigkeit von Überlappungen unterschiedlicher Öffentlichkeiten und die Notwendigkeit, Ungleichheiten zu beseitigen, die es Bürgern verwehren, an der elitären und „offiziellen“ Öffentlichkeit teilzuhaben. Mit Verweis auf das Thema des Kongresses rief Calhoun die Soziologie als Disziplin dazu auf, gesellschaftlich relevante Themen in den Vordergrund zu rücken und warf ihr vor, sich selbst durch die Fokussierung auf altgediente Probleme zu untergraben. Zuletzt erinnerte er am Beispiel der Europäischen Union daran, dass Öffentlichkeit nicht nur eine Sphäre für kritische Diskussionen oder Demokratie im weitesten Sinne sei, sondern vielmehr eine identitäts- und kulturbildende Sphäre und dies im Gegensatz zu der stark national, kulturell und linguistisch fragmentierten Europäischen Öffentlichkeit stünde.

Grenzen und Entgrenzung der Öffentlichkeit

Im Gegensatz zu dem gängigen Vorwurf einer Verherrlichung der neuen Medien stellte sich das Plenum I unter dem Motto Grenzen und Entgrenzung der politischen Öffentlichkeit der Frage, ob die Kommerzialisierung der Medien und die Entnationalisierung der Öffentlichkeit eine demokratische Selbstregulation zulassen. Den Auftakt der „Pessimisten“ bot Marek Czyzewski von der Universität Lodz mit einem Beitrag zur selbstreflexiven Kritikfähigkeit der fragmentierten Netzöffentlichkeit mit einer Gegenüberstellung der ‚Infrastruktur der öffentlichen Meinung‘ (Herbst/Beniger) und des ‚Geistes des Kapitalismus‘ (Boltanski/Chiapello) und folgerte, dass es illusorisch sei, zu glauben, mehr Demokratie sei durch die neuen Medien möglich. Ähnliches folgerte Marianne Egger de Campos HWR Berlin in ihrem Beitrag zu den neuen „Greedy Institutions“ (Lewis A. Coser) und deren Verhinderung der Entwicklung einer modernen Zivilgesellschaft durch ihre Vereinnahmung des Individuums. Auf Kritik stießen u.a. ihr Vergleich der Netz-

aktivisten, welche in einem ähnlichen Abhängigkeitsverhältnis zu den Onlinemedien stünden wie das Pflegepersonal zu der Familie des Pflegebedürftigen. Dass der Vortrag von Peter-Ulrich Merz-Benz (Universität Zürich) keine Liebeserklärung an die neuen Medien werden würde, ließ schon der Titel des Vortrags – „Die Hyperrealität der Medien, das Ende der Öffentlichkeit und die Wiederkunft der Religion“ – erahnen. Die Erwartungen wurden nicht getäuscht und mündeten in der These, dass eine unabhängige Realität außerhalb der Medien nicht existiere, wonach Andreas Hepp (Universität Bremen) in einem späteren Beitrag zu dem Einfluss der Medienkommunikation in mediatisierten Welten ähnlich argumentierte.

Im von vier auf zwei Vorträge zusammengeschrumpften Plenum II trug zunächst Helmut Fehr (Katowice) vor zu „Demokratie und Massenmedien in Ostmitteleuropa“, denen er überdeutliche Tendenzen zu „Vermachtung und Boulevardisierung“ bescheinigte. War die Medienpolitik Osteuropas zuletzt vor allem wegen der heftig kritisierten Politik von Viktor Orbans konservativer Regierung in Ungarn ins Visier europäischer Öffentlichkeiten geraten, zeigte der Vortrag anhand von massiven (partei)politischen Einflussversuchen in Tschechien und Polen, dass es durchaus ähnliche Praktiken auch in den Nachbarländern bereits früher gegeben hatte. Erschwerend komme hinzu, dass bis heute in den drei genannten Ländern keine professionelle JournalistInnen-Ausbildung existiere. Dies begünstige den besorgniserregenden Trend zu einer Berichterstattung, die einfache BürgerInnen und eine als korrupt dargestellte PolitikerInnenkaste stereotyp gegenüberstelle. In der Diskussion kam die Frage auf, wie eng diese und nationalistisch-xenophobe Entwicklungen mit der noch immer unbewältigten staatssozialistischen Vergangenheit zusammenhingen.

Auf deutliche Kritik aus dem Publikum stieß Dirk Tänzlers Vortrag zu „Legitimationsproblemen der Zivilgesellschaft“. Der Konstanzer Referent versuchte eine Problematisierung von

zivilgesellschaftlichen AkteurInnen anhand von Transparency International. Diese reklamierten einerseits, Interessen der einfachen BürgerInnen zu repräsentieren, leisteten sich aber andererseits selbst zunehmend hoch professionalisierte Apparate und rechtfertigten sich zunehmend mit einer marktorientierten Semantik, was neoliberalen Vorstellungen Vorschub leiste. Dem hielt u.a. der Marburger Soziologe Dirk Kaesler als Diskutant entgegen, dass den Ausführungen ein naiver Begriff der Zivilgesellschaft zugrunde liege.

Im Gegensatz zu den anderen Plenen, sah das Plenum Medienlogiken und politische Kommunikation eine sehr empirisch ausgerichtete Reihe von Vorträgen. Sowohl der Beitrag von Mark Eisenegger und Mario Schranz der Universität Zürich zu Effekten des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit am Beispiel der Wirtschaftsberichterstattung in der Schweiz sowie von Patrik Ettinger und Sarah Zielmann (ebenfalls Uni Zürich) zum Beispiel der Politikberichterstattung in der Schweiz verwiesen auf die Skandalisierung, Personalisierung, Konfliktorientierung sowie Vernachlässigung der Makroebene in der Berichterstattung als Effekte der Kommerzialisierung der Medien und Ökonomisierung der Gesellschaft. Ähnlich sahen Gabriele Melischek und Josef Seethaler (Universität Wien) in ihrem Beitrag zur Agenda-setting-Macht eine stärkere Annäherung von Medien und Politik bedingt durch ökonomische Entwicklungen. Bei so viel Übereinstimmung verwies Carsten Reinemann von der Universität München in seinem Beitrag zur Bildzeitung darauf, dass Ökonomisierung keine Entpolitisierung, sondern vielmehr eine Entideologisierung zur Folge hätte, d.h. die Entwicklung von der ideologischen Ausrichtung des Blattes zu einer stärkeren Kontrastierung des „kleinen Mannes“ und der „elitären Politikerklasse“.

Europäische Öffentlichkeit?

Mit dem thematischen „Dauerbrenner“ der (fehlenden) europäischen Öffentlichkeit befasste sich in einem Panel u.a. eine ForscherInnen-

gruppe von der Uni Bremen. Andreas Hepp, Johanna Möller und Katharina Kleinen-von Königslöw (Wien) stellten ein Projekt vor, bei dem aufbauend auf dem Konzept der politischen Diskurskultur (verstanden als strukturierte Gesamtheit von Klassifikationssystemen und diskursiven Formationen) Differenzen zwischen nationalen politischen Diskurskulturen in den Fokus gerückt werden sollten. Die „Nationalisierung“ von Berichterstattung über europäische Themen wurde erforscht durch qualitative Redaktionsstudien. Es zeigten sich Konfliktpotentiale innerhalb der Redaktionen im Stammland und ihren jeweiligen Brüsseler Abteilungen, wobei die Erstgenannten stärker eine „nationale Veralltäglicdung“ der Diskurse vornahmen. Als wichtige offene Frage blieb stehen, was Journalisten eigentlich für einen Begriff von Europa haben.

Heinrich Best (Uni Jena) diskutierte „Macht und Ohnmacht der Eliten: die Formierung kollektiver politischer Identitäten im transkulturellen Kommunikationsraum Europas“. Seine Forschungsergebnisse zeigten bisweilen große Differenzen im Verständnis nationaler Gemeinsamkeit (festgemacht an Bedeutung der Staatsbürgerschaft und Beherrschung der Landessprache) sowohl zwischen verschiedenen Bevölkerungen in der EU, als auch zwischen der jeweiligen politischen Elite und den Massen. Weithin vertraten die Massen stärker „essentialistische“ als konstruktivistische Beschreibungen von Nation; überraschend sei allerdings, dass die Bindung der Massen an ihre Nation zusammenfalle mit ihrer Befürwortung europäischer Integration, da der Alltagsverstand eher das Gegenteil nahelegt.

Weniger polemisch aufgeladen ermöglichten die Beiträge des Panels zur Digitalen Konstitution öffentlicher Subjekte in neuen informellen Öffentlichkeiten einen viel differenzierteren Einblick in die Effekte der neuen Medien auf das Individuum in der Öffentlichkeit. Hervorzuheben ist insbesondere der Beitrag von Carolin Wiedemann (Universität Hamburg), welche die Gouvernamentalität von Facebook im Foucaultschen Sinne auf Machtverhältnisse

untersucht hat. Dass soziale Medien der Selbstvermarktungsfunktion dienen, wurde empirisch an den Evaluations- und Kommunikationsfunktionen dargestellt. Dass Nutzer der Onlinemedien nicht nur Konsumenten, sondern auch reflektierende Individuen darstellen, abhängig von den kulturellen und individuellen Einflüssen auf die NetzakteurInnen sowie der Onlineräume, haben auch Christina Schachtner, Nicole Duller, Katja Osljak und Heidrun Stückler von der Universität Klagenfurt in ihrer Analyse zu dem Thema des Managements von Privatheit und Öffentlichkeit im Netz dargelegt.

Trotz der starken Differenzierung der Panels ließ dies leider nicht auf eine jeweilige thematische Kohärenz hoffen, was an dem Beispiel des Panels zu dem Thema Netzaktivisten, Eliten und Migranten in transnationalen Öffentlichkeiten allzu deutlich wurde. Neben einem gelungenen Vortrag über transnationale Öffentlichkeiten in arabischen Online-Netzwerken von Christina Schachtner der Universität Klagenfurt, wo über die vorhandene Vernetzung von Online- und Offline- (jedoch nicht Klassen- und Alters-übergreifenden) Öffentlichkeiten im transnationalen Raum sowie die daraus entstehende wirksame politische Macht referiert wurde, sahen die anderen Beiträge eine Mischung aus Integrationsdiskursen (Valentin Rauer), die Bedeutung von Think Tanks (Dieter Plehwe und Andrea Bührmann) und dem Fall Roman Polanskis (Matthias Revers der Universität Albany). Der überzeugende Akteursansatz von Johanna Möller der Universität Bremen zur Erforschung transnationaler Öffentlichkeiten rief nur aufgrund der stark empirisch restriktiven Vorgehensweise sowie des eingeschränkten Handlungsrahmens Kritik hervor.

Demokratische Repräsentation oder Fragmentierung der Öffentlichkeit?

Einen angemessenen Abschluss fand der Dreiländerkongress in der Abschlussveranstaltung mit einer Debatte zwischen Jeffrey C. Alexander und Stephan Lessenich sowie Richard

Münch. Mit der Überschrift „Schlussdebatte: Politik in der Öffentlichkeit – Author meets Critics“ wurden denjenigen nicht zu viel versprochen, die bis zum Kongressende teilnahmen. Der Neofunktionalist Alexander stellte mit Barack Obama als prominentem Beispiel seine Analyse zur demokratischen Repräsentation als einer Praxis vor, die nur mit Hinblick auf ihre performativen Dimensionen zu begreifen sei – trotz aller Verzerrungen, denen Wahlkampagnen unterlägen und denen sich auch Obama nicht habe entziehen können. Alle KandidatInnen, die um den Auftrag der WählerInnen konkurrierten, müssten schließlich nicht-zivile Eigenschaften verbinden mit einem glaubwürdigen Bekenntnis, sich über eben diese erhöhen zu können. Alexander machte seinen Begriff der „civil sphere“ stark, den er zur Interpretation demokratischer Politik heranziehe und der ihn von interessenbasierten und institutionalistischen Herangehensweisen unterscheide. Stephan Lessenich lieferte eine pointierte und nicht mit Ironie sparende Entgegnung. Alexander, so der Kern der Kritik, gehe der Selbstdarstellung US-amerikanischer Politik auf den Leim. Der Pfeil, den Barack Obama in Richtung der Wählerschaft schoss, habe auch das Herz des Beobachters Jeffrey Alexander stark getroffen: „In Obama, the performer we trust“. Alexanders Interpretation vernachlässige, dass der stark auf Performativität abstellende politische Prozess der USA sich nicht zuletzt auf Faktoren stütze, die wie das Zweiparteien-System und seine politische Kultur als „American Exceptionalism“ zu charakterisieren seien und daher schon auf europäische Staaten nicht mehr zutreffe. Zudem sei es fragwürdig, zur Betonung symbolisch-normativer Faktoren die Bedeutung von sozialen Machtdifferenzen herunterzuspielen, wie es bei Alexander geschehe. Ähnlich hielt der auch von der Parsons'schen Theorie kommende Richard Münch seinem US-amerikanischen Kollegen vor, zu stark einer funktionalistischen Modernisierungstheorie verhaftet zu bleiben. Alexander vernachlässige die Fragmentierung der US-amerikanischen Öffentlichkeit ebenso wie Tendenzen zur Po-

larisierung und Radikalisierung, wie sie sich an der Fox-News-Berichterstattung zeigten. J. Alexander machte dem stark mit Begriffen von Pierre Bourdieu argumentierenden Bamberger Münch ebenso wenig Zugeständnisse wie dem Jenaer Lessenich. Soziologie und Politikwissenschaft würden soziale Machtverhältnisse überbetonen, so seine Replik, und weder kapitalistisch geschaffene Ungleichheiten noch Kommerzialisierung bedeuteten, dass die Autonomie der „civil sphere“ völlig aufgehoben werde. Dem hielten seine Kritiker entgegen, dass es soziale und strukturelle Vorbedingungen für „Wahrheit produzierende“ autonome Sphären wie dem Wissenschaftssystem gäbe, die nicht zwingend erfüllt würden (Münch) und dass es nach wie vor „class voting“ bzw. Stimmverhalten entlang sozialer Milieugrenzen gebe, das sich mit Alexanders Ansatz nicht einfangen lasse. Dem Eindruck, eine naive Sicht auf politische Räume zu propagieren, versuchte Alexander nochmals in der Diskussion mit dem Publikum entgegenzutreten: „The Civil Sphere is not one happy family“.

Als deutlicher Wermutstropfen des Kongresses ist anzumerken, dass die Konferenz mit 260 Veranstaltungen oftmals vollkommen überladen wirkte. Hatte Habermas in seinem Buch den titelgebenden Strukturwandel als einen Zerfallsprozess beschrieben, bei dem die originär vernunftstiftenden Eigenschaften der bürgerlichen Öffentlichkeit zwischen ökonomischen Monopolisierungstendenzen und Klassenkämpfen zwischen Großorganisationen zerrieben wurde, so zerfiel die Öffentlichkeit der deutschsprachigen Soziologie in ein Nebeneinander von nicht weniger als 16 parallel tagenden „Streams“ mit jeweils mehreren Vorträgen, was eine Vermittlung verschiedener Perspektiven und Konfrontation unterschiedlicher Standpunkte eher erschwert als begünstigt. Dass der thematische Fachkongress einen intensiven, disziplinübergreifenden Austausch dennoch zuließ, wurde eher gegen als mit seiner Struktur erreicht.

Für das Prinzip der Öffentlichkeit oder genauer die demokratietheoretisch wichtige

Möglichkeit einer „öffentlichen Gewalt“ sprach zuletzt die Macht des Kongresspublikums. Als das oben beschriebene Schlussplenum zunächst in einem zu kleinen Hörsaal zusammentreten sollte, manifestierte sich die Öffentlichkeit der Soziologie wortmächtig und erreichte mit der kommunikativen Macht lauter „Aula! Aula!“-Sprechchöre die unverzügliche Verlegung der Veranstaltung.

Anne Pauli/Alban Werner, Aachen

TAGUNGSBERICHT

Engagement und Erwerbsarbeit in Europa

Die Fachkonferenz „Engagement und Erwerbsarbeit in Europa – Organisations- und gesellschaftspolitische Herausforderungen und Modelle“ fand als eine der Regionalkonferenzen im Rahmen des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit 2011 am 26. und 27. Oktober 2011 in Oberschleißheim bei München statt. Die Konferenz sollte den Vergleich der deutschen Situation und Debatte mit anderen EU-Ländern, eine Gegenüberstellung unterschiedlicher Entwicklungen und Strategien im Schnittfeld von Engagement und Erwerbsarbeit sowie die Erörterung von Beispielen guter Praxis ermöglichen. Die Tagung war eine Kooperation zwischen dem Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS-Frankfurt a.M.) und dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) in Berlin.

PD Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer des BBE, begrüßte für die Veranstalter die rund 70 Teilnehmer der Konferenz, in dem er kurz das Problemfeld der Tagung umriss. Das Nebeneinander und die Verschränkung von Engagement und Erwerbsarbeit, von freiwilliger, gemeinwohlorientierter Tätigkeit, Existenzsicherung und marktrationalem Handeln ist aktuell ein außerordentlich bewegtes Feld in Praxis, Theorie und Politik des bürgerschaftlichen

Engagements in Deutschland und in anderen Ländern der EU. Das bürgerschaftliche Engagement von Millionen Bürgern und Bürgerinnen wird für die europäischen Gesellschaften aus mehreren Gründen wichtiger: Neben einer neuen Aufgaben- und Verantwortungsteilung zwischen Bürgergesellschaft, Markt und Staat bestehen auch neue Anforderungen an eine Politik sozialer Inklusion angesichts von Prekarisierungs- und Polarisierungstendenzen. Arbeits- wie Engagementpolitik stehen vor der Herausforderung, mit den Umbrüchen im Feld der Erwerbsarbeit umzugehen. Die Übergänge zwischen Engagement und Erwerbsarbeit werden fließender, es entstehen neue Mischungsverhältnisse. Menschen bewegen sich lebenslang und häufiger als bisher in Übergängen zwischen den Systemen und Sektoren. Im Engagement werden Kompetenzen und Qualifikationen erworben. In diesem Zusammenhang gerät die Brückenfunktion von Engagement in den Fokus. Engagement kann den Übergang in Ausbildung und Beruf oder den beruflichen Wiedereinstieg erleichtern. Die im Engagement stattfindenden informellen Lernprozesse sind auch für das Personalmanagement von Unternehmen von Interesse und werden in engagementfördernde Corporate-Volunteering-Konzepte von Unternehmen einbezogen.

Vor diesem Hintergrund sollte die Fachkonferenz insbesondere den nationalen und europäischen Austausch von Verbänden und Organisationen der Zivilgesellschaft über Politiken, Strategien und Modellprojekte im Schnittpunkt Engagement und Erwerbsarbeit ermöglichen. Ziel war es, den Dialog auf EU-Ebene zum Themenfeld Engagement und Erwerbsarbeit zu befruchten und dazu beizutragen, Engagementpolitik als Politikfeld auf EU-Ebene weiter zu etablieren. Diskutiert wurden darüber hinaus Mischformen, Übergänge und Wechselwirkungen zwischen Engagement, Erwerbsarbeit und Arbeitsmarktpolitik, sowie die organisations- und gesellschaftspolitische Regulierung dieser Bereiche in verschiedenen europäischen Ländern.

Die Tagung wurde eingeleitet durch Grußworte von Franz Wölfl, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Dr. Henning Arp, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland – Außenstelle München, und Marc-Axel Hornfeck, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die jeweils aus der Perspektive der von ihnen vertretenden politischen Ebene die Bedeutung des Themenfeldes Erwerbsarbeit und Engagement umrissen.

Es folgten Einführungsvorträge von Prof. Dr. Adalbert Evers, Universität Gießen, und Conny Reuter, Generalsekretär von SOLIDAR. In seinem Vortrag „Arbeit und Engagement in einer Dienstleistungsgesellschaft. Was hat sich geändert? Und was streben wir an?“ identifizierte Evers zwei wesentliche Faktoren, die derzeit den Wandel von bürgerschaftlichem Engagement beeinflussen: die Entgrenzung der Arbeit und das Vordringen der Dienstleistungsgesellschaft. Die Veränderungen in beiden Bereichen sind ambivalent: einerseits befreiend, entlastend, andererseits entmündigend und verunsichernd. An die Stelle weniger und fester Formen von Zuordnung und Trennung von Arbeit und Engagement ist eine Vielzahl neuer Verbindungen getreten, und dennoch stehen Lebensmodelle der Verbindung von Arbeit, Versorgung mit professionellen Diensten und von eigenem Engagement nicht zur freien Wahl. Daher kommt es unter anderem auf die Rahmensetzungen der Politik an.

Anschließend schlug Conny Reuter den Bogen hin zu den Möglichkeiten einer europäischen Engagementpolitik. Freiwilliges Engagement ist ein wichtiger Baustein für die europäische Integration im Sinne von gelebter Solidarität. Historisch betrachtet entstand das freiwillige Engagement auch aus den Erfahrungen der sozialen Realität und als Antwort auf sich verändernde soziale Herausforderungen. Es kann daher kaum verwundern, dass Regierungen auch heute, wie beispielsweise die britische Regierung mit ihrem Big Society Programme, vermehrt für freiwilliges Engagement werben, wenn auch vor allem, um wegfallende

hauptamtliche Kapazitäten zu ersetzen. Der höhere Bedarf an Sozialdienstleitungen in der Daseinsvorsorge wird nicht ohne Freiwillige zu decken sein. Dennoch kann und darf freiwilliges Engagement reguläre Arbeitsplätze nicht ersetzen. Daher wird es darauf ankommen, vor allem die positiven Interaktionen zwischen Engagement und Erwerbsarbeit hervorzuheben, was vor allem im Bereich der Kompetenzgewinnung geschehen kann. Die große Herausforderung liegt in der Anerkennung des nicht-formellen und informellen Lernens durch ehrenamtliches und freiwilliges Engagement, das in Hinblick auf den Kampf gegen soziale Ausgrenzung und hinsichtlich der Förderung der Integration auch und gerade ein europäisches Thema ist.

Nach den Einführungsvorträgen verteilten sich die Teilnehmer auf drei parallele Fachforen, in denen jeweils bestimmte Themenbereiche aus dem Spannungsfeld von Engagement und Erwerbsarbeit intensiv diskutiert wurden. In den Fachforen wurden jeweils weitere Inputvorträge vermittelt, die durch Fragen und Thesen die Diskussion anregten.

Forum 1 – Aktivierende Arbeitsmarktpolitik und Engagement

Das Forum wurde eröffnet durch Vorträge von Prof. Dr. Roland Roth, Hochschule Magdeburg-Stendal, und Henk Kinds, Community Partnership Consultants, und erlebte anschließend eine intensive und kritische Diskussion über den Zusammenhang von Arbeitsmarktpolitik und bürgerschaftliches Engagement. Einigkeit herrschte darüber, dass eine zwangsbewehrte Politik unter dem Titel der aktiven Arbeitsmarktpolitik nicht mit den Prinzipien des bürgerschaftlichen Engagements zu vereinbaren ist. Von dieser Diagnose aus ergaben sich folgende Erkenntnisse: Es gibt erstens eine unglückliche Vermischung von Arbeitsmarktpolitik und bürgerschaftlichem Engagement, wie zum Beispiel im Modell Bürgerarbeit. Eine demotivierende Arbeitsmarktpolitik zerstört vielmehr die Motivation zu bürgerschaftlichem Engagement. Zweitens müsse eine alternative

Arbeitsmarktpolitik ohne Zwang auskommen, um eine sinnvolle Verbindung von Arbeitsmarktpolitik und bürgerschaftlichem Engagement schaffen zu können. Auf der Suche nach sinnvollen Tätigkeiten im Gemeinwohlsektor muss bei den Bedürfnissen der Betroffenen angesetzt werden und nicht bei externen Vorgaben. Wenn Engagement eine Brückenfunktion für den Übergang in eine reguläre Beschäftigung haben soll, ist die intrinsische Motivation des Betroffenen entscheidend. Drittens werden geeignete arbeitsmarktpolitische Rahmenbedingungen benötigt, jenseits von Minijobs, Ein-Euro-Jobs und dem Niedriglohnsektor. Die aus dem Engagement resultierenden Arbeitsverhältnisse dürfen nämlich nicht durch Unsicherheit und schlechte Arbeitsbedingungen gekennzeichnet sein. Es bleibt daher viertens festzuhalten, dass es unter geeigneten Rahmenbedingungen sehr innovativ und fruchtbar sein kann, die Bereiche Wirtschaft und Soziales zusammen zu bringen, wie beispielsweise im Bereich der Sozialunternehmen.

Forum 2 – Erwerbsarbeit im Dritten Sektor und Engagement

Die Vorträge von Dr. Eckhard Priller, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), und Birgitte Brekke, Frivillighet Norge, boten Anlass für eine erhellende Diskussion zu der Frage, wie das Verhältnis von Engagement und Erwerbsarbeit innerhalb des Dritten Sektors in den einzelnen europäischen Zivilgesellschaften begriffen und verhandelt wird. Die norwegische Zivilgesellschaft ist wie auch andere nordische Zivilgesellschaften sehr stark in den Bereichen Kultur und Freizeit aufgestellt, die deutsche Zivilgesellschaft hingegen in den Bereichen Gesundheit und soziale Dienste. In der Integration des Wohlfahrtsstaates in die Zivilgesellschaft liegt dadurch eine strukturelle Differenz. Zwei Aspekte wurden durch die Diskussion im Forum besonders hervorgehoben: erstens die Monetarisierung und die Verwischung von Grenzen von Erwerbsarbeit und Engagement – allerdings nicht auf eine

Lebenslaufperspektive bezogen, sondern in Perspektive auf den dritten Sektor insgesamt. Interessant ist, dass es diese Debatte in Norwegen nicht gibt, da die Leistungen der Institutionen, die mit Freiwilligen arbeiten, ohne Entgelt erfolgen und sich damit zum deutschen Fall, wo gerade im Bereich der freien Wohlfahrtspflege auch Erwerbsarbeit gängig ist, unterscheiden. Auch die Zahl der Beschäftigten ist in der deutschen Zivilgesellschaft deutlich höher.

Zweitens ist es das maßgebliche Ziel der norwegischen Organisationen des freiwilligen Sektors, Raum zu schaffen für Freiwillige. Damit kann die Forderung aufgestellt werden, dass es Sektoren ohne kommerzielle Konkurrenz gibt und dort die Freiwilligkeit dominieren kann. Das betrifft die Verteidigung gegen ökonomische Prinzipien und Zugriffe, aber auch die Verteidigung der freiwilligen Arbeit gegen Rekrutierung von Freiwilligen durch beispielsweise staatliche Stellen.

Forum 3 – Engagement im Kontext der Personalentwicklung von Unternehmen

Das Forum wurde eingeleitet durch zwei Input-Vorträge. Zunächst erläuterte Piotr Sadowski, Community Service Volunteers, in seinem Vortrag die positiven Wirkungen von freiwilligem Engagement auf die Kompetenzen von Mitarbeitern und ging dabei auf die Erfahrungen in England ein. Stephan Koch, UPJ e.V., beschrieb anschließend das Konzept des Engagement-Lernens für die Personalentwicklung von Unternehmen. Dabei handelt es sich um die gezielte Verknüpfung von Engagement mit einem strukturierten, Trainer begleiteten Lernansatz. Die Diskussion machte deutlich, dass es einer gezielten Zusammenarbeit insbesondere zwischen der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft bedarf. Es dürfen sich nicht nur die Unternehmen ihrer konkreten Ziele bewusst sein, sondern vor allem auch jene Organisationen, die auf freiwilliges Engagement angewiesen sind. Was wollen wir aus solchen Kooperationen lernen, was wollen wir erreichen und was sind unsere Ziele? Tatsächlich ist die stra-

tegische Ausrichtung auf Unternehmensseite bislang deutlich ausgeprägter, während gemeinnützige Organisationen in solche Kooperationen eher hineinstolpern. Die Definition der eigenen Ziele ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass sich die Organisationen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft auf Augenhöhe begegnen können und dass gemeinsam Ziele einer Kooperation ausgestaltet und erreicht werden können. Ein weiterer Aspekt der Diskussion im Forum war die deutliche Trennung von klassischem freiwilligen Engagement der Mitarbeiter und solchen freiwilligen Tätigkeiten, die auch dem Kompetenzgewinn dienen. Der Aspekt der Freiwilligkeit ist dort in den meisten Fällen nicht gegeben.

Der zweite Tag der Tagung begann mit einem Vortrag von Dr. Stephan Grohs, Universität Konstanz, zum Thema „Social Entrepreneurship und soziale Verantwortung von Unternehmen – Schlussfolgerungen zu Bedeutung, Funktion und Grenzen des bürgerschaftlichen Engagements“. Ausgangspunkt der Ausführungen war der neue Diskurs um Social Entrepreneurship und die Frage, welche tatsächliche Relevanz dieser Diskurs im deutschen Kontext hat. Hier wurde darauf hingewiesen, dass bestimmte strukturelle Gründe wie die ausgebaute Sozialstaatlichkeit, die Subsidiaritätstradition, eine fehlende Philanthropiekultur sowie darüber hinaus die fehlende Vernetzung mit Akteuren vor Ort und die Naivität von Social Entrepreneurs gegenüber Politik- und Verwaltungsakteuren Gründe für eine schwächere Durchsetzung des Konzepts in Deutschland sind. Aus diesen Überlegungen heraus entwickelte Stephan Grohs Thesen, die die weiteren Diskussionen begleiten sollten: Social Entrepreneurs können als Innovationsinkubatoren fungieren, wobei jedoch eher eine „Eingemeindung“ erfolgreicher Ansätze in etablierte Strukturen wahrscheinlich ist. „Konkurrenz“ entsteht allenfalls im Bereich der Förderinstitutionen und der allgemeinen Aufmerksamkeitsökonomie. Zentrales Problem in den meisten sozialen Handlungsfeldern sind nicht fehlende Innovativität, sondern fehlende Koordination

und Vernetzung, aus denen sich für Social Entrepreneurs die größten Herausforderungen ergeben.

Anschließend verteilen sich die Teilnehmer auf folgende Foren:

Forum 4 – Akteure der Engagementförderung und Beschäftigungspolitik

Rosario Costa-Schott, FreiWilligenManagement-ConSult München, und Bernhard Jirku, verdi, leiteten das Forum mit Input-Referaten ein und wiesen deutlich darauf hin, dass weiterhin erhebliche Differenzen zwischen den Akteuren der Arbeitsmarkt- und der Engagementpolitik bestehen. Es gibt zwar große Schnittmengen zwischen beiden Akteursfeldern, die derzeit allerdings weitestgehend unbearbeitet sind. Hinsichtlich möglicher Kooperationen scheint es durchaus Annäherungen zwischen Staat, Wirtschaft und Drittem Sektor zu geben. Diese Kooperationen werden jedoch unterminiert durch Dilemmata innerhalb der Sektoren – beispielsweise bedingt durch eine stärkere ökonomische Rationalität im Dritten Sektor bei gleichzeitiger Rückbesinnung auf die Ursprungsziele der betreffenden Organisationen. Bürgerarbeit ist keine Möglichkeit der Engagementförderung und auch hinsichtlich des Bundesfreiwilligendienstes bestehen derzeit noch zu viele offene Fragen, insbesondere für den Personenkreis der über 27-jährigen.

Im Rahmen der Europäischen Beschäftigungspolitik erfolgte gerade in Deutschland eine Prekarisierung der Erwerbsarbeit. Für den betroffenen Personenkreis gilt, dass Engagement nicht mehr auf einem gesicherten, ausreichenden Einkommensniveau stattfinden kann. Trotz sinkender Finanzierung gibt es gleichzeitig einen steigenden Bedarf an sozialen Dienstleistungen.

Forum 5 – Das Verhältnis von Engagement und Erwerbsarbeit aus der Perspektive der Sozialunternehmen

Das Forum wurde durch Input-Referate von Philipp Stemmer, Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung, und Rainer Höll, Ashoka,

eröffnet. Stemmer fokussierte in seinem Beitrag auf die Verbände der freien Wohlfahrtspflege, während Höll den viel diskutierten neuen Typus des Social Entrepreneurs vorstellte. In der Diskussion ergab sich schnell, dass es „die eine Perspektive“ der Sozialunternehmen nicht geben kann. Insbesondere ist die Vielfalt und Komplexität des Handlungsfeldes ein Wert an sich und sollte nicht durch vereinheitlichende Begriffsbestimmungen unterminiert werden. Das Forum arbeitete Grauzonen heraus, die sich vor allem durch Monetarisierungstendenzen ergeben, aber auch bei der Einbeziehung und dem Management von Freiwilligen in sozialen Unternehmen. Die Motivation der Freiwilligen, so die Diskussion, könne hier aus dem Fokus geraten. Gerade in dieser Motivation liegt ein zentraler Unterschied zwischen Erwerbsarbeit und Engagement. Eine wichtige Erkenntnis des Forums ist darüber hinaus, dass Sozialunternehmertum in all seinen Facetten nicht konstitutiv auf bürgerschaftliches Engagement angewiesen ist. Sozialunternehmertum fördert bürgerschaftliches Engagement, es entsteht auch aus bürgerschaftlichem Engagement und es können sich hier berufliche Perspektiven ergeben, jedoch kann der damit verbundene Professionalisierungsdruck dem Engagement auch seine eigene Logik nehmen. Gleichzeitig fällt auf, dass Erwerbsarbeit als Ort der Selbstverwirklichung zunehmend an Bedeutung verliert.

Forum 6 – Engagement und die Gestaltung biographischer Übergänge

Susana Szabo, France Bénévolat, stellte in ihrem Vortrag die wichtige Bedeutung von Engagement bei der Gestaltung von Lebensübergängen heraus. Im Vordergrund standen die Fragen der Identitätsbildung und Kompetenzentwicklung bei den Engagierten. Für spezifische Übergangssituationen müssen passgenaue Angebote generiert werden. Speziell zum Übergang Schule-Beruf referierte anschließend Thea Schlimbach von Deutschen Jugendinstitut (DJI). Gerade für Jugendliche, die besonders von bürgerschaftlichem Engagement hinsicht-

lich der Kompetenzbildung und Identitätsentwicklung profitieren würden, ist der Zugang zu Engagement erschwert. Jonathan Przybylski von phineo befasste sich in seinem Input-Vortrag mit dem Engagement der Generation 55+. In diesem Bereich spielen wiederum Unternehmen eine deutlich größere Rolle, da sie unter Umständen als Arbeitgeber Engagement stimulieren oder begrenzen können. Insgesamt sind die Aktivitäten von Unternehmen noch stark begrenzt, da – so die Diskussion – ein eindeutiger Bezug zum unternehmerischen Handeln noch nicht gegeben ist. Die Vorteile und Chancen des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen für Unternehmen müssen im trisektoralen Diskurs weiter herausgearbeitet werden.

Die Diskussionen und Vorträge wurden in einer abschließenden Podiumsdiskussion mit den Teilnehmern Dr. Ansgar Klein, Dr. Heide Mertens (katholische Frauengemeinschaft Deutschlands Bundesverband e. V. (kfd)) und Prof. Dr. Roland Roth aufgenommen und vertieft. Insbesondere wurden die Konsequenzen der identifizierten Grenzverwischung von Engagement und Erwerbsarbeit in den Mittelpunkt gerückt, sowohl für zivilgesellschaftliche Organisationen, Netzwerke und Soziale Unternehmen, als auch für unser Verständnis von Engagement und Erwerbsarbeit.

Ende Januar 2012 wird es zu der Fachtagung eine Tagungsdokumentation geben, die einzelnen Aspekte der Vorträge und Diskussionen erfasst und detailliert beschreibt.

*Björn Schulz/Stephanie Storck, Berlin/
Frankfurt a.M.*

TAGUNGSBERICHT

Mehr wissen – mehr wagen – mehr Dialog!

Bericht vom 2. Kongress Städtenetzwerk und vom vhw-Verbandstag am 6. und 7. Oktober 2011 in Berlin.¹

Würfel – überall Würfel! Wer die Berliner Kalkscheune zum 2. Kongress Städtenetzwerk, der gleichzeitig der vhw-Verbandstag 2011 war, betrat, kam um die Blickfänger der Veranstaltung nicht herum. In allen Räumen verbreiteten sie das Motto des Städtenetzwerks „mehr wissen – mehr wagen – mehr Dialog!“ Etwa 250 Besucher sorgten für ein volles Haus, eine Mischung aus vhw-Verbandtags-Community, „alten Bekannten“ des ersten Kongresses zum Städtenetzwerk und zahlreichen neuen Gesichtern, die sich zum Stand der Dinge in der Dialogphase des Städtenetzwerkes erkundigen und natürlich mitdiskutieren wollten.

Schon im Programm zur Veranstaltung mit dem Titel „Vom Veto zum Votum: mehr Dialog für mehr Demokratie!“ wurde deutlich, dass sich der vhw auch mit einem neuen Format dem Thema „Dialog“ widmen wollte. An beiden Tagen wurde Raum für ausführliche Diskussionen bereitgestellt, sei es am ersten Tag in 15 sogenannten „Diskussionsinseln“ oder am Freitag in fünf „Dialogforen“. Aber auch die Redebeiträge der eingeladenen Referenten ließen eine spannende Veranstaltung in einer kreativen Atmosphäre erwarten.

Dr. Peter Kurz, Verbandsratsvorsitzender des vhw und Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, begrüßte die Teilnehmer der Veranstaltung mit seinem Vortrag zum Thema „Stadtgesellschaft ‚reloaded‘: Wir sind noch nicht am Ziel!“ Er betonte, dass zu den zentralen Zielen des Städtenetzwerkes insbesondere die Überwindung der zunehmend als Problem erkannten Beteiligungsschwelle gehöre, der zu Folge nur die ohnehin schon artikulationsstarken sozialen Gruppen und Milieus an den Prozessen der Stadtentwicklung und Politikformu-

lierung teilnehmen und dort ihre Interessen einbringen, während sich ein ernstzunehmender Teil der Bürgerschaft zunehmend weniger in den komplexen Planungs- und Entwicklungsverfahren wiederfindet und durch das parlamentarische Gefüge in den Kommunen vertreten fühlt. Niemand solle sich in den stadtgesellschaftlichen Diskussionen nur deshalb ausgeschlossen fühlen, weil er eine andere Sprache spricht oder die technischen Ausführungen der Experten nicht mehr nachvollziehen kann. Der Milieuzugang im Städtenetzwerk stelle vor diesem Hintergrund einen wichtigen Baustein zum Verständnis der Bürger dar. Im Arbeitsprozess rund um die Fragen der Stadtgesellschaft dürfe deshalb nicht nachgelassen, müsse vielmehr „nachgeladen“ werden, um bei den weiteren Schritten gemeinsam voranzukommen.

„Wer aufhört besser zu werden, hat aufgehört gut zu sein“

Vor dem Hintergrund der neu gewählten grünen Regierung in Stuttgart erwartete das Auditorium interessiert den Beitrag von Dr. Herbert O. Zinell, Ministerialdirektor im Innenministerium des Landes Baden-Württemberg und ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Schramberg. Er nahm das Thema „Regierungspolitik im Aufbruch: Perspektive Bürgergesellschaft“ ins Visier und stellte das beschlossene Gesetz zur Volksabstimmung zu Stuttgart 21 als wesentlichen Meilenstein in den Vordergrund. Es solle eine Stärkung der repräsentativen Demokratie durch Elemente der direkten Demokratie erfolgen, etwa durch erforderliche Änderungen in der Landesverfassung oder das Senken von Hürden bei Volksbegehren (Quoren). Der Themenkatalog für Bürgerbegehren und -entscheide solle darüber hinaus auf kommunaler Ebene erweitert werden. Wesentlich sei ebenfalls, dass künftig Bürger noch frühzeitiger an Planungen beteiligt werden müssen, um eine gesteigerte Akzeptanz zu erreichen. Er schloss seinen Beitrag mit einem Zitat des schwäbischen Dichters Eduard Mörike: „Wer aufhört besser zu werden, hat aufgehört gut zu sein.“

Lokale Demokratie im politischen Stresstest

Nach dem Stresstest für Stuttgart 21 unterzog Kajo Wasserhövel, Staatssekretär a.D. und Inhaber von Elephantlogic, Agentur für Strategieberatung, die lokale Demokratie dem politischen Stresstest. Vor folgender Aufgabenstellung stehe die lokale Demokratie: integriert Politik für die Stadtgesellschaft entwickeln, dabei auf das umfassende kommunale Wissen zurückgreifen und dies in einer Form, die Vertrauen durch Beteiligung und Dialog aufbaut. Dies erfordere natürlich viel Offenheit, Neugier und auch Risikobereitschaft sowie manchmal auch ein neues Rollenverständnis kommunaler Politik. Er unterstrich, dass wenn man mehr Partizipation wolle, man dafür auch klare Regeln schaffen und für Transparenz sorgen müsse. Nur: Wenn die Politikentwicklung stärker auch im direkten Dialog zwischen kommunaler Politik und den Bürgern in der Stadtgesellschaft stattfinden soll, welche Rolle haben dann die Parteien? Und wie gehen sie in einer Konkurrenzsituation miteinander um? Ohne eine Patentantwort auf diese Frage geben zu können, wies er doch darauf hin, dass dieser Weg nur gemeinsam mit den Parteien beschritten werden könne. Denn wenn man den Weg hin zu einer aktiven Bürgergesellschaft gehen wolle, werde man daran arbeiten müssen, die direkte Beteiligung und den ehrlichen Dialog zu stärken und gleichzeitig die Strukturen der repräsentativen Demokratie zu stabilisieren.

Oberbürgermeister: Politiker, Manager, Moderator oder Pionier?

Die Podiumsdiskussion mit Dr. Peter Kurz, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, Joachim Scholz, Oberbürgermeister der Stadt Neckarsulm, Reinhard Paß, Oberbürgermeister der Stadt Essen und Kajo Wasserhövel von Elephantlogic, Berlin, widmete sich dem Thema „Bürgernahe Politiker – Leadership in Zeiten der Bürgergesellschaft“. Elke Frauns befragte die beteiligten Oberbürgermeister nach ihren Rollen. Ist es die eines Politikers, Mana-

gers, Moderators oder Pioniers? Das Spannungsfeld sei sehr groß und habe unterschiedliche Schwerpunkte, Managerfähigkeiten geraten jedoch zunehmend in den Fokus der komplexer werdenden Themen in der Kommunalpolitik.

Reinhard Paß machte – zumindest für Essen – einen neuen Megatrend in einer älter werdenden Gesellschaft aus, der da heißt: „Für mich reicht es doch.“ Joachim Scholz identifizierte heute wesentlich niedrigere Schwellen für das Einbringen von Bürgern in die Stadtentwicklung als früher. Die Bürger wollten zunehmend mitgestalten. Auch die Medien begleiten diesen Prozess, wenn auch mit zu diskutierenden Folgen. Wenn ein Thema „in die Medien“ gebracht werden soll, behandle man es tunlichst gerade in einer nicht-öffentlichen Sitzung. Insgesamt sei doch die Daseinsvorsorge weitgehend erfüllt, die Gesellschaft wolle jedoch noch mehr und entwickle eine gesteigerte Erwartungshaltung. Dr. Peter Kurz registrierte die Erosionsprozesse in der kommunalen Politik schon länger. Damit einher gehe sowohl ein Bedeutungsverlust der lokalen Parteien als auch ein Qualitätsverlust in den Räten und Parteien. Das Rathaus mit Politik und Verwaltung werde mehr und mehr als Dienstleistungsbetrieb wahrgenommen. Kajo Wasserhövel wies auf eine zunehmende Entgrenzung auf verschiedenen Ebenen hin. Sozialstruktur und Gesprächskultur seien nicht mehr vorhanden und es bestehe das Grundgefühl, diese neu aufzubauen und zu begründen. Bezugnehmend auf Joachim Scholz unterstrich er, dass Politik auch Vertrauensräume brauche, um ihrer demokratischen Funktion nachgehen zu können.

Joachim Scholz unterstrich, dass die Bürger in ihren Kommunen sehr genau wüssten, was sie brauchen. Politik sei deshalb immer gut beraten, dieses abzufragen. Ein guter Gemeinderat erkenne die Themen und könne in der Folge auch für entsprechende Mehrheiten sorgen. Über Beteiligungsprozesse informeller Art könne die Bürgergesellschaft eine Ergänzung darstellen, ohne die parlamentarische

Demokratie aufzugeben. Auf einen strukturellen Unterschied etwa zwischen Neckarsulm und Städten wie Essen oder Mannheim wies Dr. Peter Kurz hin. Reinhard Paß mahnte für die nächste Diskussion an, auch Kommunalpolitiker mit in die Runde zu integrieren.

Zur Notwendigkeit einer kommunikativen Demokratie

In schöner Regelmäßigkeit bringt sich Prof. Dr. Gunnar Folke Schuppert vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung in die Verbandstage des vhw mit seiner Sicht als Staats- und Verwaltungsrechtler ein. Wer nun einen trockenen juristischen Vortrag erwartet hatte, wurde wieder einmal eines Besseren belehrt. Schon das Thema „Bürgergesellschaft Ante portas – Öffnet die Tore für ein Mehr an lokaler Demokratie!“ animierte ihn zu Aufbruchstimmungen „hin zu neuen Ufern“. Ins Zentrum seines Beitrags stellte er die Frage: „Wie können wir den politischen Prozess zwischen Verwaltung und Bürgern als Kommunikationsprozess begreifen und welche Konsequenzen hat dies für eine kommunizierende Verwaltung?“ Dazu führte er fünf wichtige Gründe für eine lokale kommunikative Verwaltung an:

- Mehr Demokratie wagen
- Die Stellung des Bürgers in der demokratischen Verfassung stärken
- Effektive Steuerung gewährleisten
- Entscheidungsqualität verbessern
- Diskursive Konfliktlösung

Wenn nun eine kommunikative lokale Demokratie wichtig sei, dann bräuchten wir eine einleuchtende Kommunikationsstrategie, so Schuppert.

Diskussionsinseln – Dialog im Selbsttest

Der vhw macht Ernst: „Wo Dialog drauf steht, ist auch Dialog drin“, so Peter Rohland am Rande des 2. Kongresses zum Städtenetzwerk. Und so konnten die Teilnehmer der Veranstaltung am Nachmittag des ersten Kongresstages zwischen 16 verschiedenen Themen wählen, die sie mit anderen Teilnehmern diskutieren woll-

ten. Permanentes wechseln war nicht nur erlaubt sondern erwünscht. Das neue Format wurde rege angenommen.

Wachsende Legitimitätszweifel

Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli von der Universität Koblenz-Landau schloss den ersten Kongressstag mit einem Beitrag zum Thema „Politische Kommunikation in der Bürgergesellschaft“. Im Mittelpunkt stand der Aufbau und die Pflege einer neuen Kommunikations- und Beteiligungskultur. Denn wenn wir es mit wachsenden Legitimitätszweifeln zu tun haben, so seine These, ist eine Politikvermittlung mit mehr und besseren Kommunikations- und Beteiligungsmöglichkeiten von Nöten. Mehr Kommunikation und Bürgerbeteiligung sei jedoch keine politische Harmonieveranstaltung. Das Plädoyer für mehr Kommunikation und Bürgerbeteiligung trage einer insgesamt differenzierter, individualisierter und wählerischer gewordenen Gesellschaft Rechnung. Dies könne konfliktkanalisierend wirken und zum Abbau von politischer Distanz zur Institutionenpolitik gerade auf der kommunalen Ebene beitragen. Glaubwürdigkeit gewinne dies in dem Maße, wie eine kontinuierliche und für die Bürger nachvollziehbare Rückkoppelung an die Repräsentanten des parlamentarischen Parteiensystems stattfindet. Dies sei umso notwendiger, so Sarcinelli, als wir um die Repräsentations-Partizipationslücke wüssten. Denn mit der Bedeutungszunahme freiwilliger, über die Teilnahme an Wahlen hinausgehender Beteiligung verschärfe sich das Problem politischer Ungleichheit.

Vom Wutbürger zum Citoyen

Den zweiten Kongressstag eröffnete der Soziologe und Sozialphilosoph Prof. Dr. Oskar Negt mit einem Vortrag zum Thema „Vom Wutbürger zum Citoyen: politisches Engagement im Wandel“. Er analysierte den Zustand unserer Demokratie, die eine Lebensform sein solle und nicht nur ein formales Regelungssystem, das lediglich das Verhältnis der Institutionen bestimmt. Dabei sei Demokratie auch die einzi-

ge staatliche Ordnung, die gelernt werden müsse. Diese sehe er derzeit bedroht – die sogenannten „Wutbürger“ seien ein Ausdruck dieser Entwicklung. In Anlehnung an die Geschichte, in der es ähnliche Entwicklungen bereits des Öfteren gab, unterstrich er, dass der „Wutbürger“ noch nicht derjenige ist, der etwas Neues aufbaue. Die „Zeitlogik des Protestes“ sei eine andere als die „Zeitlogik des Aufbaus“.

Milieusprache und -kommunikation

Peter Rohland, Vorstand des vhw, erläuterte die Eckpunkte der Dialogverfahren im Städtenetzwerk des vhw. Zu den Stichworten Inklusion und Repräsentativität unterstrich er, dass die Selektivität in Dialogprozessen ein wesentliches Defizit sei, das die Legitimität bisheriger Ansätze erheblich einschränkt. Eine wesentliche Forderung bestehe deshalb darin, dass alle Bevölkerungsgruppen und Milieus gleichermaßen in die Dialoge und in die Kommunikation eingebunden werden müssen. Dazu müssten zunächst auch die Unterschiede zwischen den Milieus und ihren Kommunikationsformen aufgearbeitet werden, um in der Folge differenzierte Formen der milieugerechten Ansprache und Kommunikation entwickeln zu können. Im Städtenetzwerk werde zu diesem Zweck das vorhandene Wissen um die Lebensstile, Bedürfnisse und Interessen der Milieus derzeit zu einem anwendungsorientierten Instrument der Milieusprache und -kommunikation weiterentwickelt und in den Dialogen zur Anwendung gebracht.

Wer, wann, wie und mit wem? Dialog konkret!

Prof. Dr. Hans J. Lietzmann von der Bergischen Universität Wuppertal stellte heraus, dass sich die Steuerungs- und Organisationsprobleme der Kommunen in unseren modernen und komplexen Lebenswelten unmittelbar zu Legitimations- und Akzeptanzproblemen entwickeln. Den Beitrag von Peter Rohland aufgreifend betonte er, dass dem kommunalen Leben ein Aufgreifen aller Perspektiven, die in

der Kommune vertreten werden, entspreche. Je pluraler sich die sozialen Milieus aufteilen, je differenzierter sich das lokale Leben aufgliedert, umso dringlicher werde es, dass alle Milieus in ein dialogisches Gespräch und in eine dialogorientierte Entscheidung mit einbezogen werden. Vor diesem Hintergrund plädierte er dafür, die Teilnehmer am Dialogverfahren im Zufallsprinzip über die Einwohnermeldeämter auszuwählen und anzusprechen.

Prof. Dr. Guy Kirsch aus Luxemburg warf vor dem Hintergrund seiner langjährigen Lehr- und Forschungstätigkeit im schweizerischen Fribourg einen abschließenden Blick auf das Veranstaltungsthema. Dabei ließ er auch alltägliche Erfahrungen – etwa aus Reisen mit der Bahn – in seine Beobachtungen von schweizer oder deutscher Mentalität einfließen. Die Einstellungen zum Staat ließen sich etwa pro-

vokant mit den Bezeichnungen „Citoyens“ (Schweiz) und „Untertanen“ (Deutschland) überzeichnen. In der Schweiz herrsche etwa ein Klima vor, das den Schweizern das Gefühl gebe, „etwas mitentscheiden zu dürfen“. Das führe zu einer beträchtlichen Entmachtung von Verwaltung und Politik – gleichzeitig jedoch auch zu einer Entlastung.

Frank Jost, Berlin

Anmerkung

- ¹ Weitere Informationen zum 2. Kongress Städtenetzwerk finden sich im Internet unter: <http://www.vhw.de/home/bildbericht-vom-2-kongress-staedtenetzwerk-vom-veto-zum-votum-mehr-dialog-fuer-mehr-demokratie-6-oktober-2011/>

Menschenrechte nach 9/11

Anlässlich des zehnten Jahrestages der Anschläge vom 11. September 2001 hat das Deutsche Institut für Menschenrechte ein Dossier über die Sicherheits- und Menschenrechtspolitik nach 9/11 herausgegeben. Das Dossier behandelt die Frage, ab wann legitime Gefahrenabwehr in unzulässige Praktiken umschlägt, und untersucht mit der Terrorismusbekämpfung einhergehende menschenrechtliche Probleme. Auch in Deutschland ist es notwendig, so das Institut, staatliches Handeln in diesem Kontext kritisch zu überwachen und unverhältnismäßige Eingrenzungen von Grundrechten zu unterbinden. Gerade diese Überwachung erweist sich nicht immer als einfach, da polizeiliche und geheimdienstliche Untersuchungen und Bewachungen von Terrorverdächtigen üblicherweise im Geheimen ablaufen. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass staatliches Handeln völlig intransparent wird. In einer freiheitlichen, rechtsstaatlichen Gesellschaft, so das Institut, müssen auch im Kontext von terroristischer Gefahrenabwehr bestimmte Grundrechte unveräußerlich bleiben. Das Dossier ist auf den

Seiten des Instituts zu finden unter www.institut-fuer-menschenrechte.de > Themen > Sicherheit > Schwerpunkte > Terrorismusbekämpfung.

Jugendnetzwerk bei terre des hommes

Jugendliche aus Deutschland und den Projektländern des Kinderhilfswerks terre des hommes haben ein internationales Jugendnetzwerk gegründet. Der von Jugendlichen für Jugendliche gebildete Zusammenschluss soll eine Plattform bieten, die den Jugendlichen eine größere politische Teilhabe ermöglicht und ihr Recht auf Mitbestimmung fördert. Weitere Infos sind auf den Seiten von terre des hommes zu finden (tdh.de/?id=1312).

Open Data Berlin

Wenn heutzutage über neue Ansätze zu einer breiteren und direkteren Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen diskutiert wird, ist die Einbindung von Internetportalen fast Standard. Ein zentraler Ansatz von Open Governance ist dabei in der Regel auch, einen möglichst freien Zugang zu den



für die politischen Entscheidungen relevanten Daten zu gewähren. Als erstes Bundesland stellt nun Berlin in einem Open-Data-Portal Datensätze unter anderem zu den Themen Öffentliche Verwaltung, Haushalt und Steuern, Demografie, Bildung, Arbeitsmarkt, Stadtplanung, Verbraucherschutz, Umwelt und Klima zur Verfügung. Neben umfangreichen Informationsmöglichkeiten – einiges in Grafiken aufbereitet, vieles als excel-Datensatz zum Download angeboten – bietet die Seite einige Anwendungen, die das Datenmaterial mit Karten kombiniert. So können in einer Wheelmap rollstuhlgerechte Orte eingesehen werden und die Fluglärnkarte gibt, ausgehend von Postleitzahlen, Auskunft über das mit dem neuen Flughafen BBI prognostizierte Lärmaufkommen am eigenen Wohnort. Die Seite daten.berlin.de wird laufend ausgebaut und mit neuen Datensätzen angereichert.

Aufschrei gegen Rüstungsexport

Seit Gründung im Mai 2011 haben sich dem Bündnis „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ über hundert Nichtregierungsorganisationen sowie gesellschaftliche und kirchliche Gruppen und Verbände angeschlossen. Die Kampagne setzt sich für eine grundsätzliche Veröffentlichungspflicht tatsächlich durchgeführter Exporte von Rüstungsgütern und Kriegswaffen ein und fordert für Deutschland ein generelles Verbot von Rüstungsexporten durch Klarstellung des Grundgesetzartikels 26(2). Die Internetseite aufschreiwaffenhandel.de bietet Hintergrundinformationen, Berichte über bereits abgeschlossene Aktionen sowie Veranstaltungskalender mit Terminen der von der Kampagne geplanten Vorhaben. Auf der Homepage von Aktion Aufschrei kann zudem die Forderung nach Klarstellung von Artikel 26(2) GG unterzeichnet werden.

Engagement macht stark 2011

Im September 2011 veranstaltete das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) die Woche des bürgerschaftlichen Engagements.

Unter dem Motto „Engagement macht stark“ fand die bundesweit größte Freiwilligenaktion unter Beteiligung zahlreicher lokal und national agierender Verbände, Vereine, Initiativen und staatlichen Einrichtungen zum siebten Mal statt. Zentrales Anliegen der Engagementwoche ist es, das vielfältige Engagement der mehr als 23 Millionen ehrenamtlich Tätigen in Deutschland zu würdigen und darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig eine engagierte Bürgerschaft für eine funktionierende Demokratie ist. Unter engagement-macht-stark.de finden sich Infos und Berichte zur aktuellen sowie zur vergangenen Aktionswoche.

CfP – Visual Analysis of Social Movements

Die Reihe Research in Social Movements, Conflicts and Change (RSMCC) bittet um Zusendungen von Papers für den 35. Band, der sich neben einer thematischen freien Sektion auf die Bildhaftigkeit sozialer Bewegungen (Visual Analysis of Social Movements) konzentrieren wird. Ein Aspekt wird die Untersuchung des bildlichen Ausdrucks sein („category of expressions“), der visuellen Medien wie Poster, Fotos, Banner oder Videos, der sich soziale Bewegungen häufig bedienen. Ein zweiter Schwerpunkt wird auf visuelle Repräsentationen (visual representation) gelegt. Welche Rolle spielen etwa ausdrucksstarke Bilder für das Aufgreifen sozialer Bewegungen in den Massenmedien, welche Stereotypen werden hier mitunter bedient? Drittens möchte der Band der Frage nachgehen, inwieweit die Visualisierbarkeit von spezifischen Themen sozialer Bewegungen über Erfolg oder Misserfolg entscheidet (visibility and exclusion in societies). Die Reihe Research in Social Movements, Conflicts and Change erscheint seit über 30 Jahren als Peer-Review-Publikation. Gastherausgeber dieses Bandes sind Nicole Doerr (University of California, Irvine), Alice Mattoni (University of Pittsburgh) sowie Simon Teune (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung). Einsendeschluss für Papers ist der 1. Februar 2011, weitere Informationen unter

sozialebewegungen.wordpress.com (Meldung vom 5. September 2011).

Tagung: Feministischer Widerstand

„Feministische Kritik und Widerstand“ ist das Thema einer vom Arbeitskreis „Politik und Geschlecht“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) initiierten Tagung, die vom 12. bis 14. Januar 2012 auf Schloss Rauischholzhausen (Gießen/Marburg) stattfinden wird. Als eine der Keynotespeaker wird sich Birgit Sauer (Universität Wien) mit der Frage auseinandersetzen, was feministische Politikwissenschaft zu einer kritischen Wissenschaft macht. Uta Ruppert (Goethe-Universität Frankfurt am Main) wird sich mit Dissidenz und Widerstand in globalen feministischen Bewegungen beschäftigen. Weitere Themen sind Formen und neue Ansätze feministischen Widerstands und feministische Kritik in Politik und Wissenschaft. Eine Podiumsdiskussion zu Theorie und Praxis feministischen Widerstands, unter anderem mit Barbara Holland-Cunz (Justus-Liebig-Universität Gießen) und Margot Müller (Feministische Partei Die Frauen), runden das Programm ab. Programm und Anmeldung über www.dvpw.de > Gliederungen > Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte.

Arbeitslose kaum engagiert

Auch wenn das Thema Arbeitslosigkeit in Deutschland regelmäßig diskutiert wird, sind doch die Betroffenen selbst so gut wie nie an diesen Diskussionen beteiligt. Arbeitslose haben in Deutschland keine Lobby, sind marginalisiert und tragen zu sie selbst betreffenden politischen Entscheidungen nicht bei. Auch die im Jahr 2004 um sich greifenden Montagsdemonstrationen haben daran nichts geändert. Britta Baumgarten (Universität Lissabon, bis Mitte 2011 Mitarbeiterin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) analysiert im WZBrief Zivilengagement von Oktober 2011, wer sich für Arbeitslose engagiert, weshalb Arbeitslose so wenig in die Infrastrukturen der Zivilgesellschaft einbezogen sind und kaum politischen Einfluss geltend machen (können).

Baumgarten, Britta 2011: Abseits in der Zivilgesellschaft. Lobby und Engagement Arbeitsloser sind schwach. WZBrief Zivilengagement 04/Okttober 2011. Berlin: WZB. Online frei zugänglich unter www.wzb.eu/wzbrieffzivilengagement

Tea-Party-Bewegung

Die Aufmerksamkeit und Zustimmung, die die Tea-Party-Bewegung durch die amerikanische Bevölkerung erfährt, reißt nicht ab. Was macht die Bewegung attraktiv für ihre Anhänger, welche Gruppierungen verbergen sich hinter den bekannten Galionsfiguren der Tea Party? In einer jüngst von der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichten Politikanalyse beschreibt Thomas Greven Entstehung, Aufbau, Mitgliederstrukturen und Ausrichtung der Bewegung und arbeitet heraus, inwieweit sie vom tiefgehenden Vertrauensverlust der amerikanischen Bevölkerung gegenüber wirtschaftlicher Elite und politischem Establishment profitiert. Auch wenn die Tea Party nach Greven keine einheitliche Ideologie aufzeigt, arbeiten ihre klar nationalistischen Parolen mit der diffusen Angst vieler Weißer, sie würden zu einer gering beachteten Minderheit unter vielen. Die 14seitige Studie ist kostenfrei im Internet zugänglich.

Greven, Thomas 2011: Die Krise der amerikanischen Demokratie und die Tea-Party-Bewegung. Online im Internet unter <http://library.fes.de/pdf-files/id/08525.pdf>

Occupy Map & Movement

Was vor nicht allzu langer Zeit als Besetzung der Wall Street begonnen hat, weitet sich mehr und mehr zu einer globalen Protestbewegung aus. Wer über die aktuellen Aktivitäten der Occupy-Bewegung auf dem Laufenden sein möchte, kann sich einen ersten bildhaften Überblick über flickr map verschaffen: Über flickr.com/map gelangt man zur Karte, kann dort unter „Auf der Karte suchen“ als Suchbegriff „occupy“ eingeben und erhält so eine Vielzahl von Fotos verschiedener aktueller Occupy-Demonstrationen, in der Karte jeweils angeheftet an den Ort des Geschehens. Zwei

wichtige englischsprachige Internetseiten zur Bewegung sind occupywallst.org und occupytogether.org. Beide bieten neben Protestmaterialien zum Download und Informationen zu aktuell stattfindenden Aktionen vor allem Kontakte zu den inzwischen weltweit gegründeten lokalen Occupy-Gruppen. Die Seite 15october.net/de bietet darüber hinaus auch Informationen in deutscher Sprache.

Kollektivbetriebe

Ist kollektives Wirtschaften möglich? Unter welchen Bedingungen kann es gelingen, wann wird es scheitern? Dies zu untersuchen und zu dokumentieren, hat sich ein Hamburger Arbeitskreis zum Ziel gesetzt, der aus einem seit 10 Jahren erfolgreich kollektiv wirtschaftenden Betrieb hervorgegangen ist. Das Ergebnis: eine Internetseite, die mit Hilfe von Leitfadeninterviews Kollektivbetriebe porträtiert und so Erfahrungswissen möglichst vieler Kollektive sammelt und nutzbar macht. Inzwischen bietet die nun als Verein eingetragene Arbeitsgruppe „Kunst des Scheiterns“ zudem Beratung für Kollektivbetriebe oder Gründungsiniziativen an. Der Beratungsschwerpunkt liegt in den Bereichen Zielklärung, Krisen- und Konflikthilfe, Organisationsentwicklung und EDV. Wer Erfahrungen mit kollektivem Wirtschaften hat, kann sich gerne an die Arbeitsgruppe wenden, denn das Projekt profitiert davon, möglichst viele erfolgreiche oder auch gescheiterte Kollektivbetriebe zu untersuchen; der Kontakt ist über die Homepage (kds.gruppenet.org) möglich, auf der sich neben den Porträts der Betriebe auch eine kommentierte Linkliste zu den Themen Kollektivbetriebe, solidarisches Wirtschaften und libertäre Ökonomie findet.

fluter. zu Protest

Das Jugendmagazin *fluter.* der Bundeszentrale für politische Bildung hat Ausgabe Nr. 40 (Herbst 2011) dem Thema Protest gewidmet und beleuchtet das Phänomen von unterschiedlichen Seiten. So findet sich eingangs ein Interview mit dem Jugendforscher Klaus Hurrel-

mann zum Protestpotenzial der Jugendlichen in Deutschland. In Kurzporträts zu den einzelnen Ländern werden die jüngsten Aufstände in Europa beschrieben. Ein Artikel setzt sich mit der Rolle des Internets bei der Durchführung von Kampagnen auseinander. Darüber hinaus gibt es unter anderem Darstellungen von Protesten in Ägypten und China sowie einen Text zu Bürgerinitiativen. Das gesamte Heft kann kostenfrei online gelesen oder als pdf-Datei heruntergeladen werden: fluter.de/de/protestieren/heft/9744/

Mehr Demokratie in Schleswig-Holstein

Zwei vom Bündnis Mehr Demokratie in Schleswig-Holstein angestoßene Volksinitiativen haben mit jeweils gut 25.000 Unterschriften genug Zustimmung erreicht, um nun durch den Landtag auf Zulässigkeit geprüft zu werden. Die Initiative „Für Volksentscheide ins Grundgesetz“ möchte Volksentscheide auf Bundesebene ermöglichen, was eine Grundgesetzänderung voraussetzt – die Landesregierung von Schleswig-Holstein soll auf diesem Weg also aufgefordert werden, sich im Bundesrat für die Einführung bundesweiter Volksentscheide einzusetzen. Die zweite Initiative fordert vereinfachte Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in den Gemeinden und Kreisen Schleswig-Holsteins. Im Juni 2012 werden Landtag und Regierung über die Initiativen entscheiden. Mehr Demokratie in Schleswig-Holstein (sh.mehr-demokratie.de) ist ein Landesverband des auf Bundesebene seit 20 Jahren bestehenden Zusammenschlusses (mehr-demokratie.de).

Keine Grenzen für Menschenrechte

Das Flüchtlingsdrama im Mittelmeer verschärft sich immer mehr. Bis August sind im Jahr 2011 fast 1700 Flüchtlinge im Kanal von Sizilien ertrunken. Gegen das EU-Grenzregime und das Flüchtlingssterben richtet sich das „Manifest für ein Europa der Humanität und Solidarität“, das von 11 Menschenrechtsorganisationen, unter anderem Amnesty International, Brot für die Welt, medico international und Pro Asyl, initiiert und erstunterzeichnet wurde. Das

Manifest soll, so die Initiatoren, Druck auf die Politik ausüben und den gesellschaftlichen Diskurs darüber anstoßen, wie dem Flüchtlingsdrama in humanitärer Weise ein Ende gesetzt werden kann. Weitere Informationen zum Manifest, ein Aktionsblog, weiterführende Literatur sowie die Möglichkeit zum Unterzeichnen bietet die Bewegungs-Seite der taz unter bewegung.taz.de/manifest.

Transparency International ausgezeichnet

Transparency International hat den diesjährigen mit 100.000 Euro dotierten A.SK Social Science Award erhalten, den das WZB seit 2007 alle zwei Jahre vergibt. Die A.SK-Preisjury würdigt damit das Bemühen von Transparency International (transparency.org) im Kampf gegen Korruption und für den Aufbau transparenter Regierungsstrukturen. „Korruption fördert Armut und verfestigt Ungleichheit“, so die Jury. „Sie untergräbt demokratische Reformen und leistet der Verschwendung öffentlicher Ressourcen Vorschub“. Die 1993 gegründete Organisation arbeitet weltweit, ist mit nationalen Sektionen in über 90 Ländern präsent und arbeitet mit vielen international operierenden zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen, so etwa mit der Europäischen Union, der OECD oder den Regionalen Entwicklungsbanken. Der A.SK Social Science Award, einer der höchstdotierten Preise in den Sozialwissenschaften, würdigt grundlegende Beiträge zu gesellschaftlichen und politischen Reformen. Gestiftet wurde er vom chinesischen Unternehmerpaar Angela und Shu Kai Chan. Weitere Informationen zum Preis finden sich auf den Seiten des WZB unter wzb.eu > A.SK Award.

Biokraftstoffe

Rund 170 WissenschaftlerInnen aus den Bereichen Energie, Klima und Landnutzung haben in einem offenen Brief an die Europäische Kommission auf die Gefahren des Pflanzenanbaus zur Produktion von Biokraftstoffen hingewiesen und sprechen sich gegen das Ziel aus, 10 Prozent des Kraftstoffes aus Bioquellen zu speisen. Wenn der Nahrungsmittelanbau durch

Biospritlandwirtschaft verdrängt wird, weiten sich die landwirtschaftlich genutzten Flächen weiter aus. Dies, so die Initiatoren des Aufrufs, führe häufig zu neuer Entwaldung und Zerstörung natürlicher Ökosysteme, insbesondere in den tropischen Gebieten. In letzter Konsequenz sei damit nicht einmal das mit dem Einsatz erneuerbarer Energien im Verkehrssektor verbundene Ziel einer Einsparung von CO₂ zu erreichen. Der Aufruf kann über die Internetseiten des Vereins Rettet den Regenwald e.V. unterzeichnet werden. Dort finden sich weitere Informationen zur Aktion sowie ein Link zum Brief der WissenschaftlerInnen im Wortlaut: www.regenwald.org > Protestaktionen > 07.10.11 „Biosprit“.

Länderspiegel Bürgerstiftungen 2011

Bundesweit engagieren sich aktuell rund 12.000 Ehrenamtliche in über 300 Bürgerstiftungen. Dies geht aus dem Ende September veröffentlichten „Länderspiegel Bürgerstiftungen 2011. Fakten und Trends“ hervor, den der Verein Aktive Bürgerschaft e.V. wie in den letzten fünf Jahren auf Grundlage einer Vollerhebung aller bis zum Stichtag (30.06.2011) gegründeten deutschen Bürgerstiftungen erstellt hat. Der Länderspiegel zeigt, dass sich die Bürgerstiftungen in Deutschland im zweiten Jahr nach Ausbruch der Wirtschaftskrise hinsichtlich ihrer Finanzlage wieder deutlich verbessern konnten. So wuchs ihr Gesamtkapital 2010 im Vergleich zum Vorjahr um etwa 25 Prozent auf 191 Millionen Euro. Insgesamt setzten die Bürgerstiftungen Fördermittel in Höhe von 9,8 Millionen Euro ein – annähernd die Hälfte dieser Summe (47 Prozent) im Bereich Bildung und Erziehung, weitere 17 Prozent für Kultur und 15 Prozent im Bereich Soziales. Deutlich ist nach wie vor, dass Bürgerstiftungen privat bzw. privatwirtschaftlich getragen und finanziert werden – rund 90 Prozent des zugestifteten Geldes stammt von Privatpersonen und Unternehmen. Die 48 Seiten umfassende Publikation ist auf den Seiten der Aktiven Bürgerschaft frei zugänglich und kann als pdf-Datei heruntergeladen werden (aktive-buergerschaft.de/laenderspiegel).

RENZENSIONEN

Gerechtigkeitstheorie als Gesellschaftsanalyse: Soziale Freiheit bei Axel Honneth

Honneth, Axel 2011: Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit. Berlin: Suhrkamp.

Axel Honneth verfolgt mit seinem Versuch einer Neubegründung der Gerechtigkeitstheorie als Gesellschaftsanalyse ein – nach eigener Einschätzung – überaus ehrgeiziges Unterfangen. Als exponierter Vertreter der neueren Kritischen Theorie geht es ihm um nichts Geringeres, als den dominanten Trend der philosophischen Gerechtigkeitstheorie in zentralen Hinsichten umzusteuern und umzulenken. Sowenig Zweifel nämlich daran bestehen könne, dass Fragen der Gerechtigkeit zu Recht einen zentralen Stellenwert in der sozialen Selbstverständigung innehaben, sosehr sei doch der Umstand auffällig, dass die Verbindung der philosophischen Gerechtigkeitstheorie zur sozialen Wirklichkeit unter neokantianischem Vorzeichen zunehmend dünner und abstrakter geworden sei.

Jena und Berlin: Hegelianische Variationen

Gänzlich neu ist diese Aufgabenstellung für Honneth jedoch insofern nicht, als er im Zuge der Entwicklung seines anerkennungstheoretischen Neuansatzes der Kritischen Theorie schon seit einiger Zeit hegelianische Begriffe interpretiert und weiterentwickelt hat. Während seine Theorie eines „Kampfes um Anerkennung“ jedoch an den frühen Jenaer Hegel anschließt, verwendet Honneth nun die Hegelsche Philosophie des Rechts als zentralen Bezugspunkt. Mit Christoph Menke lässt sich hier ein stärker normativer Gebrauch des Anerkennungsbegriffs in Honneths früheren Studien von einem mittlerweile eher konstitutionstheoretischen Sinn unterscheiden (Menke

2009). Anerkennung erscheint nun weniger als gewissermaßen abwesender Grund sozialer Konflikte und sozialer Bewegungen, sondern als innere Textur der sozialen Realität selbst. Honneth will zeigen, dass das Prinzip der Anerkennung nicht bloß äußerlich an die soziale Realität herangetragen wird, sondern dem Sinn der sozialen Institutionen bereits selbst innewohnt und einen zentralen Mechanismus ihrer Begründung und Legitimation darstellt – nichts anderes meint „demokratische Sittlichkeit“.

Drei Freiheitsbegriffe

In der Moderne ist mit Honneth dabei nur noch ein einziger Wert geeignet, um diese Anerkennungswürdigkeit sozialer Institutionen zu begründen: Der Wert der „Freiheit im Sinne der Autonomie des Einzelnen“ (35). Historisch konkurrierende Kriterien sind entweder entwertet und desavouiert oder fungieren gewissermaßen als Ausführungsbestimmung des Leitwerts der Freiheit. Honneth führt jedoch zugleich vor Augen, dass mit dieser Bestimmung allein noch nicht viel gewonnen ist. Der eine Wert der Freiheit umfasst nämlich drei Konzeptionen der Freiheit, die für moderne Gesellschaften jeweils auf unterschiedliche Art einflussreich geworden sind. Die Unterscheidung der negativen Freiheit des Rechts, der reflexiven Freiheit der Moral und der sozialen oder objektiven Freiheit der Sittlichkeit fungiert insofern auch als kategoriale Ordnung der einschlägigen ideengeschichtlichen Traditionslinien.

Das negative Freiheitsverständnis, für das etwa der Name Hobbes stehen kann, sieht Freiheit schon dann und insoweit realisiert, wie die sozialen Institutionen auf „äußere“ Einschränkungen des Individuums verzichten. Die Konzentration auf den Schutz des Individuums vor äußeren Einschränkungen lässt jedoch die Frage unbeantwortet, inwieweit bestimmte subjektive Zwecke denn tatsächlich einen Ausdruck individueller Autonomie darstellen. Die individuelle Autonomie muss so letztlich eine black box bleiben.

Die Idee der reflexiven Freiheit, für die nach Rousseau vor allem Kant steht, richtet sich demgegenüber gerade auf die „Selbstbeziehung des Subjekts“ (59). Sie fragt nach denjenigen Bedingungen, unter denen sich ein individueller Wille als frei verstehen lässt, und fächert sich historisch dabei in zwei Richtungen auf. Neben der Idee der vernünftigen Selbstgesetzgebung durch einen verallgemeinerbaren individuellen Willen steht die Idee der Selbstverwirklichung im Sinne der Entdeckung der je subjektiven Authentizität. Komplementär zur Konzeption der negativen Freiheit verliert die Idee der reflexiven Freiheit nun jedoch die äußere Wirklichkeit und die sozialen Institutionen aus dem Blick.

Erst mit einem an Hegel anschließenden Begriff sozialer Freiheit lassen sich für Honneth diese jeweiligen Einseitigkeiten, die sich in der sozialen Realität zu sozialen Pathologien auswachsen können, korrigieren. Als Verkörperung sozialer Freiheit lassen sich Institutionen insoweit verstehen, wie sie den Gegensatz zwischen Innen und Außen, zwischen Individuum und Institution übersteigen. Soziale Freiheit bezeichnet ein „Bei-sich-selbst-Sein im Anderen“ (85) und beruht auf wechselseitiger Anerkennung: „Frei ist das Subjekt letztlich allein dann, wenn es im Rahmen institutioneller Praktiken auf ein Gegenüber trifft, mit dem es ein Verhältnis wechselseitiger Anerkennung deswegen verbindet, weil es in dessen Zielen eine Bedingung der Verwirklichung seiner eigenen Ziele erblicken kann“ (86). Honneth möchte die Idee der sozialen Freiheit dabei in einem starken Sinn verstanden wissen: Es geht neben dem Umstand, dass das Individuum für die Realisierung seines individuellen Willens bestimmte Ressourcen benötigt, um eine spezifische Relationierung von Subjekt und Institution: „Die Welt der Objektivität soll dem individuellen Freiheitsstreben in dem Sinn entgegenkommen, daß sie gewissermaßen von sich aus will, was das Subjekt reflexiv intendiert“ (91).

Mit diesem reichhaltigen und intersubjektiv fundierten Begriff sozialer Freiheit ist

allerdings keine einfache Disqualifizierung der anderen Freiheitstypen verbunden. Auch sie behalten in der Gesamtrekonstruktion der „demokratischen Sittlichkeit“ ihren Platz, der allerdings einen eher abgeleiteten und unterbrechenden Status hat, insofern sie dem Individuum angesichts einer gestörten Sittlichkeit die Möglichkeit eines Rückzugs oder einer moralischen Befragung der institutionellen Verhältnisse eröffnen. Der abgeleitete Stellenwert macht sich für Honneth auch darin geltend, dass eine ausschließliche Konzentration auf diese Formen der Freiheit in Sackgassen und Pathologien führt. Die Versteifung bspw. allein auf den Standpunkt des subjektiven Rechts lässt daher nicht unbedingt eine Reparatur einer gestörten Anerkennungsstruktur erwarten, sondern kann umgekehrt auch zu einer reduzierten und eingeschränkten Weltbeziehung führen (157 ff.). Das Recht erscheint dann nicht als normativer Fluchtpunkt, sondern in Form einer Verrechtlichung der Lebenswelt als eine Sozialpathologie eigener Art. Dem entspricht ein Sozialtypus des Aufschubs, der Getriebenheit und der Unentschlossenheit, wenn sich die mit dem Rechtsprinzip ermöglichte innere Distanznahme zu sozialen Bezügen gleichsam zu einem Charaktertypus verhärtet, der habituell immer schon mit dem Abbruch sozialer Beziehungen rechnet.

Gesellschaftsanalyse als „normative Rekonstruktion“

Damit ist ein anspruchsvolles Verständnis von Freiheit begrifflich skizziert, und diese kategorialen Bestimmungen gehören sicherlich zu den stringentesten Teilen des Honneth'schen Entwurfs. Seine Aufnahme Hegelscher Grundüberlegungen beschränkt sich aber nicht nur auf die inhaltliche Ausgestaltung des Freiheitsbegriffs, sondern umfasst auch dessen Begründungsverfahren. Honneth geht es darum, das Schema primärer Normbegründung und sekundärer Anwendung auf die soziale Realität hinter sich zu lassen und mittels des Verfahrens einer „normativen Rekonstruktion“ (106) zu zeigen, dass diese Kriterien in den sozialen

Institutionen zumindest in Teilen bereits verwirklicht sind. Außerdem muss sich in dieser normativen Rekonstruktion auch der kritische Sinn seines gerechtigkeits-theoretischen Unternehmens bewähren: Indem die relevanten Institutionensysteme auf ihre sphärenspezifische Verkörperung des „ultimate value“ der sozialen Freiheit hin abgeklopft werden, sollen sich zugleich Hinweise darauf ergeben, wie gemäß ihres eigenen normativen Sinns eine bessere und weitergehende Wertrealisierung aussehen könnte.

Das Programm einer Gerechtigkeits-theorie als Gesellschaftsanalyse entfaltet seine vollen Implikationen damit erst in der Annäherung an die „Wirklichkeit der Freiheit“ in Form der institutionellen Verkörperung sozialer Freiheit. Dieser dritte und umfangreichste Teil der Studie greift neben erhellenden Bezügen auf Formen der ästhetischen Thematisierung in Literatur und Kunst in hohem Maße auf historische und soziologische Studien zurück. An die Stelle der konzisen Begriffsanalyse tritt damit das sozialphilosophische „Landschaftsgemälde“ der normativen Rekonstruktion. Zweihundert Jahre nach Hegel geschieht das allerdings angesichts einer enormen Ausdehnung und inneren Differenzierung der Sozialwissenschaften: Es kann insofern nur bedingt überraschen, dass Honneth hier ein „Gefühl des unvermeidlich Unvollständigen“ (10) eingesteht. Es ist tatsächlich das eine, die Gerechtigkeits-theorie der frischen Luft der sozialen Wirklichkeit auszusetzen, und ein anderes, dieses Programm, das in der Breite seiner Themen und Fragestellungen einen ganzen Forschungsverbund beschäftigen könnte, im Rahmen einer monographischen Studie soweit in Betrieb zu nehmen, dass es sowohl in den Augen der Gerechtigkeits-theorie wie auch der Fachwissenschaft bestehen kann. Eine strukturelle Analogie zur Differenzierung der Freiheitsbegriffe finden sich allerdings auch hier, wenn Honneth wiederum triadisch drei Sphären der Realisierung sozialer Freiheit unterscheidet: die Welt der persönlichen Beziehungen in Freundschaft, Liebe und Familie, die Welt des Marktes und der Wirt-

schaft in Konsum und Arbeit und schließlich die politische Willensbildung im demokratischen Rechtsstaat und der politischen Öffentlichkeit.

Privatheit, Markt und Öffentlichkeit

Vor allem in der Rekonstruktion der „sittlichen Sphäre“ persönlicher Beziehungen sieht Honneth im historischen Prozess erhebliche Freiheitsgewinne. Die Idee der romantischen Liebe gewinnt an Boden und auch in Eltern-Kind-Beziehungen oder den Generationenbeziehungen entdeckt Honneth gegen manche Unkenrufe eine ganz erhebliche Ausweitung einer ungezwungenen Anerkennung des Interaktionspartners als Ermöglichungsgrund der jeweils eigenen Autonomie. Dabei geht es Honneth selbstverständlich nicht um ein anachronistisches Loblied auf Kinder, Küche und das Lampenlicht des Privaten, sondern vielmehr um den Nachweis, wie weit diese überkommenen Sozialformen sich ihrem genuin sozialen Sinn geöffnet und dann auch nicht unerheblich transformiert haben. In derart gelungenen Privatbeziehungen wäre im persönlichen Nahraum insofern eine Art Schule der Demokratie zu verorten, hier können im sozialisatorischen Prozess Erfahrungen gesammelt werden, die eine elementare Grundlage für eine demokratische Kultur auch in weitmaschigeren Strukturen darstellen (312 f.) – und sie verdienen insofern auch einen Platz in einer politischen Gerechtigkeits-theorie. „Samstags gehört Vati mir“ war nicht ohne Grund einmal ein einflussreicher Slogan der Gewerkschaftsbewegung.

Hinsichtlich der Sphäre des marktwirtschaftlichen Handels fallen Honneths Analysen erheblich zwiespältiger aus. Bemerkenswert ist zunächst, dass er auch den Markt und die Ökonomie nicht einfach zur normfreien Sozialität erklärt und aus dem System der Sittlichkeit entlässt: Zum Verständnis der historischen Durchsetzung und Begründung des kapitalistischen Marktes seien utilitaristische Argumente nicht hinreichend. Vielmehr seien Aspekte der Arbeitsteilung und kooperativen Ergänzung

von zentraler Bedeutung, die wiederum einem Konzept sozialer Freiheit entgegenkommen. Dennoch lässt sich die historische Entwicklung und gegenwärtige Gestalt anders als die Sphäre der persönlichen Beziehungen kaum schlüssig als fortschreitend-lineare Verkörperung derartiger Prinzipien, zu denen auch das Leistungsprinzip zu zählen ist, rekonstruieren. Die normative Rekonstruktion führt hier in viel stärkerem Maß zur Freilegung von Fehlentwicklung und zu alarmierenden Diagnosen.

In den Abschnitten zur politischen Öffentlichkeit und dem demokratischen Rechtsstaat vergrößert sich schließlich auch die Distanz zum Vorbild der Hegelschen Rechtsphilosophie und es finden sich manche Annäherungen etwa an die Habermas'sche Demokratietheorie. Honneth begründet allerdings plausibel, dass etwa mit der rechtsstaatlichen Garantie kommunikativer Freiheiten zwar wichtige Grundlagen für eine demokratische Willensbildung gelegt sind. Damit die politische Öffentlichkeit eine Sphäre sozialer Freiheit werden kann, müssen jedoch eine ganze Reihe weiterer Voraussetzungen gegeben sein und ergänzende Aspekte berücksichtigt werden, die im Übrigen auch die zuvor erörterten Sphären der Sittlichkeit nicht unberührt lassen können. Honneth ordnet diese öffentliche Selbstbestimmung der Analyse des demokratischen Rechtsstaates kategorial vor. Zwar lässt sich dessen Entwicklung zumindest in Teilen als fortschreitende Verwirklichung der Prinzipien einer aktiven Ermöglichung der allgemeinen Willensbildung und eines Abbaus struktureller Selektivitäten der Entscheidungsfindung deuten. Es werden im Zuge einer normativen Rekonstruktion jedoch auch umgehend erhebliche Vorbehalte gegenüber der Annahme sichtbar, dass der Rechtsstaat im Prozess einer Verwirklichung sozialer Freiheiten das antreibende oder auch nur hinreichende Element darstellen würde.

Eine politische Kultur der Freiheit

Als ein zentraler Ertrag der normativen Rekonstruktion wird hier mit Händen greifbar, wie hoch der Preis einer Verengung der Ge-

rechtigkeitstheorie auf das Recht und den demokratischen Rechtsstaat ausfällt – drohen damit doch die konstitutiven Voraussetzungen und Realisierungen sozialer Freiheit in den anderen Sphären, mit denen der Rechtsstaat ein „institutionelles Netzwerk von wechselseitigen Abhängigkeiten“ (618) bildet, aus dem Blick zu geraten: „Der Motor und das Medium von geschichtlichen Prozessen der Realisierung institutionalisierter Freiheitsprinzipien ist nicht in erster Linie das Recht (...). Die Idee der ‚demokratischen Sittlichkeit‘ [hält] Demokratie letztlich nur dort für gegeben (...), wo die in den verschiedenen Handlungssphären institutionalisierten Freiheitsprinzipien tatsächlich verwirklicht sind und sich in entsprechenden Praktiken und Gewohnheiten niedergeschlagen haben.“ (614f.). Diese Pointierung des entscheidenden Stellenwerts einer gehaltvollen, in Sitten, Gebräuchen und Gewohnheiten fundierten und durch vopolitische Sphären unterstützten und ermöglichten politischen Kultur ändert freilich wenig daran, dass auch in Honneths Konzeption der Bereich der Politik deshalb einen gewissen Vorrang genießt, weil diese Sphäre sich durch ein Prinzip „institutionalisierter Reflexivität“ auszeichne. Das Feld der Politik und des Rechtsstaates erscheint damit nicht abschlusshaft als höchste Verkörperung sozialer Freiheit, sondern eher als Forum der „reflexiven Selbstthematizierung“ (616), in dem die Reichweiten und Grenzen der Verkörperung sozialer Freiheit zum Gegenstand einer Einwirkung der Gesellschaft auf sich selbst werden können.

Mit seiner Vergegenwärtigung eines komplexen Begriffs sozialer Freiheit bereichert Honneth den hier angesiedelten Streit um einen tragfähigen und herausfordernden grundbegrifflichen Zugang und bietet damit einen theoretisch reflektierten Ansatzpunkt, um den „Richtungssinn“ (618) sozialer Kämpfe und Konflikte auch jenseits der Sphäre des Rechts in ihrer ganzen Vielschichtigkeit zu verstehen. Selbst wenn Honneths gesellschaftsanalytische Konkretisierungen daher nicht an jeder Stelle mit der Prägnanz und Überzeugungskraft Schritt halten

können, in der er seine freiheitstheoretische Grundintuition entwickelt, dürfte er insofern in einer Zeit, die den Sinn unserer Freiheit intensiv befragt, einen Nerv treffen.

Albrecht Lüter, Berlin

Verwendete Literatur

Menke, Christoph 2009: Das Nichtanerkennbare. Oder warum das moderne Recht keine „Sphäre der Anerkennung“ ist. In: Forst, Rainer/Hartmann, Martin/Jaeggi, Rahel/Saar, Martin (Hg.): Sozialphilosophie und Kritik. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 87-108.



Engagement in gemeinnützigen Organisationen – Zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Rauschenbach, Thomas/Zimmer, Annette (Hg.) 2011: Bürgerschaftliches Engagement unter Druck? Analysen und Befunde aus den Bereichen Soziales, Kultur und Sport. Opladen: Barbara Budrich Verlag.

Der Hype um das bürgerschaftliche Engagement geht allmählich zu Ende. Die überbordenden Erwartungen an Ehrenamt und Engagement, die Mitte der 1990er Jahre einsetzten, weichen seit ein paar Jahren einer kritischeren und nüchterneren Betrachtung. Bemerken konnte man dies schon seit längerem bei einigen Autoren und Buchtiteln. Robert Putnam ist einer, der schon immer skeptisch war. Wer sich nicht mit bürgerschaftlichem Engagement allein beschäftigte, sondern das Engagement im Kontext eines Politikfeldes – wie der Sozialpolitik – beurteilte, kam zu einer zurückhaltenden Beurteilung des Ausmaßes und der Leistungsfähigkeit des Engagements. Trotzdem ist zu beobachten, wie die Politik das Engagement immer stärker in den Dienst nimmt und eine Engagementförderpolitik betreibt, die vor allem an der Form der sozialen Dienstleistung durch Engagement interessiert ist.

Es verwundert daher nicht, wenn erfahrene Engagementforscher wie Thomas Rauschenbach und Annette Zimmer in ihren empirischen Arbeiten zu Ergebnissen kommen, die es rat-sam erscheinen lassen, die Erwartungen an das bürgerschaftliche Engagement herunterzuschrauben. Sie sehen das „bürgerschaftliche Engagement unter Druck“. Was im Titel noch als Frage erscheint, wird bei der Lektüre zur Gewissheit: Es mehren sich die empirischen Anzeichen, dass das Engagement der Bürgerinnen und Bürger in den Organisationen an den Rand gedrängt wird. Präziser müsste man sagen: Nicht das Engagement gerät unter Druck, sondern vielmehr die Organisationen, in denen das Engagement gebunden ist. Sie verändern sich und bieten dem Engagement, das sich übrigens auch verändert, nicht mehr genug Möglichkeiten.

Das Buch ist das Ergebnis eines umfänglich angelegten Forschungsvorhabens. Schon publiziert ist die Befragung von Führungskräften in gemeinnützigen Organisationen. In diesem Band geht es nun um die Organisationen selbst und ausgewählt wurden die Bereiche Soziales, Kultur und Sport. In diesen Bereichen konzentrieren sich auch rund 40 Prozent des Engagements. Die Herausgeber sprechen von einer „grundlegenden Trendwende“, die bei den gemeinnützigen Organisationen zu beobachten sei. Sie begründen dies damit, dass das bürgerschaftliche Engagement in den untersuchten Bereichen bei der konkreten Dienstleistungserbringung der Organisationen „schon verschwunden“ ist. Belegt wird diese Diagnose mit den drei umfänglichen Studien des Bandes.

Wohlfahrtsverbände als Dienstleister

Den Auftakt macht die sehr gründliche und gute quantitative Studie von Reinhard Liebig zu den gemeinnützigen Organisationen im Wohlfahrtsbereich. Liebig stellt zunächst die veränderten Rahmen- und Umweltbedingungen vor und fragt danach, welchen Platz das bürgerschaftliche Engagement in den Organisationen des Sozialsektors nach der Binnenmodernisierung noch einnehmen kann. Die Befragungsergebnisse zeigen, dass sich die Organi-

sationen stärker bemühen, Ehrenamtliche einzubinden und zu rekrutieren. Es finden sich in den Organisationen, die marktfähige Dienstleistungen erbringen, aber immer weniger Einsatzmöglichkeiten für Ehrenamtliche und diese sind auch weniger bereit, sich in Organisationen zu engagieren, die als moderne Dienstleistungsbetriebe geführt werden. Hier arbeitet Liebig ein fundamentales Problem heraus: Während die hauptberuflichen Führungskräfte vor allem qualitativ hochwertige Dienste anbieten wollen, sind ehrenamtliche Führungskräfte stärker an der anwaltschaftlichen Funktion dieser Organisationen interessiert. Insgesamt stellt Liebig fest, dass sich die Welt der gemeinnützigen Organisationen im Sozialsektor verändert hat. Sie haben sich ökonomisiert, gründen rechtsfähige Tochterunternehmen und bewegen sich als Unternehmen auf den Sozialmärkten. Dadurch gerät das Engagement unter Druck: Das Ehrenamt verliert in diesen Organisationen, die zu Dienstleistern mutieren, seinen Platz.

Kultureinrichtungen mit Doppelfunktion

Im zweiten Teil des Bandes untersucht Lilian Schwalb die Veränderungen bei den Kulturorganisationen. Sie unternimmt dies mithilfe von zwei qualitativen Fallstudien: Gegenstand der einen Studie ist die „Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen“ und der anderen das „Kulturzentrum Schlachthof Kassel“. Schwalb arbeitet heraus, wie die Kunstsammlung eine Doppelfunktion entfaltet: einmal als Nonprofit-Akteur und das andere Mal als Unternehmen auf dem Kunstmarkt. Beides muss zusammengebracht werden, insbesondere sind die Freiwilligen für eine dauerhafte Bindung an die Organisation zu motivieren. Der Schlachthof Kassel muss als örtliches Kulturzentrum ebenfalls einen Spagat vollziehen. Es muss sich auf die örtliche Wertegemeinschaft beziehen und ist dem Druck einer stärker formalisierten Steuerung ausgesetzt, weil seine Arbeit zunehmend dienstleistungsorientierter wird. Hinzu kommt, dass das Engagement der Menschen aus der Umgebung sporadischer ausfällt.

Sportvereine – Anspruch und Realität

Im dritten Teil des Buches untersuchen Annette Zimmer, Anton Basic und Thorsten Hallmann die Lage des Engagements in den Sportvereinen. Der organisierte Sport ist nach wie vor sehr stark in die Politik integriert, übernimmt staatliche Aufgaben, genießt aber doch eine sehr starke Autonomie. Auch auf der Ebene der Mitgliedschaften ist eine Besonderheit zu verzeichnen: Während bei allen Großorganisationen sinkende Mitgliederzahlen zu registrieren sind, gilt dies für den Sport nicht. Trotzdem benennt der jüngste Sportentwicklungsbericht 15 Prozent der Vereine als in ihrer Existenz gefährdet. Es fehlt an Ehrenamtlichen, die Aufgaben übernehmen; nach einer anderen Studie ist es sogar jeder zweite lokale Verein. Die Autoren stellen in ihrer Auswertung der verfügbaren Daten denn auch fest, dass der vereinsmäßig organisierte Sport an Attraktivität verliert und diese Form der Vergemeinschaftung nicht mehr so populär ist wie früher. Das liegt natürlich auch daran, dass es mehr Konkurrenz durch Fitnessstudios gibt und die Individualisierung die Gemeinde der Jogger und Individualsportler hat wachsen lassen. Darüber hinaus entwickeln sich die Vereine zu Groß- und Mehrspartenvereinen. Folgen davon sind wachsende Managementprobleme und Verlust der Binnensolidarität. Die Autoren diagnostizieren nicht nur Rekrutierungsprobleme, sondern prüfen auch den politischen Anspruch des Sports in den Vereinen. Sie stellen fest, dass die Vereine eher „geschlossene Gesellschaften“ sind, die keineswegs zur Integration der Gesellschaft beitragen. Vielmehr würde eine homogene Funktionärskaste das Sagen haben, die eine wertkonservative Haltung pflegt und ein Interesse daran hat, die soziale Homogenität der Vereine aufrechtzuerhalten.

Die Autoren stellen fest, dass der Buchtitel gerade für die Lage der Sportvereine zutreffen würde. Demgegenüber pflegt der organisierte Sport eine politische Rhetorik, die all die Probleme unsichtbar macht und den organisierten Sport als unverzichtbaren Akteur zur Lösung gesellschaftlicher Probleme empfiehlt.

Wenn aber die gemeinnützigen Organisationen derart unter Druck geraten sind, dann muss die Frage gestellt werden, was all die teuren und umfangreichen empirischen Erhebungen des Freiwilligensurveys wirklich wert sind. Es drängt sich der Verdacht auf, dass hier ein geschöntes Bild gezeichnet wird, an dem nicht nur die Politik ein Interesse hat.

Rudolf Speth, Berlin



Die Umweltbewegung als Wegbereiter der Windenergie

Vasi, Ion Bogdan 2011: Winds of Change. The Environmental Movement and the Global Development of the Wind Energy Industry. Oxford: Oxford University Press.

Die Bedeutung der Windkraft als Energieträger explodiert geradezu: Zu Beginn des Jahrtausends waren weltweit Windräder mit einer elektrischen Gesamtleistung von 18 Gigawatt installiert – Ende 2010 waren es bereits 194 Gigawatt. Der Siegeszug der Windkraft ist allerdings geographisch alles andere als gleichmäßig über den Globus verteilt. Am Ende des Jahres 2008 konzentrierten sich 85 Prozent der installierten Windkraftleistung in gerade einmal zehn Staaten. Diese Disparitäten sind nicht allein und noch nicht einmal primär auf die vorhandenen Unterschiede im Windpotential der Länder zurückzuführen. Während beispielsweise Großbritannien von allen Europäischen Staaten die besten Bedingungen für die Nutzung der Windenergie vorweist, waren in Deutschland Ende 2010 Windräder mit der fünffachen Leistung installiert. Ion Bogdan Vasi nimmt in seiner Studie *Winds of Change* dieses Rätsel als Ausgangspunkt, um zu zeigen, dass die Umweltbewegung eine zentrale und bislang stark vernachlässigte Rolle bei der Entwicklung der Windenergie innehatte.

Zunächst argumentiert Vasi, dass die beiden dominierenden Perspektiven auf die Ent-

wicklung neuer Technologien im Falle der Windenergie keine zufriedenstellende Antwort liefern können. Zwar ist der technologische Reifeprozess, der sich in den letzten 20 Jahren vollzog und zu massiv sinkenden Stromerzeugungskosten führte, eine Vorbedingung für das rasante Wachstum, erklärt aber nicht die fortbestehenden Unterschiede in der Nutzung der Windenergie. Ebenfalls unumstritten ist, dass Unterschiede in den Marktbedingungen die Entwicklung der Windenergie beeinflussen. Eine Antwort auf die Frage, warum Staaten auf sehr unterschiedliche Weise versucht haben, die ökonomischen Bedingungen für die Etablierung der Windkraft zu verbessern, können diese Arbeiten aber nicht liefern.

Wie aber soll die Umweltbewegung die Entwicklung dieser Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts beeinflusst haben? Im ersten Kapitel skizziert der Autor aufbauend auf der Literatur über die Auswirkungen sozialer Bewegungen vier unterschiedliche kausale Pfade, die im Laufe des Buches ausführlich vertieft werden. Der erste Pfad thematisiert den Einfluss, den die Umweltbewegung auf den Inhalt und auf die Verabschiedung der nationalen gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Förderung der Windenergie hatte. Der zweite Pfad thematisiert den Einfluss der Umweltbewegung auf die Schaffung von Nachfrage nach Strom aus Windenergie. Der dritte Pfad thematisiert den direkten Einfluss der Umweltbewegung auf den Energiesektor und dessen Akteure. Der vierte Pfad analysiert, wie die Umweltbewegung durch die Thematisierung des Klimawandels die globalen Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Windenergie verbessert hat.

Mit einer 137 Staaten umfassenden multivariaten Regressionsanalyse versucht der Autor erste Anhaltspunkte für die Bestätigung seiner zentralen Hypothese über den Einfluss der Umweltbewegung zu finden. Die Stärke der Umweltbewegung hat nur dann einen positiven Einfluss auf den Ausbau der Windenergie, wenn in den Ländern gute Windbedingungen herrschen oder wenn die Umweltbewegung politische Verbündete hat. Des weite-

ren identifiziert Vasi einen negativen Zusammenhang zwischen der Größe des zivilen Atomprogramms eines Landes und dessen installierter Windleistung – auch wenn dieser Zusammenhang relativ schwach und nur auf geringem Niveau statistisch signifikant ist. Den größten positiven Einfluss auf die installierte Leistung hat das Vorhandensein einer Regelung zur Einspeisevergütung für Windstrom.

Vielfältige Einflüsse der Umweltbewegung

In den vier folgenden Kapiteln, die den Großteil des Buches umfassen, zeichnet der Autor mit qualitativen Fallstudien im Detail nach, wie und warum die Umweltbewegung Einfluss auf die Entwicklung der Windenergieindustrie genommen hat. Im Mittelpunkt stehen mit Dänemark, Deutschland und Spanien auf der einen Seite drei Länder mit einem relativ hohen Anteil von Windenergie und mit Großbritannien, Kanada und den USA drei Länder, die nur über einen geringen Anteil an Windenergie verfügen.

Im zweiten Kapitel wird der Einfluss der Umweltbewegung auf die Einführung von Regelungen zur Einspeisevergütung für Windstrom in Dänemark, Deutschland und Spanien analysiert. Bereits die starke Anti-AKW-Mobilisierung der 1970er und 1980er Jahre – insbesondere in Deutschland und Dänemark – legte den Grundstock zum späteren Aufstieg der Windenergie: einerseits, weil sie nachhaltig die öffentliche Meinung beeinflusste und andererseits, weil aus dieser Bewegung Organisationen wie das Ökoinstitut oder EURO-SOLAR hervorgingen, die zu den entschiedenen Vorkämpfern regenerativer Energien wurden. Das Konzept einer Einspeisevergütung wurde von diesen Organisationen erfunden, durch Protestkampagnen politisch durchgesetzt und gegen Angriffe der fossilen Energiewirtschaft wiederholt erfolgreich verteidigt.

Das dritte Kapitel analysiert den Einfluss von Umweltkampagnen in Großbritannien, Kanada und den USA auf die Einführung einer anderen, aber weniger effektiven Form der Förderung des Windstroms, der sogenannten Renewable Portfolio Standards (RPS). Vasi argumentiert,

dass die Entscheidung für RPS in diesen Staaten Ausdruck einer schwächeren Umweltbewegung und ungünstiger politischer Rahmenbedingungen ist. Insbesondere die Schwäche der Anti-Atom-Bewegung in Großbritannien und Kanada führte dazu, dass die Förderung regenerativer Energie bis zum Aufkommen der Debatte über Klimawandel in den 1990er Jahren komplett versäumt wurde.

Das vierte Kapitel behandelt das Wachstum der Windenergie in den USA in den letzten zehn Jahren, das zu einem relevanten Teil direkte Konsequenz einer gestiegenen Nachfrage nach regenerativen Energien ist. Neben Privathaushalten haben auch dutzende großer Universitäten und Firmen auf Druck von Kampagnen ihrer Studenten bzw. Mitarbeiter entschieden, ihren Strombedarf aus alternativen Quellen zu decken.

Das abschließende fünfte Kapitel wendet sich der Rolle der Umweltbewegung bei der ökologischen Transformation der Energiewirtschaft in Dänemark, Deutschland und den USA zu. Besonders faszinierend sind die Einblicke in die Hintergründe des Aufstiegs dänischer Firmen zu Weltmarktführern in Sachen Windenergie. Die dänische Anti-AKW-Bewegung und die aus ihr hervorgegangene NGO Organisation für Erneuerbare Energien inspirierte und motivierte fast alle der zentralen Techniker, Unternehmen und Wissenschaftler, die die Windkraft in Dänemark voranbrachten. 1978 errichteten die technikbegeisterten Aktivisten der Organisation im Städtchen Tvind ein 53 Meter hohes Windrad, das die dänische Öffentlichkeit davon überzeugte, dass Windenergie eine sinnvolle Alternative zur Atomenergie werden könnte.

Nach der Lektüre von *Winds of Change* erinnert man sich wieder gerne daran, was eine gute Monographie ausmacht: Ein Gegenstand von gesellschaftlicher Relevanz, ein nach Erklärung verlangender Umstand als Ausgangspunkt und ein systematisch angelegter Versuch, überzeugende Antworten zu liefern. Ein Buch, das es verdient hat, weit über das akademische Milieu hinaus Leser zu finden.

Felix Kolb, Bremen

Gerd Mielke: „Alternativlos“ in die Sackgasse? Anmerkungen zur politischen Führung der beiden Großparteien (FJ SB 4/2011, S. 4-12). In seiner Aktuelle Analyse geht Gerd Mielke mit der politischen Führung der beiden großen Parteien CDU und SPD ins Gericht. Die Entwicklung der letzten beiden Jahre offenbare eine tiefe Krise der beiden großen Parteien, die durch Entscheidungen der jeweiligen Parteiführungen mit ausgelöst bzw. verschärft worden seien. Er attestiert beiden Parteiführungen, im Verlauf der letzten Jahre das jeweilige politisch-ideologische Profil der Parteien der Beliebigkeit ausgesetzt zu haben. Mit ihrer Modernisierungsstrategie habe Angela Merkel die CDU enttraditionalisiert und entpluralisiert – wobei das ständige Beschwören der „Alternativlosigkeit“ des eingeschlagenen Kurses wenig innerparteiliche Debatte über den Kurs zugelassen habe. Der SPD attestiert Mielke, noch immer an den Auswirkungen der Ära Schröder zu leiden; nach der historischen Niederlage 2009 habe die SPD keinen wirklichen personellen Neubeginn gewagt. Sie schwanke zwischen labilen Führungsstrukturen und einem oligarchischen Rekrutierungsmodell ihres Spitzenpersonals. Damit würden beide großen Parteien von Führungspersönlichkeiten geprägt, die ein mehr oder minder distanziertes Verhältnis zu den Traditionsbeständen ihrer Parteien haben. Dies bedeute letztlich aber, dass beiden Parteien es schwerfalle, sich in den seit Jahrzehnten prägenden politischen Konflikten in der deutschen Politik zu positionieren und damit ihre Mitglieder und Anhänger zu mobilisieren.

Gerd Mielke: *Governing without alternative? Comments on the Political Leadership of Germany's Big Parties* (FJ SB 4/2011, pp. 4-12). In his essay, Gerd Mielke judges harshly on the leadership of SPD and CDU. Both have weakened the respective political-ideological profile of their party. While modernizing the CDU, Angela Merkel has de-pluralized the CDU and cut ties to many traditions. While mostly recurring on „facts without any alternative“, Merkel has shut down most inner-party debates. Mielke states that the SPD, on the other hand, was still suffering from the after-effects of the Schröder-era. After the magnificent loss of 2009, the party has not dared to start anew with new personnel. Thus, both parties are shaped by leadership which is reserved against their parties' traditions. This, as Mielke concludes, leads to the fact that they have a hard time positioning themselves in the relevant German conflicts – and thus also have a hard time mobilizing members and followers.

Priska Daphi: *Soziale Bewegungen und kollektive Identität. Forschungsstand und Forschungslücken* (FJ SB 4/2011, S. 13-25). Priska Daphi liefert einen Überblick über die Literatur zu Bewegungsidentität mit einem Fokus auf die Entwicklungen der letzten Jahre. Es wird gezeigt, dass wichtige Fortschritte im Bezug auf die Fragen, wie Gruppeninteressen entstehen und was kollektives Handeln motiviert, gemacht wurden. Auch die Diversifizierung der Forschung stellt eine wichtige Entwicklung dar, speziell hinsichtlich der Einbeziehung emotionaler Elemente in narrativen und handlungspraktischen Ansätzen. Zentrale Lücken bestehen jedoch fort, empirisch und vor allem konzeptionell. Uneinigkeit besteht über grundlegende, konzeptionelle Fragen: Ist kollektive Identität primär ein individuelles oder kollektives Attribut? Welche Rolle spielen Fremd- gegenüber Selbstbildern? Vor diesem Hintergrund stellt die Verknüpfung der unterschiedlichen Forschungsstränge auf der Basis eines gemeinsamen konzeptionellen Ausgangspunktes eine zentrale Herausforderung dar.

Priska Daphi: *The State of Research on Social Movements and Collective Identity – and Academic Voids* (FJ SB 4/2011, pp. 13-25). Priska Daphi provides an overview of the literature on movement identity with a focus on recent developments. The overview shows that considerable progress has been made with respect to explaining the emergence of collective interests

and the motivation of collective action. The diversification of research constitutes another central advancement, in particular with regards to the consideration of emotional elements in narrative and enactment approaches. Central gaps, however, remain – empirically, and, above all, conceptually. Disagreements persist with respect to fundamental conceptual questions: Is collective identity primarily an individual or collective attribute? How do internal perceptions relate to public representations of groups? Against this background the central challenge is to link up the different strands of research on the grounds of a shared conceptual basis.

Sebastian Haunss: *Kollektive Identität, soziale Bewegungen und Szenen* (FJ SB 4/2011, S. 41-52). Prozesse kollektiver Identität strukturieren nicht nur die Collective Action-Frames der AktivistInnen, sondern auch deren Alltagspraxen. Zumindest in präfigurativen Bewegungen sind beide eng verwoben und eine dauerhafte Diskrepanz zwischen ihnen verhindert die Möglichkeit eine konsistente kollektive Identität zu generieren und vermindert so die Mobilisierungsfähigkeit einer Bewegung. In dem Artikel argumentiert Sebastian Haunss, dass Szenen eine zentrale Rolle dabei spielen Frames und Alltagspraxen zu verbinden. Auf der Grundlage einer Frameanalyse von Bewegungsdiskursen der zweiten deutschen Schwulenbewegung und der Autonomen zeigt er, dass im ersten Fall die Schwulenbewegung vor dem Hintergrund der AIDS-Epidemie immer weniger in der Lage war, die sich ändernden Alltagspraxen schwuler AktivistInnen mit der etablierten kollektiven Identität der Bewegung in Einklang zu bringen. Im zweiten Fall gelang es dagegen den Autonomen, ihre Bewegungsidentität den sich ändernden Alltagspraxen anzupassen. Die (Un-)Fähigkeit beide Sphären zu integrieren ist – unter anderen – ein Faktor, der das Scheitern bzw. den Erfolg der beiden Bewegungen, einen hohen Mobilisierungsgrad aufrechtzuhalten, erklären kann.

Sebastian Haunss: *Collective Identity, Social Movements and Scenes* (FJ SB 4/2011, pp. 41-52). Processes of collective identity in social movements not only affect activists' frames but also their everyday practices. At least in prefigurative movements everyday practices and political claims are tightly interwoven, and a rift between both diminishes a movement's ability to generate a consistent collective identity and thus its ability to mobilize followers. In the article Sebastian Haunss argues that „scenes“ play a pivotal role in connecting collective action frames and everyday practices. Based on a frame analysis of movement discourses of the German second gay movement and the autonomous movement he shows that in the first case the movement, in the light of the AIDS epidemic, became less and less able to reconcile the changing everyday practices of gay activists with the established movement identity, whereas in the second case the movement managed to continuously adapt its collective identity as a result of activists' changing everyday practices. The movements' ability to integrate both spheres is – among others – one factor to explain their failure or ongoing success in maintaining a high level of mobilization.

Klaus Eder: *Wie schreiben sich soziale Bewegungen über Zeit fort? Ein narrativer Ansatz* (FJ SB 4/2011, S. 53-72). Soziale Bewegungen existieren, ohne dass es permanent zu Protesthandlungen kommen muss. Sie können „latent“ bleiben, und erlauben es, Protest, wenn er denn stattfindet, einer sozialen Bewegung zuzuschreiben. Das setzt aber voraus, dass wir wissen, was eine soziale Bewegung ist. In diesem Sinne sprechen wir von der Identität einer sozialen Bewegung. Um diese Identität analytisch zu fassen, wird der Vorschlag gemacht, Identität als ein „narratives Netzwerk“ zu fassen, als ein Netzwerk von Akteuren, die über eine für Beobachter wie Teilnehmer gleichermaßen verständliche Story identifizierbar wird. Identifikation heißt hier Wissen, was zu einer Bewegung dazugehört bzw. was nicht dazugehört, also Grenzziehungen

vorzunehmen. Mit dieser Bestimmung wird die Doppelstruktur sozialer Phänomene erfasst, nämlich zugleich ein Netzwerk sozialer Beziehungen zu sein, in dem sinngebende Geschichten zirkulieren, die ein Netzwerk von anderen unterscheidbar machen. Diese theoretische Idee wird benutzt, um der Frage nach einer Erklärung der relativen Bedeutungslosigkeit europäischer sozialer Bewegungen zu suchen. Zwischen den klassischen nationalstaatlich verankerten sozialen Bewegungen und den neuen „globalen“ Bewegungen scheint der Platz für regionale Bewegungen wie europäische Bewegungen nur schwer besetzbar zu sein. Es lassen sich zumindest in Europa keine Bewegungsidentitäten ausmachen, also keine sinngebenden Stories von Protestereignissen, die die Besonderheit eines Netzwerks von Bewegungsakteuren sichtbar machen könnten. Es fehlen die Geschichten, die – neben der notwendigen Bedingung sozialer Netzwerkbeziehungen – die zureichende Bedingung narrativer Netzwerke liefern. Wir haben es mit Netzwerken ohne Identität zu tun.

Klaus Eder: *How Are Social Movements Sustained? A Narrative Approach* (FJ SB 4/2011, pp. 53-72). Social movements exist without protest events. They remain „latent“, and provide, when protest events occur again, the attribution of these events to a social movement. This meaning attributed to protest events requires that we know collectively what a social movement is. We speak of the „identity“ of a social movement. In order to grasp this identity analytically the proposal is made to conceive identity as a „narrative network“, as a network which is identifiable by protesters and their addressees and the observing public as constituted by a story which all understand and share. Identification is knowledge about who is considered to be part of a social movement and who not. This conceptualization takes into account the double structure of social forms, to be a network of social relations among actors in which stories circulate allowing to draw meaningful boundaries around social forms (such as social movements). This theoretical idea is used to look for an explanation for the relative weakness of „European social movements“. It seems that there is – in spite of favorable political opportunity structures – no movement emerging between nationally based movements and global social movements. There are no European movement identities, no meaningful stories which make the particularity of a network of movement actors visible. This is due to the lack of stories which are considered to provide – beyond the necessary condition of networks of social relations among protest actors – the sufficient condition for narrative networks. We are dealing with networks without identity.

Dieter Rucht: *The Strength of Weak Identities* (FJ SB 4/2011, S. 73-84). Dieter Rucht plädiert in seinem Beitrag dafür, eine stark ausgeprägte kollektive Identität bei sozialen Bewegungen nicht als Erfolgsbedingung vorauszusetzen. Im Gegenteil böten schwache Identitäten von sozialen Bewegungen Vorteile im Zuge heutiger Protestmobilisierungen. Dies analysiert Rucht am Fallbeispiel der Anti-Castor-Protteste und verdeutlicht seine These weiter an der globalisierungskritischen Bewegung: Bei beiden Beispielen zeigt sich, dass gerade die eher schwach ausgeprägte gemeinsame Identität der sehr heterogenen Gruppen zu größerer Mobilisierung und – im Falle der Anti-Castor-Protteste – zu größerem Erfolg geführt hat. Obwohl er konzediert, dass schwache Identitäten nicht per se die politische Stärke einer Kampagne oder Bewegung gewährleisten, arbeitet er fünf Stärken schwacher Identitäten heraus – unter anderem größere kommunikative Reichweite oder eine flexible Anpassung an neue interne und vor allem externe Bedingungen und Problemlagen.

Dieter Rucht: *The Strength of Weak Identities* (FJ SB 4/2011, pp. 73-84). In his article Dieter Rucht states that a strong identity should not be presupposed as a condition of the success of social movements. In the contrary, weak identities of social movements present some advantages in mobilizing for protest. To validate this thesis, Rucht analyzes the case study of the anti-Castor-protests and also draws upon the globalization critics movement. Both cases show that a rather weak identity of heterogenous groups results in larger mobilization and – concerning the anti-Castor-protests – success. He concedes that weak identities will not automatically assure a movement's political strength; but he points out five strengths of weak identities – amongst others a larger communicative outreach and a more flexible approach to new internal and external challenges.

Forschungsjournal Soziale Bewegungen

bis 2010: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen

Gegründet 1988, Jg. 24, Heft 4, Dezember 2011

Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft m.b.H. • Gerokstraße 51 • 70184 Stuttgart
Fax 0711/242088 • e-mail: lucius@luciusverlag.com • www.luciusverlag.com

Für die Forschungsgruppe *SB* herausgegeben von PD Dr. Ansgar Klein; Jupp Legrand; Prof. Dr. Thomas Leif; Jan Rohwerder

Redaktion: Vera Faust, Aachen; Alexander Flohé, Düsseldorf; PD Dr. Ansgar Klein, Berlin; Dr. Ludger Klein, Frankfurt M.; Peter Kuleba, Berlin; Jupp Legrand, Wiesbaden; Prof. Dr. Thomas Leif, Wiesbaden; Dr. Albrecht Lüter, Berlin; Tobias Quednau, Berlin; Dr. Markus Rohde, Bonn; Jan Rohwerder, Aachen; Prof. Dr. Jochen Roose, Berlin; Gabriele Schmidt, Berlin; Stephanie Schmoliner, Hamburg; PD Dr. Rudolf Speth, Berlin; Dr. Karin Urich, Mannheim

Redaktionelle Mitarbeit: Hans-Georg Feldbauer, Berlin; Nadine Kreitmeyer, Tübingen; Regina Vierkant, Berlin

Gastherausgeber für den Themenschwerpunkt: Priska Daphi, Berlin; Dieter Rucht, Berlin

Verantwortlich für den Themenschwerpunkt: Dr. Markus Rohde (V.i.S.d.P.); verantwortlich für den Pulsschlag-Schwerpunkt: Alexander Flohé, Bagelstr. 129, 40479 Düsseldorf, e-mail: alex.flohe@web.de; für *Treibgut*: Vera Faust, Hubertusplatz 8, 52064 Aachen, e-mail: vera.faust@gmx.de; für *Literatur*: Tobias Quednau, Sonnenallee 26, 12047 Berlin, e-mail: t.quednau@gmx.de

Beratung und wissenschaftlicher Beirat: Dr. Karin Benz-Overhage, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Andreas Buro, Grävenwiesbach; Volkmar Deile, Berlin; Dr. Warnfried Dettling, Berlin; Prof. Dr. Ute Gerhard-Teuscher, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Robert Jungk (†); Ulrike Poppe, Berlin; Prof. Dr. Joachim Raschke, Hamburg; Prof. Dr. Roland Roth, Berlin; Prof. Dr. Dieter Rucht, Berlin; Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Berlin; Dr. Antje Vollmer, Berlin; Heidemarie Wieczorek-Zeul, Berlin

Redaktionsanschrift: Forschungsgruppe SB, c/o Jan Rohwerder, Hubertusplatz 8, 52064 Aachen, e-mail: jan.rohwerder@gmx.de

Homepage: www.forschungsjournal.de

Förderverein: Soziale Bewegungen e.V., c/o PD Dr. Ansgar Klein, Morusstraße 16, 12053 Berlin, e-mail: ansгар.klein@snafu.de; **Spendenkonto:** Sparkasse KölnBonn, BLZ: 370 501 98, Konto-Nr: 751 460 7

Bezugsbedingungen: Jährlich erscheinen 4 Hefte.

Jahresabonnement 2011: Bibliotheken € 54,-, persönliches Abonnement € 42,-, für Studierende gegen Studienbescheinigung € 30,-, Einzelheft € 16,-, jeweils inkl. MwSt. (Versandkosten Inland € 4,-/Ausland € 8,-), elektronisches Abonnement € 15,- (nur in Verbindung mit Jahresabonnement).

Alle Bezugspreise und Versandkosten unterliegen der Preisbindung. Abbestellungen müssen spätestens 3 Monate vor Ende des Kalenderjahres schriftlich beim Verlag erfolgen.

Abonnenentenverwaltung (zuständig für Neubestellungen, Adressänderungen und Reklamationen) bitte direkt an die Verlagsauslieferung:

Brockhaus/Commission • Postfach • 70803 Kornwestheim
Tel. 07154/1327-37 • Fax 07154/1327-13

Anzeigenverwaltung beim Verlag (Anschrift wie oben)

Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2011.

© 2011 Lucius & Lucius Verlagsges. mbH, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter diesen Vorbehalt fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronischen Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-ROM und allen anderen elektronischen Datenträgern. Das Forschungsjournal wird durch SOLIS, IPSA (International Political Science Abstracts), IBSS (International Bibliography of the Social Sciences), sociological abstracts und BLPES (International Bibliography of Sociology) bibliographisch ausgewertet.

Karikaturen: Gerhard Mester, Wiesbaden

Umschlag: Nina Faber de.sign, Wiesbaden

Satz: com.plot Klemm & Leiby, Mainz

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Rosch-Buch, Scheßlitz

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.

Printed in Germany

ISSN 2192-4848